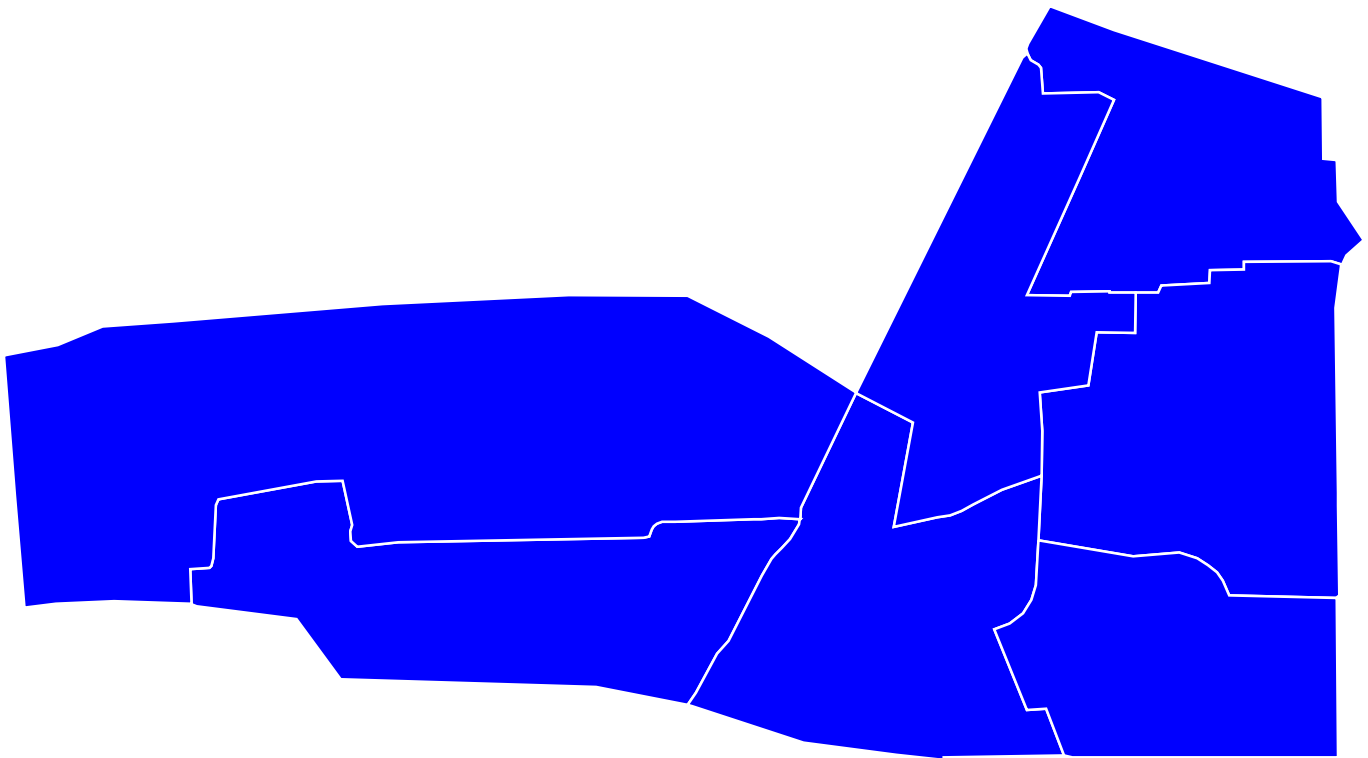


Projektleitung Prof. Dr. Heiko Geiling
Thomas Schwarzer (M.A.)
Claudia Heinzelmann (Dipl.Sozialwiss.)
Esther Bartnick (Dipl. Georg.)

agis

Universität Hannover
Arbeitsgruppe Interdisziplinäre
Sozialstrukturforschung

Begleitende Dokumentation der PvO im Modellstadtteil Hannover-Vahrenheide - Endbericht -



im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik
April 2002



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet	1
2.	Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potenziale des Modellgebiets	5
2.1	Historische Entwicklung	5
2.2	Das Modellgebiet heute: Strukturen, Probleme und Ressourcen	20
2.2.1	Bevölkerungsstruktur und -entwicklung	26
2.2.2	Beschäftigungssituation	35
2.2.3	Gewerbe- und Branchenstruktur / Lokale Ökonomie	42
2.2.4	Gebietsstruktur / Flächennutzung / Umweltsituation	51
2.2.5	Wohnverhältnisse und Wohnumfeld	54
2.2.6	Soziale und kulturelle Infrastruktur	61
2.2.7	Zusammenleben im Quartier	77
2.3	Entwicklungspotenziale im Modellgebiet	84
2.4	Fazit	86
3.	Entwicklungsziele und integrierte Handlungskonzepte	91
3.1	Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl	91
3.2	Chronologie zum Programm 'Soziale Stadt' im Modellgebiet	95
3.3	Entwicklung und Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes	96
3.4	Ziele, Leitbilder, Entwicklungskonzepte und -strategien	97
3.5	Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen	101
3.6	Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten	111
3.7	Fazit	112
4.	Finanzierung und Mittelbündelung	113
4.1	Eingesetzte öffentliche Förderprogramme	113
4.2	Finanzierung durch Private	117
4.3	Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet: Umsetzung / Probleme / Konflikte	117
5	Organisation und Management	119
5.1	Organisationsstrukturen	119
5.2	Verwaltungsstrukturen	120
5.3	Stadtteilmanagement	122
5.4	Einbindung der Politik	125

6.	Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung / Stadtteilakteure	127
6.1	Aktivitäten der Quartiersbevölkerung	128
6.2	Partizipationsmöglichkeiten, Kommunikationsangebote / -formen	131
6.3	Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung	135
6.4	Beteiligte / nicht beteiligte Akteure	136
7.	Öffentlichkeitsarbeit	143
7.1	Rezeption von Gebiet und integriertem Handlungskonzept in den Medien	143
7.2	Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit	145
7.3	Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit	148
7.4	Fazit	148
8.	Monitoring und Evaluation	151
9	Umsetzung des Programms 'Soziale Stadt' im Modellgebiet:	159
	Einschätzung und Empfehlungen der PvO	
9.1	Bündelung der Ressourcen	159
9.2	Management und Organisation	161
9.3	Aktivierung und Beteiligung	162
9.4	Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen	163
9.5	Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet	165
9.6	Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt	165
	Literaturverzeichnis	167
	Anhangsverzeichnis	173

Karten-, Abbildungs-, Tabellen- und Fotoverzeichnis

Karte 1	Übersicht	S. 24
Karte 2	Altersstrukturen im Stadtteil	S. 27
Karte 3	MigrantInnen im Stadtteil	S. 31
Karte 4	Familien im Stadtteil	S. 33
Karte 5	Erwerbslosigkeit	S. 38
Karte 6	Sozialhilfe - Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)	S. 41
Karte 7	Nutzungen im Stadtteil - Gewerbegebiet	S. 42
Karte 8	Gebietsstrukturen und Flächennutzungen	S. 52
Karte 9	Belegrechte, Wohnstrukturen	S. 55
Karte 10	Einrichtungen des Stadtteils	S. 63
	Stadtteildatenblatt - Datenübersicht des Stadtteils	S. 23
	Deutsche Grundkarte 1: 5000	S. 53

Abbildung 1	Modell des Stadtteils	S. 6
Abbildung 2	Bauabschnitt in Vahrenheide in den 60er Jahren	S. 7
Abbildung 3	Neue Wohngebäude entstehen in den 60er Jahren	S. 9
Abbildung 4	Haz-Artikel vom 2.2.1998	S. 11
Abbildung 5	Wohnungsversorgung sozial benachteiligter kann teuer sein	S. 11
Abbildung 6	Hannoversche Stadtteilzeitung Ost 16.11.1995 'Totentanz im Klingenthal'	S. 16
Abbildung 7	Einwohnerentwicklung im Stadtteil Vahrenheide 1970 bis 2001	S. 28
Abbildung 8	Lageplan 'Vahrenheider Markt'	S. 45
Abbildung 9	Kommunale und wohlfahrtstaatliche lokale Einrichtungen	S. 62
Abbildung 10	Verteilung der Schüler/innen aus Vahrenheide auf die verschiedenen Schulen und ihr dortiger Anteil im Schuljahr 2000/2001	S. 67
Abbildung 11	Raumschema sozialer NÄhen und Distanzen im lokalen Raum der Verge-sellschaftung (Institutionen, Einrichtungen, Vereine etc.)	S. 79
Abbildung 12	Karte des Sanierungsgebiets	S. 92
Abbildung 13	Übersicht über Fördermittel	S. 113
Abbildung 14	Organigramm zur verwaltungsinternen Organisation des Programms 'Soziale Stadt'	S. 121
Abbildung 15	Schema Sanierungsprozess	S. 122
Abbildung 16	Entwurf zu einer Neuordnung der Beteiligungs- und Sanierungsstrukturen	S. 133
Abbildung 17	Modell für Sanierung - Haz vom 3.2.2002	S. 145
Abbildung 18	Beispielausschnitt aus der Sanierungszeitung <Vahrenheide-Ost, Nr. 14	S. 147
Abbildung 19	'Vahrenheide', gezeichnet von C. Thormann	S. 149
Abbildung 20	Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung	S. 155
Abbildung 21	Strukturen sozialer Ungleichheit in Hannover	S. 155
Abbildung 22	Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung	S. 156
Abbildung 23	Soziale Lagen in Hannover	S. 156
Abbildung 24	Typen von Armutslagen in Hannover	S. 157
Abbildung 25	Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung	S. 157

Tabelle 1	Vergleich der Altersstrukturen von Deutschen, MigrantInnen und AussiedlerInnen	S. 26
Tabelle 2	Verteilung der SchülerInnen aus Vahrenheide	S. 36
Tabelle 3	Übersicht Branchenstruktur im Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'	S. 44
Tabelle 4	Übersicht der Betriebe am 'Vahrenheider Markt' und in den Ladenzeilen	S. 45
Tabelle 5	Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder	S. 64
Tabelle 6	Übersicht über Finanzmittel bei Sanierungsmaßnahmen	S. 115
Tabelle 7	Ergebnis der Kommunalwahl 2001 - Ratsergebnisse	S. 139

Foto 1	Prägend für das Stadtbild sind Jugendliche, in diesem Fall eine Gruppe jugendlicher Migranten	S. 26
Foto 2	MigrantInnen im Bürgerforum	S. 30
Foto 3	Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'	S. 43
Foto 4	Vahrenheider Markt	S. 46
Foto 5	Geschäftsaufgabe einer Konditorei am Vahrenheider Markt	S. 47
Foto 6	Geschäftsaufgabe Ladenzeile 'Plauener Straße'	S. 48
Foto 7	Ladenzeile Leipziger Straße, türkischer Supermarkt ‚Arkadas‘	S. 49
Foto 8	'Vahrenheider Markt' Passage – begrenzte Beschäftigungsimpulse	S. 50
Foto 9	Einfamilienhausgebiet im Quartier 1201	S. 56
Foto 10	Seitengang im Einfamilienhausgebiet	S. 56
Foto 11	'Naherholungsraum Vahrenwalder Heide'	S. 56
Foto 12	Typischer Zeilenbau im Quartier 1202	S. 57
Foto 13	Quartier 1203	S. 57
Foto 14	Blick auf die Terrassenhäuser	S. 58
Foto 15	Hochhauskomplex Klingenthal	S. 58
Foto 16	Sahlkampfhäuser - marode Bausubstanz in den Laubenganghäusern	S. 58
Foto 17	Grünzug, Blick auf die Plauener Straße	S. 59
Foto 18	Sachsenhof	S. 59
Foto 19	Scheibenhochhaus und typischer Zeilenbau im Quartier 1207	S. 60
Foto 20	Kinderkarren vor dem 'Emmy-Lanzke-Haus'	S. 64
Foto 21	Integrierte Gesamtschule Vahrenheide-Sahlkamp	S. 67
Foto 22	Camp Vahrenheide	S. 70
Foto 23	Tituskirche mit Gemeindehaus	S. 71
Foto 24	Hochgarage 'Plauener Straße 12a - Sitz vieler Einrichtungen	S. 75
Foto 25	Litfasssäule am Vahrenheider Markt weist auf den Kulturtreff hin	S. 76
Foto 26	Der Nachbarschaftstreff bietet fürsorgende, beratende und helfende Angebote	S. 77
Foto 27	Werbeplakat für das Stadtteilstfest 2001	S. 148

1. Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet

Der Stadtteil Vahrenheide wurde als Modellgebiet im Bund-Länder-Programm 'Soziale Stadt' für Niedersachsen ausgewählt, obwohl es sich um kein Programmgebiet im eigentlichen Sinne handelt. Vahrenheide-Ost war bereits 1998 als Sanierungsgebiet festgelegt worden. Wegen der hierfür bewilligten Mittel kam der Stadtteil nicht mehr als Programmgebiet in Frage. Da jedoch in Vahrenheide-Ost ein besonderes Sanierungskonzept bestand, das ein *integriertes Verfahren* zur sozialen Erneuerung beinhaltet, wurde das Sanierungsgebiet im Frühjahr 2000 als Modellgebiet für Niedersachsen ausgewählt.

Aufgabenfelder der 'Programmbegleitung vor Ort' (PvO)

In den 16 Modellstadtteilen des Bund-Länder-Programms wird jeweils durch ein Forschungsteam im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) eine Programmbegleitung vor Ort (kurz PvO) durchgeführt. Für Vahrenheide wurde damit die Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis) der Universität Hannover beauftragt. Die agis hatte bereits im Auftrag der Stadt Hannover und der Wohnungsbaugesellschaft Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) eine Sozialstrukturanalyse des Stadtteils im Zeitraum April 2000 bis April 2001 durchgeführt. Darauf aufbauend wurde die Forschungsgruppe als PvO-Team im Stadtteil tätig und hat die Entwicklung der Sanierung beobachtet, analysierend begleitet und bei spezifischen Fragen versucht, intervenierend zu beraten.

Die Programmbegleitung vor Ort umfasst allgemein drei zentrale Aufgabenbereiche, die sich an den Bedarfen der jeweiligen Modellgebiete orientieren:

- Begleitende Dokumentation aller Aspekte der Entwicklung, Organisation und Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes zum Programm 'Soziale Stadt'
- Unterstützung der Akteure vor Ort durch Beratung, Vermittlung von Erfahrungsaustausch und 'Technischen Hilfen' (24.000 DM pro Modellgebiet - Vorrang 'bottom up')
- Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung von lokalen Starter- oder Themenkonferenzen und am regionalen Erfahrungsaustausch in Zusammenarbeit mit dem Difu

„PvO muss eine Balance zwischen aktiver Beratung/Information und 'passiver' Dokumentation des jeweils individuellen Programmumsetzungsprozesses in der Verwaltung wahren“ (Becker 2000, S. 139).

Aufgabenbereiche der PvO im hannoverschen Modellgebiet

In Vahrenheide erarbeitete das PvO-Team zunächst eine *Bestandsaufnahme der Strukturen und Bedarfe* im Stadtteil. Nach Abschluss dieser Phase kamen verstärkt *Elemente von Erfahrungsaustausch und Beratung* zum Tragen, die bei Austauschtreffen über die verschiedenen Modellgebiete (im Rahmen des Difu) zu einem entsprechenden Input beitrugen.

Das PvO-Team im Modellstadtteil Vahrenheide-Ost sah seine Aufgabe vor allem in einer Untersuchung der formellen und informellen Bewohneraktivitäten und der dabei als Vergesellschaftungszentren dienenden lokalen Einrichtungen und Initiativen. Über den Stadtteil hinaus wurde die konkrete Umsetzung und Ausgestaltung des Programms 'Soziale Stadt' innerhalb der Landeshauptstadt Hannover bzw. in Niedersachsen in den Blick genommen.

Die Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner auf die Entwicklungs-/Sanierungsprozesse im Stadtteil resultiert aus durchgeführten Interviews. Auch das Thema 'integrierte Sanierung' wird aus dem Betrachtungswinkel von Stadtteilinstitutionen und -einrichtungen gesehen: wenn es um die 'Soziale Stadt' geht, müssen laut Programmverständnis der PvO die Stadtteilakteure 'zu Wort kommen'.

In Vahrenheide waren die Möglichkeiten hinsichtlich einer aktivierenden Rolle der PvO beschränkt; als das agis-Team im Modellgebiet als PvO tätig wurde, lief die integrierte Sanierung bereits seit zwei Jahren, gemanagt von einem kompetent besetzten Sanierungsbüro-Team. Das Sanierungsbüro (Stadtplanungsamt, Baugesellschaft, Sozialplanung) übernimmt dabei teilweise die Funktion eines Quartiersmanagements. Die Rolle des PvO-Teams bestand nicht darin - anders als bei einem 'programmbegleitenden' Quartiersmanagement -, Projekte zu fördern oder zu betreuen, sondern vielmehr darin, den momentanen integrierten Sanierungsprozess im Modellgebiet unter spezifischen Gesichtspunkten des Programms 'Soziale Stadt' zu beobachten.

Der Beginn der Programmbegleitung im Modellgebiet

Vom PvO-Team wurde eine kleinräumige statistische Erhebung der sozialen Strukturen und Milieus des Sanierungsgebietes erarbeitet. Die Grundlagenermittlungen und Analysen sollten als Ausgangsbasis für eine regelmäßige Betrachtung sozialer Entwicklungen sowie zur Fortschreibung der sozialen Sanierungsziele verwendet werden.

„Das Programm 'Soziale Stadt' wird sowohl vom Difu als auch dem hannoverschen PvO-Team als ein offener Lernprozess für alle Beteiligten verstanden, d.h. u.a. für Verwaltung und Politik, für Verbände und lokale Wirtschaft, für Bewohnerinnen und Bewohner. Es erfordert eher unkonventionelle als routinierte Verfahren, eher informelle als verregelte Vorgehensweisen, eher neue Partnerschaften als die gewohnten Versäulungen innerhalb eines Politikfeldes. Wir hoffen, dass die Programmbegleitung durch das Difu und die von ihm aufgebaute Netzwerkstruktur zu einem intensiven Erfahrungsaustausch führen, der den schwierigen Prozess bei der Umsetzung des Programms wirkungsvoll unterstützt.

Das Programm bedeutet [...] für die mit der Stadterneuerung befassten Fachleute aller Professionen einen Verzicht auf 'Macht' und das Einlassen auf die Sichtweisen anderer, nämlich der Bürgerinnen und Bürger oder anderer Politiksektoren. Die Versäulung der Verwaltung soll so aufgebrochen werden. Zugleich trägt die maßgebliche Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger als 'Experten ihrer eigenen Angelegenheiten' dazu bei, eine den Bedarfen der Menschen entsprechende Qualität und zugleich Identifikation mit dem Quartier entstehen zu lassen.

Schon jetzt ist neben viel Kritik, Empfindlichkeit und Angst vor Machtverlust bei Beteiligten aus allen involvierten Bereichen auch viel Unterstützung für den neuen Ansatz des Programms und viel Mut zu seiner Umsetzung festzustellen“ (Quelle: www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/literatur/loehr-erfahrungen; Dez 2000, Dr. Rolf-Peter Lühr, Stellv. Leiter des Difu).

In den Bereichen, die aufgrund der umfassenden Untersuchung 'vor Ort' als Probleme erkannt wurden, hat die hannoversche PvO ihre beobachtende und begleitende Position zugunsten einer aktiveren Rolle aufgegeben.

In Zusammenarbeit mit dem Difu organisierte das PvO-Team technische Hilfen für eine Veranstaltung des Bürgerforums: ein Erfahrungsaustausch über Bewohneraktivitäten in den Stadtteilen Bremen und Vahrenheide. Im Mittelpunkt stand der direkte Austausch zwischen den Bewohnern als den 'Experten ihrer eigenen Anliegen'. Die Gäste aus Bremen (rund 50 Personen) steuerten vielfältige Erfahrungen und Beispiele bei. Einige sind bereits seit Jahren selbst aktiv oder unterstützen und begleiten andere

bei deren Engagement. Es war auffällig, wie selbstbewusst und erfrischend viele über ihre Aktivitäten im Stadtteil berichteten. Grund genug, auch in Vahrenheide den Bewohneraktivitäten größere Aufmerksamkeit und Unterstützung zu widmen.

Zur Themenkonferenz 'Bewohneraktivitäten in Vahrenheide - ein Erfahrungsaustausch', zu dem die PvO in Zusammenarbeit mit dem Difu im Oktober 2001 einlud, kamen mehr als 50 Interessierte. Fragen nach den Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen bewohnergetragener und -bezogener Aktivitäten in Vahrenheide standen dabei im Mittelpunkt. Das Programm war dicht gepackt mit Berichten von Akteuren über ihre alltägliche Arbeit, die sich eng an den Lebenswelten der Bewohnerschaft orientiert. Unter Bewohneraktivitäten wurden dabei auf den Stadtteil oder die Nachbarschaft bezogene Aktivitäten verstanden: von nachbarschaftlichen Kontakten und Hilfen über die Teilnahme an kulturellen Angeboten im Stadtteil, die Übernahme von Verantwortung für gemeinsam genutzte Flächen, Hausflure oder Spielplätze bis hin zur Gründung von Vereinen oder Initiativen. Am Ende der Veranstaltung wurde die Frage aufgeworfen, wie die Bewohneraktivitäten in Vahrenheide künftig unterstützt werden können. Neben der Vernetzung und Bündelung der Aktivitäten biete, so der weitgehende Konsens, das Konzept der sozialen Sanierung einen guten Ansatz. Um eine effektive Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, lokalen Institutionen und Bewohnerschaft zu fördern, müssten die unterschiedlichen Prioritäten, Ziele, Strategien und Machtpotenziale stärker berücksichtigt und entsprechend ausgeglichen werden. Unabdingbar sei vor allem mehr Transparenz – in dreierlei Hinsicht: bei der Sanierung, der Mittelvergabe sowie der Diskussion hierüber.

Neben der Durchführung dieser Veranstaltungen, sah es das PvO-Team als seine Aufgabe an, begleitend zu beobachten (Stadtteulfest, Demonstrationsveranstaltung gegen den Abriss eines Hochhauses etc.). Darüber hinaus haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig an Gesprächsrunden im Stadtteil teilgenommen (Bürgerforum, Sanierungskommission, Vorstandssitzungen der Kirchen, Gewerbetreibendenrunde Vahrenheider Markt etc.). Das PvO-Team hat auch das Aufgabenfeld der begleitenden Dokumentation aller Aspekte der Entwicklung, Organisation und Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes zum Programm 'Soziale Stadt' verfolgt: Es wurden Interviews mit den Koordinatoren des Programm 'Soziale Stadt' auf lokaler, kommunaler und an den Nahtstellen zum Land geführt (siehe Kap. 3, 4 und 5).

Methodische Vorgehensweise

Die PvO im niedersächsischen Modellgebiet baut auf bereits vorliegende Erkenntnisse und Erfahrungen aus einer Analyse der Sozialstruktur und der Stadtteil-Milieus auf (vgl. Geiling u.a. 2001).

Methodologisch grundlegend für Stadtteilanalysen der agis ist ein spezifischer Mehrebenenansatz. Das dazu entwickelte Analysekonzept entstand im Forschungsschwerpunkt 'Sozialstrukturwandel in Stadtregionen' und resultiert aus den Arbeiten über soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel (vgl. Vester u.a. 2001). Dieser Forschungsansatz wurde für stadtsoziologische Fragestellungen und für die Untersuchung städtischer Räume bzw. Quartiere weiterentwickelt und operationalisiert (vgl. Geiling/Schwarzer 1999). Der dabei ausgearbeitete Mehrebenenansatz vermittelt zwischen quantitativen Verfahren der 'Segregationsanalyse' und qualitativen Verfahren der 'Kohäsionsanalyse'. Bestandteile dieses lebensweltlich orientierten Ansatzes der Stadtforschung sind umfassende Stadtteilbegehungen und Rekonstruktionen der jeweiligen Siedlungsgeschichte (vgl. Geiling, u.a. 2001).

Bei der umfassenden Begehung des Stadtteils (Straßen, Plätze, Wege) werden die Wohngebäude sowie alle vorhandenen lokalen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Ämter, Geschäfte, Vereine und Initiativen erfasst und in Karten verzeichnet.

Die Rekonstruktion der *Siedlungsgeschichte* zielt auf Informationen zur Entwicklung der einzelnen Wohnsiedlungen, der lokalen Einrichtungen sowie auf die Wahrnehmung des Stadtteils und seiner Bewohner in der Öffentlichkeit. Grundlegend hierfür ist die Berichterstattung der lokalen Presse, z.B. Archiv der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) und Neuen Presse (NP), sind Studien zur Stadtteilgeschichte sowie Gutachten und sonstige Veröffentlichungen.

Die Basis der *Segregations- und Sozialstrukturanalyse* bilden vielfältige, tiefgegliederte Sozialdaten aus den amtlichen Melderegistern der Stadt Hannover sowie interne Datenbestände städtischer Ämter (Soziodemographie, Bildungsstandards, Wohnverhältnisse, Zusammenlebensformen, Sozialhilfe- und Arbeitslosenzahlen). Die Datenanalyse erfolgt *kleinräumig*, auf Ebene von Quartieren mit jeweils ca. 700 bis 1.700 Bewohnern, differenziert nach Alter, Geschlecht und ethnischer Herkunft.

Die zugespitzten Fragestellungen und Hypothesen der zuvor genannten Untersuchungsbereiche fließen in die abschließende *Kohäsionsanalyse* ein. Sie werden durch qualitative Interviews mit Expertinnen und Experten, d.h. lokalen Schlüsselpersonen in Kindergärten, Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Ämtern, Geschäften, Vereinen und Initiativen, weiterverfolgt, vertieft und überprüft. Die Kohäsionsanalyse zielt auf vorherrschende Beziehungsmuster, auf alltägliche Umgangsformen und auf die Struktur sozialer Netze im Stadtteil. Die jeweiligen lokalen Einrichtungen bilden bei dieser Rekonstruktion den Ausgangspunkt und sind gleichzeitig die zentrale, weil *vermittelnde Ebene*: vermittelnd zwischen dem Alltagserleben der Bewohnerinnen und Bewohner, mit ihren spezifisch strukturierten Familien-, Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen (soziale Netze der lokalen Milieus); und zwischen der über den Stadtteil hinausreichenden Ebene der Vorgaben, Konzepte und Verfahrensweisen städtischer Politik, der Verwaltungen, Wohnungsgesellschaften und Verbände (regionale Netzwerke). Ausgehend von dieser mittleren bzw. intermediären Ebene lassen sich mehr oder weniger erfolgreiche Maßnahmen und Strategien der sozialen Integration erkennen.

Ausgehend von der mittleren Ebene der lokalen Einrichtungen hat die PvO für die Programmbegleitung ein Arbeitsprogramm entwickelt. Nach 'unten' wurde die Analyse hin zu den Aktivitäten der Bewohnerinnen und Bewohner erweitert. Gesondert untersucht wurde in Form von teilnehmenden Beobachtungen und durch Gespräche das Bewohnerengagement innerhalb bzw. am Rande der lokalen Einrichtungen. Dieses Vorgehen folgt der bisherigen Erfahrung, dass Bewohnerengagement vor allem an den Schnittstellen zwischen professionell tätigen lokalen Einrichtungen und den dort aktiven Stadtteilbewohnern entsteht. Eine besondere Aufmerksamkeit genießen dabei Einrichtungen, Vereine und Initiativen, die sich entweder selbstständig aus den lokalen Milieus heraus entwickelt haben oder, mit Hilfe professioneller Unterstützung, von Bewohnerinnen und Bewohnern mitgetragen werden.

Ein weiterer, auf den Stadtteil bezogener Untersuchungsbereich bildet die lokale Politik (Parteien, Bezirksrat, Sanierungskommission) sowie übergreifende Stadtteilrunden bzw. Bürgerforen (lokale Öffentlichkeit) und die dort vorherrschenden Beteiligungsmöglichkeiten und Umgangsweisen.

Über die lokale Ebene des Stadtteils hinaus wurde die Analyse nach 'oben' zu den relevanten Akteuren auf der gesamtstädtischen Ebene bzw. des Landes Niedersachsens erweitert (städtische Politik, öffentliche Verwaltungen, städtische Wohnungsgesellschaften, Landesministerien). Durch Experteninterviews und Dokumentenanalysen wurden stadtteilorientierte Vorgaben, Konzepte, Verfahrensweisen, Finanzierungsmodelle und Förderungsmöglichkeiten erhoben und untersucht.

Ein letzter Bestandteil des Arbeitsprogramms war eine Fortschreibung der bereits vorliegenden Segregations- und Sozialstrukturanalyse für das Jahr 1998. Eine vergleichbare Auswertung wurde im Rahmen der PvO für das Erhebungsjahr 2000 wiederholt. Veränderungen der sozialen Standards, insbesondere von spezifischen Bewohnergruppen bzw. deren Zusammensetzung, können anhand dieser kleinräumigen Datenfortschreibung relativ exakt verfolgt werden (vgl. Kap. 8).

2. Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potenziale des Modellgebiets

2.1 Historische Entwicklung

Der Stadtteil Vahrenheide entstand in der Zeit von 1955 bis 1974 als erste niedersächsische Großwohnsiedlung am Stadtrand von Hannover. Das bis 1956 noch als 'Vahrenwalder Heide' bezeichnete Flurstück war ein landschaftlich karges Gebiet. Es umfasste eine große Sandfläche, durchsetzt mit einigen wildgewachsenen Gehölzen, kleinen Birken- und Föhrenwäldchen; von den Föhrenwäldern stammt vermutlich der Name 'Vahrenwald' (vgl. Döscher/Urban 1983, S. 8).

Die Beschaffenheit des Bodens erlaubte keine erfolversprechende landwirtschaftliche Nutzung, lediglich extensive Beweidung mit Schafen. Auch eine Bebauung war durch die ungünstigen Vorflutverhältnisse des flachliegenden Geländes und den dadurch bedingten hohen Grundwasserstand verhindert worden (vgl. Gemeinnützige Baugesellschaft mbH Hannover 1967). Seit dem 19. Jahrhundert wurde das Areal im Wesentlichen als militärisches Übungsgelände genutzt. Anfang des 20. Jahrhunderts fanden hier Experimente der Luftfahrt und der Raketentechnologie statt. Es entstand der zivile Flughafen Hannover-Vahrenwald, der sich vor dem 2. Weltkrieg zu einem wichtigen Knotenpunkt im deutschen und internationalen Flugverkehr entwickelte (vgl. Zimmermann o.J., S. 3ff.). Nach seiner Zerstörung am Kriegsende wurde der neue Flughafen auf einem anderen, erweiterungsfähigeren Gelände außerhalb der Stadt errichtet.

Bebauungsphase

Das Wohngebiet Vahrenheide wurde aufgrund der Wohnungsknappheit nach dem 2. Weltkrieg erbaut. Mehr als die Hälfte aller Wohnungen in Hannover waren zerstört worden. Um durch Wohnungsneubau die Wohnungsnot zu mildern, wurde die relativ große, zusammenhängende Fläche des Vahrenheider Gebietes „als Bauland unentbehrlich“ (Gemeinnützige Baugesellschaft MBH Hannover 1967). Von dem zunächst ausschließlich im Bundesbesitz befindlichen Gelände wurden der Stadt die Flächen des ehemaligen Flughafens und des Truppenübungsplatzes sowie die Gartenkolonien 'Heidegrün' und 'Silbersee' zur Siedlungsentwicklung überlassen. Der Bund behielt die nördlichen Flächen entlang der Autobahn. 1954 wurde die Vahrenwalder Heide im Flächennutzungsplan als Baugelände ausgewiesen. Zur Senkung des Grundwasserstandes wurde eine Pumpstation eingerichtet und 1955 begann der Wohnungsbau.

Das für die Bebauung vorgesehene Gelände war zunächst auf die Hälfte seines heutigen Umfangs begrenzt, da ein großer Bereich der Kleingartenkolonien erhalten bleiben sollte. Nach und nach wurde es jedoch notwendig, weitere Teile der Kleingartenareale hinzuzukaufen. Daher gab es anfangs keinen das ganze heutige Wohngebiet umfassenden Bebauungsplan; „*der ursprüngliche Plan für das Kerngebiet wurde im Laufe der Jahre abschnittsweise durch Erweiterungspläne ergänzt*“ (Gemeinnützige Baugesellschaft MBH Hannover 1967). Das bisher weitgehend unbebaute Gebiet neu gestalten zu können, setzte gleichzeitig Phantasien von 'großen Würfeln' und unbegrenzten Gestaltungsmöglichkeiten in Gang, die sich in der damaligen lokalen Presseberichterstattung widerspiegeln. Die Rede ist von „*Hannovers erstem Großsiedlungsexperiment mit Vorortcharakter*“ (HAZ 24.8.1962) und von Stadtplanern, die „*nach Herzenslust aus dem Leeren schöpfen. (...) Sie konnten sozusagen in Reinkultur eine Stadt nach den neuesten Erkenntnissen ihrer Wissenschaft züchten.*“ (HAZ 17.9.1959). Der damalige Stadtbaurat Professor Hillebrecht hob hervor, dass es sich um ein vernachlässigtes Gebiet handelt, bei dem das Truppenübungsgelände, der Kanaleinschnitt, der Flugplatz und die Autobahn jede 'normale und gesunde Entwicklung' unmöglich gemacht habe. Daher müsse alles neu entwickelt und auch ein Zentrum neu erfunden werden. Die Planungen zielten „*auf einen in sich zusammenhängenden organischen*

Stadtteil ab, der wohlthuend durchgrünt ist und sich an einen kleinindustriell und gewerblich genutzten Teil von ebenfalls gesunder und weiträumiger Struktur anlehnt“ (HAZ 17.9.1959). Die Presseberichte über den neuen Stadtteil kündeten euphorisch von Modernität, verwendeten aber auffällig häufig das Distanz schaffende Wort 'draußen': „Jetzt fällt schon auf, dass es eine sehr moderne Stadt sein wird. Es gibt viel Platz für viele Plätze da draußen. Es gibt große Grünflächen zwischen den Häusern, es gibt an allen Ecken und Enden Spielplätze und Sandkästen für die Kinder. Am Sand fehlt es ja nicht. Aber es fehlt auch nicht am Willen, die neue Stadt so gut, so schön, so gesund wie nur möglich zu machen, draußen in der Vahrenheide“ (HAZ 7.10.1961).

Die Wohnbebauung war im großen Stil für ca. 26.000 Einwohnerinnen und Einwohner konzipiert wor-



Abb. 1 Modell des Stadtteils, Stand ca. 196 (Quelle: Stadtplanungsamt)

den, auch wenn heute festgestellt werden muss, dass im Stadtteil nie mehr als halb so viele Menschen gelebt haben. Von den Planern wurden Baugesellschaften im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues beauftragt, entsprechende Wohneinheiten zu errichten. Die Bebauung des Wohngebietes begann in Vahrenheide-West, mit der Errichtung von 200 Reiheneigenheimen durch die Baugesellschaft Neue Heimat. In Vahrenheide-Ost wurden ab 1957 von der Gemeinnützigen Baugesellschaft Hannover (heute: Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH, GBH) dreigeschossige Zeilenbauten errichtet, wobei pro Jahr ca. 300 Wohnungen fertiggestellt werden konnten. 1967 umfasste der Wohnungsbestand der GBH 2.325 Wohnungen. Diese Anzahl hat sich danach nur noch unwesentlich erhöht. 1998 machte der Wohnungsbestand der GBH in Vahrenheide mit 2.769 Wohnungen 16 % des gesamten hannoverschen GBH-Bestandes aus. Die GBH-Häuser umfassten etwa 85 % des Wohnungsbestandes von Vahrenheide-Ost (heutiges Sanierungsgebiet) (vgl. GBH 1999a, S. 25, S. 30).



Abb. 2 Bauabschnitt in Vahrenheide in den 60er Jahren (Gemeinnützige Baugesellschaft mbH Hannover 1967)

Auf dem etwa 53 Hektar großen Gelände des alten Flughafens entstand ab 1955 ein Gewerbegebiet ('Alter Flughafen'). Die geplante Ansiedlung von ausschließlich arbeitsintensiven Betrieben, die der Bewohnerschaft des neuen Stadtteils ausreichend Arbeitsmöglichkeiten bieten sollten, konnte allerdings nicht eingehalten werden. Statt dessen wurde der Platz dringend für die Betriebe benötigt, die dem Aufbau von Hannovers Innenstadt im Wege standen. 1959 hatte das Gewerbegebiet etwa 80 Betriebe verschiedenster Branchen aufgenommen (vgl. HAZ 17.9.59). Von diesen wurden jedoch schon Mängel beklagt: die unzureichende Verkehrsanbindung und fehlende Einkaufsmöglichkeiten im Nahbereich.

1960 wurde dann mit der 'Ortskernbebauung Vahrenheide' von der Grundstücks- und Bauwesengesellschaft (GBG) am Vahrenheider Markt begonnen. Die Union-Bodengesellschaft wurde mit der Betreuung des hier geplanten Einkaufszentrums beauftragt. Diese stadtteigene Trägergesellschaft sollte den

Geschäftsleuten über die Durststrecke hinweghelfen, bis der Stadtteil voll bevölkert war (vgl. HAZ 17.9.1959). Bis zur endgültigen Vollendung der Bebauung am Vahrenheider Markt verging jedoch noch über ein Jahrzehnt. Der zweite Teil des Einkaufszentrums wurde 1967 errichtet (vgl. HAZ 16.10.1967), und 1972 wurde hier von der Grundstücks- und Bauwesengesellschaft (GBG) ein Hochhaus erbaut, das mit seinen 18 Stockwerken zu den höchsten Wohnhäusern in Hannover gehörte (vgl. HAZ 26.10.1972).

Die weitere Bebauung setzte sich halbkreisförmig vom Vahrenheider Markt aus fort. Als letzter und größter Baukomplex wurde 1973 von der GBH eine konzentrierte Hochhausbebauung, die „sogenannte Eisenburg“ (Döscher/Urban 1983, S. 13) im Klingenthal errichtet. Ursprünglich war hier die Fortführung der Zeilenbebauung geplant gewesen. Doch der damalige Stadtdirektor Neuffer setzte nach einem USA-Besuch durch, dass auch Hannover mit einem Hochhauskomplex nach amerikanischem Vorbild ausgestattet wurde.

Die Wahrnehmung der zunächst als modern gepriesenen Neubauten in Vahrenheide wandelte sich im Laufe der Jahre. 1973 wurde in der Presse erstmals harte Kritik an der Bauweise vorgebracht: „Die Zeilen der Häuser wirken wie Windkanäle. Es ist nicht kalt, doch man fröstelt. Regenfäden hängen schräg zwischen den dürrtigen Büschen. Weite wird zur Öde, Leere lässt erstarren“ (Tasch in HAZ 20.3.1973). Die Etiketten, die den Bauten in Vahrenheide zugewiesen wurden, lauteten in der Folgezeit „Betonburgen“ (HAZ 11.9.1980), „Betonwüste“ (HAZ 11.11.1998), „Trabantenstadt“ (HAZ 10.5.1984) oder „seelenlose Großsiedlung“ (HAZ 7.4.1986) und es wurde von „Sünden der modernen Architektur“ (HAZ 16.6.1982) bzw. einem „städtebaulichen Sündenfall“ (HAZ 20.3. 1986) gesprochen.

Die Versorgung mit Einrichtungen für den täglichen Bedarf verlief im Gegensatz zur zügigen Errichtung der Wohnbebauung sehr schleppend. Erst 1962 machten ein Arzt, ein Zahnarzt, eine Post, eine Apotheke, eine Drogerie und eine Gaststätte „den Anfang“ (HAZ 24.8.1962). Hinzu kamen ein Haushalts- und ein Textilwarengeschäft, ein Schuhmacher, ein Friseur, ein Papierwarengeschäft, eine Reinigungsanstalt und ein Blumengeschäft. Ein Wochenmarkt im Stadtteil wäre eine sinnvolle Ergänzung des damit noch immer unzureichenden Ladenangebotes gewesen. Dafür setzte sich der Bürgerverein von Vahrenheide zwei Jahre lang ein, bis schließlich am 3. Mai 1967 zum ersten Mal ein Wochenmarkt an einem provisorischen Standort stattfand (vgl. HAZ 1967). Der 1973 feierlich als Stadtteilmittelpunkt eingeweihte Vahrenheider Markt (vgl. HAZ 7.7.1973) konnte jedoch die Funktion eines Wochenmarktes bis heute nicht übernehmen. 1986 wurde nach langjährigem Hin und Her festgestellt, dass die Tragfähigkeit des Unterbodens am Vahrenheider Markt Marktfahrzeugen nicht standhalte (vgl. HAZ 20.2.1986).

Auch die Ansiedlung von Gewerbe verlief nicht so, wie es von Seiten der Stadtplaner vorgesehen war. Aus den Interessenten wählte die städtische 'Union-Boden' in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer ihnen geeignet erscheinende Bewerber aus. Doch bei einer Handwerkerversammlung traten einige Bewerber von ihrem Vorhaben, sich in Vahrenheide anzusiedeln, wieder zurück, weil es keine entsprechenden Werkstatträume gab oder die Mieten zu hoch lagen (vgl. HAZ 8.3.1961). In einem Gutachten der Handwerkskammer, vom Stadtplanungsamt in Auftrag gegeben, wurde 1961 festgestellt, dass es sich bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern in Vahrenheide vermutlich um Kleinverdiener handeln werde. Daher werde die Nachfrage nach handwerklichen Leistungen „nicht übermäßig groß“ sein. Bau- und Ausbaubetriebe seien überhaupt nicht nötig, weil die Baugesellschaften über eigene Handwerker verfügen (vgl. HAZ 8.3.1961).

Obwohl in der Anfangszeit viele kinderreiche Familien nach Vahrenheide gezogen waren, mussten sie lange Jahre mit provisorischer Infrastruktur zurecht kommen. Die erste Kindertagesstätte wurde 1965 mit dem Carl-Sonnenschein-Haus von der Caritas eingerichtet. 1967 eröffnete die AWO das Emmy-Lanzke-Haus, eine Einrichtung für alleinstehende, berufstätige oder in der Ausbildung befindliche Müt-

ter mit ihren Kindern, mit angegliedertem Kindergarten und Kinderkrippe. Da 1970 noch immer zuwenig Kinderbetreuungsplätze vorhanden waren, wurde von der evangelischen Kirche ein Teil des Kirchengebäudes abgetrennt und als Kindertagesstätte eingerichtet. Die beiden weiteren heute bestehenden Kindertagesstätten kamen erst in den 90er Jahren hinzu.

Für die Schulkinder wurden in den 60er Jahren die noch heute bestehenden drei Schulkomplexe angelegt. Als erstes wurde 1962 die damalige Volksschule Fridtjof-Nansen-Schule eingeweiht. 1966 wurde das Herschelgymnasium gebaut. 1967 folgte eine zweite Volksschule an der Weimarer Allee. Aus dieser Volksschule wurde später eine Hauptschule, die seit 1995 als Integrierte Gesamtschule Vahrenheide-Sahlkamp mit einigen baulichen Erweiterungen, u.a. Mensa, fortgeführt wird. Die beiden Kirchengemeinden begannen 1961 mit ihrer Gemeindegemeinschaft im Stadtteil, 1963 wurde die katholische St. Franziskuskirche und 1964 die evangelische Tituskirche fertiggestellt. Ein Altenpflegeheim wurde 1966 durch das Deutsche Rote Kreuz in Vahrenheide-Ost eröffnet.

Eine öffentliche Freizeiteinrichtung für die Jugendlichen des Stadtteils, das Jugendzentrum Camp, wurde erst 1968 eingerichtet und erwies sich bald als zu klein geraten. Als weitere soziale Infrastruktureinrichtungen kamen 1971 der Spielpark Holzwassen, 1976 die Gemeinwesenarbeit, 1978 der Jugend- und Sozialdienst, 1979 die Jugendwerkstatt, 1986 der Kulturtreff Vahrenheide und 1987 die Nachbarschaftsinitiative e.V. hinzu. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Einrichtungen tauschen sich seit 1976 in einer Koordinationsrunde aus (ausführlicher zu den sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen s. Kap. 2.2.6).

Die Wohnungsbaugesellschaft GBH

Die Bebauung und Besiedelung des neu entstehenden Stadtteils Vahrenheide war eng mit den Aktivitäten der Baugesellschaft GBH verknüpft. Daher erfolgt an dieser Stelle ein Exkurs zur Geschichte der GBH. Die Gesellschaft wurde am 27.4.1927 unter der Bezeichnung 'Gemeinnützige Baugesellschaft



Foto 3: Neue Wohngebäude entstanden in den 60er Jahren (Gemeinnützige Baugesellschaft mbH Hannover 1967)

mbH Hannover' gegründet, um „für die Familien zu bauen, die in Wohnwagen, Lagern, in Notwohnungen oder in überalterten Wohnungen hausten“ (Gemeinnützige Baugesellschaft mbH Hannover 1967). Darüber hinaus war es ihre Aufgabe, neue Bauweisen und Baumethoden anzuwenden und moderne

Grundrisstypen zu entwickeln.

Nach dem Krieg erweiterten sich Inhalt und Umfang der Tätigkeiten. Es musste neuer Wohnraum und entsprechende Folgeeinrichtungen für die Flüchtlinge und Vertriebenen gebaut werden, die in großer Zahl in das nahe der Zonengrenze gelegene Hannover strömten, wie auch für die evakuierte Bevölkerung. 1974 wurde die GBH zu einem städtischen Eigenbetrieb. Zu der Aufgabe der Bautätigkeit kamen damit Verwaltungsaufgaben hinzu. Am 28.1.1991 fiel die Gemeinnützigkeit weg und die 'Gemeinnützige Baugesellschaft Hannover' wurde in die 'Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH' umgewandelt. Seit dem unterliegt die GBH der Körperschafts-, Vermögens- und Gewerbebesteuerung und muss somit unter neuen Voraussetzungen wirtschaften. Der Hauptgesellschafter ist die Stadt Hannover, ihr Anteil lag 1999 bei 90 %, während die Stadtparkasse die restlichen 10 % hielt (dieses Verhältnis entspricht auch noch dem heutigen Stand). Die Aufgaben der GBH haben sich inzwischen von der Bautätigkeit zur Bestandspflege gewandelt. Die Tätigkeiten der Gesellschaft werden durch einen Aufsichtsrat kontrolliert, der im Jahr 2000 aus 16 Personen bestand.

Bezüglich der sozialen Situation in Vahrenheide ist insbesondere die Frage der Verantwortung für die Verwaltung der GBH-Wohnungen entscheidend. Die Wohnungsverwaltung war in den ersten Jahrzehnten keine Aufgabe der GBH selber, sie wurde von städtischen Ämtern, dem Liegenschaftsamt und dem Amt für Wohnungswesen, übernommen.

Dem Liegenschaftsamt kam die betriebswirtschaftliche Verwaltung zu. Reparaturen wurden von einer eigenen Abteilung durchgeführt, wobei deren Ausgaben nicht mit den Einnahmen durch Mietnebenkosten abgeglichen wurden. Der Haushalt dieser Abteilung war jedoch - wie berichtet wurde - knapp bemessen und teilweise bereits nach dem dritten Quartal eines Jahres ausgeschöpft. Durch diese Organisation und die allgemeine Begünstigung von Wohnungsneubau in dieser Zeit kam es dazu, dass seit den 70er Jahren, als im vahrenheider Wohnungsbestand die ersten größeren Erneuerungsarbeiten (z.B. Einbau von Zentralheizungen) anstanden, nicht genügend in die Instandhaltung investiert wurde. 1994 gab es beispielsweise noch immer rund 1.000 Wohnungen ohne Zentralheizung und mit Einfachverglasung in den vahrenheider Beständen der GBH, im Jahr 2000 waren es noch rund 450 Wohnungen (Quelle: Datenmaterial der GBH 2000).

Klagen über bauliche Mängel und den Zustand der Wohnungen werden kontinuierlich bis heute geäußert. In Presseberichten wurden verwahrloste Zustände beklagt. 1995 wurde beispielsweise über das Hochhaus Klingenthal berichtet: *„Die Wände sind mit Schmierereien übersät, und die Verkleidung des Fahrstuhls ist an vielen Stellen von Löchern durchbohrt. (...) In den oberen Geschossen stapeln sich auf den Treppenabsätzen Hausmüll, gelbe Säcke und Kartons, liegen umgestürzte Einkaufswagen und schrottreife Fahrräder. An den Wänden zeigen sich breite Risse, und an vielen Stellen hat Feuchtigkeit den Putz aufgeworfen. Kein Wunder, daß die Eigentümerin, die städtische Gesellschaft für Bauen und Wohnen (GBH) kaum mehr freiwillige Mieter findet - noch dazu bei Warmmieten von 15,50 Mark pro Quadratmeter“* (HAZ 18.1.1996).

Im Jahr 2000 lag der Mietpreis zwischen 10,70 DM/qm und 14,70 DM/qm, dabei sind im Mietpreis eine Heizkostenpauschale, Wasser und Nebenkosten enthalten. Ein Beispiel: Eine Vierzimmerwohnung im Klingenthal kostet 14,498 DM/qm. Die Wohnung hat 97,54 qm, d.h. der Mietpreis beträgt 1.414 DM (Quelle: Datenmaterial der GBH 2000).

Der Mietpreisspiegel der Sozialwohnungen, für die Mietobergrenzen gelten, fällt in Vahrenheide im Vergleich mit dem freifinanzierten Wohnungsmarkt in anderen Stadtteilen relativ hoch aus (vgl. Abb. 4 und 5). So beträgt der Preis für eine preisgünstige Miete in einer Wohnung mit Heizung 10 DM/qm bruttokalt nach einer Definition des Amtes für Wohnungswesen 1997. Anhand der Abb. 5 wird ersichtlich, dass gerade im Quartier 1204 mit Hochhausbestand die kalten Nebenkosten zum Teil das Zwei- bis Dreifache betragen (Quelle: LHH Jahresbericht 1995, S. 41 und planlokal 1997, S. 69 f.).

VAHRENHEIDE / 1600 Mark für 91 Quadratmeter

Stadt zahlt für Sozialwohnungen horrende Mieten

Mieten und Nebenkosten, die das Sozialamt für Mieter in Vahrenheide-Ost überweist, liegen oft höher als die Durchschnittspreise. Bis zu 1600 Mark kassiert die städtische Gesellschaft für Bauen und Wohnen (GBH) für Wohnungen, die um 90 Quadratmeter groß sind.

Die Liste der Beispiele ist in den Hochhäusern am Klingenthal, alles andere als erste Lage in Hannover, besonders lang: Marion Z. zahlt für 78 Quadratmeter rund 1200 Mark Warmmiete. Angelika S. überweist 1300 Mark für ihre 89 Quadratmeter große Wohnung. Elke F. bezahlt 1400 Mark für 96 Quadratmeter. Teddy B., auf 91 Quadratmetern zu Hause, wird mit 1600 Mark zur Kasse gebeten. In allen Fällen übernimmt das Sozialamt die Kosten. Die Wohnungen befinden sich rundweg in einem schlechten Zustand. Für den gleichen Preis sind auf dem freien Wohnungsmarkt erheblich bessere Wohnungen in bevorzugten Lagen zu haben.

Der technische Geschäftsführer der GBH, Ulrich Gerlach, sieht dennoch keine Möglichkeit, die Preise zu senken. Die Nebenkosten, die nach seinen Angaben in den Wohnungen mit durchschnittlich 5,25 Mark pro Quadratmeter zu Buche schlagen, seien deswegen so hoch, weil zahlreiche zusätzliche Dienste eingeschlossen seien. Mehr als eine Mark pro Quadratmeter werden fällig für Schönheitsreparatur, eine außerplanmäßige Müllabfuhr und eine Extra-Hausreinigung werden mit jeweils 20 Pfennig pro Quadratmeter berechnet. Ohne diese Serviceleistungen würden die Häuser noch mehr verwahrlosen, meint Gerlach. Die GBH wolle sich allerdings bemühen, mit den Mietern intensiver ins Gespräch zu kommen. Dabei sollen den Bewohnern die Kosten für Hausreinigung und Müllabfuhr klargemacht werden. Sie sollen nach Möglichkeit dazu angehalten werden, diese Arbeiten selbst zu übernehmen. „Das wäre das beste Mittel, die Wohnanlage dauerhaft sauberzuhalten“, sagt Gerlach.

Beim Sozialamt werden Mieten und Nebenkosten, die die GBH verlangt, kommentarlos bezahlt. „Da die GBH einen Gesellschaftsvertrag mit der Stadt hat, unterstelle ich, daß sie nicht gegen unsere Interessen handelt“, sagt die zuständige Mitarbeiterin im Sozialamt, Gisela Wesemeyer. Ausreißer nach oben kann sie bei den GBH-Mieten nicht erkennen. Ansonsten würde die entsprechende Abrechnung umgehend dem Mieterbund zur Überprüfung vorgelegt.

Dort ist bisher noch keine einzige Beanstandung eingetroffen, berichtet Mieterbund-Anwalt Bernd Stöver. „Wenn die GBH abrechnet, geht das Sozialamt offenbar davon aus, daß alles okay ist.“ Die zitierten Beispiele hält auch Stöver für überteuert. Eine günstige Wohnung in dieser Größe dürte nach Angaben des Mieterbundes nicht mehr als 1250 Mark kosten. oli

Als Fazit stellen planlokal fest, dass nur ein Fünftel der in der ‚Wohngeldstatistik - Mietenspiegel‘ enthaltenen öffentlich geförderten Wohnungen entsprechend der Definition des Amtes für Wohnungswesen als preisgünstig gilt. Denn gerade in den Hochhäusern der Großwohnsiedlungen mit Belegrechten fallen hohe Betriebskosten und damit hohe Bruttoalktmieten an. Als Beispiele werden Vahrenheide-Ost, Mühlberg, Sahlkamp und Groß-Buchholz genannt. Gleichzeitig finden sich in diesen Siedlungen aber auch preiswerte Wohnungen, so dass relativ deutlich wird, dass es hier tatsächlich überwiegend um Hochhäuser geht. Es bleibt festzuhalten (und wird in Abb. 5 auf kleinräumiger Ebene deutlich), dass das relativ hohe durchschnittliche Mietniveau gerade die einkommensschwachen Haushalte in Gebieten der Stadt Hannover zu zahlen haben bzw. über das Amt für Wohnungswesen oder das Sozialamt beglichen werden müssen.

Als ein zentrales betriebswirtschaftliches Problem erweist sich heute auch, dass durch Tilgungsaussätze in den 80er Jahren

Abb. 4 Haz vom 2.2.1998

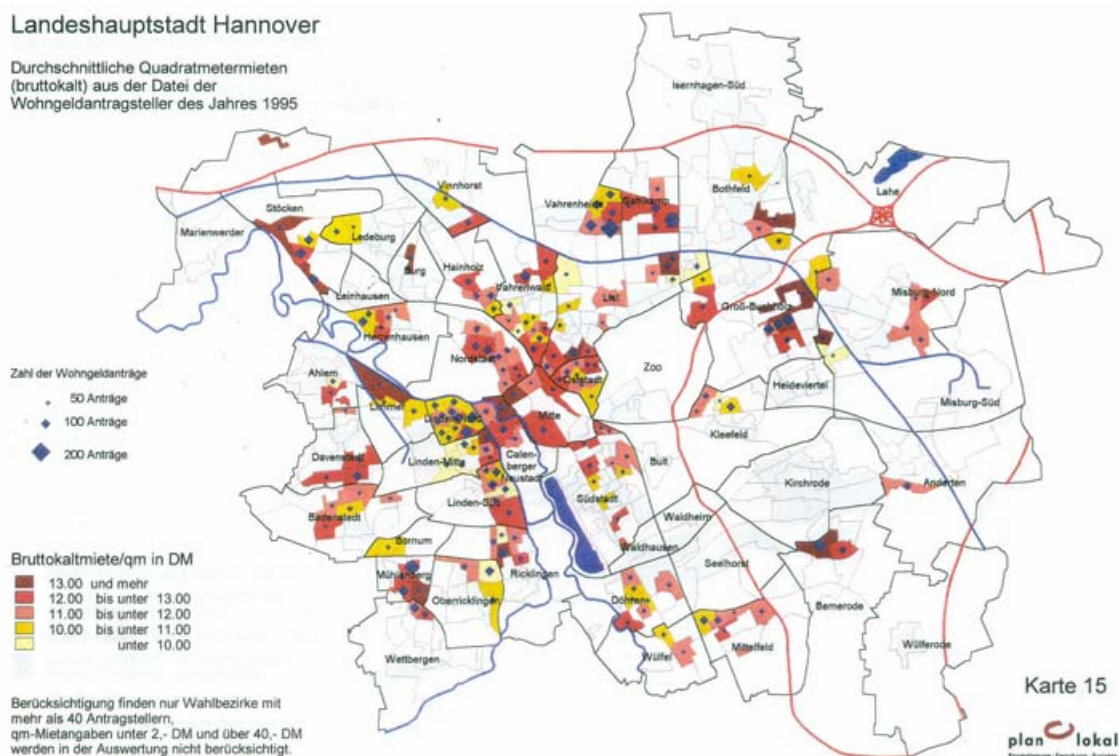


Abb. 5 Wohnungsversorgung sozial benachteiligter kann teuer sein (Quelle: planlokal 1997)

der Hochhausbestand noch immer mit hohen Schulden belastet ist. Außerdem erwies es sich für die Entwicklung der lokalen Ökonomie als nachteilig, dass die GBH als Eigentümerin des nahezu gesamten Wohnungsbestandes die Instandhaltungsaufgaben zentral organisierte. Somit war der Stadtteil für lokale Handwerksbetriebe uninteressant, weil private Aufträge von der Bewohnerschaft dieses Wohnungsbestandes nicht zu erwarten waren.

Neben der Vernachlässigung der Bestandspflege zeigten sich auch bei der Wohnungsvergabe Nachteile durch die Organisationsstruktur der GBH. Die Vergabe der GBH-Wohnungen wurde vom Amt für Wohnungswesen vorgenommen. Das Amt für Wohnungswesen verwaltet Unterkünfte für Obdachlose und Wohnungen für Personen oder Familien, die auf dem freien Wohnungsmarkt wenig Chancen haben. Für die GBH-Wohnungen in Vahrenheide bestehen sogenannte Belegrechte, d.h. vom Amt für Wohnungswesen wird der GBH ein Mieter vorgeschlagen, der nur in Ausnahmefällen abgelehnt werden kann. Personen, die nicht, oder nicht mehr, unter die Vergabekriterien des Wohnungsamtes fallen, müssen in diesen Wohnungen eine Fehlbelegungsabgabe zahlen. Durch die hohe Quote an Wohnungen, die über das Wohnungsamt belegt wurden, kam es zu einer Konzentration von Personen in schwierigen Lebensumständen im Stadtteil. 1974, als die GBH städtischer Eigenbetrieb wurde, ging der bauliche Bestand in den Besitz der Gesellschaft über. Für die neu hinzu kommenden Verwaltungsaufgaben wechselte ein Teil der Belegschaft des Amtes für Wohnungswesen zur GBH. Die Wohnungsvergabepaxis über das Amt für Wohnungswesen wurde jedoch bis 1986 beibehalten. Mittels eines zivilrechtlichen Vertrages wurde geregelt, dass die Häuser auf Dauer und unabhängig von der öffentlichen Förderung vom Wohnungsamt belegt werden können. Diese Praxis führte allerdings auch dazu, dass sich die GBH-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter nicht für die Mieterzusammensetzungen in ihren Häusern zuständig fühlten, daher auch nicht steuernd eingriffen.

1998 wurde schließlich mit einer grundlegenden Umorganisation der GBH begonnen. Im Geschäftsbericht der GBH werden als 'Kernstück der neuen GBH' die vier Geschäftsstellen genannt, *„die als weitgehend selbständig handelnde Unternehmenseinheiten sich an den Unternehmenszielen ausrichten und dabei selbständig organisieren und optimieren“* (GBH 1999, S. 7). Eine dieser Geschäftsstellen befindet sich in Vahrenheide-Ost. Vorläufer waren ein zentrales Büro für die zehn Hausmeister (heute: fünf), die in den Gebieten Vahrenheide und Sahlkamp tätig waren, aus dem sich 1994 ein Stadtteilbüro mit Mietersprechstundenangebot entwickelte. Seit 1999 besteht die GBH-Geschäftsstelle in Vahrenheide. Die Arbeit wird über drei Teams organisiert, die jeweils zuständig sind für Vahrenheide-Süd, Vahrenheide-Nord sowie Bothfeld, Sahlkamp und Langenhagen. Durch die Teamstruktur soll vom 'A-Z-Sachbearbeiter-Prinzip' weggegangen und stärkere Nähe zu den Mieterschaften hergestellt werden.

Die Erstbevölkerung des neu entstandenen Stadtteils

Die Nachkriegssituation und die Konzentration städtischer Belegrechtswohnungen in Vahrenheide führten zu einer spezifischen Bevölkerungszusammensetzung des neuen Stadtteils. Die zuerst erbauten Eigenheime in Vahrenheide-West wurden überwiegend von jungen Familien aufstrebender sozialer Milieus erworben. Hierzu zählten Beamtenhaushalte und Bundeswehrangehörige mit ihren Familien, die in den Bundesbedienstetenwohnungen Anrecht auf Wohnraum wahrnahmen.

Als weitere kleinere Gruppe zogen Familien katholischer Konfession in die Wohnungen des Heimatwerks in Vahrenheide-Ost. Die vielen GBH-Wohnungen im Stadtteil hingegen wurden, wie in der Beschreibung der Aufgaben der GBH bereits angedeutet wurde, durch Zuweisung des Amtes für Wohnungswesen belegt. Diese Zuweisung betraf in damaliger Zeit vielfach Kriegsversehrte mit ihren Familien oder Flüchtlinge. In der Volkszählung von 1950 wurde für Hannover die Anzahl von 93.000 Flüchtlingen und Zugewanderten aus dem Osten und Berlin festgestellt. In diesem Jahr wurde auch geschätzt, dass in Hannover noch nahezu 40.000 Personen in nicht winterfesten, z.T. überfüllten Behelfs-

heimen oder Notunterkünften lebten (vgl. Bochynek-Friske 2001, S. 23 u. 27).

Insbesondere bildeten die Bewohner und Bewohnerinnen des ehemaligen Arbeitslagers Mühlenberg und der Notunterkunft Tönniesberg einen nicht unerheblichen Teil der Erstbevölkerung von Vahrenheide. Das Lager Mühlenberg diente nach dem Krieg als Notunterkunft für Ausgebombte, Flüchtlinge und ehemalige Zwangsarbeiter und es galt als „*eines der größten Elendsquartiere Westdeutschlands*“ (HAZ 19.2.60) und als „*Hannovers größter Schandfleck*“ (Landeshauptstadt Hannover 1998a). In diesem ehemaligen 'Fremdarbeitslager Mühlenberg' waren bis 1945 Häftlinge der KZs Mauthausen und Gusen für die Waffenproduktion der Hanomag stationiert gewesen. 1955, zehn Jahre nach Kriegsende, lebten dort noch etwa 1.500 Personen, darunter ein Großteil Kinder, unter extrem schlechten Bedingungen. In einem Vorschlag des damals für das Mühlenberglager zuständigen Pastors, angesichts des katastrophalen Zustandes des Lagers die 'charakteranständigen Familien' von den 'asozialen' zu unterscheiden, ist das Stereotyp der 'guten' und der 'schlechten' Armen zu erkennen, in dem auch die 'Schuldfrage' mitschwingt. Der Pastor verwies aber auch auf die Verantwortung der Stadt, indem er das Lager als 'Stiefkind der Stadt' bezeichnete (vgl. Landeshauptstadt Hannover 1998a, S. 18). 1950 hatte das Wohnungsamt das Lager übernommen und unter großem finanziellen Aufwand damit begonnen, die Bewohnerinnen und Bewohner in die Stadtteile Hainholz, Buchholz und Vahrenheide umzusiedeln. Die Verpflichtung zur Übernahme der Lagerbewohnerschaft nach Vahrenheide entstand durch die Aufnahme von Mitteln aus dem Barackenräumprogramm (vgl. Döscher/ Urban 1983, S. 12). Um das Mühlenberglager zügig räumen zu können, wurde daher die Bebauung in Vahrenheide stark vorangetrieben (vgl. HAZ 1.11.61). Nachdem 1960 die letzten Bewohner (wie es hieß: ein Ehepaar mit 17 Katzen) ausgezogen waren, wurden die Baracken des Mühlenberglagers abgerissen.

Die ehemaligen Lagerbewohnerinnen und Lagerbewohner wurden in der Öffentlichkeit mit Skepsis betrachtet: „*Man soll sich vor Verallgemeinerungen hüten und nicht etwa sagen, dass alles, was im Mühlenberglager wohnt und wohnte, asozial, 'Bodensatz' sei. Es haben hier viele ordentliche Leute gelebt, die ohne eigene Schuld in Not geraten waren. Aber - ob man es wahrhaben will oder nicht - es waren viele 'schräge Vögel' darunter*“ (HAZ 19.2.60). Neben der Diskriminierung fällt die entsubjektivierende Beschreibung der Lagerbewohner („*alles, was im Mühlenberglager wohnt*“) auf. Eine abwertende, diskriminierende und von Misstrauen geprägte Haltung ist immer wieder in der Berichterstattung über die neuen Bewohner des sozialen Wohnungsbaues in Vahrenheide spürbar. So wurde vom „*Schatten vom Mühlenberg*“ und der ungünstigen soziologischen Beeinflussung durch die Umsiedlungsmaßnahmen gesprochen (vgl. HAZ 1.11.1961).

Da der Stadtteil in weiten Teilen auf Grundstücken von Laubenkolonien errichtet wurde, gehörte die ehemalige Laubenbewohnerschaft mit zur Erstbevölkerung des Stadtteils. Die Laubenkolonien waren in der Nachkriegszeit in Eigenarbeit errichtet worden. In Presseberichten wurden diese so beschrieben: „*Östlich angrenzend, zum Teil aus fiskalischem Grunde, haben obdachlose Hannoveraner in unermüdlichem Fleiß und mancherlei Aufwand, aber nicht immer mit gestalterisch glücklicher Hand nach dem Kriege Eigenheime errichtet*“ (HAZ 17.9.59). Einerseits wurden die Grundstücke von der GBH gegen eine Entschädigung übernommen. Diese Entschädigung beinhaltete das Angebot einer Mietwohnung oder eines Eigenheims im Stadtteil, zu dessen Finanzierung der Betrag der Kleingartenentschädigung als Eigengeld verwendet wurde (vgl. Gemeinnützige Baugesellschaft mbH Hannover 1967). Andererseits wurden Sanierungen der Laubenhäuser und damit verbunden Umsiedlungen vorgenommen. Die nördlich an Vahrenheide angrenzenden Gartenkolonien 'Silbersee' und 'Heidegrün' wurden mit Unterstützung von 2 Mio. DM aus der Bundeskasse in einem bundesweit erstmaligen Sanierungsprojekt umgestaltet. 1959 sollten 85 der 400 Koloniehäuser umgesetzt werden. Noch 1964 wurde von geplanten Einfamilienhäusern in Vahrenheide berichtet, in die bisherige Laubenbewohner umgesiedelt werden sollten (vgl. HAZ 5.11.64).

Die Praxis der Zuweisung von Personen und Familien in schwierigen Lebensumständen in den Stadtteil

Vahrenheide hielt in den folgenden Jahrzehnten an. Vor allem Menschen, die von ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer ökonomischen Lage nicht dem Durchschnitt der Bevölkerung entsprachen, wurden mit Sozialwohnungen in Vahrenheide 'versorgt'. Ende der 60er Jahre waren dies zunächst 'Gastarbeiter', später dann Asylsuchende, Flüchtlinge und Spätaussiedler sowie die steigende Zahl der Sozialhilfebeziehenden. In der Neuen Presse war 1998 über Vahrenheide zu lesen: „*Die Stadt hat ihre dort massenhaft konzentrierten Belegrechtswohnungen mit Notstandsfällen vollgepfropft*“ (NP 5.1.1998). Überspitzt wurde auch die Bezeichnung 'Ver- und Entsorgungsstadtteil' geäußert. Gegen diese Konzentration wurde immer wieder die Notwendigkeit einer 'vernünftigen' oder 'gesunden' sozialen Mischung beschworen. 1993 wurde beispielsweise Peter Dellemann, der Leiter des Stadtplanungsamtes, in der Lokalpresse zitiert: „*Wir streben ein ausgewogenes soziales Mischungsverhältnis an*“ (HAZ 21.10.1993). Die Argumentation mit Mischungen und bestimmten Konzentrationen, die nicht überschritten werden dürfen, - fast schon eine 'Reagenzglas-Terminologie' - zieht sich durch die Berichterstattung und durch die lokalpolitischen Maßnahmen. Wie die immer wieder hervorgehobene und angestrebte 'richtige Zusammensetzung' und 'Mischung' konkret aussehen soll, bzw. wie diese erreicht werden kann, blieb diffus. Auch das für die heutige Sanierung maßgebliche Konzept beschäftigt sich im Rahmen eines 'Entflechtungsprogramms' intensiv mit der Bevölkerungszusammensetzung (s. Kap. 2).

Elitenbildung und politische Machtverhältnisse

Bei der Betrachtung der Zusammensetzung der Menschen, die in den neu erbauten Stadtteil kamen, fällt auf, dass sich eine relativ gut situierte Gruppe in den Einfamilienhausgebieten, überwiegend in Vahrenheide-West, aber teilweise auch in Vahrenheide-Ost, ansiedelte. Aus diesem Bevölkerungsegment rekrutierten sich in den folgenden Jahren überwiegend diejenigen, die politisch aktiv wurden und im Stadtteil hegemoniale Strukturen entwickeln konnten. Da Institutionen, die der Geselligkeit dienten oder für bestimmte Gruppen Freizeitangebote boten, noch später als die Dienstleistungsinfrastruktur in den Stadtteil kamen, setzten sich diese Gruppen dafür ein, diese Lücke zu schließen. Aktiv waren einerseits die eher konservativ geprägten sozialen Milieus (Beamten-, Soldatenhaushalte, Teile der Laubenkolonienbewohnerschaft, u.a.), sie bauten beispielsweise in Eigenarbeit Vereine mit der zugehörigen Infrastruktur auf, so z.B. den Fußballverein Kickers Vahrenheide e.V. oder den Schießsportverein mit Fanfarenzug. Andererseits gab es die eher links-alternativen sozialen Milieus, die in die architektonisch modern gestalteten Reihenhäuser in Vahrenheide gezogen waren (Architekten, Lehrer, u.a.). Von ihnen ging ein mehr sozialpolitisch geprägtes Engagement aus.

Gegenüber den zahlenmäßig dominanten Gruppen, die durch das Wohnungsamt zugewiesen worden waren, bestanden deutliche alltagskulturelle Distanzen. Insbesondere deren Gewohnheiten, die auf landwirtschaftliche Verwurzelung und ein Bedürfnis nach 'eigener Scholle' schließen ließen, wurden mit Befremden beschrieben. In den Erzählungen ist ein immer wiederkehrendes Stereotyp das auf dem Balkon gehaltene Schwein oder das Kaninchen in der Badewanne. Ausgedrückt werden sollte damit keineswegs, dass die Unterbringung in Zeilenbauten für diese Bewohnergruppen nicht die richtige Wohnform war, sondern deren 'rückständige' Verhaltensweisen. Von dieser Bevölkerungsgruppe wurde kein spürbares politisches Engagement erwartet.

Die politische Mehrheit hatte kontinuierlich die SPD inne, dennoch zeigt sich im Rückblick ein Wechsel in der Art, wie Stadtteilpolitik betrieben wurde. In den 70er Jahren gab es im Stadtteil eine engagierte Gruppe um den Architekten und Stadtplaner Hans Adrian. Bildungs- und Kulturarbeit, insbesondere der Einsatz für ein Freizeitheim, waren zu dieser Zeit vorherrschende Themen. Diese Gruppe bildete so etwas wie ein 'modernes Leitmilieu'. Auch die Pastoren beider Kirchengemeinden zählen zu dem aktiven Kreis, sie engagierten sich z.B. im damaligen 'Bürgerverein Vahrenheide'. Während von der katholischen Kirche durch einen beliebten und feierfreudigen Pastor, auch 'Don Camillo von Vahrenheide'

genannt, gesellige und vergemeinschaftende Impulse ausgingen, setzten sich die evangelischen Pastöre für die Beschäftigung und Qualifizierung von Jugendlichen, die Integration von 'Ausländern' und die Friedensarbeit ein. Insbesondere das friedenspolitische Engagement, das in den 80er Jahren eine große Rolle spielte, führte zu Kontroversen mit dem konservativ-traditionellen Milieu, zu dem in Vahrenheide viele Bundeswehrangehörige zählten.

Anfang der 80er Jahre begann mit dem Wechsel von Führungspositionen im SPD-Ortsverein ein neuer Politikstil die Geschicke des Stadtteils zu beeinflussen. Die bisher aktiven Milieus wurden zahlenmäßig kleiner, da ein Teil dieser Personengruppe mittlerweile in andere Stadtteile verzogen war. Die nunmehr an Einfluss zunehmenden SPD-Aktiven rekrutierten sich mehr aus den Traditionellen Arbeitermilieus der 'Traditionsmieter' und den aufstrebenden Facharbeitermilieus. Damit ging ein gewisser Mentalitätswechsel, weg von kulturell und zum Teil ideologisch geprägten Zielen zu einer stärker bodenständigen und pragmatischeren Handlungsorientierung, einher. Die Konflikte zwischen CDU und SPD schwächten sich in der Folge ab. Heute finden sich in den lokalpolitischen Konzepten von SPD und CDU wenig grundsätzliche Kontroversen. Die politisch Aktiven, ein insgesamt sehr kleiner Kreis, eint der auf beiden Seiten zu beklagende Nachwuchsmangel, die Sorge um die geringe Wahlbeteiligung, ein von Pflichtgefühlen getragenes Verantwortungsbewusstsein für den Stadtteil und der Wunsch nach einer 'anderen' Stadtteilbevölkerung. Andere Parteien, wie FDP oder Bündnis 90/ Die Grünen, haben lokalpolitisch kaum ein Gewicht.

Die öffentliche Stigmatisierung des Stadtteils

In den 90er Jahren erhielt Vahrenheide endgültig den Ruf einer 'schlechten Adresse'. Die Berichterstattung der Medien konzentrierte sich auf Vandalismuserscheinungen und Kriminalität durch sogenannte Jugendbanden in einem heruntergekommenen und verrufenen Quartier: *„Nur ein von leeren Bierdosen überquellender Papierkorb zeugt von menschlichem Leben. (...) Weiter geht's durchs Viertel, vorbei an Garagenhöfen, deren Tore mit bunten Graffiti und wilden Schmierereien übersät sind. Den verwaisten Container der Altkleidersammlung hat jemand offenkundig, doch erfolglos versucht aufzubrechen. (...) Die Leute randalieren dann rum oder schmeißen ihren Müll mitten in der Nacht aus dem Fenster. Einmal habe ich sogar eine Katze mit durchgeschnittener Kehle vor dem Haus gefunden“, berichtet ein Anwohner aus dem Klingenthal“* (HAZ 16.11.1995). 1998 wurde der Hochhauskomplex in der Presse folgendermaßen beschrieben: *„Das ist dort, wo in den Pflanzkübeln aus Waschbeton nichts als schmutzigbraune Erde zu finden ist und Zigarettenskippen liegen. Dort, wo die Müllcontainer schon einen Tag nach ihrer Leerung wieder überquellen oder der Abfall gar nicht erst in den Behältern landet, weil er einfach aus dem 15. Stockwerk gekippt wird“* (HAZ 5.2.1998).

Die Beschreibungen von Vandalismus und Dreck bezogen sich meist auf den Bereich um den Hochhauskomplex im Südosten von Vahrenheide und waren häufig direkt mit dem schlechten Zustand der GBH-Häuser verknüpft. GBH-Prokurist Friedhelm Rauhut machte in einem Pressebericht die Anonymität für die mangelnde Sauberkeit im Stadtteil verantwortlich. Zur Abhilfe sah er die GBH nicht in der Lage. Aufgrund des geringen Personalschlüssels sei die Mitarbeiterschaft überfordert. Für die Wohnungen im Hochhauskomplex mit etwa 1.200 Mieterinnen und Mietern stünde schließlich nur ein Hausmeister zur Verfügung (vgl. HAZ 18.1.1996).

Zu dieser Zeit wurde der Stadtteil mit dem Beinamen 'Bronx Hannovers' versehen und erreichte *„traurige Berühmtheit“*. Anlass war die Rivalität zwischen einer Gruppe deutsch-türkischer Jugendlicher mit gleichaltrigen Spätaussiedlern. Die Presse berichtete in reißerischem Ton von Schlägereien, die hier an der Tagesordnung seien (vgl. HAZ 16.11.1995; s. Abb.3). Auch im Fernsehen wurden Berichte über die

Probleme im Stadtteil gesendet¹.



Abb.6 Hannoversche Stadtteilzeitung Ost 16.11.1995

- *allein gegen die Schüler-Mafia (...) Gewalt-Orgien im Supermarkt*“ (BILD 6.2.1997). In Reaktion auf die Vorfälle wurden 1997 zwei Kontaktbeamte im Stadtteil eingesetzt.

Die Berichterstattung hierzu stürzte sich wiederum auf Anlässe, die ins Bild eines verrufenen Stadtteils passten. Als die Reifen des Streifenwagens zerstochen und die Fensterscheibe der Polizeistation eingeworfen wurden, war von Terror gegen die Polizei zu lesen:

„*Triste Hochhäuser, Diebstähle, Alkohol und Jugendbanden - in Vahrenheide regiert die Gewalt. Jetzt richtet sich der Terror gegen die Polizei*“ (NP 25.2.1997). Die Kontaktbeamten selbst zogen eine weit nüchterne Analyse der Situation in Vahrenheide: „*Als Ursachen für die Kriminalität haben die beiden Armut und Langeweile ausgemacht, womit ihre Analyse der der Sozialdienste verblüffend ähnlich ist. Viele aus dem Stadtteil seien anständig geblieben, sagt Thomas Schulz, die Familien funktionierten*“ (HAZ 11.4.1997).

Kriminalität wurde in Vahrenheide fast ausschließlich in Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen diskutiert. Sie wurden als undiszipliniert und unzivilisiert empfunden und als Gewalttäter dargestellt. Aus Kindern und Jugendlichen wurden 'Banden' und 'Gangs'; Bezeichnungen, die Misstrauen, Ängste und Distanz der Mehrheitsbevölkerung den jungen Menschen gegenüber ausdrückten. Der Generationenkonflikt spitzte sich zu, und die Art und Weise, in der Disziplin gefordert und die Gewalttätigkeit hervorgehoben wurde, schien sich von den realen Tatbeständen verselbständigt zu haben, auch wenn das Verhalten der Kinder und Jugendlichen durchaus Anlass zur Sorge gegeben haben könnte. Eine öffent-

In der Rückschau spricht Vieles dafür, dass es sich mehr um ein medial hochgespieltes Ereignis gehandelt hat, als um verfestigte Konflikte. Jugendliche äußern in einem Pressebericht ein Jahr später, dass es 'Gangs' in Vahrenheide nicht gäbe. „*Wir halten einfach zusammen wie Pech und Schwefel. Durch unser Viertel kann jeder nachts ohne Angst durchgehen. Hier wird keiner aufgeschlitzt*“ (HAZ 18.4.1996). Von den zuständigen Stellen werden für Vahrenheide keine erhöhten Kriminalitätsraten genannt.

1997 wurde über gehäufte Ladendiebstähle von Kindern und Jugendlichen am Vahrenheider Markt berichtet, auf die die Geschäftsleute massiv reagierten, indem sie in den Schulpausen ihre Geschäfte schlossen und bei der Polizei gehäuft Anzeigen erstatteten. Stichworte aus einem Bericht in der BILD-Zeitung, die sich nun schon für diesen Stadtteil interessierte, lauteten: „*Kriminalität - das einzige, was hier gedeiht. (...) Die Verkäuferinnen*

¹ Im Mai 1997 wurde auf N3 die Reportage 'Messerstecher tanzen nicht. Jugendliche in Hannover-Vahrenheide' von Jörg Ihssen und Martin Hoffmann ausgestrahlt. Im Juni 1997 berichtete das Magazin 'Frontal' über steigende Kriminalitätsraten bei Aussiedlern. Ein Beispiel dafür war Vahrenheide.

liche Diskussion darüber, welche Beweggründe hinter dem abweichenden Verhalten stand und wie hier Abhilfe geschaffen werden könnte, fand kaum statt. Immerhin wurden einige Sozialarbeiter in den Stadtteil geholt, um mit den Jugendlichen zu arbeiten.

Wissenschaftliche Gutachten

Es brauchte jedoch nicht erst diese massive negative Berichterstattung über den Stadtteil, um auf die Probleme hinzuweisen. In den 80er Jahren wurden bereits verschiedene Gutachten in Auftrag gegeben, die sich mit der Situation im Stadtteil beschäftigten. Sie sind im Zusammenhang mit einer Welle von empirischen Untersuchungen zu sehen, die sich allgemein mit den inzwischen umstrittenen Großwohnanlagen, wie denen in Vahrenheide-Ost, befassten (vgl. Zapf/Heil/Rudolph 1969; Weeber 1971; Kob u.a. 1972; Dorsch 1972; Dittrich 1974 sowie kritische Überblicke in Keim 1977 und Herlyn/von Saldern/Tessin 1987). Diese Untersuchungen bestätigten zum Teil die Klagen vieler Bewohnerinnen und Bewohner. Gleichzeitig wurde, mit dem Verweis auf eine relativ hohe 'Wohnzufriedenheit', die grundsätzliche Kritik an den Großwohnanlagen als unbegründetes Vorurteil von Außenstehenden zurückgewiesen. In der Wissenschaft war damals vor allem eine Frage umstritten: Sind die negativen Befunde Resultat der sozialräumlichen und baulichen Strukturen oder lediglich 'Kinderkrankheiten', die sich im Laufe der Zeit 'auswachsen'? Im Rückblick wird deutlich, dass sich viele der anfangs beklagten Mängel mit den Jahren eher noch verschärft haben.

In Vahrenheide wurde 1985 im Auftrag des niedersächsischen Sozialministeriums zunächst eine Pilotstudie zur 'Verbesserung des Wohnumfeldes einer typischen Siedlung der 70er Jahre' (Nagel u.a. 1985) durchgeführt. Der Gutachter betont zusammenfassend, dass nur durch eine komplexe Sanierung die Chance nachhaltiger Verbesserungen des Wohnwertes erreicht werden könne. Als Reaktion auf das genannte Gutachten bewilligte der Stadtrat jedoch erst einmal Haushaltsmittel für weitere Gutachten 'zur Verbesserung der Wohngebiete der 60er und 70er Jahre'. Das Stadtplanungsamt veranlasste die Durchführung von insgesamt neun Gutachten, sechs davon richteten sich auf das Gebiet Vahrenheide Süd-Ost. Auf diesem Gebiet befand sich bis auf zwei Häuser ausschließlich belegungsgebundener Wohnungsbestand der GBH. Motiviert war die Vergabe dieser Gutachten offenkundig in erster Linie durch die wohnungswirtschaftlichen Probleme der GBH (Leerstände, hohe Mieterfluktuation). Im städtischen Abschlussbericht zu den Gutachten heißt es: *„Zweck der Gutachten war es, präziseres Sachwissen über die Wohngebiete zu erhalten, in denen längerfristig Wohnungsleerstände befürchtet wurden und die durch eine überdurchschnittliche Fluktuation, eine zunehmende soziale Entmischung und ein negatives Ansehen zu kennzeichnen sind“* (Landeshauptstadt Hannover 1989, S. 3).

Im Einzelnen wurden folgende Analysen und Vorschläge ausgearbeitet:

*Es wurde eine sozialwissenschaftliche Expertise über die Wohnungsbelegungspraxis, die Infrastrukturleistungen und die Akzeptanz des Wohnquartiers erstellt, in der im Anschluss an die Analyse konzeptionelle Überlegungen zur Änderung der Belegungspolitik und der sozialadministrativen Betreuungsmaßnahmen entwickelt wurden (vgl. Herlyn u.a. 1986).

*In einer wohnungswirtschaftlichen Expertise wurde eine Leerstands- und Fluktuationsanalyse vorgelegt sowie Kostenstruktur und voraussichtliche Kostenentwicklung untersucht und die Möglichkeit einer differenzierten Mietpreisgestaltung diskutiert (vgl. awos GmbH 1987).

*Zum o.g. Wohnumfeldgutachten von Nagel u.a. (1985) wurde eine Kostenermittlung für die vorgeschlagenen Maßnahmen (Abriss einer nahezu ungenutzten Hochgarage, Rückbau von Verkehrsflächen und Anlage eines Quartiersparks) vorgenommen. In der Folge wurden die Abrisspläne verworfen.

*Da die Hochgarage also nicht abgerissen werden sollte, wurde das Gutachten 'Vorschläge zur

Attraktivierung und Umnutzung der Großgarage Plauener Straße 12 A' vergeben, in dem Nutzungsmöglichkeiten, Grundrisse, Fassadengestaltungsvorschläge mitsamt Kostenberechnungen für dieses Gebäude entwickelt wurden (vgl. planbox 1986).

*Es folgte die Studie 'Ergänzung des Angebots an Gemeinschafts- und Wohnfolgeeinrichtungen in Vahrenheide Süd-Ost', in der Umbau- und Umgestaltungsvorschläge insbesondere an Eingangs- und Erdgeschossbereichen vorgelegt wurden (vgl. Lindener Baukontor 1986).

*Da in der sozialwissenschaftlichen Expertise u.a. festgestellt wurde, dass Jugendliche eine besondere Problemgruppe im Stadtteil darstellen, wurden die Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche gesondert betrachtet und neue Möglichkeiten aufgezeigt (vgl. von Seggern / Erler 1988). In einer weiteren Studie über das Kinderspiel im Stadtgebiet Hannover wurde auch die Situation der Kinder in Vahrenheide-Südost mit betrachtet und für die Altersgruppe der Jugendlichen „sowohl quantitativ wie auch qualitativ besonders ungünstige Voraussetzungen festgestellt“ (vgl. Nagel 1987, S. 99).

Über fünf Jahre hinweg war die Folge eines Gutachtens also fast stets ein neues Gutachten, und es fällt auf, dass einschneidende Veränderungen, wie Abriss bzw. Rückbau oder Veränderungen in der Belegungspolitik zunächst nicht vorgenommen wurden. Die in Folge der Gutachten umgesetzten Maßnahmen, die die Stadt in ihrem Abschlussbericht zu den Gutachten benennt, beziehen sich auf kleinere Umgestaltungen im Wohnumfeld (Verlegung einer Garagenzufahrt, Neugestaltung eines Innenhofes und von Treppenhäusern, Anbringen eines verglasten Windfanges an einem Hauseingang, Erneuerung von Kinderspielflächen, Vorgartenaktionen mit Mietern, Nachpflanzen von Bäumen). Größere Wirkung kann in der Rückschau lediglich der letztlich erfolgten Umgestaltung der Hochgarage, der Errichtung eines Nachbarschaftstreffs und der Einrichtung des Stadtteilbüros der GBH zugesprochen werden. Gelder wurden vorrangig für die Verbesserung öffentlicher Flächen bereitgestellt (1.700.000 DM verteilt auf vier Jahre), die Gutachten dienten als Grundlage für einen entsprechenden Maßnahmenkatalog (vgl. Landeshauptstadt Hannover 1989, S.37 ff.).

Schließlich wurden, nachdem dies am 29.6.1989 vom Rat der Stadt beschlossen worden war, am 2.3.1990 die Stadtplaner und Architekten von argeplan Hannover mit der vorbereitenden Untersuchung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes nach § 141 BauGB beauftragt. Darin wird betont, dass sich die Leerstände durch die verschärfte Lage auf dem Wohnungsmarkt zwar verringert haben, die Notwendigkeit zur Verbesserung des Stadtteils aber nach wie vor besteht. Bis die Sanierung beginnen sollte, gingen dennoch weitere acht Jahre ins Land.

In Anbetracht der Zeiträume entsteht der Eindruck, dass Probleme oftmals verschleppt wurden und sich somit teilweise noch verschärften. Erst, wenn wachsende Leerstände die Wohnungsgesellschaft GBH in finanzielle Bedrängnis brachten, kam kurzzeitig Bewegung in die städtische Politik und Verwaltung, jedoch ohne wirklich nachhaltige Konsequenzen. Es passierte vielmehr das, wovon im 'Nagel-Gutachten' bereits 1985 gewarnt wurde. „*Nur eine komplexe Sanierung bietet die Chance einer nachhaltigen Verbesserung des Wohnwertes. Durch partielle Maßnahmen werden die Probleme lediglich in andere Bereiche verdrängt*“ (Nagel 1985 u.a., S. 71).

Traditionslinien

Vahrenheide war als Stadtteil zur Versorgung von Menschen mit Wohnraum gedacht und geplant worden, womit einher ging, dass die Bebauung 'am grünen Tisch' entworfen wurde und die Menschen hierhin 'versetzt', 'umgesiedelt' oder 'zugewiesen' wurden. Von ihnen wurde Eigeninitiative weder erwartet noch verlangt, und es entwickelte sich eine soziale Konstellation, in der ein kleiner aktiver Kreis Gestaltungen und Entscheidungen für die große Masse vornahm. Ob diese Entscheidungen den Bedürfnissen

der Menschen entsprachen, wurde kaum reflektiert, eher vorausgesetzt. Diese Struktur findet sich auf vielen Ebenen im Stadtteil mit einem gewissen Beharrungsvermögen bis heute. Insbesondere die GBH drückte in ihrer anfänglichen Organisation den sozialen Beziehungen im Stadtteil ihren 'Stempel' auf. Entscheidungen wurden in großer Distanz zu den Menschen getroffen, die kaum einbezogen wurden. Eigene Aktivitäten, seien es kleine Reparaturen in der Wohnung oder die Eröffnung eines Betriebes, waren eher unerwünscht. Für Geselligkeit war wenig Raum vorgesehen, und die Teile der Bewohnerschaft, die dennoch in Eigeninitiative vergemeinschaftende Strukturen schufen, zeigen mittlerweile resignierte Rückzugstendenzen.

Neben dieser Tendenz zum 'bevormundenden' Umgangsstil deutet sich im historischen Rückblick an, dass auch Mangelsituationen zu den täglichen Erfahrungen der Stadtteilbevölkerung gehörten. Diese Mängel betrafen die Wohnungsausstattungen, das Wohnumfeld und die Infrastruktureinrichtungen. Sie waren lange bekannt, wurden immer wieder benannt, schließlich per Gutachten belegt und wurden zum Teil bis heute nicht behoben. Eine Erfahrung, die zur Entmutigung und Resignation, bzw. zum Wegzug von Teilen der Bevölkerung, beigetragen haben wird.

2.2 Das Modellgebiet heute: Strukturen, Probleme, Ressourcen

Die Strukturen, Probleme und Ressourcen, die sich heute im Modellgebiet zeigen, werden im Folgenden beschrieben. Aus der Differenzierung von demographischen und ökonomischen Merkmalen ergeben sich Hinweise auf Problemlagen der Bewohnergruppen im Stadtteil. Weitergehend führt die Betrachtung der Ausprägung quartiersspezifischer soziostruktureller Merkmale zu Erkenntnissen über die vielfältigen sozialen Gruppen im Stadtteil. Für diese Sozialstrukturanalyse standen dem PvO-Team kleinräumige Sozialdaten aus dem kommunalen Melderegister des Ordnungsamtes, aus der Sozialhilfestatistik des Sozialamtes und der Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit sowie aus Angaben des Amtes für Wohnungswesen und der im Stadtteil ansässigen Wohnungsgesellschaft Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH) zur Verfügung. Die zahlreichen Aspekte und deren räumliche Ausprägungen werden anhand von thematischen Karten aufgezeigt. Die Karten bieten eine sozialräumliche Veranschaulichung der statistischen (Merkmals)Beschreibungen.

Gebietscharakter

Der im Norden der Stadt Hannover gelegene Stadtteil Vahrenheide liegt in rund vier Kilometern Luftlinie vom 'Stadtzentrum' entfernt. Verkehrstechnisch ist Vahrenheide gut an die Innenstadt angebunden, man benötigt mit der Straßenbahn rund 12 Minuten, um in die City zu gelangen. In der öffentlichen Wahrnehmung liegt der Stadtteil jedoch am 'Rande der Stadt'. Durch städtebauliche Zäsuren wie den Mittellandkanal im Süden, die Autobahn im Norden und stark befahrene Straßen im Osten und Westen ist Vahrenheide von angrenzenden Stadtgebieten getrennt.

Bei einer Begehung des Stadtteils werden räumliche Trennlinien und Kontraste rasch sichtbar. Es gibt eine wahrnehmbare Teilung Vahrenheides in einen gut situierten West- und einen als problematisch erachteten Ostteil, wobei die Trennung zwischen Ost und West städtebaulich verstärkt wird durch eine Stadtbahntrasse. Trotz der Versuche, diese Schneise durch Institutionen (Jugendzentrum, Kirche, Kulturtreff) entlang der Trasse aufzuweichen, leben die Bewohnerinnen und -bewohner weitgehend unverbunden auf 'ihrer' Seite.

Städtebaulich ist das Wohngebiet dreigeteilt: In Vahrenheide-West dominiert ein ausgedehntes Einfamilien-Reihenhausgebiet, im Süd-Osten eine konzentrierte Hochhausbebauung mit bis zu 18 Geschossen (rund 600 Wohnungen) und im übrigen Gebiet überwiegen viergeschossige Zeilenbauten. Diese städtebauliche Dreiteilung Vahrenheides schlägt sich auch in den unterschiedlichen sozialen Lagen der Bewohnerinnen und Bewohner nieder: In Vahrenheide-West lebt die Bewohnerschaft fast durchweg in gesicherten materiellen Lagen, in Vahrenheide-Ost lebt nahezu ein Drittel in materiell schwierigen Lebensumständen, im südöstlichen Wohngebiet ist es fast jede/r Zweite. Westlich der Stadtbahntrasse gibt es kaum Belegrechte und nahezu jede/r zweite Bewohner/in ist Wohneigentümer/in. Im mittleren Bereich beträgt die Belegrechtsquote 64 %, und im Südostteil erreicht die Konzentration 91 %.

Aus einer gesamtstädtischen Strukturanalyse geht hervor, dass Vahrenheide das größte zusammenhängende, räumlich verdichtete Armutsgebiet der Landeshauptstadt Hannovers ist (vgl. Buitkamp 2001). Die Erkenntnisse der Begehung und die Unterteilung des Stadtteils in kleinräumigere statistische Gebiete zeigt, dass eine solche Gesamtschau unspezifisch ist und diskriminierend wirkt. Die 'politische' Grenzziehung unterteilt Vahrenheide in sieben statistische Wahlbezirke oder Quartiere mit je 700 bis etwa 1.700 Personen (**Karte 1** 'Übersicht'). Eine genauere Betrachtung dieser sieben Quartiere zeigt sowohl gesicherte, weniger prekäre, aber auch stark belastete Quartiere. Das 1998 festgelegte Sanierungsgebiet liegt in Vahrenheide-Ost und schließt einige Einfamilienhäuser sowie zwei Reihenhausgebiete aus. Im Sanierungsgebiet, das zugleich auch Modellgebiet im Bund-Länder-Programm 'Soziale

Stadt' ist, dominiert hinsichtlich der Nutzung die Wohnfunktion.

Erläuterung zu den Daten

Um bestimmte Merkmalsausprägungen einzelner Teilräume des Stadtteils Vahrenheide genauer ins Verhältnis zum Stadtteil- oder Stadtdurchschnitt setzen zu können, ist dem Kap. 2.2.1 'Bevölkerungsstruktur und -entwicklung' ein **Stadtteildatenblatt** vorangestellt. Das Stadtteildatenblatt (s. S. 22) listet quartiersweise Zahlen zu Merkmalen sozialer Strukturen der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils auf und setzt dabei zwei Vergleichsperspektiven zueinander in Beziehung:

Zum einen lassen sich der Stadtteil- und Stadtdurchschnitt *in relative Beziehung zueinander* setzen, zum anderen lässt sich in den Quartiersspalten die *relative und absolute Beziehung der einzelnen Quartiere untereinander* abschätzen. Damit ergibt sich eine Hierarchisierung oder Einstufung der Quartiere. Die Definitionen bestimmter Merkmale, die Datenquelle, der Stichtag der Erhebung werden nun im Folgenden aufgeschlüsselt:

Datengrundlage/Definitionen:

1. **Soziodemographische Daten** - bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Haushalte = Familien und Nichtfamilien.

Familien = alle Haushalte mit Kindern (Kinder = ledige Kinder unter 18 Jahren).

Allein Erziehende = Haushalte mit Kindern, in denen der Haushaltsvorstand ledig, verwitwet oder geschieden ist, wobei es durchaus sein kann, dass Haushaltsvorstände mit einem Partner zusammenleben.

Bedarfsgemeinschaften = in der Sozialhilfestatistik als Haushaltszusammenhang definiert, der gemeinschaftlich wirtschaftet und deren sozialhilferechtlicher Bedarf aufgrund der Verwandtschaftsbeziehungen gemeinsam berechnet wird.

Südeuropäer = Migrantinnen und Migranten aus Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Malta und Zypern.

Osteuropäer = Migrantinnen und Migranten aus Polen, der Ukraine, der Russischen Föderation, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn, Moldau, Weißrussland, Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Aussiedler = Personen, die bei Anmeldung eine andere Staatsangehörigkeit hatten und dann einen deutschen Pass erhielten; müssen die ehemalige UdSSR oder Baltikumstaaten nach dem 31.12.92 verlassen haben.

Kontingentflüchtling = Im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge; sie haben dauerhaftes Bleiberecht. In diesem Falle sind jüdische ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion gemeint.

Vorderer Orient = Iran, Irak, Afghanistan, Libanon, Jemen, Jordanien und Syrien.

Industriestaaten = Länder in West- und Nordeuropa (z.B. Frankreich), überseeische westliche Industriestaaten (z.B. USA oder Australien) und asiatische Industriestaaten (z.B. Japan).

Datenquelle: Melderegister der Stadt Hannover, Stichtagsdaten vom: 31.12.2000

2. **Sozioökonomische Daten** - bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung:

Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) = Sozialhilfebezug bezogen auf Personen (Altersgliederung: 0-17; 18-59; bei Frauen auch 18-44; 60 und älter) und Haushalte (unterschieden nach Deutschen und Migranten).

Datenquelle: Sozialhilfestatistik, Stichtagsdaten vom: 31.12.2000

Arbeitslosigkeit (ALO) = Als arbeitslos gemeldete Personen im Alter von 18-64 Jahren (Altersgliederung: 18-19; 20-24; 18-24; 55-64), unterschieden nach Geschlecht und Deutschen und Migranten.

Langzeitarbeitslosigkeit = Diejenigen, die in den letzten 12 Monaten keiner Beschäftigung nachgehen konnten.

Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit, Stichtagsdaten vom: 31.3.2001 bezogen auf die Bevölkerung am 31.12.2000.

3. **Daten zum Wahlverhalten:**

Die Daten beziehen sich auf die im Wahllokal abgegebenen Stimmen inklusive der Briefwählerinnen und -wähler.

Datenquelle: Kommunalwahl Niedersachsen am 9.11. 2001, Daten vom Wahltag der **Statistikstelle Stadt Hannover**.

4. **Daten zum Wohnraum:**

Basiert auf einer Auswertung von Plan lokal.

Datenquelle: Plan lokal 1997, Daten von 1996.

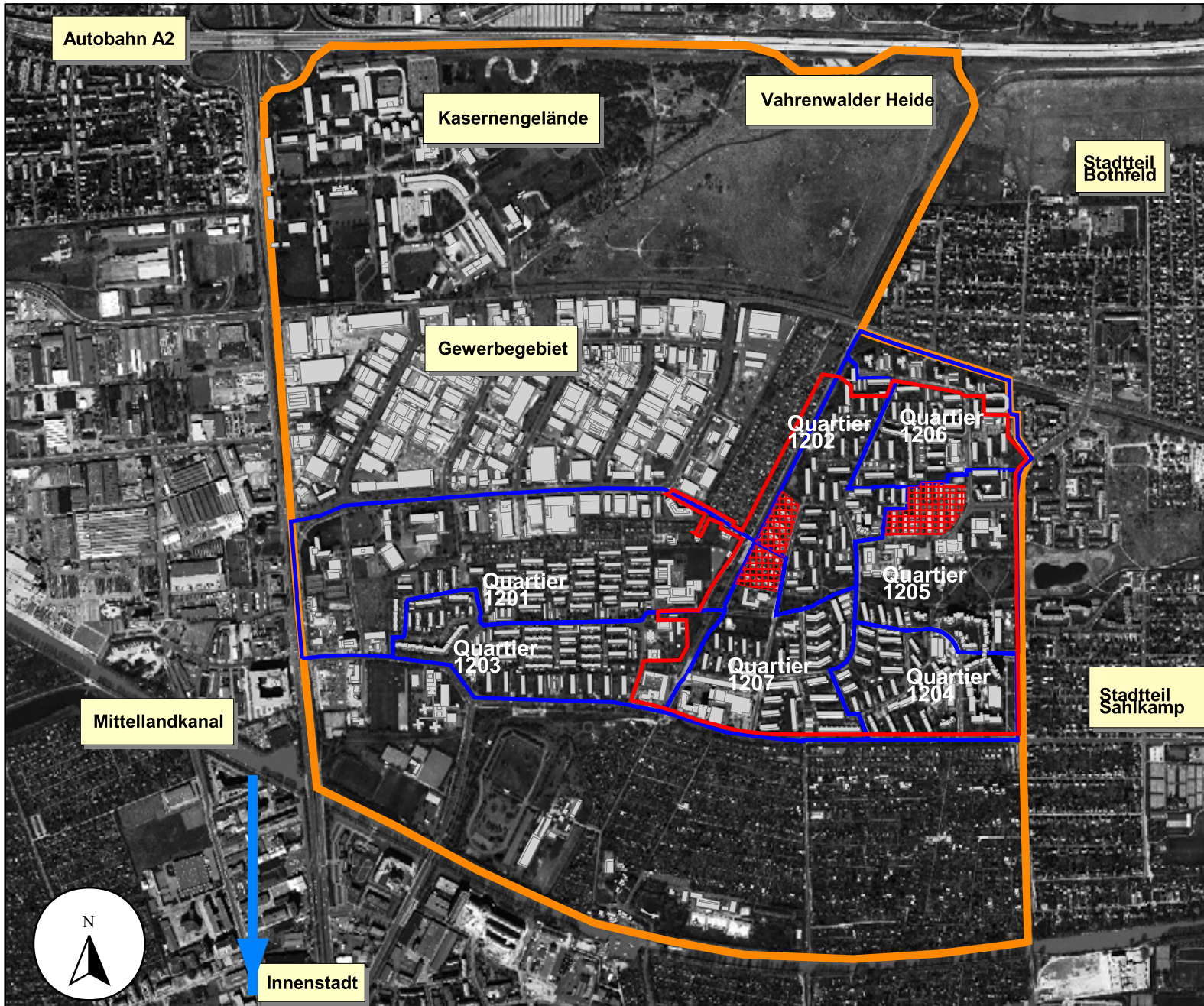
Daten der GBH auf Basis der Verwaltungseinheiten der GBH.

Datenquelle: GBH 2000

5. **Gebäude- und Wohnungszählung 1987 und Volkszählung 1987**





Auf Basis der Wahldatenbank (agis) bezieht sich das PvO-Team auch auf Daten der VZ und GWZ 1987. Es erscheint sinnvoll, z.B. bezüglich der Eigentümerhaushalte: weil die Bautätigkeit in Vahrenheide Mitte/Ende der 80er Jahre aufhörte, werden sich an den Tendenzen keine Veränderungen ergeben haben.

Stadtteildatenblatt



**Karte Nr. 1
 Übersicht**

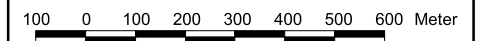
Grenzen im Stadtteil

-  Stadtteilgrenze Vahrenheide
-  (Wohn-)Quartiere 1201 bis 1207
-  Modellgebiet, Sanierungsgebiet
-  von der Sanierung
ausgenommene Gebiete

Datengrundlage :
 Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
 Deutsche Grundkarte 1:5000
 mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
 Esther Barthick (Februar 2002)



2.2.1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Die folgenden statistischen Merkmale sind quartiersbezogen und differenziert nach Alter, Geschlecht und ethnischer Herkunft untersucht worden, um Segregation und soziale Ungleichheiten zwischen den einzelnen Quartieren sichtbar zu machen. Dabei ergeben sich jeweils quartierspezifische Ausprägungen durch die Verteilung statistischer Merkmale in Abweichung vom Stadt- bzw. Stadtteildurchschnitt. Die Sozialstrukturdaten beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2000, andere Zeitbezüge sind als solche gekennzeichnet.

Altersstrukturen

In Vahrenheide leben 9.319 Bewohnerinnen und Bewohner (1.1.2001). *Die Bewohnerstruktur des Stadtteils ist durch viele junge und alte Menschen geprägt* (Karte 2)². Es leben im relativen Vergleich sehr viel mehr Kinder und Jugendliche im Stadtteil (21,5 %) als im übrigen Stadtgebiet (15,3 %). Die 'mittleren Jahrgänge' im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 59 Jahren (52,4 %) sind dagegen im Vergleich zur Stadt (59,2 %) deutlich unterrepräsentiert. Der Anteil derjenigen über 60 Jahre ist mit 26,1 % etwas höher als im Stadtvergleich (25,0 %).

Es gibt eine Abstufung bzw. 'Verjüngung' der Bewohnerschaft von West nach Ost: Quartier 1201 hat den geringsten Anteil an Kindern und Jugendlichen (12,0 %) und Erwerbsfähigen (45,4 %) und dafür den höchsten Anteil an über 60jährigen mit 42,1 %. Das Quartier 1204 hat demgegenüber den höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen im Stadtteil mit 32,9 %. Die mittlere Altersgruppe von 18 bis 59 Jahren ist in den Quartieren 1203, 1202 und 1206 relativ stärker als im übrigen Stadtteil vertreten, insgesamt liegt diese für das Stadtteilgefüge so wichtige Altersgruppe aber in allen Quartieren deutlich unterhalb des Stadtdurchschnitts: Die Gruppe der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter fällt anteilmäßig somit sehr gering aus und ist quasi durch Jung und Alt 'unterhöhlt'.

Durch die Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund, die mehrheitlich im Kinder- und jugendlichen sowie erwerbsfähigen Alter sind, wird der Stadtteil Vahrenheide 'verjüngt'. Insgesamt sind mit 30,1 % nahezu ein Drittel aller Migrantinnen und Migranten im Alter von 0 bis 17 Jahren, 60,4 % sind im Alter von 18 bis 59 Jahren und mit 9,5 % ist nur knapp ein Zehntel der Nichtdeutschen über 60 Jahre alt. An der deutschen Bewohnerschaft des Stadtteils stellen Kinder und Jugendliche mit 17,7 % knapp ein Fünftel, mit 48,8 % ist nicht einmal die Hälfte der deutschen Bewohnerschaft im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 59 Jahren und gut ein Drittel der Deutschen (33,5 %) ist über 60 Jahre.

Die Altersstruktur der Aussiedlerinnen und Aussiedler verläuft quer zu den zuvor genannten Entwicklungen: Verglichen mit den Deutschen stellen sie 4 % mehr Kinder und Jugendliche und 12 % mehr erwerbsfähige Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren³. Mit 17 % ist der prozentuale Seniorenanteil nur halb so groß wie bei den Deutschen (33,5 %), aber nahezu doppelt so hoch wie bei den Migrantinnen und Migranten (9,5 %). Im Vergleich mit den unter 18jährigen Nichtdeutschen (30,1 %) fällt der prozentuale Anteil der Aussiedlerinnen und Aussiedler mit 21,5 % deutlich geringer aus. Die 'mittleren Altersgruppen' bei den Personen mit Migrationshintergrund bzw. den Aussiedlern erreichen je rund 60 % und liegen somit beinahe 12 % über dem Anteilswert der Deutschen im erwerbsfähigen Alter (48,8 %).

² Auf der **Karte 2** wird die spezifische Altersstruktur der Stadtteilbevölkerung in ihren Quartieren veranschaulicht. Zur Abstufung der absoluten Einwohnerzahlen je Quartier dienen die *blauen* Quartiersflächen. Die Kreisdiagramme geben die absolute Anzahl der Altersgruppe von 0 bis 17 Jahren (*gelb*), 18 bis 59 Jahren (*orange*) und 60 Jahre und älter (*dunkelorange*) wieder.

³ Der Vergleich hinkt etwas, da die 'gewöhnliche' Alterseinteilung von 18 bis 59 Jahren reicht, andere vergleichbare Daten aber nicht zur Verfügung stehen.

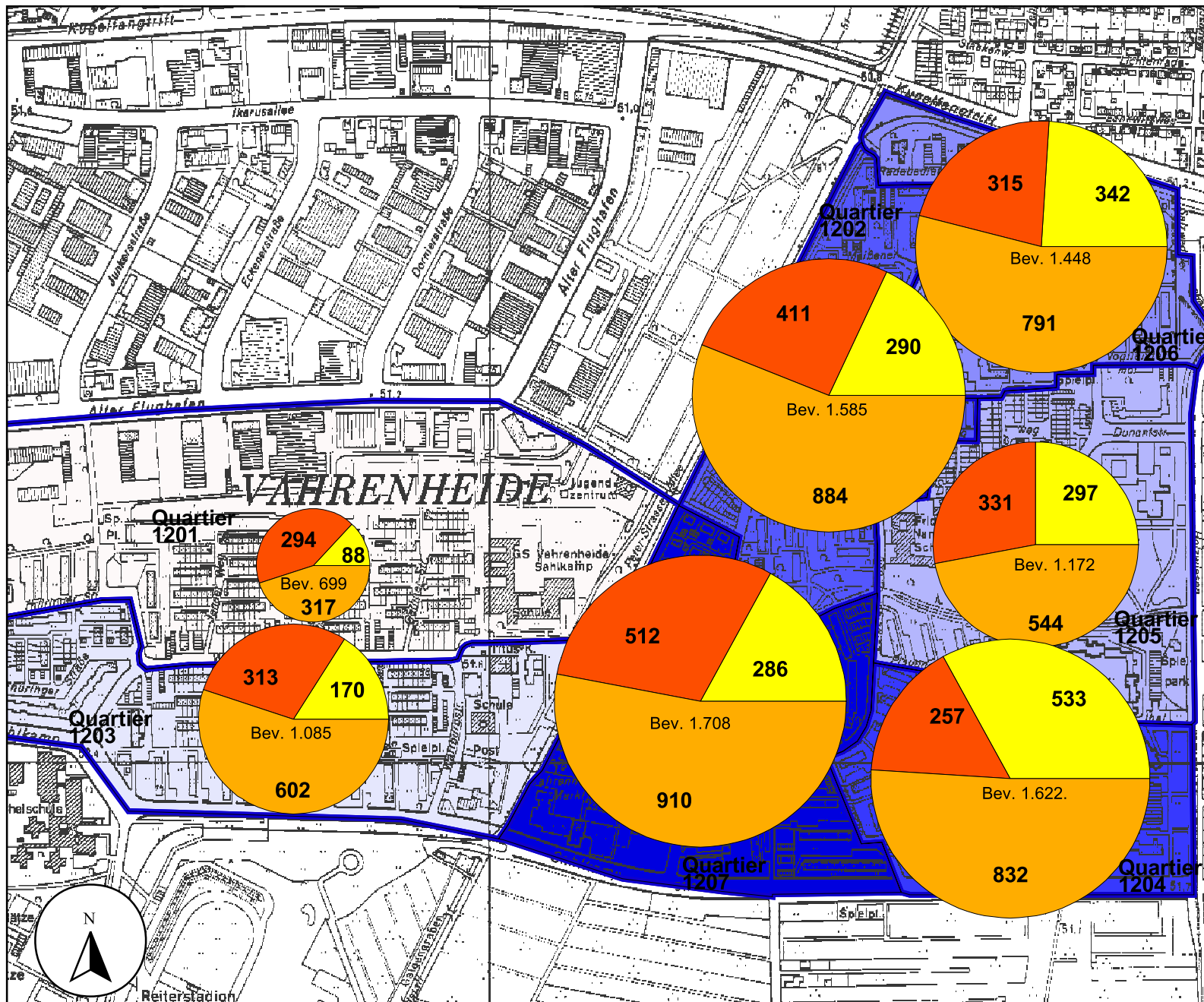
Tab 1.					
Vergleich der Altersstrukturen von Deutschen, MigrantInnen und AussiedlerInnen (31.12.2000)					
Altersgruppen	Stadt	Stadtteil	Deutsche	MigrantInnen	AussiedlerInnen⁴
0 bis 17 Jahre	15,3 %	2.006 21,5 %	1.139 17,7 %	887 30,1 %	158 21,5 %
18 bis 59	59,6 %	4.880 52,4 %	3.139 48,8 %	1.741 60,4 %	451 61,4 %
60 Jahre u. älter	25,0 %	2.433 26,1 %	2.158 33,5 %	275 9,5 %	125 17,0 %
gesamt		9.319	6.533	2.883	734



Foto 1 Prägend für das Stadtbild sind Jugendliche, in diesem Fall eine Gruppe jugendlicher Migranten

⁴ Bei der Tabellendarstellung ist die unterschiedliche Altersgruppenverteilung bei den Aussiedlern (0 bis 17, 18 bis 64 und 65 und älter) zu berücksichtigen.

Karte Nr. 2
Altersstrukturen
im Stadtteil



Altersgruppenabsolut

- 0 - 17 Jahre Stadtteil: 2.006 / 21,5 %
- 18 - 59 Jahre Stadtteil: 4.880, 52,4 %
- 60 Jahre u. älter Stadtteil: 2.433, 26,1 %

Quartiereinwohnerzahl

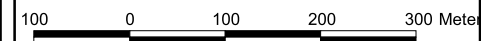
Stadtteil gesamt: 9.319 Bew.,
davon 4.760 Frauen, 4.559 Männer

Quartier 1201	699
Quartier 1203	1.085
Quartier 1205	1.172
Quartier 1206	1.448
Quartier 1205	1.585
Quartier 1204	1.622
Quartier 1207	1.708

Datengrundlage :
Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
Esther Bartnick (Februar 2002)

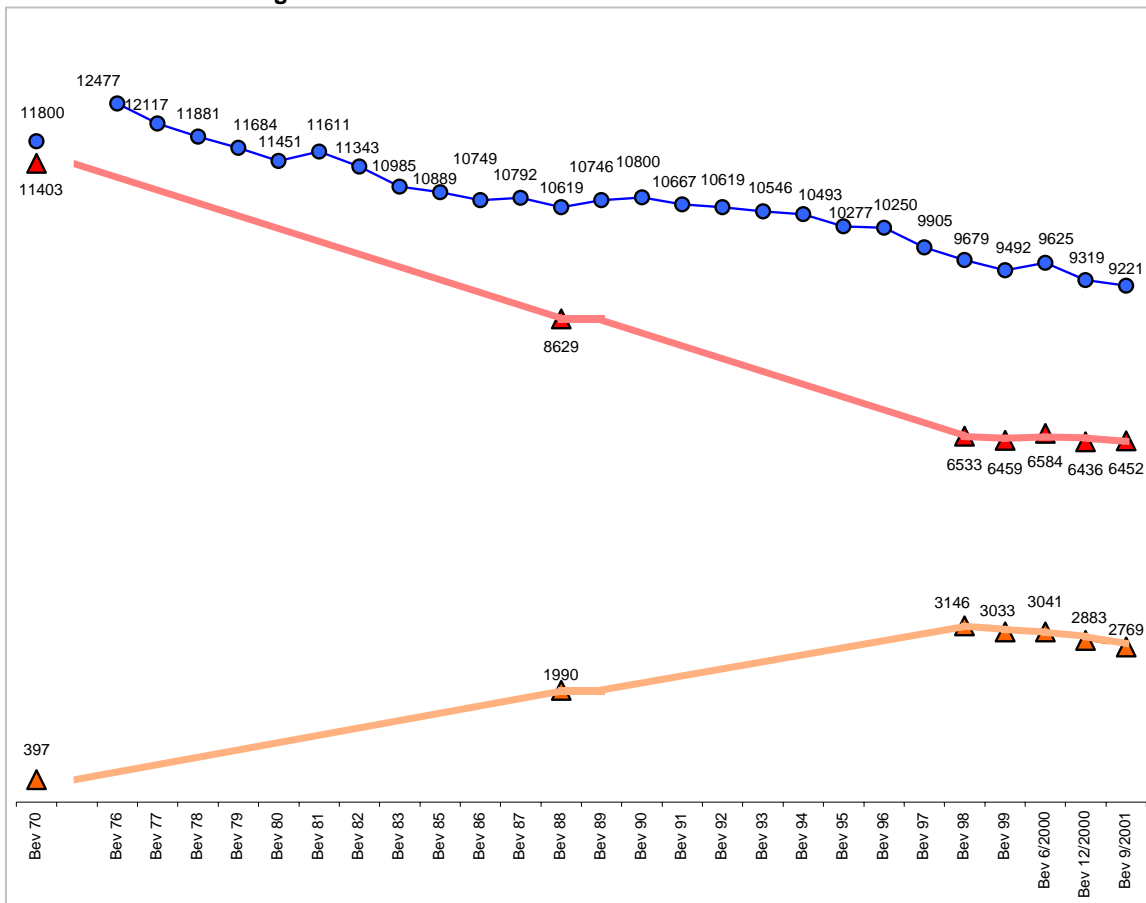


Veränderungen der Bevölkerungsstruktur

Im Zeitraum 12/1998 bis 12/2000, der nahezu gleichzeitig den Beginn der Sanierung in Vahrenheide markiert, haben 360 Menschen den Stadtteil verlassen, die Bevölkerungszahl sank von 9.679 auf 9.319 Menschen. Insbesondere die Altersgruppe derjenigen im Alter von 18-59 Jahren ist davon betroffen.

Die Einwohnerzahl verringert sich bereits seit den 70er Jahren, da mehr Personen weg- als zuziehen. Der Abwanderungstrend (s. Abb. 4) und die Abwanderungstendenz muss differenziert betrachtet werden: Waren es bislang vor allem Migrantenhaushalte, die in den Stadtteil zogen (in den Jahren 1988 bis 1998 stieg der Anteil der Migranten von 1.990 (18,7 %) auf 3.146 (32,5 %) an), scheint sich dieses Verhältnis langsam wieder umzudrehen. Es sind mittlerweile überwiegend Personen mit Migrationshintergrund, die den Stadtteil verlassen.

Abb.7
Einwohnerentwicklung im Stadtteil Vahrenheide 1970 bis 2001



In der Abb. 4 (Grafik Einwohnerentwicklung) zeigt sich, dass seit den 70er Jahren (Einwohnerzahl erreicht einen Höchststand 1976 mit 12.477 Personen), die Zahl der Menschen mit Hauptwohnsitz in Vahrenheide rückläufig ist. Zu Beginn waren es Deutsche, die weg- und Personen mit Migrationshintergrund, die in den Stadtteil hineinzogen. Seit 1998 dreht sich dieser Trend erstmalig um: Bilanziert auf die letzten 24 Monate zogen 104 Migrantenhaushalte weg und 51 deutsche Haushalte hinzu. Das Verhältnis beträgt 2 : 1, bzw. 263 Personen mit Migrationshintergrund zu 97 Deutschen. Es sind es überwiegend türkische kinderreiche Familien, die den Stadtteil verlassen haben. Eine weitere Tendenz zeigt sich bei der Zunahme von Migrantinnen und Migranten im Seniorenalter: Ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung stieg um 2,5 Prozentpunkte (+56 Migranten im Seniorenalter) seit 1998 auf 9,5 %

(jede/r Zehnte).

Bei der deutschen Bewohnerschaft hat sich die Altersstruktur leicht verändert: Es gibt mehr deutsche Kinder und Jugendliche als noch vor zwei Jahren, gleichzeitig nimmt die Zahl der Erwachsenen im Alter von 18 bis 59 Jahren deutlich ab (-125 Personen), während sich kaum eine Veränderung bei den Deutschen über 60 Jahren ergibt. Damit verändert sich das Verhältnis von deutschen Bewohnern im erwerbsfähigen Alter zu den Kindern und Jugendlichen sowie Alten weiterhin nachteilig. Eine Verbesserung der Verhältnisse zwischen erwerbsfähiger und nicht erwerbsfähiger Bevölkerung ist mittelfristig nicht in Sicht (vgl.: Abschnitt 'Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte').

Ein Bevölkerungsverlust wird vor allem im Quartier 1204 (-233 Personen) deutlich. Diese Tendenz wird durch den Rückbau des Klingenthal-Gebäudekomplexes weiter forciert.

Ethnien

Mit 30,9 % haben nahezu ein Drittel aller Bewohnerinnen und Bewohner (2.883) in diesem internationalen Stadtteil einen Migrationshintergrund (Karte 3)⁵ und somit doppelt so oft wie im übrigen Stadtgebiet Hannovers mit 15,0 %. Der Anteil der Migrantinnen und Migranten stieg im Zeitraum 1988 bis 1998 um 13,8 % (1.156), im übrigen Stadtgebiet erhöhte sich der Anteil der Migrantinnen und Migranten lediglich um 4,3 %. Allerdings hat die Zahl nun eine rückläufige Tendenz: es sind nunmehr 263 Personen mit Migrationshintergrund weniger als noch zwei Jahre zuvor.

Innerhalb des Stadtteils Vahrenheide gibt es hinsichtlich der Anteile Nichtdeutscher ein starkes Gefälle von Ost nach West: obwohl insgesamt ein Drittel der Stadtteilbewohnerschaft Migrantinnen und Migranten sind, leben im Quartier 1201 lediglich 3,7 % (26). Das Quartier 1204 weist hingegen den höchsten Migrantenanteil von 46,3 % (751) auf. Die anderen Quartiere erreichen Migrantenanteile zwischen 25 und 33 %.



Foto 2. MigrantInnen im Bürgerforum
(Quelle: Thomas Oberdorfer in: Sanierungszeitung vom 3. Dez. 1998)

Vahrenheide ist ein internationaler Stadtteil, in dem Menschen aus mindestens 58 verschiedenen Nationen leben. Im Stadtteil lassen sich kaum eindeutige nationalitätenspezifische Quartiersausprägungen erkennen, außer dass die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund in Vahrenheide(-Süd)-Ost lebt. Die 1.242 Türcinnen und Türken (*rot*) haben einen Anteil von 13,3 % bezogen auf die gesamte Stadtteilbewohnerschaft. Gemessen an allen Personen mit Migrationshintergrund stellt die türkische Bewohnerschaft einen Anteil von rund 43 %, wobei

die meisten der türkischen Bewohnerschaft im Quartier 1204 (304) und 1202 (251) wohnen. Seit Dezember 1998 haben insgesamt 307 türkische Bewohnerinnen und Bewohner Vahrenheide verlassen, wobei es sich bei den Fortgezogenen überwiegend um (Groß)Familien handelt. Die Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler (*rosa*) hat einen Anteil von 7,9 % (734) an allen Vahrenheidern. Diese zweitgrößte ethnische Bewohnergruppe wohnt vor allem in den Quartieren 1207 (201) sowie 1202 (147). Die drittgrößte Migrantengruppe bilden die Osteuropäer (*blau*) mit 5,4 % (499 Personen, seit 1998 ein Zugewinn von 58 Personen), die mehrheitlich in den Quartieren 1207 (129) und 1204 (98) leben. Die viertgrößte Gruppe sind Menschen aus der Region Vorderer Orient (*gelb*) mit 4,4 % (412), die überwiegend in den Quartieren 1204 (146) und 1202 (85) leben. 326 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien (*grün*) sind überwiegend im Quartier 1204 (115) ansässig, gefolgt von den Südeuropäern (*orange*) mit 141 Personen. Es leben 82 Menschen aus Afrika (*blasslila*) im Stadtteil, 86 sind dem asiatischen (*lila*) Kulturkreis und 70 Menschen, deren Herkunft unklar bleibt, sind der Kategorie 'Sonstige' (*grau*) zuzuordnen.

⁵ Zur Veranschaulichung der prozentualen Anteile von Personen mit Migrationshintergrund je Quartier dienen die *blauen* Farbabstufungen. Die Säulendiagramme zeigen die absolute Verteilung der jeweiligen Ethnie je nach Herkunftsgebieten zusammengefasst zu 'Großregionen'.

**Karte Nr. 3
MigrantInnen
im Stadtteil**

MigrantInnen absolut nach Herkunft
Im Stadtteil leben ca. 58 verschiedene Nationen

- Türkei (1.242)
- Aussiedler (734)
- Osteuropa (499)
- Vorderer Orient (412)
- ehem. Jugoslawien (326)
- Südeuropa (141)
- Asien (86)
- Afrika (82)
- Sonstige (71)

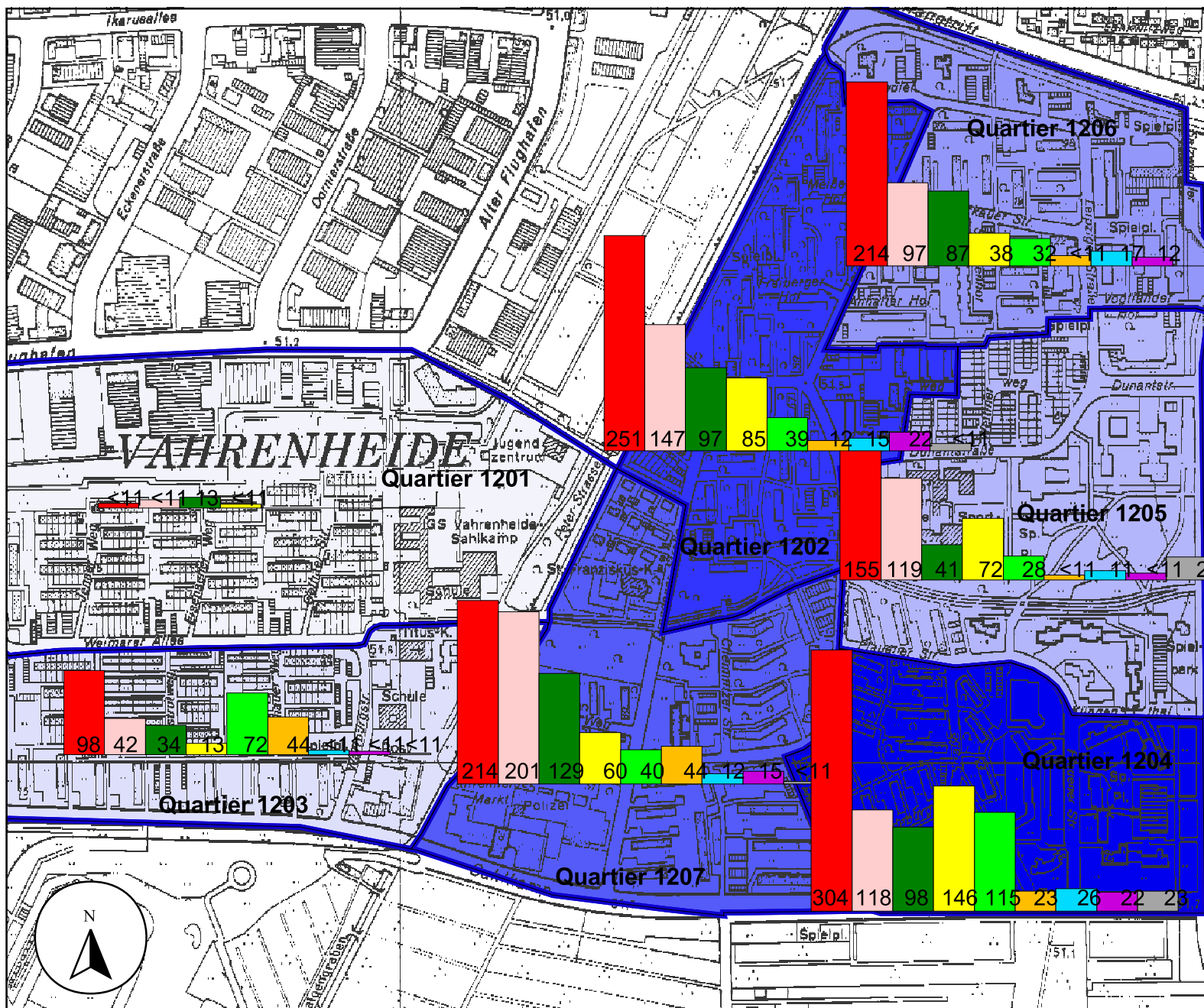
MigrantInnen prozentuale Verteilung
Stadtteil gesamt: 2.883, 30,9 %

Quartier 1201	26 / 3,7 %
Quartier 1203	277 / 25,5 %
Quartier 1205	352 / 30,0 %
Quartier 1206	416 / 28,7 %
Quartier 1207	525 / 30,7 %
Quartier 1202	536 / 33,8 %
Quartier 1204	751 / 46,3 %

Datengrundlage:
Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
Esther Bärthick (Februar 2002)



Familien

Die Familienquote fällt im Stadtteil Vahrenheide hoch aus (Karte 4)⁶. Der Familienanteil an allen Haushalten beträgt 19,7 % (1.079) im Vergleich zum übrigen Stadtgebiet mit 14,2 %. Äquivalent dazu ist der Anteil der Verheirateten in der Altersgruppe von 27 bis 44 Jahren groß und fällt mit 64,4 % deutlich höher aus als im übrigen Stadtgebiet mit 48,5 %. Insgesamt ist die Familienquote in Vahrenheide – sowohl in den Migranten- wie auch in deutschen Haushalten – deutlich höher ist als im übrigen Stadtgebiet. Die meisten Familien leben sowohl prozentual als auch absolut im Quartier 1204 mit 27,1 % bzw. 224 Familien. Auch in den Quartieren 1206 (23,3 %, 192 Familien) und 1205 (19,4 %, 134 Familien) leben relativ viele Familien. Nur einen geringen Anteil haben Familienhaushalte im Quartier 1201 (13,2 %, 57 Familien) und 1202 (17,9 %, 118 Familien). Damit haben die im Stadtteil lebenden Familien einen besonderen Stellenwert.

Ein besonderes Kennzeichen der Familien im Stadtteil ist deren Kinderreichtum. Mit 18,5 % ist nahezu jede fünfte Familie ein kinderreicher Haushalt mit drei oder mehr Kindern (200 Familien). Damit fällt deren Anteil nahezu doppelt so hoch aus wie im übrigen Stadtgebiet mit 10,8 %. Aufgrund der Belegungspaxis des Amtes für Wohnungswesen und der Wohnungsbaugesellschaft sowie der größeren Wohnraumzuschnitte im Quartier 1204 ist dort mehr als jede dritte Familie kinderreich (81 Familien). Dabei umfassen viele kinderreiche Familien (60) sieben und mehr Personen, in einigen Teilbereichen sind aber auch 11- und 12-köpfige Familien nicht ungewöhnlich.

Bezüglich der allein Erziehenden, die knapp ein Viertel aller Familien des Stadtteils (23,2 %, 250 Familien) bilden, fällt auf, dass auch sie vergleichsweise viele Kinder haben: ein Viertel der allein Erziehenden hat zwei, ein Zehntel hat drei und mehr Kinder.

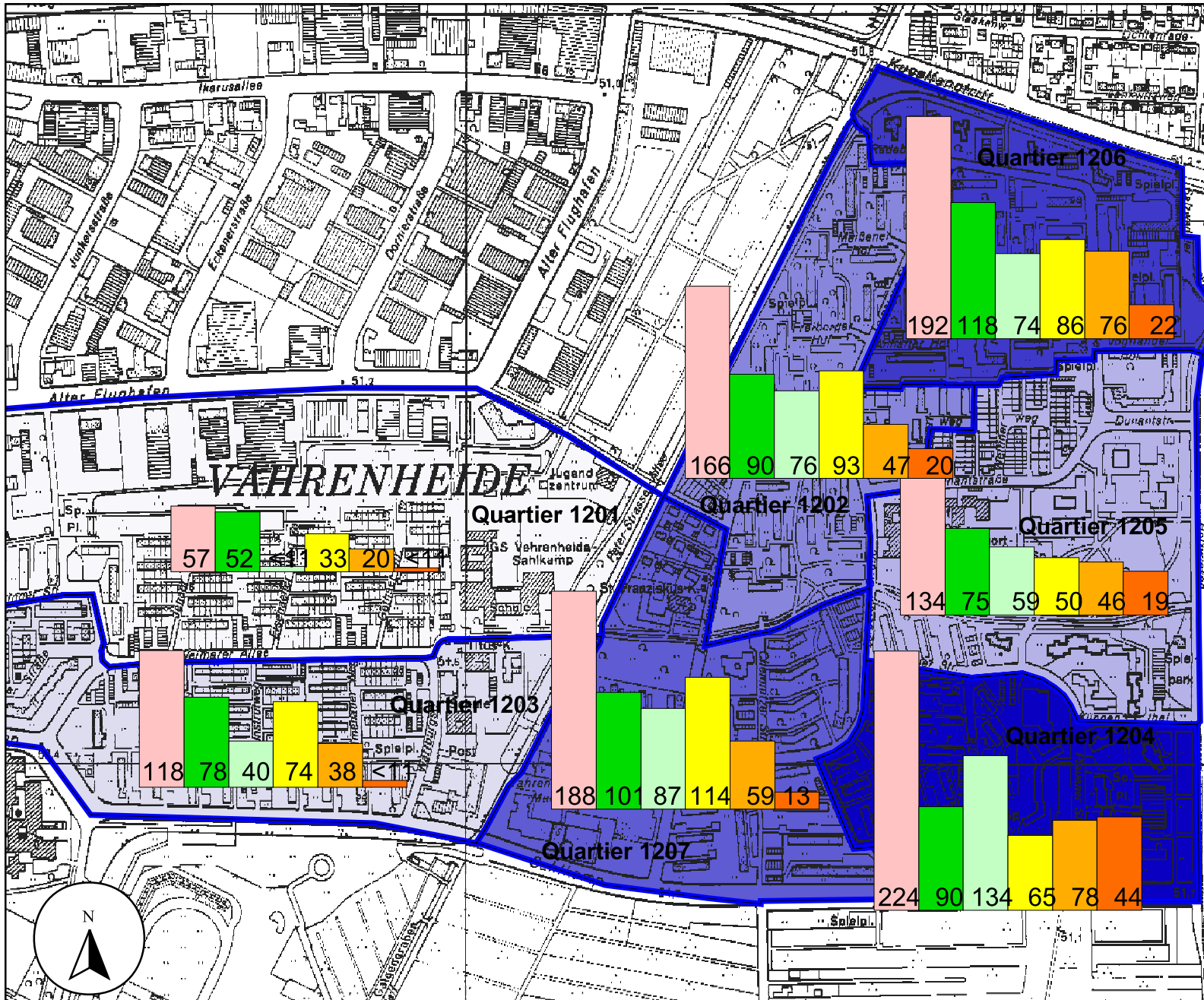
Für den Stadtteil Vahrenheide sind der hohe Anteil an Familien mit großer Kinderanzahl und der geringe Anteil an erwerbsfähigen Personen gemessen an der gesamten Stadtteilbevölkerung kennzeichnende Merkmale. Beide Strukturmerkmale weisen in Richtung erhöhter Armutslagen⁷. Dass sich diese Situation in den sozialen Lagen der Bewohnerschaft des Stadtteils niederschlägt, belegen auch die sozioökonomischen Strukturen.

In Vahrenheide leben gerade jene Bevölkerungsgruppen räumlich konzentriert, die nach empirischen Armutsuntersuchungen durch ein besonders hohes Armutsrisiko gefährdet sind. So sind es insbesondere die 1.079 Familien (wobei Familien mit zwei und mehr Kindern sowie 'Kinderreiche' auffällig häufig sind) und darunter insbesondere die allein Erziehenden (vor allem kinderreiche allein Erziehende), die einem erhöhten Armutsrisiko (s. Abschnitt 'Sozialhilfe') ausgesetzt sind.

⁶ Die Familienquoten je Quartier lassen sich anhand von unterschiedlich eingefärbten *blauen* Flächen ablesen. Die Säulendiagramme stellen die absolute Anzahl der Familien (*rosa*) dar, unterteilt in deutsche (*grün*) und Migrantenfamilien (*hellgrün*), sowie die absolute Zahl der Familien mit einem Kind (*gelb*), mit zwei Kindern (*orange*) sowie kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern (*dunkelorange*) dar.

⁷ vgl. auch: Landeshauptstadt Hannover (1993): Zur Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hannover. Hannover, Band 13, S. 35 f.

**Karte Nr. 4
Familien
im Stadtteil**



**Zahl der Familien absolut mit
1, 2 oder 3 u. mehr Kind/ern**
Stadtteil gesamt: 1.079 Familien, 19,7 %

- Familienzahl je Quartierabsolut
- dt. Familien Stadtteil: 604
- ndt. Familien Stadtteil: 475
- Familien mit 1 Kind Stadtteil: 515
- Fam. mit 2 Kindern Stadtteil: 364
- Fam. mit 3 Kindern+Stadtteil: 200

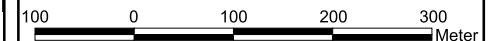
Familienquote je Quartier
Stadtteil 19,7 %, Stadt 14,2 %

Quartier 1201	57 / 13,2 %
Quartier 1202	166 / 17,0 %
Quartier 1203	188 / 17,8 %
Quartier 1204	118 / 17,9 %
Quartier 1205	134 / 19,4 %
Quartier 1206	192 / 23,3 %
Quartier 1207	224 / 27,1 %

Datengrundlage:
Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
Esther Barthick (Februar 2002)



2.2.2 Beschäftigungssituation

Aktuelle, auf Individualdaten basierende valide Angaben über die Beschäftigungsverhältnisse, Berufe und Qualifikationen der Bewohnerinnen und Bewohner von Vahrenheide liegen nicht vor. Solche Werte lassen sich lediglich den Volkszählungsdaten von 1987 entnehmen, die daher mit herangezogen werden. Für 1999 kann allerdings die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten differenziert angegeben werden. Ebenso liegen mit den aktuellen Daten der Arbeitslosenstatistik und der Sozialhilfestatistik (12/2000) Angaben zur Anzahl der Personen vor, die derzeit oder bereits langfristig *nicht* in ein reguläres Arbeitsverhältnis eingebunden sind.

Eine wichtige Eingangsvoraussetzung für die Aufnahme einer Beschäftigung ist der jeweilige Bildungsabschluss, dem somit auch aus der Perspektive der Stadtteilentwicklung eine wichtige Rolle zukommt. Daher werden den Angaben zur Beschäftigungssituation die Befunde zur Bildungssituation vorangestellt.

Bildungsabschlüsse

Die Volkszählungsdaten von 1987 zeigten, dass die erreichten Bildungsabschlüsse in Vahrenheide relativ niedrig sind. Im Vergleich mit dem Niveau der Gesamtstadt war die Quote der Personen mit Hauptschulabschluss im Stadtteil deutlich erhöht. Sie lag in Vahrenheide-Ost (dem heutigen Sanierungsgebiet) bei 72-81 %, in Hannover bei 52 %. Die Quoten der Personen mit Realschulabschluss oder Abitur lagen entsprechend niedriger. Einen Realschulabschluss hatten in Vahrenheide-Ost 11-17 % (Hannover 24 %), Abitur lediglich 7-11 % (Hannover 23 %).

Um Hinweise auf die aktuelle Bildungslage der jungen Generation im Stadtteil zu erhalten, wurden verschiedene Angaben von den Schulen, die von den vahrenheider Schülerinnen und Schülern besucht werden, herangezogen. Diese Daten wurden im Rahmen der Stadtteilanalyse der agis erhoben (vgl. Geiling u.a. 2001, S. 144 ff.). Ausgewertet wurden die Angaben von drei Hauptschulen, zwei Realschulen, einem Gymnasium, einer Integrierten Gesamtschule, einer Orientierungsstufe und einer Sonderschule. Da nicht alle Schulen im gesamten Stadtgebiet, die vereinzelt auch von Kindern und Jugendlichen aus Vahrenheide besucht werden, befragt werden konnten, dürfen die Angaben lediglich als Annäherungswerte interpretiert werden.

Aussagen zur Qualifikation lassen sich der Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die weiterführenden Schulformen, die zu unterschiedlichen formalen Bildungsgraden führen, und den Abschlüssen, die dort erreicht werden, entnehmen. Abbildung 1 zeigt die Verteilung auf die Schulformen. Darin bildet sich die hohe Bedeutung der Gesamtschule ab, die direkt im Stadtteil liegt, und zu der sehr viele Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil gehen. Die Abschlüsse, die dort im Jahre 2000/2001 erzielt wurden, zeigen, dass etwas mehr als ein Drittel (37 %) die Gesamtschule mit Hauptschulabschluss abschließt, etwa ein Drittel erreicht den Realschulabschluss und etwa jede(r) Fünfte (22 %) wechselte auf eine gymnasiale Oberstufe. Insgesamt betrachtet besuchen allerdings verhältnismäßig wenig Jugendliche aus Vahrenheide das Gymnasium, das ebenfalls vor Ort gelegen ist (da es sich um Gesamtzahlen handelt, muss berücksichtigt werden, dass im Gymnasium mehr Altersjahrgänge beteiligt sind als in der Haupt- oder Realschule).

Die Verteilung der Kinder und Jugendlichen des Stadtteils auf die verschiedenen Schulformen deutet an, dass die in den Volkszählungsdaten erkennbare Tendenz zu unterdurchschnittlichen Bildungsabschlüssen weiterhin besteht. Dies bestätigt die Analyse der Abschlussquoten im Schuljahr 1998/1999 von den Schulen, die von Schülern und Schülerinnen aus Vahrenheide besucht wurden (drei Haupt-

schulen, zwei Realschulen und ein Gymnasium).⁸

Tab. 2		
Verteilung der SchülerInnen aus Vahrenheide (Schuljahr 2000/2001)		
Schulform	absolut	in Prozent
Sonderschule	41	7
Orientierungsstufe	96	17
Gesamtschule	224	39
Hauptschule	64	11
Realschule	60	11
Gymnasium	93	16
Gesamt	578	100

Quelle: Geiling u.a. 2001, S. 144 ff, basierend auf Statistiken der einzelnen Schulen / Berechnungen der agis.

Im Hauptschulbereich zeigt sich, dass fast ein Drittel der Abgehenden (29 %) die Schule ohne Abschluss verließ, teilweise schon nach der 8. Klasse (15 %). Den Hauptschulabschluss erreichten 34 % (15 % nach der 10. Klasse, 19 % nach der 9. Klasse). Mit Realschulabschluss verließen 32 % der Schülerinnen und Schüler die Hauptschulen. 5 % schafften den erweiterten Sekundarabschluss I, davon wechselte jedoch nur ein Teil (insgesamt 3 %) auf eine gymnasiale Oberstufe. Es zeigt sich im Hauptschulbereich also eine annähernde Drittelung zwischen denen, die ohne Abschluss, die mit Hauptschulabschluss und die mit Realschulabschluss abschließen. Verglichen mit den Angaben für das Land Niedersachsen (vgl. Niedersächsisches Landesamt für Statistik 2000, S.49) ist insbesondere der Anteil der Jugendlichen, die ohne Abschluss bleiben, deutlich erhöht. Die Quote der Schulabgehenden von Hauptschulen, die keinen Hauptschulabschluss erreichten, liegt bezogen auf Niedersachsen bei etwa 15 %, also nur halb so hoch.

Von den Realschülerinnen und -schülern verließ über die Hälfte (54 %) die Schule mit Realschulabschluss. Den erweiterten Sekundarabschluss I schafften 38 %, insgesamt wechselten 11 % auf die gymnasiale Oberstufe. 8 % der Schülerinnen und Schüler ging mit Hauptschulabschluss von der Realschule ab. Im Realschulbereich wird also in der Regel der anvisierte Abschluss erreicht, teilweise noch verbessert, durch Übergang auf ein Gymnasium. Diese Quote entspricht annähernd dem allgemein in Niedersachsen vorfindbaren Trend.

Das Gymnasium verließen nach dem Schuljahr 1998/1999 insgesamt 139 Jugendliche. Davon schlossen 25 % (35) mit den erweiterten Sekundarabschluss I, 19 % (26) mit Fachhochschulreife und 56 % (78, darunter 8 'ausländische' Jugendliche) mit der allgemeinen Hochschulreife⁹ ab. Da die Jugendlichen aus Vahrenheide, die ein Gymnasium besuchen, überwiegend auf dieses Gymnasium gehen, ihr Anteil an der dortigen Schülerschaft jedoch recht gering ist (16 %), kann davon ausgegangen werden, dass ungefähr 15 bis 30 Jugendliche des Stadtteils in diesem Schuljahr mit Abitur abschlossen, ein somit recht kleiner Kreis. Als besonders benachteiligt bezüglich der Chance, einen Hochschulzugang zu erreichen, werden insbesondere die männlichen Jugendlichen aus Migrantenfamilien beschrieben.

Die Gesamtbetrachtung der ermittelten Werte für die Schulabgehenden im Vergleich mit den Angaben

⁸ Die Bildungsabschlusssdaten basieren auf Angaben des Nds. Landesamt für Statistik (Stand 14.9.1999). Eine Differenzierung nach dem Wohnort konnte aus Datenschutzgründen nicht durchgeführt werden. Die Zahlen beziehen sich jeweils auf die gesamte Schülerschaft der betrachteten Schulen. Für die IGS konnten in dem Schuljahr noch keine Angaben ausgewertet werden, da erstmals im Schuljahr 2000/2001 ein Jahrgang die Schule abschloss (vgl. Kap. 2.2.6).

⁹ Weitere 12 Personen haben die Abiturprüfung in diesem Jahr nicht bestanden. Da unklar ist, ob sie die Schule mit Fachhochschulreife verließen oder die Prüfung wiederholten, bleiben sie hier unberücksichtigt.

zu Schulabschlüssen in Niedersachsen zeigt eine Unterrepräsentanz bei den höheren Bildungsabschlüssen und ein auffällig hohe Quote bei den Abgehenden ohne Abschluss. Das bedeutet, dass es in Vahrenheide einen relativ großen Anteil an Jugendlichen mit sehr geringen Chancen auf einen Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gibt. Gleichzeitig gibt es eher wenige Jugendliche, die ausreichend Bildungskapital erwerben können, um in den akademischen Berufssparten Fuß fassen zu können.

Welchen Einfluss die Schulen im Stadtteil Vahrenheide auf die Verbesserung der Bildungschancen der jungen Generation ausüben, und welche Initiativen für die Weiterqualifizierung und berufliche Eingliederung vorhanden sind, wird in Kap. 2.2.6 dargestellt.

Dynamik der Erwerbssituation

*Arbeitslosigkeit betrifft mit 17,9 % jede(n) sechsten Bewohner(in) Vahrenheides im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren (Karte 5)*¹⁰. Im Stadtgebiet ist es mit 9,7 % 'nur' jede(r) zehnte Erwerbsfähige. Damit ist der Anteil der Arbeitslosen im Stadtteil nahezu doppelt so hoch wie im übrigen Stadtgebiet. Absolut sind von den 5.561 Erwerbsfähigen im Alter von 18 bis 64 Jahren 994 Personen ohne Arbeit. Unter den Arbeitslosen zählt mehr als jeder Dritte oder 38,7 % zu den Langzeitarbeitslosen, d.h. 385 Personen sind länger als ein Jahr ohne Erwerbstätigkeit.

Es zeigt sich ein starkes Gefälle der Arbeitslosenanteile von West nach Ost: Im Quartier 1201 sind 5,0 % (19) - damit liegt das Quartier deutlich unterhalb der stadtweiten Quote von 9,7 % - und im Quartier 1203 9,7 % (69) der Erwerbsfähigen betroffen. Demgegenüber erreicht das Quartier 1204 mit 27,0 % (243) die höchste Arbeitslosenquote. Die anderen Quartiere pendeln zwischen 17 und 19 % mit 160 bis 190 betroffenen Menschen.

Die erwerbsfähigen Männer sind absolut häufiger arbeitslos als Frauen, insgesamt sind 619 Männer und 375 Frauen von Erwerbslosigkeit betroffen. In einigen Quartieren liegt die Zahl erwerbsloser Männer doppelt so hoch wie die Zahl erwerbsloser Frauen. Beispiel hierfür ist das Quartier 1204 (163 Männer, 80 Frauen) sowie das Quartier 1207 (118 Männer, 64 Frauen).

16,0 % der Deutschen (604) und 20,0 % der Migranten (390) sind arbeitslos. Dabei liegen die Werte der arbeitslosen Deutschen doppelt so hoch wie im übrigen Stadtgebiet (8,2 %), die Arbeitslosenquote der Migranten liegt 2,5 % über dem Stadtwert (17,5 %). Die Zahl der Erwerbslosen ist seit Dezember 1998 abgesunken. Besonders augenscheinlich wird dieses im Quartier 1204, wo sich die Arbeitslosenquote um -2,3 % verringerte. Der Effekt, der hier maßgeblich gewirkt haben dürfte, ist der Wegzug aus dem Stadtteil und somit das 'Herausfallen' der Erwerbslosen aus der Statistik.

Auffällig ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden. Obwohl die Zahl der Erwerbslosen im Alter von 18 bis 64 Jahren insgesamt abgenommen hat (-50), ist die Zahl der Erwerbslosen in der Altersgruppe von 20 bis 24 Jahren gewachsen (+20). Insgesamt liegt der Anteil der jungen Heranwachsenden, die erwerbslos sind, bei 16,8 % und ist somit doppelt so hoch wie der Stadtwert (8,9 %).

¹⁰ Die Karte zeigt die Verteilung von Erwerbslosigkeit im Stadtteil und stellt die Anteile der Arbeitslosen an allen Erwerbsfähigen bezogen auf die jeweilige Quartiersbevölkerung als *grüne* Flächenfarben dar. In absoluten Zahlen sind die Anteile der Merkmalsgruppen wie Deutsche (*orange*), Migranten (*gelb*), Männer (*blau*), Frauen (*rosa*), junge Menschen (*dunkelorange*) und Langzeitarbeitslose (*grau*) als Säulendiagramm dargestellt.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten- pflegeversicherungspflichtig und / oder beitragspflichtig sind bei der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die vom Arbeitgeber Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Ein Blick auf die Volkszählungsdaten von 1987 reicht aus, um bestätigt zu bekommen, dass die in der Kategorie nicht erfasste arbeitende Bevölkerung (Beamte, Selbständige, Familienangehörige) nur geringfügig im Stadtteil vertreten ist und nicht 'die Masse der Stadtteilbevölkerung' darstellt. Damit ergibt sich durch die selektierte Datengrundlage keine Schräglage bezüglich der Interpretation.

Auffallend an den Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist die Tatsache, dass nur rund 40 % der erwerbsfähigen Bevölkerung auch tatsächlich erwerbstätig ist. Bezieht man die absolute Zahl der Beschäftigten auf die gesamte Bewohnerschaft, dann haben 24,8 % der Bewohnerschaft den restlichen Teil der Stadtteilbevölkerung mit zu 'versorgen' (Zahl der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung).

Im Stadtteil Vahrenheide waren zum Stichtag 6/99 von 5.561 Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren 2.316 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 41,6 %, ein Wert, der im Vergleich zur Stadt deutlich unterdurchschnittlich ausfällt (49,8 %). Da die Daten an sich veraltet sind, werden im Folgenden keine absoluten Zahlen mehr genannt, vielmehr geht es um prozentuale Anteile und Gewichtungen.

Es stehen 57,8 % Männer (Stadt 52,1 %) und 42,2 % Frauen (47,9 %) im sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

Es ist auffallend, dass im Verhältnis zur Stadt Hannover die Anzahl der erwerbstätigen Migrantinnen und Migranten wesentlich höher ausfällt: fast ein Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund (29,9 %) sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt (noch nicht enthalten sind die Familienbetriebe), im gesamten Stadtgebiet beträgt dieser Anteil nur 12,1 %. Im Gegenzug bedeutet dies, dass in Vahrenheide die Zahl der erwerbstätigen Deutschen wesentlich geringer ausfällt als im gesamten Stadtgebiet (70,1 % zu 87,9 %).

Karte Nr. 5
Erwerbslosigkeit

Arbeitslosenzahlen der Männer u. Frauen, Deutschen u. Migranten

- ALO Männer Stadtteil: 619 / 21,7 %
- ALO Frauen Stadtteil: 375 / 13,9 %
- ALO Deutsche Stadtteil: 604 / 16,0 %
- ALO Migranten Stadtteil: 390 / 20,0 %
- ALO 18-24 Jahre Stadtteil: 117 / 14,7 %
- Langzeit ALO Stadtteil: 385 / 38,7 %

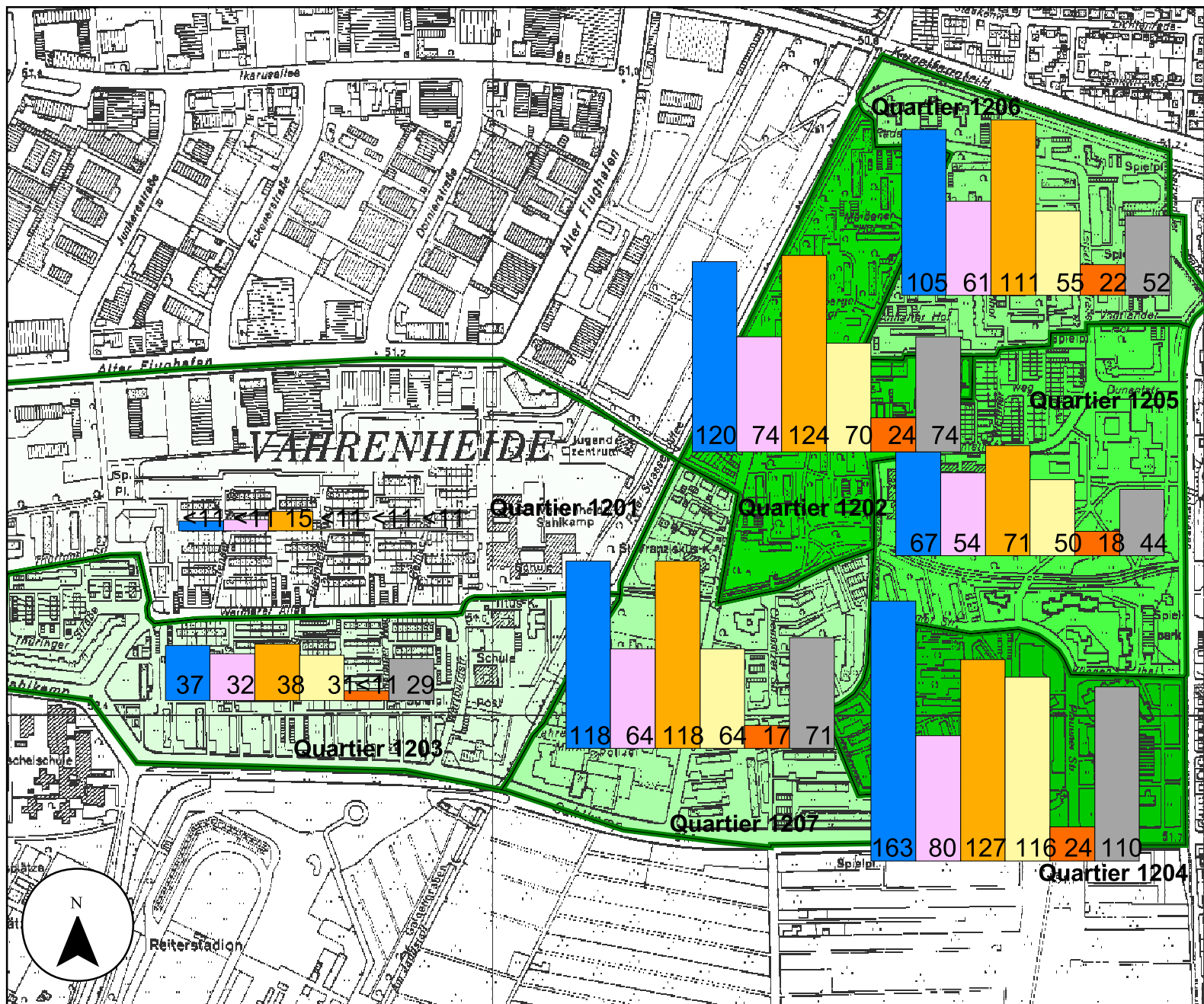
Arbeitslosenquote 3/2001
Stadtteil gesamt: 2.883, 30,9 %

Quartier 1201	19 / 5,0 %
Quartier 1203	69 / 9,7 %
Quartier 1207	182 / 17,3 %
Quartier 1206	166 / 18,5 %
Quartier 1205	121 / 19,3 %
Quartier 1202	194 / 19,4 %
Quartier 1204	243 / 27,0 %

Datengrundlage:
Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
Esther Bärtnig (Februar 2002)



Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt)

Mehr als jede/r sechste Stadtteilbewohner/in oder 17,5 % (1.639) Vahrenheides lebt von Hilfe zum Lebensunterhalt¹¹. Damit ist der Stadtteilwert mehr als doppelt so hoch wie im gesamten Hannover mit 7,3 %. Es zeigt sich - ähnlich wie bei den Arbeitslosenzahlen - eine ausgeprägte Ungleichverteilung der Sozialhilfebeziehenden im Stadtteil. Generell lässt sich für alle Alters- und Merkmalsgruppen eine von West nach Ost verlaufende Zunahme des Sozialhilfebezuges feststellen: Sind es im Quartier 1201 nur 0,9 % (weniger als 11 Personen) der Bewohnerschaft, so erhalten im Quartier 1204 30,9 % (502) Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die Anzahl sozialhilfebeziehender Kinder und Jugendlichen (*dunkelorange*) beträgt 28,1 % (563) und ist somit nahezu doppelt so hoch wie im übrigen Stadtgebiet (15,7 %). Da die Zahl der Familien von West nach Ost zunimmt, gilt ähnliches auch für Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind. Im Quartier 1204 sind Kinder und Jugendliche (40,5 %, 216) dreimal häufiger auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen im Vergleich mit dem übrigen Stadtgebiet. Auch das Quartier 1205 fällt durch den hohen Anteil sozialhilfebeziehender Kinder und Jugendlicher auf (35,4 %, 105).

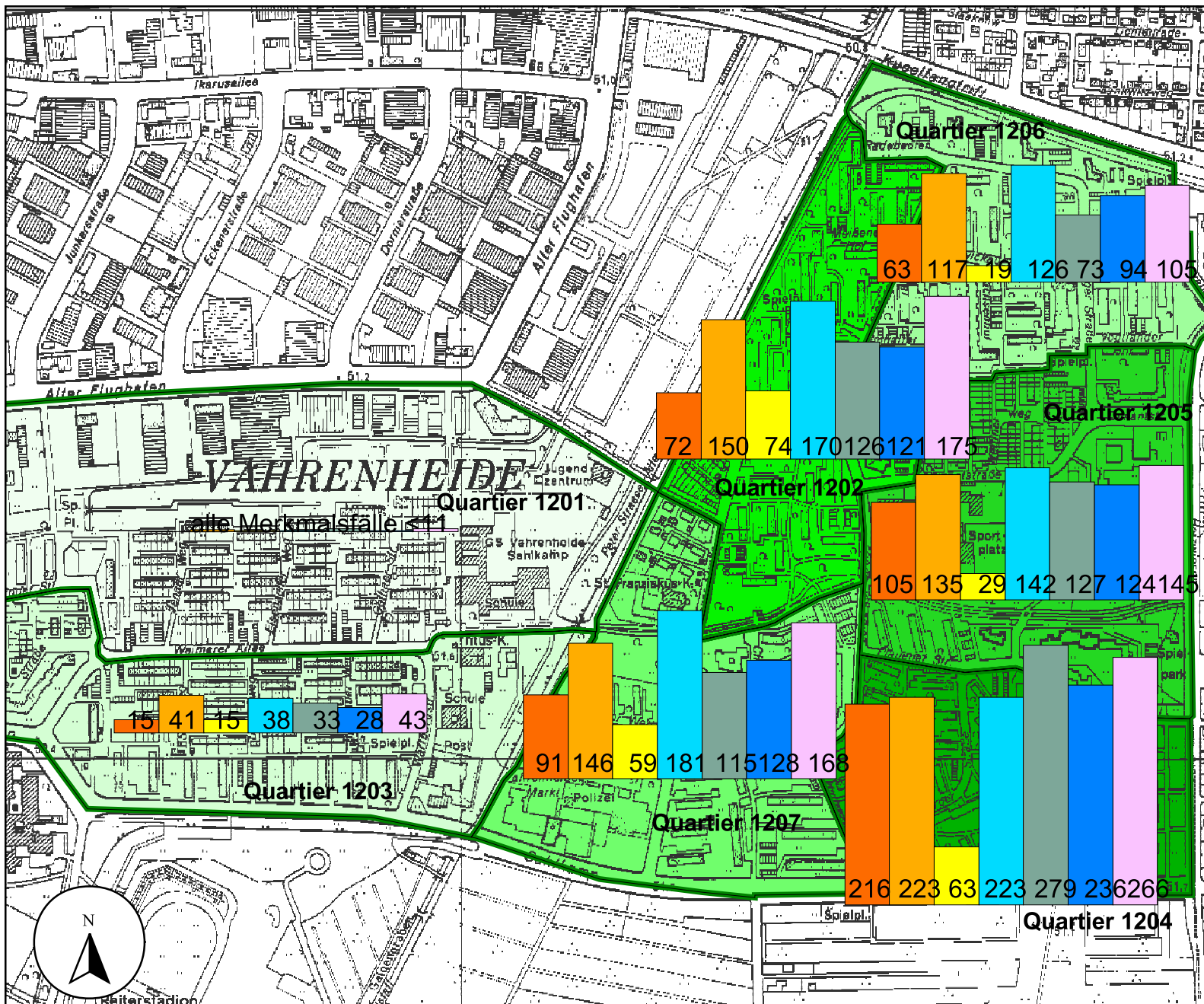
Die mittleren Jahrgänge des Stadtteils im Alter von 18 bis 59 Jahren (*orange*) beziehen im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet (6,6 %) mehr als doppelt so oft Sozialhilfe (16,17 %) (815). Es zeigt sich erneut eine Zunahme von West nach Ost. Während im Quartier 1201 lediglich 0,9 % dieser Altersgruppe Sozialhilfe bezieht, ist es schon jeder Vierte in den Quartieren 1204 (26,8 %, 223) und in 1205 (24,8 %, 135). Der Sozialhilfebezug der Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahren (*gelb*) liegt mit 10,7 % (261) nahezu dreimal so hoch wie im gesamten Stadtgebiet mit 4,1 %. Besonders hoch fallen die Zahlen in den Quartieren 1204 (24,5 %, 63) und 1202 (18,0 %, 59) aus.

Die Sozialhilfequote der Deutschen (*hellblau*) beträgt 13,7 % (882) und liegt fast dreimal über dem Stadtdurchschnitt von 5,1 %. Es zeigt sich erneut das Muster einer Zunahme von West (geringe Fallzahlen) nach Ost (hohe Fallzahlen): In Quartier 1204 erhält ein Viertel der deutschen Bewohnerschaft (25,6 %, 223) Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote der Personen mit Migrationshintergrund (*blau*) beträgt 26,3 % (757) und ist ebenfalls stark erhöht im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet mit 20,0 %. Absolut erreichen Deutsche und Migranten ähnlich hohe Fallzahlen. Beim West-Ost-Vergleich zeigt sich: Die Anzahl sozialhilfebeziehender Migrantinnen und Migranten beträgt in den Quartieren 1201 und 1203 (Vahrenheide-West) zusammen lediglich 37 Fälle, hohe Prozentwerte und Fallzahlen ergeben sich hingegen in Vahrenheide-Ost in den Quartieren 1204 (37,2 %, 279) oder 1205 (36,1 %, 127).

16,1 % (733) der Männer (*grün*) beziehen Sozialhilfe sowie 19,0 % (906) der Frauen (*hellgrün*). Das ist ein mehr als doppelt so hoher Anteil am Sozialhilfebezug wie im gesamten Stadtgebiet. Frauen sind deutlich häufiger, sowohl relativ als auch absolut, auf Sozialhilfe angewiesen als Männer. Besonders hohe Fallzahlen erreichen beide Merkmalsgruppen im Quartier 1204. Mehr als jeder vierte Mann (28,5 %, 236) und mehr als jede dritte Frau (33,5 %, 266) beziehen dort Sozialhilfe. Seit Dezember 1998 hat die Zahl sozialhilfebeziehender Männer um 111 und die der Frauen um 100 Personen abgenommen.

¹¹ Die Sozialhilfequoten je Quartieren sind als *grüne* Flächenfarben dargestellt. In den Säulendiagrammen sind die absoluten Merkmalsgruppen wie Altersgruppen (*gelb*, *orange*, *dunkelorange*), Deutsche (*hellblau*), Migranten (*blau*), Frauen (*hellgrün*) und Männern (*grün*) wiedergegeben.

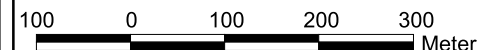
Karte Nr. 6
Sozialhilfe
Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)



Datengrundlage:
Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

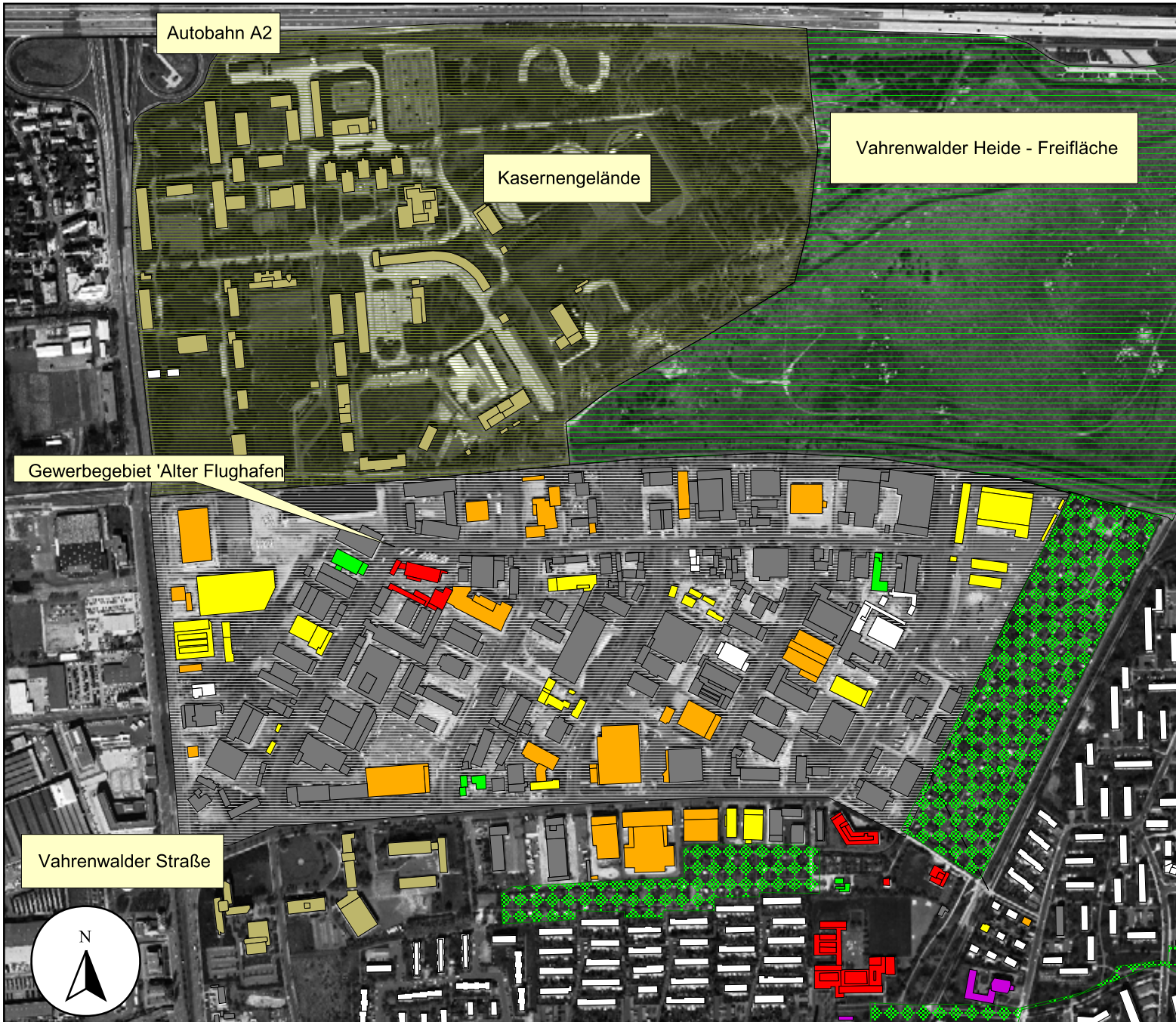
Bearbeitung:
Esther Barthick (Februar 2002)



Populär sind derzeit Bestrebungen, aus der Sozialhilfe, die als 'soziale Hängematte' denunziert wird, ein 'Trampolin' zu machen. Dabei sollten folgende Zahlen berücksichtigt werden. Durch anonymisierte Individualdaten des Sozialamtes konnte die Zahl von 1.639 Sozialhilfebeziehenden im Stadtteil Vahrenheide genauer differenziert werden. Mehr als ein Drittel von ihnen sind Kinder und Jugendliche bis zum 17. Lebensjahr. Ein weiteres Drittel sind Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, Personen in Aus- und Fortbildung, Rentner, chronisch Kranke, Behinderte und Arbeitsunfähige sowie Frauen, die Kinder versorgen oder Angehörige pflegen.

Mit Hilfe der kleinräumigen Sozialhilfe- und Arbeitslosenzahlen können Rückschlüsse auf die sehr begrenzten materiellen Standards der Bevölkerung gemacht werden. Nicht exakt bestimmen lässt sich der genaue Umfang 'materieller Armut'. Eine solche Berechnung ist ohne eine kleinräumige Einkommensstatistik nicht möglich. Ein weit überdurchschnittliches Armutspotential ist in Vahrenheide aber mehr als wahrscheinlich, denn in Vahrenheide leben gerade jene Bevölkerungsgruppen räumlich konzentriert, die nach empirischen Armutsuntersuchungen durch ein besonders hohes Armutsrisiko gefährdet sind: Familien (insbesondere allein Erziehende), allein Lebende (Singles), ältere Menschen (oft Personen, die zwar leistungsberechtigt wären, aber aus 'Scham' dieses nicht in Anspruch nehmen), Arbeitslose (insbesondere Langzeitarbeitslose), Ungelernte und Unqualifizierte usw..

Die zuvor genannten Gruppen machen deutlich, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung im Bereich prekärer Soziallagen lebt. Viele Expertengespräche über die Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner vermitteln den Eindruck, dass viele der Bewohnerinnen und Bewohner den Alltag mit derart wenig Geld bewältigen müssen, dass Personen mit durchschnittlichem Einkommen die Vorstellung davon fehlt, wie dies überhaupt möglich ist (vgl. Geiling u.a. 2001).



agis

Universität Hannover
Arbeitsgruppe Interdisziplinäre
Sozialstrukturforschung

**Karte Nr. 7
Nutzungen im Stadtteil
- Gewerbegebiet -**

Gewerbe- und Branchenstruktur

- Dienstleistung
- Einzelhandel
- Gewerbe
- evang. u. kath. Kirche, Baptisten
- Bundeswehr, Kaserne
- öffentliche, soziale Einrichtungen
(Schule, Altenheim, Kulturtreff etc.)
- Vereine
- Lager-, Brachflächen, Trafos
- Wohnen, Wohngebäude

Flächennutzungen im Stadtteil

- Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'
- Kasernengelände
- Freifläche 'Vahrenwalder Heide'
- Freifläche 'Vahrenwalder Heide'

Datengrundlage:
Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
Esther Bärthick (Februar 2002)



2.2.3 Gewerbe- und Branchenstruktur / Lokale Ökonomie

Dem Leitbild der Trennung von Wohnen und Arbeiten folgend, entwickelten sich seit den 50er Jahren auf dem heutigen Gebiet des Stadtteils Vahrenheide mehrere räumlich separierte und untereinander kaum vernetzte 'Teilökonomien'. Im Nordwesten entstand durch eine Kleingartenkolonie von den Wohnquartieren getrennte Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'. In den reinen Wohngebieten bilden zwei kleine Ladenzeilen und das Einkaufszentrum 'Vahrenheider Markt' Versorgungsinseln mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Bedeutend ist außerdem der wohlfahrtsstaatliche Sektor (Kindertagesstätten, Schulen, Altenheime, Gesundheits- und soziale Einrichtungen), der an anderer Stelle noch näher behandelt wird (s. Kap. 2.2.6 'Sozial-, Kultur- und Gesundheitsinfrastruktur'). Zum wohlfahrtsstaatlichen Sektor kann auch die Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH) gerechnet werden, die vor allem die Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen mit öffentlich gefördertem Wohnraum gewährleistet. Als Eigentümerin von 87% des Wohnungsbestandes in Vahrenheide-Ost ist die GBH auch ökonomisch ein zentraler Akteur im Stadtteil (handwerkliche und bauliche Maßnahmen, Wohnungsvermittlung/Verwaltung).

Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'

Die Planungen der 50er Jahre zielten auf ein räumlich abgeschlossenes Industriegebiet für arbeitsintensive Betriebe (ca. 85 Grundstücke). Interessant war das etwa 53 Hektar große ehemalige Flughafengelände aufgrund der verkehrsgünstigen Lage direkt an der zentralen nördlichen Ausfallstraße zur Autobahn A 2 (Dortmund / Berlin). Die vorgesehenen Industriebetriebe sollten Arbeitsplätze in günstiger Entfernung zu den neu entstehenden Wohngebieten in Vahrenheide und Sahlkamp bieten (ursprünglich für 26.000 Bewohner geplant). Unter den 40 Betrieben, die sich bis 1959 angesiedelt hatten, waren jedoch kaum Industriebetriebe. Das Gebiet wurde vielmehr „eine bunte Ansiedlung von Betrieben aller Branchen“ (NDZ, 17.9.1959). Die meisten von ihnen kamen aufgrund der 'ordnenden Hand' der Stadtplanung nach Vahrenheide: zum einen bot die Stadt die Grundstücke weit unter dem damals üblichen Preisniveau an; zum anderen mussten Firmen an anderer Stelle den Planungsvorhaben der Stadt weichen oder hatten nicht genügend Möglichkeiten zur Ausdehnung.



Foto 3 Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'

Bis heute hat sich die Mischung vielfältiger Gewerbebetriebe im Gebiet 'Alter Flughafen' fortgesetzt. Insgesamt handelt es sich um etwa 150 kleine und mittlere Betriebe mit Schwerpunkten in den Bereichen KFZ, Bau- und Ausbau-gewerbe, Großhandel, Logistik-Lager-Transport sowie produktionsorientierten bzw. Finanzdienstleistungen. (vgl. Tab. 3 o. Karte 7). Ins Auge fallen vor allem einige moderne Schauhallen von Autohäusern, Sanitärausstattungen und Möbelhäusern. Im Gewerbegebiet befinden sich außerdem

öffentliche Verwaltungen der Bundeswehr (Kreiswehersatzamt, Standortverwaltung), des Finanzamtes Hannover-Nord, des Sozialamtes (KSD) sowie der Stadtwerke. Die meisten Unternehmen sind regional bzw. überregional orientiert und haben keine nennenswerte Bedeutung für den angrenzenden Stadtteil Vahrenheide. Das dortige Alltagsleben verläuft fast vollständig getrennt vom Geschehen im Gewerbegebiet. Dazu trägt vor allem die strikte räumliche Trennung gegenüber den Wohnquartieren bei, die nicht einmal durch eine verbindende Straße durchbrochen wird. Die fehlende Verkehrsanbindung des Gewerbegebietes wurde in der Vergangenheit mehrfach von dort beschäftigten Bewohnern aus Vahrenheide kritisiert. Sie mussten lange Umwege in Kauf nehmen um ihre Arbeitsstätten mit dem privaten PKW zu erreichen. Mittlerweile arbeiten kaum noch Bewohner aus Vahrenheide im nahe gelegenen Gewerbegebiet.

Tab. 3
Übersicht Branchenstruktur im Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'

Anzahl	Art der Betriebe	
34	KFZ	Auto-/Motorrad-/Reifenhandel, KFZ-Reperatur/Service, Motorsport, TÜV, Dekra, Tankstellen
28	Bau- und Ausbaugewerbe	Sanitärwaren, Holz-/Stahl-/Metall-/Messebau, Fenster, Fassaden, Dachdecker, Baustoffe, Baumärkte, Maler-/Tapeten-/Großhandel
25	Logistik-Lager, Transport	Citypost, Kurier-/Beförderungsdienste, Speditionen, Logistik-/ Vertriebszentren, Lager (Lebensmittel, Pharmaartikel, Regeltechnik)
8	Produktionsbetriebe	Chemie (Kunststoffe, Kleber, Farben, Lacke, Folien), Metall (Metallguss, Maschinen-/Formenbau, Pumpen, Elektro (Anlagentechnik)
8	Telekommunikation	Telecom, Kabelnetze, Fernsehdienste, Entstörungsstelle, Kommunikationsanlagen, Mobilfunk, Informationssysteme
8	Möbel	Möbelhäuser, Büromöbel, Möbelfundgrube, Rattanmöbel,
8	Druckerei, Verlage, Medien	Verlags-/Medienhäuser, Druck-/Computer-Graphik, Druckvorlagen
6	Gastronomie	Gastronomietechnik, Bringdienste, Fast-Food, Restaurant, Bistro
6	Musik, Freizeit, Sport	Veranstaltungs-/Bühnentechnik, Musikschule, Fitnesscenter, Videothek
10	Sonstiges	Reinigungs-/ Reiseservice, Sicherheitsdienste, Fahrschule
10	Produktionsorientierte / Finanzdienstleistungen	Architektur-/Ingenieur-/Immobilienbüro, Makler, Versicherung, Consulting, Werbeagentur, Verwaltungs-/Investmentgesellschaft
5	Öffentliche Verwaltungen	Bundeswehr (Kreiswehersatzamt, Standortverwaltung), Finanzamt-Nord, Polizei, Stadtwerke
11	Wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen / Initiativen	Kommunaler Sozialdienst, Stelle für allgemeine Sozialhilfe, Sportjugend, ADFC, ev. Christengemeinde, Johanniter, Projekte der ev. Kirche, Pro Beruf, Deutsch-Syrischer-Verein

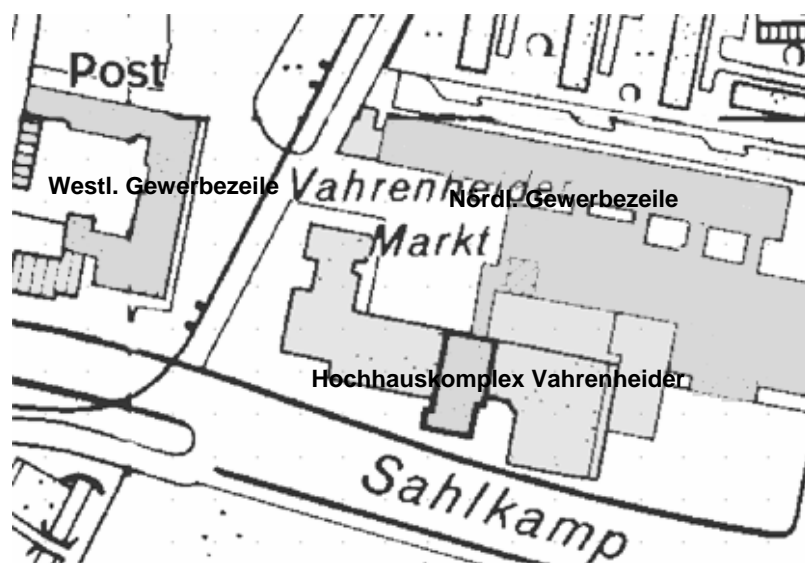
Quelle: eigene Erhebung (agis 2001)

Einkaufszentrum 'Vahrenheider Markt' , Ladenzeilen Leipziger Str. und Plauener Str.

Für die Planung und Realisierung der modernen Stadtrandsiedlung Vahrenheide wurden ab Ende der 50er Jahre auf verschiedenen Gebieten neue Wege beschritten. Die Ansiedlung und Betreuung von Geschäften und Handwerksbetrieben wurde z.B. erstmals an eine stadteigene Entwicklungsgesellschaft vergeben (Union-Bodengesellschaft). Sie sollte außerdem ansiedlungswilligen Geschäftsleuten über eine anfängliche 'Durststrecke' helfen. Denn es war absehbar, dass erst Jahre später die geplante

Zahl von 13.000 Einwohnern, mit einer entsprechenden Kaufkraft, im Stadtteil leben würde.

Aufgrund der damals herrschenden großen Wohnungsnot erhielt die Fertigstellung der Wohngebäude Ende der 50er Jahre den Vorrang vor dem Bau notwendiger Versorgungseinrichtungen. Als nach jahrelangen Verzögerungen die ersten Ladenzeilen gebaut wurden, war einem Teil der anfänglich interessierten Handwerker und Geschäftsleute der Quadratmeterpreis zu hoch, andere beklagten fehlende Räumlichkeiten für Werkstätten. Die ursprünglich hochfliegenden Pläne, durch ein großes Stadtteilkaufhaus sowie einen Gewerbehof „das größte Orts- und Einkaufszentrum des hannoverschen Außengebietes zur Entlastung der 'City' zu errichten“ (HAZ, 14.09.1960), realisierten sich nicht. In die gleiche Richtung verwies ein vom Stadtplanungsamt vergebenes Gutachten der Handwerkskammer aus dem Jahr 1961. Bei den Bewohnern des Stadtteils werde es sich überwiegend um 'Kleinverdiener' handeln, mit entsprechend geringer Kaufkraft und relativ begrenzter Nachfrage nach handwerklichen Leistungen. Dennoch hielt die Handwerkskammer zwei Schlosser, zwei Mechaniker, zwei Kraftfahrzeugmechaniker, drei Klempner, drei Elektroinstallateure, einen Radio- und Fernsehtechner, zwei Uhrmacher, drei



Tischler, vier Herrenschneider, drei Damenschneider, ein Putzmaker, vier Schuhmacher, ein Polsterer und Dekorateur, fünf Bäcker, (darunter drei mit Konditorei, eine mit Café), vier Fleischer, fünf Friseure, ein Wäscher und Plätter und einen Fotograf für erforderlich (HAZ, 8.3.1961).

Abb. 8 Lageplan 'Vahrenheider Markt', Quelle: Bestandsverzeichnis

Tab. 4

Übersicht Betriebe am Vahrenheider Markt und in den Ladenzeilen (eigene Erhebung, agis 2001)

Vahrenheider Markt (westl. Ladenzeile)	Ladenzeile Leipziger Straße	Vahrenheider Markt (nördl. Ladenzeile)
Konditorei (geschlossen)	Pizza-Bringdienst	Hochhauskomplex
Physiotherapie	Kiosk	Drogerie Schlecker
Volksbank	türkischer Lebensmittelmarkt	Aldi-Supermarkt
Fleischerei (geschlossen)	Penny-Supermarkt	türkisches Cafe
Postamt	Gaststätte	Fitnessstudio, Solarium
Tankstelle (liegt außerhalb)	Fleischerei	Zoofachhandel
	Friseur	italienisches Eiscafe
	Bistro	Extra-Supermarkt, mod. Flachbau
		Stadtsparkasse
		türkischer Lebensmittelmarkt
		Friseur
		Polizeistation

Die baulich-räumlichen Voraussetzungen für eine mögliche Ansiedlung von Einzelhandel, Handwerk und Kleingewerbe entstanden nur schleppend. Die notwendigste Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs leisteten anfangs zwei provisorisch errichtete Supermärkte. 1962 entstand die erste Ladenzeile

an der Peter-Strasser-Allee mit unterschiedlich viel Platz (30, 60, 90 bzw. 120 qm) für insgesamt 21 Geschäfte und Dienstleistungen. Angesiedelt hat sich damals ein Haushalts- und Textilwarengeschäft, eine Drogerie, ein Schuhmacher, ein Friseur, ein Papierwarengeschäft, eine Reinigung, ein Blumengeschäft, ein Arzt, ein Zahnarzt, eine Apotheke sowie vorübergehend ein kleines Postamt. 1967 wurde eine kleine Gewerbezeile ('Handwerkerzentrum') an der Wartburgstraße mit Raum für sieben Geschäfte bzw. Dienstleistungen fertig gestellt. Hier zogen eine Konditorei, ein Schuhmacher, eine Fleischerei, eine Filiale der Volksbank, eine Gaststätte sowie das neue Postamt ein. Werkstatt Räume für größere Handwerksbetriebe bzw. für Kleingewerbe entstanden nicht wie anfänglich geplant.

Innerhalb der Wohnquartiere entwickelte sich so eine reine Versorgungsökonomie, deren Zentrum der 'Vahrenheider Markt' ist. Er wird im Norden von der zuerst entstandenen Ladenzeile, im Westen von der kleineren Gewerbezeile und im Süden von zwei großen Gebäudekomplexen aus den siebziger und achtziger Jahren begrenzt: 1972 entstand ein wuchtiger Komplex, zu dem ein achtzehngeschossiges Wohnhaus gehört, Flächen für 15 Geschäfte im Erdgeschoss, Räume für drei Arztpraxen und für Büros

sowie ein Parkhaus; ein großer Flachbau, der einen großen Supermarkt, die Stadtparkasse, einen Lebensmittelmarkt, einen Drogeriemarkt sowie die Polizei beherbergt. Neben dem Versorgungszentrum am Vahrenheider Markt entstanden außerdem zwei kleine Ladenzeilen, sogenannte 'um die Ecke-Läden'.



Foto 4 Vahrenheider Markt

An der Leipziger Straße wurde 1967 eine Ladenzeile mit acht Geschäftsräumen errichtet sowie parallel eine

kleine Ladenzeile an der Plauener Straße, die einem Supermarkt und zwei Geschäften Platz bot.

Die zwei kleinen Ladenzeilen, und das Einkaufszentrum Vahrenheider Markt bildeten bis zum Beginn des Sanierungsprozesses die Grundlage der lokalen Versorgungsökonomie. Es handelt sich um wenig attraktive Geschäftszeilen mit dem 'Flair' von Waschbeton. Die Geschäfte am Vahrenheider Markt sind nach 'innen', auf den 'Markt' hin ausgerichtet, der lediglich von Fußgängern genutzt werden kann. Er wirkt steril und selbst zu den Hauptgeschäftszeiten unbelebt. Die Gebäuderückseiten bilden gegenüber den angrenzenden Wohnquartieren und der südlich verlaufenden Hauptstraße Sahlkamp undurchlässige Barrieren. Insgesamt entsteht durch die baulich-räumliche Situation eine mehrfache Abschottung: gegenüber den Wohngebieten, dem fließenden Verkehr und auch gegenüber 'Auswärtigen'. Da aus bautechnischen Gründen auf dem Vahrenheider Markt kein Wochenmarkt durchgeführt werden kann (ein 'Schildbürgerstreich'), entwickelt sich kein lebendiges 'Einkaufsleben'.

Die Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs leisten vor allem die drei Supermärkte. Insbesondere der Penny- und Aldi-Supermarkt bieten Waren im unteren Preissegment an, wobei Aldi als das 'Herz' der lokalen Versorgungsökonomie gilt.

Der EXTRA-Supermarkt bietet hingegen auch Produkte im mittleren bis gehobenen Preissegment an. Aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage direkt am Sahlkamp und seiner großen Verkaufsfläche ist er

über den Stadtteil hinaus von Bedeutung.

Die kleineren Einzelhandelsgeschäfte und Dienstleistungen ergänzen das Angebot der Supermärkte in zweierlei Richtung. Vor allem Migranten betreiben Einzelhandelsgeschäfte im Lebensmittelbereich (Bäckerei, Gemüse, Supermarkt, Kiosk) sowie in der Gastronomie (Bistro, Imbiss, Pizzeria, Café, Eisdielen). Über die Jahre haben sie mehr und mehr Läden angemietet und eine insbesondere von türkischen und kurdischen Geschäftsleuten getragene ethnische Ökonomie aufgebaut. Sie versorgt insbesondere die südosteuropäischen Bewohnergruppen mit einem ihrer Alltagskultur entsprechenden Warensortiment. Sie bietet aber auch wichtige Begegnungsmöglichkeiten im Alltag sowie in den gastronomischen Einrichtungen Orte der Geselligkeit. Die deutschen Geschäftsleute sind dagegen überwiegend im spezialisierten Fachhandel tätig (Optiker, Apotheke, Fleischerei, Blumen, Zooartikel, Schreibwaren mit Lotto-Toto) oder bieten spezifische Dienstleistungen an (Fahrschule, Friseur, Physiotherapie).

Bis 1975, so der allgemeine Eindruck, sei es für die meisten Geschäfte stetig 'bergauf' gegangen und regelmäßige Umsatzsteigerungen waren üblich. Der allgemeine Niedergang des Einzelhandels, den insbesondere die deutschen Geschäftsleute beklagen, habe sich in Vahrenheide dann seit etwa 10 Jahren beschleunigt. Dies machen die deutschen Geschäftsleute vor allem an der Abwanderung zuvor wichtiger Fachgeschäfte fest (Schuhmacher, Bäcker, Konditorei), an der zunehmenden Fluktuation sowie einem Leerstand von derzeit 30%. Als besonders problematisch gilt die Situation der deutschen Gastronomie im Stadtteil. Eine gutbürgerliche Gaststätte habe sich in Vahrenheide nie durchsetzen können und seit im letzten Jahr auch noch der Konditor sein großes Café geschlossen habe, gäbe es überhaupt keine Orte der Geselligkeit mehr.



Foto 5 Geschäftsaufgabe einer Konditorei am Vahrenheider Markt

Eine der wesentlichen Ursachen für den Niedergang im Einzelhandel, speziell in Vahrenheide, sehen die deutschen Ladenbesitzer in ihrem kontinuierlich kleiner werdenden Kundenkreis. Dazu zählen vor allem die respektablen deutschen Milieus der traditionellen Facharbeiter und Kleinbürger, die in bescheidenen oder gesicherten sozialen Lagen leben. Aufgrund ihrer zunehmenden Alterung bzw. Abwanderung sowie der hohen Fluktuation in vielen Wohnquartieren des Stadtteils hätte sich die Zahl der Stammkunden stetig verringert. Hinzu komme die enorme Konkurrenz der Supermärkte.

Ihren vielfältigen und preisgünstigen Angeboten könne kaum etwas entgegengesetzt werden.

Die geringer werdende Nachfrage habe schon vor Jahren dazu geführt, dass die bereits wenigen zusätzlichen Angestellten entlassen werden mussten. Die überwiegend als Familienunternehmen betriebenen deutschen Geschäfte seien heute nur noch durch Selbstausschöpfung überlebensfähig. Um 'über die Runden' zu kommen, versuchen viele Geschäftsleute ihr Angebot zu 'diversifizieren', um sich zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen.

Als es in der jüngeren Vergangenheit Planungen für einen riesigen Realkauf-Supermarkt im Stadtteil gab, reagierten viele deutsche Einzelhändler skeptisch. Für die Möglichkeit, als Subunternehmer ein in den Supermarkt integriertes Geschäft zu betreiben, wollten sie nicht auf ihre Selbstständigkeit und auf ihre Qualitätsansprüche verzichten. Das Beharren auf Qualität und Facharbeit mit entsprechenden Preisen behindert außerdem eine Öffnung hin zu den mehrheitlich in schwierigen materiellen Lebenssituationen lebenden Bewohnergruppen im Stadtteil. Aufgrund dieser Gesamtsituation sehen sich die deutschen Geschäftsleute in einer nahezu aussichtslosen Geschäftslage mit entsprechend düsteren Zukunftsperspektiven.



Foto 6 Geschäftsauflage Ladenzeile 'Plauener Straße'

Außer dem Optiker und der Apotheke, die sich über die Krankenkassen finanzieren, hätten die deutschen Fachgeschäfte im Stadtteil keine Zukunft. Es sind entsprechend pessimistische bzw. resignative Haltungen verbreitet. Anstrengungen, Wege aus der schwierigen und defensiven Gesamtsituation zu suchen, z.B. durch Gemeinschaftsinitiativen der Geschäftsleute oder in Form einer Gewerbetreibenden-Runde, kamen nicht zustande.

Wie die Geschäfte der Deutschen, führen auch die Migranten ihre Läden überwiegend als Familienbetriebe. Obwohl die Zahl der Migranten im Stadtteil über die Jahre kontinuierlich gestiegen ist, beklagen auch sie die schwierige Geschäftssituation. Seit den 90er Jahren sei die Kaufkraft merklich gesunken. Nur zu Beginn hätten jene Geschäftsleute mit Migrationshintergrund von den spezifischen Konsumbedürfnissen der räumlich stark konzentrierten ethnischen Gruppen profitieren können, die sich als erste in Stadtrandquartieren wie Vahrenheide ansiedelt haben. Sehr schnell sei ihnen jedoch die Konkurrenz gefolgt. Besonders unter türkischen Geschäftsleuten sei eine Vielzahl von Konkurrenten in ein und demselben Warenssegment leider üblich, auch in Vahrenheide. Hinzu komme die Konkurrenz der Supermärkte, die günstigere Preise bieten und ihre Produktpalette der Nachfrage von Bewohnern mit Migrationshintergrund angepasst hätten. Da der Stadtteil insgesamt durch eine abnehmende Bewohnerzahl gekennzeichnet sei, entstehe auch kaum neue Kundschaft. Um ihre Waren so günstig wie möglich anbieten zu können, präsentieren die Geschäftsleute mit Migrationshintergrund ihre Waren nur mit dem notwendigsten Aufwand, was wiederum die Ordnungs- und Geschmacksvorstellungen insbesondere der älteren deutschen Bewohner stört. Ein Versuch, wenigstens die türkischen Geschäftsinhaber zur Bildung einer Interessengruppe zu bewegen, habe nicht funktioniert, da jeder nur an sich selbst denke. Trotz dieser schwierigen Gesamtsituation, gehen von Geschäftsleuten mit Migrationshintergrund immer wieder neue unternehmerische Aktivitäten in Vahrenheide aus. Dass sie auch über das dazu notwendige Investitionskapital verfügen, regt immer wieder die Phantasie der deutschen Geschäftsleute im Stadtteil an. Misstrauisch und mit Ressentiments betrachten sie die unternehmerische Mentalität der ethnischen Unternehmer. Aus deren Perspektive führt die schwierige Arbeitsmarktsituation, aber auch Diskriminierungen, zu Versuchen, über berufliches Unternehmertum einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. Entsprechend verlaufen manche der unternehmerischen Aktivitäten unstetig und instabil. Trotz allem sind es fast ausschließlich Geschäftsleute mit Migrationshintergrund die in Vahrenheide im Einzelhandel oder in Dienstleistungen investieren. Sie stabilisieren die lokale Ökonomie in mehrfacher Hinsicht: durch unternehmerisches Engagement in Bereichen, die deutsche

Geschäftsleute aufgegeben haben (Bäckerei, Gastronomie); durch Warenangebote speziell für die großen nicht-deutschen Bewohnergruppen sowie durch Beschäftigungs- und Betätigungsmöglichkeiten für Bewohner aus dem Stadtteil, wenn auch in sehr begrenztem Maße.

Neben der rückläufigen Nachfrage und der spezifischen Konkurrenzsituation im Einzelhandel von Vahrenheide fehlt es aber auch an notwendigen baulichen Investitionen, um das Einkaufszentrum insgesamt attraktiver zu machen. Die städtische 'Union Boden' GmbH, die Eigentümerin der Gebäude, habe seit ihrer Fertigstellung nichts mehr investiert. Tatsächlich zeigte sich seit dem Beginn des Sanierungsprozesses, dass die Kanalisation defekt und die zentral gesteuerte Heizungsanlage völlig überaltert ist. Das Geschäftszentrum und die beiden kleinen Ladenzeilen wirken heute wenig attraktiv, zum Teil düster oder sogar verwahrlost. Die Geschäftsleute kritisieren außerdem die schlechten Zugangsmöglichkeiten für den Verkehr, um zum Beispiel mit dem privaten PKW.

Insgesamt befinden sich der Einzelhandel, die Gastronomie und die Dienstleistungen in einem spezifischen Dilemma. Der relativ begrenzten Kaufkraft vieler Stadtteilbewohner steht ein wenig attraktives Angebot gegenüber. Die Abwanderung der sowieso schon wenigen Fachgeschäfte schränkt das Angebot gerade für jene Käuferschichten weiter ein, die an besserer Qualität und größerer Auswahl interessiert sind. Sie müssen dadurch in anderen Stadtteilen bzw. in der Innenstadt einkaufen, wodurch gerade ihre größere Kaufkraft der lokalen Ökonomie verloren geht. Im unteren Preissegment, das für den

Stadtteil Vahrenheide von entscheidender Bedeutung ist, sind die als Familienbetriebe geführten Geschäfte gegenüber der vielfältigen Auswahl und den niedrigeren Preisen der Supermärkte nicht konkurrenzfähig. Dies gilt auch für die Geschäftsbetreiber mit Migrationshintergrund, die ebenfalls durch die Supermärkte unter erheblichen Preisdruck geraten.



Foto 7 Ladenzeile Leipziger Straße, türkischer Supermarkt 'Arkadas'

Lokale Ökonomie

Für die lokale Beschäftigungssituation direkt im Stadtteil ergeben sich aus der beschriebenen Gesamtkonstellation spezifische Probleme und Chancen. Die größte unternehmerische Kraft und vielfältige Tätigkeiten bietet das Gewerbegebiet 'Alter Flughafen' als erste Teilökonomie des Stadtteils Vahrenheide. Viele der dort ansässigen Betriebe und Dienstleistungen sind zwar wenig beschäftigungsintensiv. Die dort erforderlichen Tätigkeiten können zum Teil jedoch auch von begrenzt qualifizierten Beschäftigten ausgeführt werden. Gleichzeitig benötigen die Produktionsbetriebe, aber auch die Unternehmen in modernen Wirtschaftssegmenten qualifizierte Facharbeit. Die strikte räumliche Abtrennung des Gewerbegebietes von den Wohngebieten hat bisher jedoch eine Kooperation zwischen dortigen Unternehmen und Projekten zur Qualifizierung und Beschäftigung im Stadtteil behindert.



Foto 8 Vahrenheider Markt Passage - begrenzte Beschäftigungsimpulse

Die zweite Teilökonomie im Stadtteil bilden vierzehn Einzelhandelsgeschäfte, drei Supermärkte, zwei Banken, eine Post, eine Polizeistation, acht Dienstleistungsbetriebe sowie acht Gastronomiebetriebe. Insgesamt sind hier etwa 100 Personen beschäftigt.

Aus den oben geschilderten Gründen ist diese Teilökonomie rein quantitativ von geringem Umfang bei immerhin 9.300 Einwohnern. Qualitativ sind insbesondere von den deutschen Geschäftsleuten keinerlei Beschäftigungsimpulse zu erwarten, da sie defensiv agieren

und mit einer weiter rückläufigen Nachfrage kalkulieren. Die Geschäftsleute mit Migrationshintergrund investieren hingegen und schaffen zumindest begrenzte Beschäftigungsimpulse. Da es sich aber überwiegend um Familienbetriebe handelt, werden zumeist Familienangehörige eingestellt oder aber prekäre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

Von größerer Bedeutung für die Beschäftigungssituation direkt im Stadtteil ist die wohlfahrtsstaatliche Ökonomie, in der insgesamt fast 400 Personen beschäftigt sind. Allein im Bereich der Erziehung und Bildung (Kindergärten, Hort, Schule) sind etwa 215 Personen beschäftigt, weitere 90 Personen im Bereich der Altenpflege (Altenheime, Altenbetreuung), etwa 30 Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in sozialen Einrichtungen der Stadt, der Wohlfahrtsverbände und Initiativen, 50 Beschäftigte im Wohnungsunternehmen GBH und etwa 10 Angestellte in den beiden Kirchengemeinden. Aufgrund des hohen Bedarfs nach sozialen Angeboten, bestehen hier die günstigsten und vielfältigsten Anknüpfungspunkte für Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, Beschäftigung oder ehrenamtliche Tätigkeiten. Es handelt sich vor allem um Anknüpfungspunkte, da der größte Teil der in dieser Teilökonomie Beschäftigten aus anderen Stadtteilen zur Arbeit nach Vahrenheide kommt. Dieser Bereich stellt vor allem auch deshalb ein wichtiges Potenzial dar, weil ein Teil dieser Beschäftigten über unternehmerische Mentalitäten und viel Engagement verfügt. Genauer wird auf den wohlfahrtsstaatlichen Sektor im Kapitel 'Soziale, kulturelle und Gesundheitsinfrastruktur' eingegangen (s. Kap. 2.2.6).

2.2.4 Gebietsstruktur, Flächennutzung, Umweltsituation

Vahrenheide ist von den umliegenden Stadtvierteln durch den Mittellandkanal im Süden, die Autobahn A2 im Norden und stark befahrene (Ausfall)Straßen im Osten und Westen getrennt. Aber auch in sich weist der Stadtteil eine starke räumliche Funktionstrennung auf (s. Karte 8).

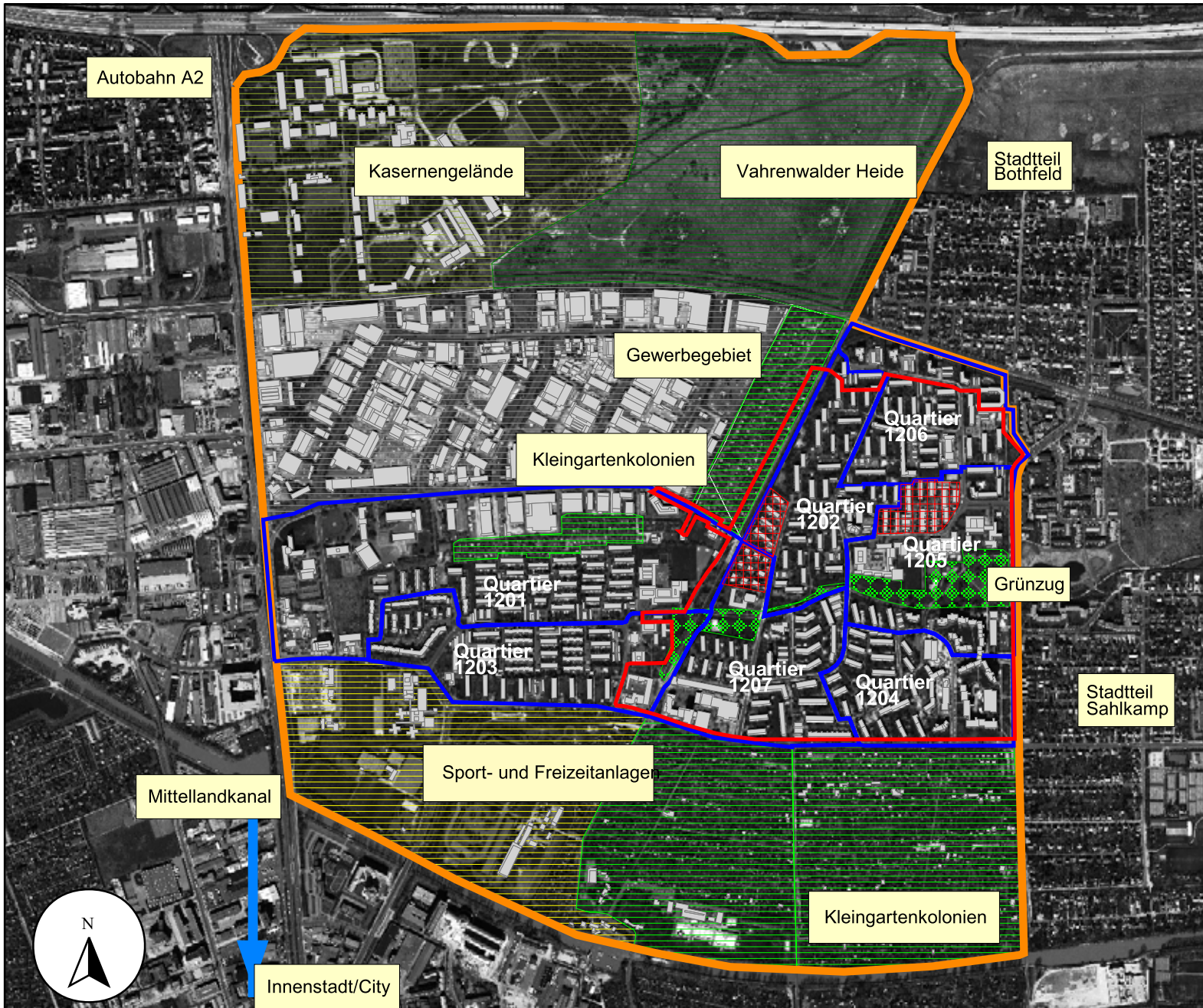
Nördlich liegt das Kasernengelände sowie die Freifläche 'Vahrenwalder Heide', die einen wichtigen Naherholungswert für die Bewohnerinnen und Bewohner Vahrenheides und angrenzender Stadtteile darstellt und Potenzial für ein Freiraumkonzept bieten könnte. Südlich davon liegt das Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'. Kleingartenkolonien stellen Pufferzonen zu den angrenzenden Wohnbauflächen dar, die sich im mittleren Bereich des Stadtteils ausbreiten. Die Wohnquartiere werden begrenzt durch die weiß gestrichelte Linie. Innerhalb der Wohnquartiere liegt das Sanierungsgebiet (rot umrandet). Die von der Sanierung ausgenommenen Einfamilienhausgebiete sind gleichfalls rot unterlegt. Der Stadtteil wird durch einen Grünzug in Ost-West-Richtung gegliedert. Daran schließt sich südlich das Gebiet 'Altes Reiterstadion' mit Sportanlagen (Fußballfelder, Tennisplätze und Rollsportanlage) sowie dazugehörige Vereinsheime an, und östlich davon befinden sich weitere großflächige Gebiete von Kleingartenkolonien, die zur Naherholung und Freizeitgestaltung beitragen. Südlich erfolgt die Begrenzung durch den Mittellandkanal, westlich durch die Vahrenwalder Straße und östlich durch die Sammelstraße Holzweisen. Am Mittellandkanal liegt das Lister Freibad mit einer über den Stadtteil hinaus reichenden Bedeutung.

Diese 'natürlichen' Grenzen ergeben sich durch die Flächennutzung. Die monostrukturierten Gebiete stehen überwiegend unverbunden nebeneinander. *Das Strukturprinzip der Funktionstrennung von Gewerbe, Wohnen und Naherholung* wird durch die Straßenbahntrasse weiter verstärkt. Die überwiegende monofunktionale Wohnnutzung wird oft als 'monoton' bezeichnet und führt zu einer geringen Erlebnisvielfalt.

Ein Großteil der Flächennutzung ist durch öffentliche, soziale i.d.R. Gemeinbedarfseinrichtungen geprägt. Die drei Schulen (Grundschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium), die Alteneinrichtungen, die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche (Jugendzentrum, Spielpark, Kindertagesstätten) und für Familien (Emmy-Lanzke-Haus, GWA, Nachbarschaftstreff in der Hochgarage, Kulturtreff, Kirchen) bilden im wesentlichen die soziale Infrastruktur Vahrenheides.

Es gibt häufiger Klagen von Teilen der Bewohnerschaft über die Vermüllung des Wohnumfeldes (Sperrmüll, Einkaufswagen, Müllsammelstationschaos). Diesem Problem wird mit einer Mischung aus Beratung und organisierter Abfuhr begegnet. Aufgrund dieser Problematik wurde durch die Sanierung ein Beschäftigungsprojekt (Pro Sauber) mit befristeten Arbeitsplätzen geschaffen. Von den angrenzenden Gewerbebetrieben werden häufiger Geruchsemissionen gemeldet, obwohl zwei Kleingartenkolonien dazwischen liegen. Die Autobahn und die größeren Sammelstraßen tragen zur Lärmemission bei, was immer wieder zu befristeten Bewohnerprotesten und -aktionen gegen diesen Umstand geführt hat.

Im letzten Jahr war die Kieselrot- und Asbestbelastung in den Schulräumen und auf den Sportplätzen Thema. Dieses ist aber als gesamtstädtisches Problem erkannt und die Mittel für die Sanierung sind bereitgestellt.



Karte Nr. 8
Gebietsstrukturen und
Flächennutzungen

Flächennutzungen im Stadtteil

- Gewerbegebiet 'Alter Flughafen'
- Kasernengelände
- Sportanlagen, Reiterstadion
- Freifläche 'Vahrenwalder Heide'
- Kleingartenkolonien
- Gebäudeflächen
- Grünzug

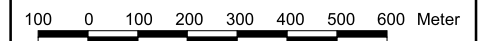
Grenzen im Stadtteil

- Stadtteilgrenze Vahrenheide
- (Wohn-)Quartiere 1201 bis 1207
- Modellgebiet, Sanierungsgebiet von der Sanierung ausgenommene Gebiete

Datengrundlage :
 Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
 Deutsche Grundkarte 1:5000
 mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
 Esther Barthick (Februar 2002)



Deutsche Grundkarte !. 5000

2.2.5 Wohnverhältnisse und Wohnumfeld

Obwohl räumliche Strukturen soziale Strukturen nur vermittelt beeinflussen, können durch das Wohnumfeld bzw. den öffentlichen Raum, durch die Art der Wohngebäude und durch die Größe der Wohnungen förderliche bzw. einschränkende Wirkungen für das Zusammenleben von Familien und Nachbarschaften ausgehen. Aus diesem Grund werden nachfolgend die Wohnverhältnisse und das Wohnumfeld in den einzelnen Quartieren beschrieben.

Die stärksten Konzentrationen von Belegrechtswohnungen finden sich in den Neubaugebieten der 60er und 70er Jahre. Die Zahl der Belegrechte ist im Stadtteil Vahrenheide - verglichen mit dem übrigen Stadtgebiet - die höchste in Hannover und beträgt 63,4 % am Gesamtwohnungsbestand des Stadtteils (s. Karte 9). In einzelnen Quartieren ist die Belegrechtsquote noch wesentlich höher ausgeprägt, und es zeigt sich erneut das bekannte Muster einer Zunahme von West nach Ost: Die Belegrechtsquote beträgt im Quartier 1201 lediglich 0,1 %, im Quartier 1204 hingegen 91,1 %. Ebenso wie die Belegrechtsquoten nimmt auch die Anzahl von Wohngeldempfängern (*dunkelorange*) von West nach Ost zu: In Quartier 1201 beziehen 2,2 % Wohngeld, im Quartier 1204 sind es 19,3 %, also nahezu jeder fünfte Haushaltsvorstand. Die Zahl von Wohngeldempfängern korreliert gleichfalls mit der Zahl von Sozialhilfeempfängern (*orange*) in den Quartieren.

Ungleiche Verhältnisse spiegeln sich auch in der durchschnittlichen Wohnfläche je Person (*gelb*) wider. Während im Quartier 1201 die großzügigsten Wohnraumzuschnitte je Person zu finden sind (41 qm/Pers.), sind die Wohnverhältnisse im Quartier 1204 viel beengter (27 qm/Pers.). Kindheit in Vahrenheide ist für viele der Kinder von räumlicher Enge geprägt. Den Wohnungsbestandsdaten der GBH lässt sich entnehmen, dass nicht wenige 6-Personen Haushalte in Vierzimmerwohnungen wohnen, im Extremfall leben elf Personen in vier Zimmern auf 89 qm Wohnfläche. In Vahrenheide-Ost ist ein eigenes Zimmer für ein Kind die Ausnahme; nicht wenige der Kinder teilen sich mit mehreren Geschwistern ein relativ kleines Kinderzimmer. Bei dieser wohnräumlichen Beengtheit wäre ein entsprechender Ausgleich in den öffentlichen Einrichtungen für Kinder wichtig.

Im Folgenden werden die einzelnen Wohnverhältnisse und Eindrücke aus dem Wohnumfeld der jeweiligen Quartiere kurz beschrieben. Thematisiert werden die Bauabschnitte und die vorherrschenden Wohnungsgrößen der einzelnen Quartiere sowie bauliche Veränderungen.

Karte Nr. 9
Belegrechte, Wohnstrukturen

Wohnstrukturen

Wohnfläche pro Pers.:
Stadtteil 33,1 qm / Stadt 40,8 qm
Wohnungen: Stadtteil ca. 4.662 Whg. /
Vahrenheide-Ost 3.300 Whg.

- Belegrechtsquote des Quartiers
- Wohngeldempfänger %
- Sozialhilfequote je Quartier (1998 !)
- Wohnfläche pro Person

Belegrechtsquote 1997

Stadtteil: Durchschnitt 64,5 % / Stadt 20,6 %

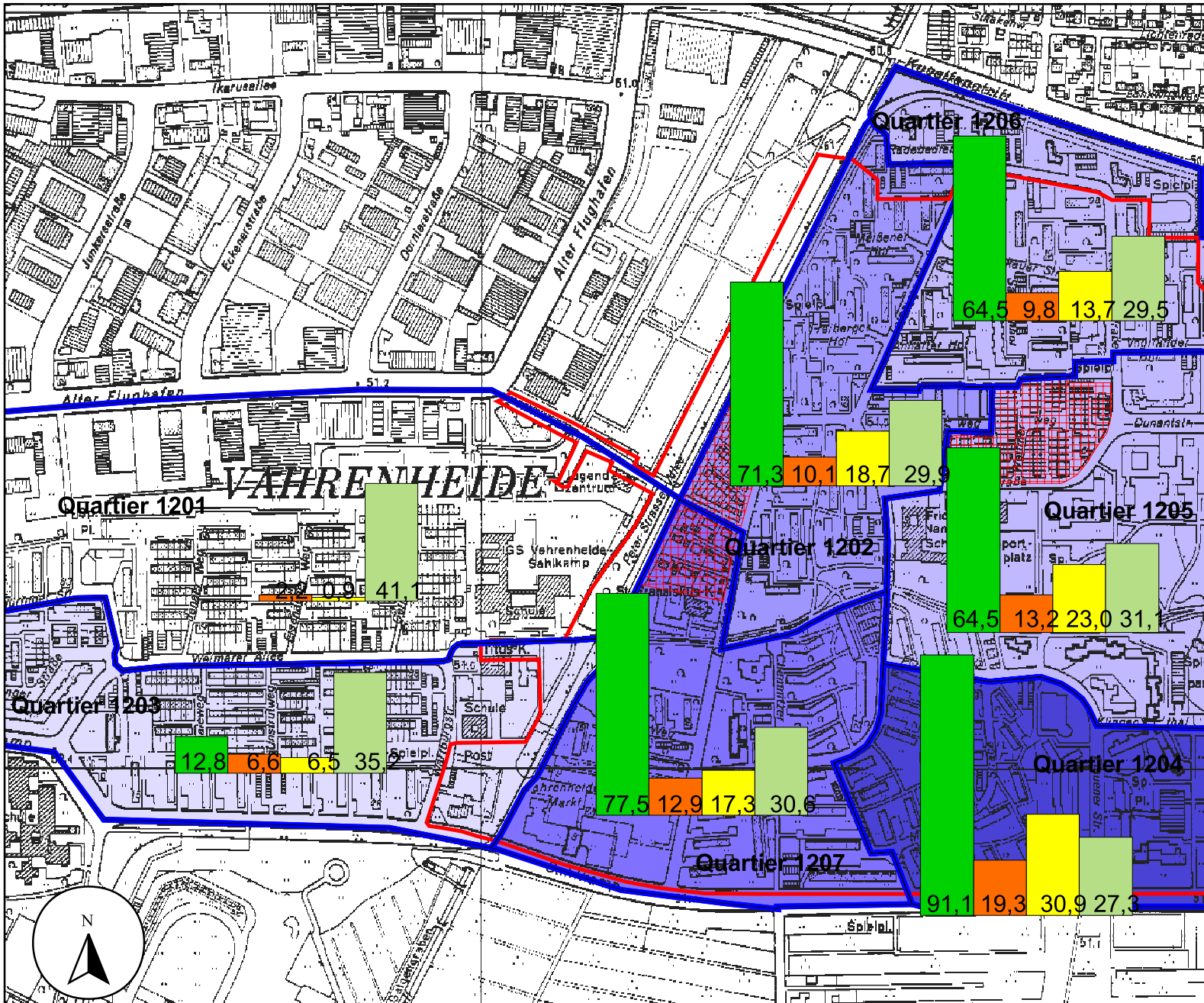
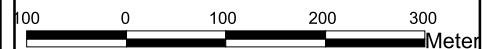
- 0 %
- 12,8 %
- 64,5 % Quartier 1205 / 1206
- 71,3 %
- 77,5 %
- 91,1 %

- von der Sanierung
ausgenommene Gebiete
- Modell-, Sanierungsgebiet

Datengrundlage:
Abt. Statistik und Wahlen 12/2000

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
Esther Barthick (Februar 2002)



Wohnumfeld und Wohnverhältnisse in den einzelnen Quartieren

Das **Quartier 1201** ist geprägt durch relativ gleichförmig wirkende Einfamilienreihenhäuser, die das städtebauliche Bild neben einigen viergeschossigen Zeilenbauten, vereinzelt Gewerbebetrieben sowie einer Kleingartenkolonie, die als Trennelement zum Gewerbegebiet dient, dominieren. Nur wenige Spielplätze lockern das Quartier, in dem überwiegend Ältere leben, auf. Im Quartier befinden sich einige wichtige soziale Einrichtungen (Jugendzentrum, Integrierte Gesamtschule, Außendienststelle des Kommunalen Sozialdienstes). Die Eigentümerhaushaltsquote beträgt 49,2 % und weist auf die gute soziale Lage der Bewohnerschaft im ältesten Baugebiet Vahrenheides hin. Es gibt keine Belegrechte im Quartier. Zu Beginn - 95,8 % aller Gebäude sind zwischen 1958 und 1968 errichtet worden - stand die Idee im Vordergrund, Eigenheimbauten in einer hochverdichteten Art und Weise zu fördern. Die relativ klein ausfallenden Grundstücke und Außenanlagen fallen durch die relative Solidität der Bausubstanz und das gepflegte Wohnumfeld auf.

Trotz der relativen Abschottung der einzelnen Reihenhäuser und Gärten praktizieren die Bewohnerinnen und Bewohner eine Art sozialer Aufmerksamkeit, mit der recht genau registriert wird, was im Quartier passiert.



Foto 9 Einfamilienhausgebiet im Quartier 1201



Foto 10 Seitengang im Einfamilienhausgebiet



Foto 11: 'Naherholungsraum Vahrenwalder Heide'

Das **Quartier 1202** wird in der öffentlichen Wahrnehmung sowohl räumlich als auch von den Strukturmerkmalen Vahrenheide-Ost zugeordnet. Flächenmäßig handelt es sich um das größte Quartier des Stadtteils. Ein Drittel der Quartiersfläche nimmt das Gewerbegebiet 'Alter Flughafen' ein. Das Kasernengelände und die große Freifläche 'Vahrenwalder Heide' im nördlichen Bereich belegen annähernd die Hälfte der Quartiersfläche, nördlich begrenzt durch die Autobahn. Das eigentliche Wohngebiet befindet sich in Vahrenheide-Ost und ist vom Gewerbegebiet durch eine ausgedehnte Gartenkolonie entlang der Peter-Strasser-Allee getrennt. Es gibt eine kleine Rei-

henhaussiedlung, mehrheitlich besteht die Wohnbebauung jedoch aus verdichteten drei- bis viergeschossigen Zeilenbauten. Charakteristisch sind die vielen Bolz- und Spielplätze entlang der Peter-Strasser-Allee sowie grüne Nischen und Mietergärten um die Zeilenbauten herum. Der Anteil an Belegrechtswohnungen beträgt 71,3 %, 28,7 % sind nördlich im Quartier gelegenen Eigentumswohnungen.



Foto 12 Typischer Zeilenbau im Quartier 1202

Ein Großteil der Wohnungen (80,4 %) wurde zwischen 1958 und 1968 erbaut. Damit gehört das Quartier zu den älteren Bebauungsgebieten Vahrenheides. Hier leben mehrheitlich kleinere Haushalte aufgrund der Wohnraumzuschnitte in den GBH-Zeilen (überwiegend Zwei- bzw. Dreizimmerwohnungen (ca. 450) und nur wenige Ein- bzw. Vierzimmerwohnungen (20)).

Das **Quartier 1203** in Vahrenheide-West wird städtebaulich dominiert durch ein großes Reihenhausbauwerk, einige viergeschossige Zeilenbauten und einige freistehende Hochhäuser (Solitäre). Im Quartier sind wichtige öffentliche Gebäude wie die evangelische Kirche mit Gemeindezentrum, der Kulturtreff und ein Gymnasium mit einem stadtteilübergreifenden Einzugsbereich ansässig. Außerdem finden sich hier das 'Reiterstadion' am Mittellandkanal, Tennis- und Sportplätze sowie Kleingartenkolonien, die Bestandteil der wohnumfeldnahen Erholungs-, Grün- und Freizeitfunktion für den Stadtteil sind.



Foto 13 Quartier 1203

Als weitere Wohnfolgeeinrichtungen befinden sich im Gebäudekomplex am Vahrenheider Markt eine Postnebenstelle, eine Volksbank, Tankstellen, eine Videothek, ein Fastfood-Restaurant und ein Kiosk. Im unmittelbaren Wohnquartier finden sich zwei Spielplätze sowie ein größeres Brachgelände mit bislang ungenutztem Potenzial. Die Bewohnerinnen und Bewohner achten auf einen ordentlichen Zustand des Wohnumfeldes, insbesondere die Zeilenbauten wirken penibel ordentlich, die Balkone sind teilweise aufwändig gestaltet und mit Figuren dekoriert.

Das im Südosten gelegene **Quartier 1204** ist durch extreme bauliche Gegensätze gekennzeichnet. Ein Großteil des Quartiers prägen drei- und viergeschossige Zeilenbauten, die in der zweiten Phase des Siedlungsbaus 1962 bis 1965 entstanden sind. Die schlichten Zeilen bieten v.a. kleine, düftig ausgestattete Sozialwohnungen: Ein- (32 qm), Zwei- (45 qm) und Dreizimmerwohnungen (52 qm) ohne moderne Bäder, mit Einfachverglasung und zum Teil mit Ofenheizung. Insgesamt sind es in den GBH-Beständen rund 140 Ein-, rund 310 Zwei- sowie 430 Drei-, 200 Vier-, 12 Fünf- und 7 Siebenzimmerwohnungen. An den Zahlen ist schon ersichtlich, wie hochverdichtet die bauliche Struktur ist. Die Hochhäuser sind in der dritten Phase des Siedlungsbaus entstanden (1968-74): ein sechsstöckiges Y-förmiges Wohngebäude, der südliche Teil des Hochhausgebirges Klingenthal mit einer markanten Betonskyline mit bis zu achtzehn Etagen sowie Terrassenhochhäuser mit acht bis zehn Stockwerken.



Foto 14 Blick auf die Terrassenhäuser

Diese Hochhäuser dominieren nicht allein das Quartier, sondern das 'Bild' des Stadtteils Vahrenheide gesamt. 91,1 % aller Wohnungen im Quartier unterliegen dem Belegungsrecht durch das Amt für Wohnungswesen.

Ein markanter Bau ist die ehemalige Hochgarage in der Plauener Straße. Sie wurde 1995 zu einem modernen, optisch auffälligen Funktionsgebäude umgebaut und beherbergt dezentrale Einrichtungen: u.a. eine Geschäftsstelle der

Wohnungsbaugesellschaft GBH, die Räume der Gemeinwesenarbeit, eine Kita und das Sanierungsbüro.

Es gibt viele Spielplätze und soziale Einrichtungen, wo durch den Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen eine lebendige Atmosphäre entsteht. Das Wohnumfeld, besonders Wege zwischen teilweise sanierungsbedürftigen Zeilen, wirkt durch passierende Menschen zwar belebt, durch oftmals vermüllte und verschattete Grünflächen aber wenig einladend.



Foto 15 Hochhauskomplex Klingenthal

Die vier Sahlkampfhäuser stellen eine besondere Situation dar: In den kleinen Ein- bis Dreizimmerwohnungen (ca. 120) leben überwiegend sozial auffällige bzw. benachteiligte Bewohnergruppen, darunter vor allem Männer. Der bauliche Zustand der vier Zeilenbauten aus dem Jahre 1962 ist schlecht. Die Sanierung erarbeitete ein Konzept für eine bauliche Verbesserung sowie zur Stabilisierung der Mieterschaften vor Ort (s. Kap. 3). Der hohe Anteil von

Haushalten, die Sozialhilfe beziehen, spitzt sich hier extrem zu und erreicht einen Grad von mehr als 70 %, so dass von *"einem Milieu auszugehen ist, in dem die weitgehende Abkopplung von der Arbeitsgesellschaft stattgefunden hat"* (GBH 1999b, S. 6).



Foto 16 Sahlkampfhäuser - qualitativ schlechte Bausubstanz in den Laubenganghäusern

Kennzeichnend für das **Quartier 1205** ist die Heterogenität der Baustrukturen: einerseits der mehrgeschossige Nordflügel des Klingenthalkomplexes, anderer-

seits ein durch einen Grünzug getrenntes Reihenhausbaugebiet. Das Quartier ist nur rein statistisch ein zusammenhängendes Gebiet. Es gibt einige viergeschossige Zeilenbauten sowie 'Komplexbauten' für Gemeinbedarfseinrichtungen (Grundschule, Emmy-Lanzke-Haus, Altenpflegeheim). Der in Ost-West-



Foto 17 Grünzug, Blick auf die Plauener Straße

Richtung verlaufende Grünzug gliedert sowohl den Stadtteil als auch das Quartier und umfasst Sport- und Spielplätze sowie einen Rodelberg. Es überwiegt in der Flächennutzung die 'monostrukturierte Wohnbebauung'. Die Belegrechtsquote beträgt 64,5 % und entspricht - trotz des Reihenhausbaugebietes - dem hohen Anteil in Vahrenheide-Ost allgemein. 56,4 % aller Wohnungen sind in den Jahren 1958-1968 gebaut, 43,6 % sind ab Mitte der 70er Jahre im Zuge einer Nachverdichtung entstanden (Klingenthal-Nordflügel, Reihenhausbaugebiet). Die Mehrzahl der Wohnungen hat drei Zimmer. Insgesamt sind von den GBH-Wohnungsbeständen rund 60 Ein-, 80 Zwei-, 170 Drei- und 50 Vierzimmerwohnungen. Das Wohnumfeld im Schatten des Klingenthals trägt Züge der Verwahrlosung (herumliegende Einkaufswagen, vermüllte, ungepflegte Grünflächen). Die kleinen Reihenhäuser wirken gepflegt, aber gleichfalls sehr eingepfercht bzw. abschottend. Das Wohnumfeld wird 'in Ordnung' gehalten, wirkt jedoch vergleichsweise steril und unbelebt. Die Aufmerksamkeit für 'Fremde/s' im Wohnumfeld ist hoch.



Foto 18 Sachsenhof

Das **Quartiers 1206** liegt in einer relativen Randlage im Stadtteilgefüge. Die städtebaulichen Strukturen prägen überwiegend drei- und viergeschossige Zeilenbauten sowie einige achtgeschossige Hochhäuser mit Eigentumswohnungen.

Nur wenige Grünflächen und Spielplätze lockern die eintönigen Abstandsflächen zwischen den Zeilen auf. An der Ecke Leipziger- und Zwickauer Straße befindet sich eine kleine Ladenzeile für Waren des täglichen Bedarfs (Fleischer, Supermarkt, Gemüseladen). Es fehlen attrak-

tive Verweil- und Kommunikationsräume. Die Spielplätze gegenüber der Ladenzeile sind jedoch von den Bewohnerinnen und Bewohnern akzeptierte und beliebte Treffpunkte. Mit 64,5 % entspricht die Quote der Belegrechtswohnungen den hohen Anteilen in Vahrenheide-Ost allgemein. 78,8 % der Gebäude sind zwischen 1958 und 1968 und 19,3 % in den 70er Jahren und später entstanden. Die Mehr-

zahl der GBH-Wohnungsbestände haben zwei bzw. drei Zimmer. Insgesamt sind es 46 Einzimmerwohnungen, rund 190 Zwei-, 190 Drei- sowie 17 Vierzimmerwohnungen.

Das **Quartier 1207** ist durch den Vahrenheider Markt in seiner Rolle als 'Versorgungszentrum des Stadtteils' gekennzeichnet. Gesäumt wird der Platz durch eine sanierungsbedürftige Ladenzeile aus den 60er Jahren. Der 1973 erbaute Hochhausgebäudekomplex Vahrenheider Markt weist eine Mischung aus Eigentumswohnungen und wohnverträglichen Dienstleistungen auf (vgl. Abschnitt 'Lokale Ökonomie'). Die lieblose Gestaltung bzw. die Platzsituation des Vahrenheider Marktes wirkt improvisiert



Foto 19 Scheibenhochhaus und typische Zeilenbauten im Quartier 1207

und wird von Bewohnern oft als wenig ansprechend empfunden: das als Zentrum konzipierte Areal erfüllt keine integrierende Funktion. Derzeit findet eine Umgestaltung der Ladenzeile statt. Die angestrebte Veräußerung der einzelnen Läden verläuft nur schleppend.

Neben dem Komplex am Vahrenheider Markt sind überwiegend drei- und viergeschossige Zeilenbauten und einige Reihenhäuser prägend. Nahezu die Hälfte der Quartiersfläche

besteht aus Kleingartenkolonien entlang des Mittellandkanals. An Gemeinbedarfseinrichtungen finden sich hier die katholische Kirche mit Gemeindezentrum, eine Kindertagesstätte sowie Spielplätze. Die Zeilen im Erfurter Weg und Chemnitzer Straße gehören zu den ältesten Bauten in Vahrenheide-Ost, dessen Bebauung um 1958 begann.

Drei Viertel aller Wohnungen (71,6 %) wurden in der Zeit 1958 bis 1968 errichtet und nur 28,4 % (Komplex Vahrenheider Markt) später. Die Wohnungsdaten weisen einen sehr hohen Anteil (77,5 %) an Belegrechten aus. Insgesamt gibt es in den GBH-Beständen rund 50 Ein-, ca. 300 Zwei-, 285 Drei- und 40 Vierzimmerwohnungen. Auf den vorhandenen Abstandsgrünflächen haben sich viele Nachbarschaften ihr Wohnumfeld angeeignet, und so gibt es individuell gestaltete Eingänge, Mietergärten und verkleidete Abstellplätze für Müllcontainer. Im Quartier leben absolut die meisten Seniorinnen und Senioren des Stadtteils.

2.2.6 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Der lokalen sozialen und kulturellen Infrastruktur kommt in einem Stadtteil wie Vahrenheide eine wichtige Bedeutung zu. Der Lebensmittelpunkt der meisten Vahrenheiderinnen und Vahrenheider ist der Stadtteil. Bindungen an das Wohnumfeld und zu den Einrichtungen 'vor Ort' haben ganz allgemein vor allem Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen (vgl. Keim 1997, S. 265). Ihr Aktionsradius ist relativ begrenzt. Darüber hinaus ist der Stadtteil auch für die vergleichsweise große Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden im erwerbsfähigen Alter ein wichtiger Bezugspunkt im Alltag. Gleiches gilt für viele Mütter und einige Väter in der Familienphase, insbesondere wenn die Kinder noch klein sind. Zusammengenommen machen diese Gruppen in Vahrenheide nahezu zwei Drittel der Bewohnerschaft aus. Sie verbringen ihren Alltag in erster Linie im Stadtteil, bzw. sind dort gebunden, weil ein großer Teil von ihnen nicht allein durch die spezifische Lebensphase nur begrenzt mobil ist, sondern auch aufgrund geringer materieller Ressourcen¹².

Im Verlaufe der Lebensaltersstufen kommen die Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils mit verschiedenen lokalen Einrichtungen in Kontakt. Im Kindesalter werden teilweise Kinderbetreuungsangebote genutzt, dann die Schule besucht. Die gesundheitliche Infrastruktur ist ein ebenso begleitendes Element wie die kirchliche Gemeindegarbeit, die zumindest bei Feierlichkeiten oder Statuspassagen (Taufe, Kommunion/ Konfirmation, Hochzeit, etc.) bei vielen Menschen Bedeutung erlangt. Freizeitangebote werden für die verschiedenen Altersgruppen sowohl von kommunaler Seite und von Wohlfahrtsverbänden als auch von Initiativen oder Vereinen bereitgestellt. Weiterhin gibt es für die erwerbsfähige Bevölkerung Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie kulturelle Angebote. Für die ältere Generation sind Begegnungsstätten und Betreuungsformen eingerichtet worden.

Im Folgenden wird ein Überblick über das Angebot an lokalen sozialen und kulturellen Einrichtungen gegeben, die sich in kommunaler oder wohlfahrtsstaatlicher Trägerschaft befinden (vgl. folgende Abb. 6). Dabei wird hier die zu Beginn der Sanierung bestehende Struktur dargestellt.

Die im Rahmen des Sanierungsprozesses und des Programms 'Soziale Stadt' entstandenen Initiativen, Vereine und Organisationen werden in Kap. 3 erläutert. Auf die Vereine und Initiativen, die aus dem Engagement der Bewohnerschaft hervorgegangen sind, bzw. von Privatpersonen getragen werden, wird gesondert in Kap. 6 eingegangen. Die Verortung aller Einrichtungen im Stadtteil wird anhand der anschließenden **Karte 10** dargestellt.

¹² „Der Mangel an Kapital verstärkt die Erfahrung der Begrenztheit“ (Bourdieu u.a. 1997, S. 164).

Abb. 9

Kommunale und wohlfahrtsstaatliche lokale Einrichtungen**Kommunale Einrichtungen****Sozialamt:**

- Stelle für allgemeine Sozialhilfe
- Seniorenbegegnungsstätte, Seniorenbüro

Amt für Jugend und Familie:

- Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung
- Jugendzentrum Camp (mit Mädchen und Junge Frauen Treff)
- Kinderspielpark Holzwassen

Kommunaler Sozialdienst (KSD)¹³:

- Dienststelle Vahrenheide
- Gemeinwesenarbeit (GWA)
- Jugendgerichtshilfe

Gesundheitsamt:

- Sozialpsychiatrische Beratungsstelle

Schulamt:

- Fridtjof-Nansen-Schule
- IGS Vahrenheide-Sahlkamp
- Herschelschule

Kulturamt: (mit Stadtteilinitiative)

- Kulturtreff Vahrenheide

Polizeidirektion Hannover:

- Polizeistation Vahrenheider Markt
- Kontaktbereichsbeamte

Einrichtungen der evangelischen Kirche/ Diakonie

Titusgemeinde

Kita Titus I und II

Soziale Gruppeninitiative e.V.

- Jugendwerkstatt Vahrenheide
- Werkstatt-Treff
- Pro Beruf
- Montage-Bau

Treff deutsche und ausländische Frauen

Diakoniestation Vahrenheide-Sahlkamp

Sozialpädagogische Einzelbetreuung der evangelischen Jugendhilfe des Stephansstifts

"Kids-Club" vom Jugendverband der evangelischen Freikirchen

Evangelische Baptisten-Brüdergemeinde

Evangelische Christengemeinde

Einrichtungen der katholischen Kirche/ Caritas

St. Franziskusgemeinde

Carl-Sonnenschein-Haus

Faschings-Club St. Franziskus (FCF)

Einrichtungen der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH)

GBH-Geschäftsstelle Vahrenheide

Betreute Altenwohnanlagen

GBH-Mieterservice

Mieterbeirat GBH

Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK)

DRK-Ortsverein Vahrenheide

Altenpflegeheim Dunantstraße

Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Emmy-Lanzke-Haus

Krabbelstube und Kita Emmy-Lanzke-Haus

Hort in der Fridtjof-Nansen-Schule

Spielmobil

Streetwork/ Jugendkontaktladen

LIFT/ Job-Börse

Die Einrichtungen werden anhand der Themenbereiche: Angebote für Kinder, Bildungsangebote, Angebote für Jugendliche, Angebote der Kirchen, Gesundheitseinrichtungen, Angebote für Ältere und übergreifende Einrichtungen beschrieben.

¹³ In der Abteilung Kommunaler Sozialdienst des Amtes für Jugend und Familie sind die Aufgaben der ehemaligen Abteilungen Erziehungshilfe (Amt für Jugend und Familie) und Familienhilfe (Sozialamt) zusammengefasst worden.



**Karte Nr. 10
Einrichtungen
des Stadtteils**

1. Titus I: Kita
2. Titus II: Kita
3. Carl-Sonnenschein-Haus: Kita, Hort
4. Nachbarschaftsinitiative, Krabbelgruppe
5. Grundschule und Hort
6. Integrierte Gesamtschule
7. Gymnasium
8. Jugendzentrum Camp
9. Honeys, Mädchen + junge Frauentreff
10. Soziale Gruppeninitiative e.V.
11. Spielpark Holzwiesen
12. Emmy-Lanzke-Haus
13. Flais
14. Kommunaler Sozialdienst (KSD)
15. Streetwork, Awo, Jobbörse
16. Altenbegegnungsstätte
17. Seniorenwohnungen der GBH
18. Kulturtreff, Mediothek, VHS
19. Pfortnerloge
20. Grünpflege e.V., Pro Sauber
21. Evangelische Titus-Gemeinde
22. Grüne Boten
23. Hochgarage Plauener Straße 12a
24. Polizeistation
25. VASA Wohnungsgenossenschaft
26. Katholische St. Franziskus-Gemeinde
27. Altenpflegeheim
28. Reiterstadion
29. Baptisten
30. Kleingärten Vahrenwalder Heide e.V.
31. Kleingärten Jagdstall e.V.
32. Kleingärten List e.V.
33. Kleingärten Lister Damm e.V.
34. TuS Vahrenwald e.V.
35. SV Borussia e.V.
36. Lister Bad, Sportverein Wasserfreunde
37. Eis- und Rollsportclub ERC e.V.
38. sonstige Vereine

Kartengrundlage:
Deutsche Grundkarte 1:5000
mit Erlaubnis des Stadtvermessungsamtes

Bearbeitung:
Esther Bärthick (Februar 2002)



Betreuungsangebote für Kinder

Die Anzahl der Betreuungsplätze im Stadtteil wird in Abb. 7 dargestellt. Insgesamt gibt es für die Kleinkinder 30 Krippenplätze und 30 Betreuungsplätze in sogenannten 'Krabbelstuben' sowie 244 Kindertagesstättenplätze. Für die Schulkinder stehen 90 Hortplätze zur Verfügung. Anhand von Angaben des Amtes für Jugend und Familie Hannover kann festgestellt werden, dass insgesamt mehr als 70 % dieser Plätze 'Freiplätze' sind, bei denen die Eltern aufgrund ihrer finanziell prekären Situation von den Beitragszahlungen befreit sind. Lediglich knapp 10 % der Kinder leben in materiell gut situierten Familien (hohe Beitragsstufen), ihr Anteil ist in der in Vahrenheide-West gelegenen Kindertagesstätte Titus I am höchsten.

Tab. 5

Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder

Krippen/ Krabbelstuben			Kindertagesstätten				Hort			Gesamt
Krippe Emmy-Lanzke-Haus	Simsalabim	Kita Emmy-Lanzke-Haus	Emmy-Lanzke-Haus	Carl-Sonnenschein-Haus	Titus I	Titus II	Titus II	Carl-Sonnenschein-Haus	AWO (in der Grundschule)	
30	15	15	80	72	25	67	16	34	40	394
60			244				90			

Quelle: Geiling u.a. 2001, S. 137, eigene Erhebungen.

Während das Krippen- und Krabbelstuben-Angebot des Emmy-Lanzke-Hauses auch überregional ausgerichtet ist, werden in der Krabbelstube 'Simsalabim' vorwiegend Kinder aus dem direkten Einzugsgebiet betreut. Die Krabbelstube 'Simsalabim' wird von der Nachbarschaftsinitiative e.V. getragen (vgl. Kap. 6) und liegt angrenzend an den Hochhauskomplex Klingenthal. Der Anteil an Kindern ausländischer Herkunft schwankt zwischen 50 und 60 %. Plätze in der Krabbelstube werden häufig angefragt



Foto 20 Kinderkarren vor dem 'Emmy-Lanzke-Haus'

und es herrscht ein offenbar großer Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, doch aufgrund der beschränkten Kapazitäten an Personal und Raum kann das Angebot in den bestehenden Einrichtungen nicht erweitert werden.

Die Kindertagesstätten bieten zu etwa 70 % Ganztagsbetreuungen an. Sie bieten den betreuten Kindern eine geregelte Tagesstruktur, Spielangebote und verlässliche Bezugspersonen. Sprachschulung und Sozialtraining erfolgt nebenbei, teilweise auch durch gezielte Zusatzangebote, wie in der Gruppe mit pädagogischem Sonder-

auftrag und weiteren therapeutischen Angeboten in der Kita des Emmy-Lanzke-Hauses. Der Anteil der Kinder ohne deutsche Staatsangehörigkeit, der in der Altersgruppe der drei-sechsjährigen insgesamt bei etwa 50 % liegt, ist bei den meisten Kindertagesstätten deutlich höher: er liegt bei ungefähr 80 % im Carl-Sonnenschein-Haus, bei ca. 70 % im Emmy-Lanzke-Haus und beträgt mehr als 90 % in der Kita Titus II. Von den Familien nichtdeutscher Herkunft werden die Kindertagesstätten zunehmend gezielt genutzt, damit ihre Kinder die deutsche Sprache erlernen.

Die Probleme, die die Erzieherinnen bei den Kindern beobachten, sind vielfältig. Fehlernährung, Übergewicht oder Vernachlässigungen sind häufig beobachtete Belastungen. Doch die Kinder, die in problematischen Familienverhältnissen aufwachsen, zeichnen sich nicht nur durch Einschränkungen aus. Ihre besonderen Stärken liegen im Bereich der Kreativität, bei dem sich ausgeprägte Neugier und Unbefangenheit positiv bemerkbar macht und kulturelle Vielfalt zusätzliche Anregungen bietet, sowie im Bereich der Selbständigkeit. Gegenüber den Kindertagesstätten in privilegierten Stadtteilen wird festgestellt, dass die Kinder von Vahrenheide noch keinem so hohen Leistungsdruck unterliegen.

An die Erzieherinnen¹⁴ werden angesichts der beschriebenen Problemlagen in den Familien und der zusätzlichen Aufgabe der Vermittlung von Sprachkenntnissen, die oftmals auch bei den deutschen Kindern notwendig ist, hohe Anforderungen gestellt. Da für Übersetzungen geschultes Personal fehlt, wird teilweise auf Frauen aus dem Raumpflegepersonal zurückgegriffen, die ausländischer Herkunft sind. Zudem fällt bei den Räumlichkeiten der Kindertagesstätten durchweg die Beengtheit auf. Da es teilweise keine großen Gemeinschaftsräume gibt, müssen die Kinder in diesen Einrichtungen zum Essen in den ebenfalls recht kleinen Gruppenräumen bleiben.

Kindertagesstätten werden insbesondere von der katholischen wie evangelischen Kirche unterhalten. Die Kirchengemeinden bieten auch weitere Angebote speziell für Kinder, die unter dem Abschnitt zur Gemeindearbeit aufgeführt werden. Von Seiten der AWO kommt jeden Donnerstag für drei Stunden ein 'Spielmobil' in den Stadtteil. Dies ist ein Kleinlastwagen mit Spiel- und Bastelmaterialien für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, der auf einer Wiese an der Grundschule Station macht. Bei schlechtem Wetter werden die Räumlichkeiten der AWO im Stadtteil genutzt. Außerdem wird vom Jugendverband der evangelischen Freikirchen der 'Kids Club Vahrenheide' unterhalten. Einmal wöchentlich findet für eine Stunde in den Räumen der Nachbarschaftsinitiative ein offenes Angebot für Kinder von 4 bis 12 Jahren statt, und in den Räumen der Gemeinwesenarbeit (s.u.) werden einmal in der Woche Hausaufgabenhilfe und Freizeitgestaltung geboten.

Die einzige Einrichtung, die eine tägliche kontinuierliche Betreuung für die älteren Kinder in Vahrenheide bietet und entsprechend stark frequentiert wird, ist der Spielpark Holzweiden. Er ist in einem kleinen Haus hinter dem Hochhauskomplex Klingenthal gelegen und wird durchschnittlich täglich von 60 bis 95 Kindern aus der nahen Umgebung besucht. Geboten werden ein 'pädagogischer Mittagstisch', an dem ungefähr 30 Kinder teilnehmen, Hausaufgabenhilfe sowie Spielangebote und Ausflüge. Das 'Kernalter' der Besucher und Besucherinnen ist seit nunmehr acht Jahren auf die Altersgruppe 8 bis 13 Jahre begrenzt, zuvor kamen bis zu 150 Kinder und Jugendliche aller Altersstufen in den Spielpark. Es sind derzeit auch wieder einige deutsche Kinder darunter, nachdem eine zeitlang fast ausschließlich türkische, kurdische und albanische Kinder in den Spielpark kamen. Der Anteil der Mädchen im Spielpark liegt bei etwa einem Drittel, für sie wurde ein gesonderter Raum eingerichtet. Bei den Kindern, die den Spielpark besuchen, wird eine auffällige Konzentration auf den unmittelbaren Nahraum beobachtet. Mit seinem offenen Angebot, der Unterstützung bei elementaren Grundbedürfnissen wie der Essensversorgung und klaren Regeln ist das Konzept des Spielparks auf diese Kinder, denen in den Familien teilweise nur wenig Struktur und Orientierung geboten wird, gut abgestimmt.

¹⁴ In den Kinderkrippen- und Kindertagesstätten in Vahrenheide sind ausschließlich weibliche Erzieherinnen beschäftigt. Männliche Erzieher wären aus Sicht der Befragten als Rollenvorbilder wichtig, können aber nur selten für die Arbeit mit kleinen Kindern gewonnen werden.

Bildungsinfrastruktur

Im Stadtteil Vahrenheide befinden sich drei Schulen: die Grundschule Fridtjof-Nansen-Schule, die Integrierte Gesamtschule Vahrenheide-Sahlkamp und das Herschelgymnasium. Spezielle Qualifizierungsangebote für benachteiligte Jugendliche bieten die Einrichtungen der Sozialen Gruppeninitiative e.V. und das AWO-Projekt 'Lift'. Weitere Bildungsangebote auch für Erwachsene finden im Kulturtreff statt.

Die Grundschule Fridtjof-Nansen-Schule ist eine zentrale Einrichtung des Stadtteils, da sie beinahe ausschließlich und von fast allen Kindern aus Vahrenheide besucht wird. Im Schuljahr 200/2001 kamen 400 der insgesamt 418 Schülerinnen und -schülern dieser Grundschule aus dem Stadtteil. Außer der Fridtjof-Nansen-Schule ist die Grundschule Tegelweg im Sahlkamp für einige Straßenzüge im nordöstlichen Bereich von Vahrenheide zuständig; 61 Kinder aus Vahrenheide besuchten diese Schule. Außerdem besuchen einige Kinder aus Vahrenheide die katholische Bonifatiuschule im Stadtteil List. Von den Grundschulkindern wohnt nur ein kleiner Teil in Vahrenheide-West, die deutliche Mehrheit ist in Vahrenheide-Ost zu Hause. Der Anteil ausländischer Kinder wird auf 55-65 % geschätzt, was in etwa dem Verhältnis in der Bevölkerung entspricht.

Seit 1962 gibt es die Fridtjof-Nansen-Schule in Vahrenheide. Sie ist heute Grundschule und volle Halbtagsschule mit Hortangebot. Es wurde ein innovatives Schulkonzept mit dem Thema 'Bewegte Schule - Schule als lernendes System im Stadtteil' entwickelt. Als externes Projekt war sie mit der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover verknüpft. Vielfältige finanzielle Fördermöglichkeiten wurden durch die Schulleitung erschlossen, die mit fantasievollen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Kontakten und Ideen in Verbindung stehen¹⁵. Zum Schulkonzept gehört die Gesundheitsförderung mittels Bewegung und Entspannung sowie gesunder Ernährung. Die Schulmöbel sind ergonomisch gestaltet und erlauben den Kindern den Wechsel von Sitz- zu Steh- oder Liegeplätzen. Die strikte Zeiteinteilung in 45-Minuten-Schulstunden wurde zugunsten von längeren Blöcken, in denen die Kinder zwischen Phasen der Konzentration und der Entspannung wechseln, aufgehoben. Ein weiterer Schwerpunkt ist schulische Sozialarbeit, die darauf abzielt, Selbstwertgefühl und Kommunikationsverhalten zu stärken, um darüber gewaltpräventiv zu wirken. In den Klassen werden Verhaltensgrundsätze erarbeitet, die als 'Klassenvertrag' festgehalten werden, und bei Konflikten wird nach den Mediationskonzepten der Konfliktschlichtung und des Täter-Opfer-Ausgleichs gearbeitet. Außerdem bestehen 'Selbstlernzentren', in denen den Schülerinnen und Schülern zu verschiedenen Themenbereichen (Natur und Umwelt, Mathematik, Gesunde Ernährung, Sprache, etc.) Materialien zur Verfügung stehen, die unterschiedliche Sinnebenen ansprechen. Zudem wird das äußere Erscheinungsbild der Schule, ein bisher unansehnlicher und unübersichtlicher Flachbau, umgestaltet.

Seit die Fridtjof-Nansen-Schule volle Halbtagsschule geworden ist, ist die Anzahl der Schüler und Schülerinnen, die der Sonderschule für Lernhilfe Albrecht-Dürer-Schule zugewiesen werden, spürbar zurückgegangen. Mit der Sonderschule besteht eine enge Kooperation und es ist geplant, Grundschul-kinder mit Sonderschulbedarf entsprechend des neuen landesweiten Konzeptes des 'Lernens unter einem Dach' direkt in der Fridtjof-Nansen-Schule durch Sonderschullehrkräfte zu unterrichten.

Von der Grundschule wechseln die Schüler und Schülerinnen entweder auf die Orientierungsstufe Sahlkamp oder in die Integrierte Gesamtschule Vahrenheide/Sahlkamp. Von der Orientierungsstufe aus erfolgt nach der 6. Klasse der Wechsel an die Haupt- und Realschulen oder an das Gymnasium. Die

¹⁵ Mit Hilfe externer Förderung konnten 1,3 Millionen DM in die Schule investiert werden, während der reguläre Jahresetat nur 8.000 DM beträgt (vgl. HAZ 13.5.2000). Die Fridtjof-Nansen-Schule ist Pilotschule im internationalen WHO-Projekt 'Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen'; Modellschule am Schulprojekt 'Opus' (offenes Partizipationsnetz und Schulgesundheit); Mitglied im Netzwerk Innovativer Schulen der Bertelsmann Stiftung sowie registriertes Projekt der Weltausstellung 'Welche Schule braucht die Zukunft unserer Welt?'.

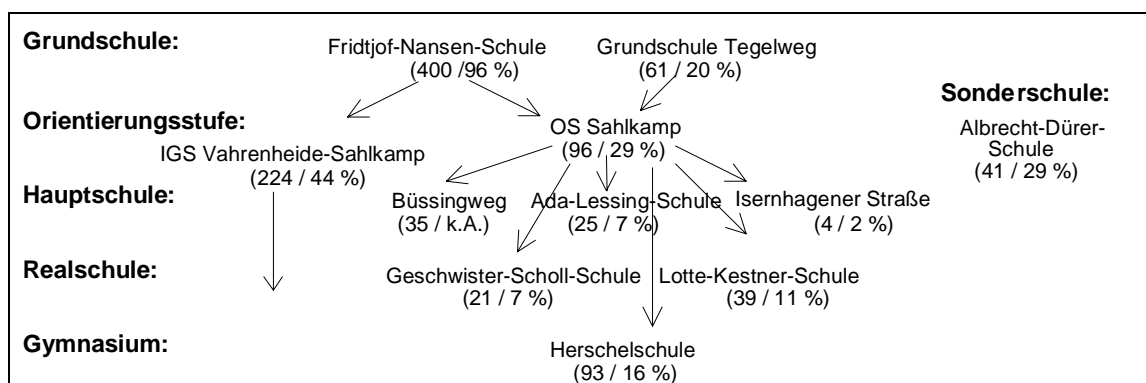
Verteilung auf die verschiedenen Schulformen im Schuljahr 2000/2001 ist in Abb. 10 dargestellt.



Foto 21 Integrierte Gesamtschule Vahrenheide-Sahlkamp

Abb. 10

Verteilung der Schüler/innen aus Vahrenheide auf die verschiedenen Schulen¹⁶ und ihr dortiger Anteil im Schuljahr 2000/2001:



Quelle: Geiling u.a. 2001, S. 145 basierend auf Statistiken der Schulen und Berechnungen der agis

Lesebeispiel: Die Integrierte Gesamtschule Vahrenheide/Sahlkamp (IGS) wird von 224 Jugendlichen aus dem Stadtteil Vahrenheide besucht, das sind 44 % der gesamten Schülerschaft dieser Schule. Auf die Lotte-Kestner-Realschule gehen 39 Jugendliche des Stadtteils, sie machen 11 % der dortigen Schülerinnen und Schüler aus.

Die dargestellte Verteilung zeigt zunächst die unterschiedliche Bedeutung einzelner Schulen für den Stadtteil, wobei die hohe Schülerzahl in der IGS besonders auffällig ist. Ebenso wie die Fridtjof-Nansen-Grundschule von vielen Kindern des Stadtteils besucht wird, werden hier sehr viele Jugendliche erreicht. Die räumliche Lage inmitten des Stadtteils trägt zur zentralen Bedeutung der IGS für Vahrenheide bei. Die übrigen Schulen liegen mit Ausnahme des Herschelgymnasiums außerhalb des Stadtteils.

Die IGS Vahrenheide-Sahlkamp besteht seit 1995 in Vahrenheide. Das zuvor als Hauptschule genutzte Gebäude wurde dazu in vier Bauabschnitten für acht Millionen Mark umgebaut. Hinzu kam ein Erweiterungsbau mit Mensa und eine ökologische Schulhofgestaltung. Die IGS ist eine Ganztagschule, und mit der neuen Mensa gibt es dort die Möglichkeit, Mittagessen einzunehmen. Der Anteil Jugendlicher

¹⁶ Für die weiterführenden Schulen konnte die besuchte Schule bei 537 Jugendlichen ermittelt werden. Damit bleiben ungefähr 300 Jugendliche (unter 18 Jahren), die entweder vereinzelt auf andere Schulen gehen, berufsvorbereitende Schulen oder entsprechende Maßnahmen besuchen oder bereits in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert bzw. arbeitslos sind.

ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt bei knapp der Hälfte der Schülerschaft (40-50 %). Das gesamtschulische Konzept ist an den Erfordernissen des Stadtteils ausgerichtet. Ziel ist es, die vorhandenen Stärken der Schülerinnen und Schüler auszubilden, und nicht von vornherein an vorhandene Defizite anzuknüpfen. Die Klassengröße ist auf maximal 24 Schülerinnen und Schüler begrenzt, und jede Klasse hat einen Lehrer und eine Lehrerin als 'Stammlehrer', d.h. als feste Bezugspersonen. Besonderer Wert wird auf die Förderung im Bereich der Neuen Medien (PC und Internet) gelegt; die Schule ist dafür mit entsprechenden Geräten und kompetentem Lehrpersonal gut ausgestattet. Die gezielte Ausrichtung auf die neuen Technologien soll die Jugendlichen auf die Berufswelt vorbereiten und dazu dienen, dass sie bezüglich dieser Entwicklung nicht abgekoppelt werden, sondern sich hier einen Vorsprung erarbeiten können. Der Berufsorientierung wird auch mit regelmäßigen Berufspraxistagen ein großer Stellenwert zugemessen.

Während der Mittagszeit ist von 12:30 bis 14:00 Uhr das nahegelegene Jugendzentrum Camp speziell für die IGS-Schülerinnen und -schüler geöffnet. An den Nachmittagen werden verschiedene Arbeitsgruppen angeboten. Die Bandbreite reicht von Sprach- und Sportangeboten über kreative oder musikalische Aktivitäten, wie Trommel- oder Foto-AG, bis hin zu sozialen Hilfsdiensten, wie Hilfen für ältere Menschen oder einer Ausbildung zum Sanitäter. Hausaufgaben können in der Schule unter Betreuung erledigt werden. Für die Schülerinnen und Schüler mit der Muttersprache Russisch gibt es eine russischstämmige Lehrkraft mit befristetem ABM-Status, die in einer AG Russischunterricht anbietet und für diese Gruppe eine wichtige Ansprechpartnerin darstellt. Unterricht in türkischer Sprache wird ebenfalls von einer muttersprachlichen Lehrperson angeboten.

Nach dem Schuljahr 2000/2001 verließ die erste Abschlussklasse die IGS Vahrenheide-Sahlkamp. Davon erreichten 38 % einen Hauptschulabschluss, 33 % einen Realschulabschluss und 23 % wechselten weiterführend auf ein Gymnasium. Die Schulleitung hebt hervor, dass sich in diesen Quoten ein deutlicher Erfolg abbildet, denn die Empfehlungen, die für diesen Jahrgang ausgesprochen worden waren, sahen für 65 % die Hauptschule, für 30 % die Realschule und nur für 5 % das Gymnasium vor (Quelle: Statistik der Schule).

Das Gymnasium Herschelschule liegt am Rande des vahrenheider Wohngebietes. Die Herschelschule ist das einzige Ganztagsgymnasium der Stadt Hannover. Es hat starken Zulauf, so dass nicht alle Schülerinnen und Schüler, die dorthin möchten, aufgenommen werden können. Nur 16 % der insgesamt 600 Schülerinnen und Schüler (Schuljahr 2000/2001) wohnen in Vahrenheide (93), knapp die Hälfte davon (40) im Westteil des Stadtteils. Der Anteil Jugendlicher ohne deutsche Staatsbürgerschaft wird mit etwa 20 % beziffert. Die inhaltlichen Schwerpunkte werden im Bereich der humanistisch-musischen Erziehung gesetzt. Es gibt eine Musikklasse, in der die Teilnehmenden ein Musikinstrument erlernen können, und drei Schulorchester, außerdem finden regelmäßig kulturelle Veranstaltungen statt. Das Gymnasium bietet 40 verschiedene AG's am Nachmittag an, sie reichen von Computerkursen bis zu verschiedenen Sprachkursen (u.a. Chinesisch, Koreanisch, Schwedisch) und Sportangeboten. Russisch wird als Abiturfach angeboten.

Das 1966 errichtete Schulgebäude der Herschelschule wird zur Zeit im Rahmen des Programms 'Nachhaltige Gebäudesanierung' für etwa acht Mio. DM saniert. Dabei werden, neben der Beseitigung schadstoffhaltiger Materialien und der Reparatur von Fenstern, Toiletten, Elektrik, auch die Dächer erneuert und mit Solarmodulen der Firma 'Windwärts Energie' bestückt.

Allerdings - wie bereits in Kap. 2.2.2 berichtet - schließt nur ein kleiner Teil der Jugendlichen aus dem Stadtteil die Schullaufbahn mit Hochschulberechtigung ab. Ein relativ großer Teil muss versuchen, ohne Abschluss, bzw. mit gering qualifiziertem Abschluss, auf dem Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen. Unterstützt werden diese Jugendlichen dabei von berufsvorbereitenden und -begleitenden Maßnahmen der Sozialen Gruppeninitiative e.V. und dem AWO-Projekt 'Lift'.

Die Soziale Gruppeninitiative e.V. wurde bereits in den siebziger Jahren von der evangelischen Titusgemeinde und der Gemeinwesenarbeit gegründet, um arbeitslose Jugendliche zu fördern. Der Verein ist Mitglied im Diakonischen Werk und Träger von derzeit vier Jugendhilfeprojekten. Die Einrichtungen befinden sich im Gewerbegebiet des Stadtteils und umfassen die Jugendwerkstatt Vahrenheide, den WerkstattTreff Vahrenheide, Montage-Bau und Pro Beruf.

Die Jugendwerkstatt Vahrenheide ist als Ergänzungsschule für arbeitslose Jugendliche ohne Hauptschulabschluss konzipiert. In einjährigen Kursen wird jeweils 23 Teilnehmenden die Möglichkeit geboten, schulische und soziale Defizite abzubauen. Sie werden auf die Hauptschulabschlussprüfung vorbereitet und vorberuflich qualifiziert (Holz- und Textilwerkstatt, Großküche).

Der WerkstattTreff Vahrenheide bietet für erwerbslose Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren befristete Arbeitsplätze auf ABM-Basis im Rahmen der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Jeweils sechs Arbeitsplätze stehen im Bereich Fahrradreparatur und im Bereich Malen und Lackieren zur Verfügung. Außerdem können hier betriebliche Ausbildungen als ZweiradmechanikerIn und als Maler- und LackierIn absolviert werden.

In der Montage-Bau-Gruppe können weitere acht Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und ohne - bzw. mit abgebrochener - Berufsausbildung ein integriertes Angebot aus Qualifizierung und Beschäftigung in den Bereichen Möbelbau, Innenausbau, Montage und Renovierung wahrnehmen. Dabei handelt es sich um zweijährige Maßnahmen.

Pro Beruf begleitet Jugendliche der 8., 9. und 10. Jahrgangsstufen, bei denen Schwierigkeiten beim Übergang Schule Beruf zu erwarten sind. Geboten werden Vorbereitung und Begleitung bei Beratungsgesprächen im Arbeitsamt und bei der Praktikums- und Arbeitsplatzsuche, berufliche Orientierung, Ausbildungsplatzakquise, Bewerbungstraining, Einüben sozialer Kompetenzen sowie Ausbildungsbegleitung (vgl. Soziale Gruppeninitiative, o.J.). An der Maßnahme Pro Beruf haben in einem Zeitraum von knapp zwei Jahren (1.1.1998 bis 20.9.2000) insgesamt 313 Jugendliche teilgenommen, davon kamen ungefähr 60 aus Vahrenheide. Aus der Teilnehmerstruktur lässt sich schliessen, dass besonders männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben.

Ein Angebot speziell zur beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist das Projekt 'Lift' der Arbeiterwohlfahrt, das seit 1998 im Stadtteil besteht (gefördert über Gelder des Employment-INTEGRA-Projekts zur beruflichen Qualifizierung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Niedersachsen). Im Gebäude des 'Jugendkontaktladens' direkt im Hochhausbereich Klingenthal werden hier Einzelberatungen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung angeboten. Weiterhin werden Qualifizierungsmaßnahmen durch Kurse im Medienbereich und speziell für Frauen in einer 'Schreibwerkstatt' (einjährige Qualifizierung im Bürobereich und Telefon-Marketing mit 18 Plätzen) durchgeführt. Der Vermittlung von Arbeitsplätzen dient die angegliederte 'Jobbörse'. Hier werden kurzfristige, unqualifizierte Jobs speziell an benachteiligte Jugendliche und junge Heranwachsende vermittelt. Dazu werden mit den Jugendlichen einzelfallorientiert verbindliche Handlungskonzepte erarbeitet. Dieser Ansatz wird als sowohl präventiv (als Möglichkeit legalen Gelderwerbs) als auch marktorientiert beschrieben, da ausschließlich auf dem Markt angebotene Jobs vermittelt werden. Im ersten Halbjahr 2001 wurden etwa 100 Einzelfallberatungen durchgeführt und knapp 40 Jugendliche konnten in diesem Zeitraum in Jobs vermittelt werden. Die Finanzierung wurde 2000, nach Auslaufen der Förderung über INTEGRA, vom Land Niedersachsen übernommen. Langfristig ist die Finanzierung jedoch ungesichert.

Als weitere Einrichtung, die mit Qualifizierungen befasst ist, ist an dieser Stelle noch das Grünflächenprojekt zu nennen, in dem bereits seit 1993 Langzeitarbeitslose durch die Beschäftigung im Bereich Garten und Landschaftsbau gefördert und an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen.

Dieser Bereich wurde im Rahmen der Sanierung erweitert (s. Kap. 3). Außerdem werden im Kulturtreff (s.u.) von der Volkshochschule im Rahmen zweiten Bildungsweges Hauptschulabschlusskurse für Frauen aus den Stadtteilen Sahlkamp und Vahrenheide angeboten.

Einrichtungen für Jugendliche

Für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen gibt es in Vahrenheide das Jugendzentrum Camp mit dem Mädchenhaus 'Honey's' sowie die Angebote der Kirchen und der Vereine. Außerdem sind die Streetworker der AWO vor Ort ansprechbar.



Foto 22 Camp Vahrenheide

Die langjährige Freizeiteinrichtung für die Jugendlichen des Stadtteils ist das städtische Jugendzentrum Camp, es besteht seit 1968. Durchgängig war das Camp für die große Anzahl Jugendlicher im Stadtteil zu klein und beengt. Im Laufe der Jahre wurde das Jugendzentrum von wechselnden Gruppen mit jeweils ausschließender Tendenz genutzt, so dass es sich als jeweils durch bestimmte Gruppen 'besetzt' darstellte. Während das Camp in den Anfangsjahren vor allem von deutschen Jugendlichen und von den Kindern der Sinti- und Romafamilien besucht wurde, waren Ende der 80er Jahre 95 % der Jugendlichen

im Camp türkische Jungen. Seit Mitte der 90er sind wieder vermehrt deutsche Jugendliche und auch Mädchen vertreten. Für die Mädchen wurde 1999 im Nachbarhaus ein eigene kleine Einrichtung für Mädchen eröffnet: der Mädchen und Junge Frauen-Treff 'Honey's'.

Das Jugendzentrum wird derzeit von ca. 80 Jugendlichen täglich genutzt. Die Altersspanne reicht von 10 bis 25 Jahren, die meisten Besucherinnen und Besucher sind im Alter von 11 bis 18 Jahren. Der Anteil Jugendlicher nicht-deutscher Herkunft beläuft sich nach Auskunft der Leiterin auf ca. 50 %. Der Mädchentreff 'Honey's' wird von etwa einem Dutzend Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren genutzt. Für die Schülerinnen und Schüler der nahe gelegenen IGS ist das Camp in den Mittagsstunden geöffnet. Die Öffnungszeiten für Gruppenangebote sowie die Offene-Tür-Arbeit reichen von 15:00 bis 20:30 Uhr (mittwochs 14:00 bis 18:00 Uhr nur Gruppenangebote). Am Wochenende sowie drei Wochen in der Ferienzeit bleibt das Camp geschlossen. Die relativ knappen Öffnungszeiten sowie das begrenzte Raumangebot begünstigen es, dass sich hier jeweils bestimmte Gruppen zusammenfinden, die das Angebot für sich beanspruchen. Die relativ abgelegene und uneinsehbare Lage am Fußgängerweg zu den Kleingärten führt außerdem dazu, dass sich unbestätigte Gerüchte um illegale Drogengeschäfte im Umfeld des Camps halten und einige Eltern ihren Kindern aus diesem Grund den Besuch dort verbieten.

Von Seiten der Jugendgerichtshilfe wird im Jugendzentrum einmal wöchentlich eine Sprechstunde angeboten. Dieses Angebot richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren, gegen die ein Jugendstrafverfahren eingeleitet wurde, und deren Eltern. Die Jugendgerichtshilfe arbeitet stadtweit in vier Regionalteams mit je vier bis fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Aufgaben sind Beratung, Betreuung und Konfliktschlichtung. Bei Bedarf werden auch Hausbesuche gemacht.

Beratung für Kinder und Jugendliche und deren Eltern wird auch in der Sozialpädagogischen Betreuung

Stephansstift von der evangelischen Jugendhilfe angeboten. Vier SozialpädagogInnen sind für die Stadtteile Vahrenheide und Sahlkamp zuständig. Vermittelt durch den Kommunalen Sozialdienst (s.u.) beraten sie bei Problemen im Familienalltag und in der Erziehung oder helfen bei der Konfliktbewältigung. Außerdem steht die Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung des Jugendpsychologischen Dienstes bei Problemen zur Verfügung. Hier wird auch therapeutische Unterstützung zur Förderung der psychosozialen Entwicklung geboten.

Streetwork wurde 1995 von der AWO in Reaktion auf die Vorfälle mit 'Jugendbanden' und auf Druck der 'AG Kinder- und Jugendarbeit' eingerichtet. Die aufsuchende Sozialarbeit hat die 15 bis 27jährigen Jugendlichen als Zielgruppe und wird von einer Sozialpädagogin und einem Sozialpädagogen durchgeführt. Erreicht werden überwiegend männliche Jugendliche. 1997 wurde ergänzend ein Treffpunkt, der 'Jugendkontaktladen', in einer leerstehenden Hochgarage angrenzend an den Hochhauskomplex in Vahrenheide Süd-Ost eröffnet. Der Umbau wurde von der GBH mit 1,05 Mio. DM finanziert. Laut Zeitungsmeldung wurde er bereits ein halbes Jahr später regelmäßig von bis zu 120 Jugendlichen genutzt (vgl. HAZ 19.5.1998). Bei der Arbeit der Streetwork haben erlebnispädagogische Angebote einen hohen Stellenwert (Trommelworkshop, Klettern, Kanufahrten, etc.). Insbesondere zu straffälligen Jugendlichen wird Kontakt gehalten. Die Streetworker begleiten sie bei Gerichtsverhandlungen und besuchen sie gegebenenfalls in den Strafanstalten.

Angebote der kirchlichen Gemeindegarbeit

Seit den 60er Jahren wird im Stadtteil kirchliche Gemeindegarbeit von der evangelischen und der katholischen Kirche betrieben. Beide Gemeinden prägen mit ihren Aktivitäten das Stadtteilgeschehen und sorgen



Foto 23 Tituskirche mit Gemeindehaus

für die notwendige Basis im Bereich der sozialen Infrastruktur, insbesondere im Kinderbetreuungsbereich. Nicht nur für die Gemeindegmitglieder bestehen zudem vielfältige gesellige und sportliche Angebote.

Das soziale Engagement der evangelisch-lutherischen Titusgemeinde wird heute durch die 'stadtteilorientierte Gemeindegarbeit' mit den Schwerpunkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

(Verein Soziale Gruppeninitiative e.V., offene Jugendarbeit) und interkulturelle Arbeit (AG Kaleidoskop, Freundschaftskreis ausländischer und deutscher Familien) bestimmt. 1997 konnte der notwendige Neubau des Gemeindezentrums durchgeführt werden, und die Titusgemeinde verfügt nun über ein architektonisch interessant und offen gestaltetes Gebäude, bei dem die Eingänge bewusst nach West und Ost ausgerichtet sind, um eine Öffnung entgegen der bestehenden Trennung im Stadtteil zu symbolisieren. Außerdem gibt es unter dem Kirchengebäude einen 'Jugendkeller' mit Holzwerkstatt, Billard, Kicker und Diskoraum.

An regelmäßigen Veranstaltungen (meist einmal wöchentliche Termine) bestehen: zwei Eltern-Kind-Gruppen, Mädchen-Treff, Spaß-Treff, Kinder-Disko, Treffen der Jugendlichen ab Konfirmandenalter, Jugendmitarbeiterkreis, Treff für Frauen in der zweiten Lebenshälfte, Gesprächsgruppe für Frauen, Tanzgruppe für Frauen, Seniorentreff, Seniorennachmittag, Besuchsdienst, Gitarrenkurs, Titusorches-

ter, Keyboard- und Flötenunterricht. Im Gemeindezentrum trifft sich außerdem schon seit fast zwölf Jahren eine Selbsthilfegruppe für Abhängige ('Gruppe 90'). Auch ein spezieller Treff für deutsche und ausländische Frauen ('Frauentreff Vahrenheide') wird hier von der Kirchenkreissozialarbeit des Diakonischen Werks angeboten. Erlebnisfreizeiten und Fahrten sowie die 'Titus Oldtime Jazzband', die bei Feiern und Festen aufspielt, ergänzen das Programm.

Die katholische St. Franziskusgemeinde bietet ebenfalls regelmäßige Veranstaltungen an. Mit derzeit ca. 3.700 registrierten Mitgliedern handelt es sich um eine für niedersächsische Verhältnisse recht große Gemeinde. An den Wochenenden finden sich rund 450 Menschen zur Messe in der St. Franziskuskirche ein. Das Pfarrheim verfügt über Versammlungsräume, auch mit Ausschankmöglichkeit, und ein Außengelände mit Sportanlagen. An Angeboten bestehen: Spielkreis, Kindertanzkreis, Pfadfindergruppe, Jugendtreff, Tanzgarde, Kinderbibelstunde, Ministrantengruppe, Glaubenskurs, Bibelgesprächskreis, christlich-muslimischer Gesprächskreis, drei Familienkreise, Frauengruppe, Seniorentreffen, Trauergruppe, Fußball (findet im Sommer auf dem Gelände der IGS, im Winter in der Turnhalle der Fridtjof-Nansen-Schule statt), Volleyball und Tischtennis. Seit 1966 besteht die Kolpingfamilie St. Franziskus, sie umfasst derzeit etwa 70 Mitglieder. Außerdem gibt es noch einen Besucherdienst, einen Caritashelferkreis, einen Lektoren- und Kommunionshelferkreis sowie einen Missionskreis. Sonntags wird nach der Messe ein Frühschoppen angeboten. Der Faschings-Club St. Franziskus (FCF) wurde in der Gemeinde gegründet, und verschiedene Fahrten sowie Ausflüge gehören ebenfalls zum Gemeindeleben dazu.

Am Rande des Stadtteilgebietes liegt inmitten der Kleingartenkolonien das Gemeindehaus der evangelischen Baptisten-Brüdergemeinde. Ganz gegensätzlich zur Titus- und St. Franziskusgemeinde erscheint dieser Kreis nach außen geschlossen und unzugänglich. Die Mitglieder, darunter viele Spätaussiedelnde, treffen sich hier Mittwochabends und am Wochenende. Im Stadtteil ist die Gemeinde wenig bekannt. Im Gewerbegebiet befindet sich der Sitz einer evangelischen Christengemeinde, die ebenfalls wenig Wirkung auf das Stadtleben hin entfaltet.

Über religiöse Treffpunkte oder ein Gemeindeleben der vielen muslimischen Menschen im Stadtteil ist kaum etwas bekannt. Teilweise finden religiöse Zeremonien oder Familienfeiern in Privatwohnungen statt, was von der Nachbarschaft als Lärmbelästigung empfunden wird. Teilweise werden vermutlich Moscheen oder Gebetshäuser in anderen Stadtteilen aufgesucht. Im benachbarten Stadtteil Sahlkamp besteht beispielsweise im Stadttreff eine 'Islamische Gemeinde für Mädchen', in der es neben der religiösen Unterweisung auch um Sport und um gemeinsames Kochen und Essen geht. Neben den Gesprächskreisen oder Gruppen, die von der Titus- und St. Franziskusgemeinde für ausländische Frauen oder Muslime angeboten werden, gibt es also keinerlei religiös geprägte öffentliche Orte für Nicht-Christen in Vahrenheide.

Gesundheitliche Infrastruktur

Für die ärztliche Versorgung stehen vier Arztpraxen (zwei ÄrztInnen für Allgemeinmedizin, ein Internist, zwei Kinderärzte (Doppelpraxis)) und drei Zahnarztpraxen (darunter eine Doppelpraxis) zur Verfügung. An weiteren Einrichtungen des Gesundheitsbereichs gibt es eine Apotheke, einen Optiker, eine Massagepraxis, eine Krankengymnastikpraxis, eine Fußpflegepraxis, eine Sozialpsychiatrische Beratungsstelle und die Diakoniestation Vahrenheide/ Sahlkamp.

Insgesamt zentrieren sich die Einrichtungen am Vahrenheider Markt. In Vahrenheide-West sind keinerlei gesundheitliche Institutionen verortet. Weitere Angebote bestehen im Umfeld von Vahrenheide, womit teilweise weite Wege notwendig werden. Ein in Vahrenheide gänzlich fehlender Bereich ist die Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Es gibt weder eine gynäkologische Praxis noch eine Hebamme im

Stadtteil. Schwangere Frauen in Notlagen oder bei Missständen werden von der Familienhebamme mit Sitz im angrenzenden Stadtteil Sahlkamp betreut, die zusätzlich für die gesamte Stadt Hannover zuständig ist. Gemeinsam mit zwei halbtags beschäftigten Kinderkrankenschwestern betreute die Familienhebamme im letzten Jahr über 500 Familien. Durch ihre langjährige Tätigkeit ist die Familienhebamme im Stadtteil und bei den Frauen bekannt, so dass eine Vertrauensbasis besteht und die Frauen bei Problemen zu ihr gehen. Mit speziellen Beratungsangeboten oder Geburtsvorbereitungskursen seien die Frauen jedoch nur schwer zu erreichen. Solche Angebote werden wenig angenommen, teilweise auch, weil sich die Frauen ihrer Situation schämen. Daher ist also die zeitaufwändige Einzelarbeit und aufsuchende Arbeit bei Problemfällen notwendig. Als Familienhebamme kann sie die Frauen bis zu einem Jahr nach der Geburt betreuen (niedergelassene Hebammen nur bis zur achten Woche).

Die Ärzte und Ärztinnen im Stadtteil haben teilweise engen Kontakt gerade auch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund. In der Regel beschäftigen sie auch Sprechstundenhilfen mit eigenem Migrationshintergrund, die somit über die nötigen Sprachkenntnisse und Kontakte verfügen. Ein Allgemeinmediziner ist selbst türkischstämmig, ein Kinderarzt hat sich türkische Grundkenntnisse angeeignet. Problematischer als bei den Familien ausländischer Herkunft werden jedoch die Verhältnisse in den deutschen Familien eingeschätzt. Fehlernährung ist beispielsweise ein Problem, das bei den deutschen Kindern vermehrt vorkomme. Entsprechend haben viele Kinder Zahnprobleme. Die sog. 'Nuckelflaschenkaries' betraf nach einer aktuellen Studie knapp 20 % der Drei- bis Sechsjährigen im Stadtteil (vgl. Robke/ Buitkamp 2001). Außerdem wirken sich finanzielle Probleme auch auf die gesundheitliche Versorgung aus (Medikamente können nicht bezahlt werden) und es zeigen sich teilweise ausgeprägte Suchtproblematiken in der Bevölkerung von Vahrenheide. Für Suchtprobleme bestehen zwei Selbsthilfegruppen im Stadtteil; die Gruppe 90, die sich in der Titusgemeinde trifft, und der Verein für Sozialmedizin (VSM) im Kulturtreff.

Die Diakoniestation Vahrenheide-Sahlkamp besteht bereits seit über 20 Jahren im Stadtteil und zählt zu den Einrichtungen der Titusgemeinde. Mittels eines ambulanten Pflegedienstes mit 18 Mitarbeiterinnen wird angestrebt, Pflegebedürftigen aller Altersstufen ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung oder in der Familie zu ermöglichen. Zu der Aufgabe der medizinischen Versorgung und der Betreuung kommen beratende Tätigkeiten und allgemeine Hilfestellungen. Angrenzend im gleichen Gebäude (umgebaute Hochgarage gegenüber dem Hochhauskomplex) befindet sich auch die Sozialpsychiatrische Beratungsstelle des Gesundheitsamtes, die bei psychischen Störungen in Anspruch genommen werden kann.

Angebote für die ältere Generation

In Vahrenheide gibt es für Seniorinnen und Senioren speziell zugeschnittene Wohnangebote und Freizeitangebote. Für pflege- sowie schwerstpflegebedürftige alte Menschen (Einstufung nach dem Pflegeversicherungsgesetz) gibt es das Altenpflegeheim des Deutschen Roten Kreuzes mit 126 Plätzen. Es wurde kürzlich renoviert und macht einen soliden und ansprechenden, wenn auch relativ abgeschlossenen Eindruck. Der Gartenbereich liegt am Grünzug des Stadtteils, wird jedoch durch einen hohen Zaun und eine Hecke abgetrennt, so dass Sichtkontakt kaum möglich ist.

Des Weiteren gibt es im Stadtteil die Altenwohnanlagen der GBH. Sie umfassen insgesamt 121 Wohneinheiten. Diese Altenwohnanlagen liegen teilweise als zweigeschossige Zeilenbauten 'im Grünen' in einem Einfamilienhausgebiet, teilweise als Hochhaus an der stark befahrenen Straße Sahlkamp. Für diese Wohnungen stellt die GBH eine Betreuungskraft bereit, die für Probleme und konkrete Hilfen im Alltag da ist, Besorgungen übernimmt, Besuche macht und einen Spielkreis anbietet. Darüber hinaus gibt es keine Betreuung. Bei Pflegebedarf können die Dienste der Diakoniestation in Anspruch genom-

men werden. Die Altenwohnungen der GBH sind bisher baulich noch unzureichend auf die Bedürfnisse der Bewohnerschaft zugeschnitten (nicht rollstuhlgerecht). Auffällig ist, dass sich die Wohneinrichtungen für Seniorinnen und Senioren überwiegend in Vahrenheide-Südost befinden, wo prozentual wie auch absolut die wenigsten älteren Menschen des Stadtteils leben, d.h. sie konzentrieren sich in den Altenwohnanlagen in einer Art 'Insellage'.

Die städtische Seniorenbegegnungsstätte ist ebenfalls in Vahrenheide Süd-Ost gelegen und befindet sich im Erdgeschoss einer Altenwohnanlage der GBH. Es handelt sich dabei um einen großen Raum mit breiter Fensterfront, Küche, Toiletten und Büro. Von Ehrenamtlichen werden hier die verschiedenen 'Seniorenklubs' betreut, die sich im Laufe der Jahre im Stadtteil gebildet haben. Diese Seniorenklubs bestehen teilweise schon sehr lange, haben aber alle das Problem, wenig Neuzugänge zu bekommen, so dass die Gruppenstärke mittlerweile sehr geschrumpft ist (von jeweils ca. 100 auf ca. 35 Personen). Ein Seniorenklub der AWO trifft sich ebenfalls im Raum der Seniorenbegegnungsstätte; der russische Seniorenklub kommt in den Räumen der Nachbarschaftsinitiative zusammen. Des Weiteren werden verschiedene offene Freizeit- und Kreativangebote gemacht, die teilweise auch in den Räumen des Kulturtreffs stattfinden. Von der zuständigen Sozialpädagogin der Stadt (Kommunaler Senioren Service) wird einmal wöchentlich eine Sprechstunde angeboten. Außerdem besteht ein Besuchsdienst, regelmäßige Fußpflege und es gibt deutsche Sprachkurse. Die städtische Seniorenbegegnungsstätte wird wöchentlich von ungefähr 210 Personen besucht. Die Altersspanne reicht von 60 bis zu 90 Jahren. Aktivierung und die Erhaltung von sozialen Kontakten sind die zentralen Ziele, und den Besucherinnen und Besuchern ist die Begegnungsstätte ein wichtiger Anlaufpunkt.

Übergreifende Institutionen

Eine Reihe weiterer Einrichtungen ist übergreifend, d.h. für verschiedene Aufgaben und Bewohnergruppen tätig. Dazu gehören öffentliche Einrichtungen wie die Gemeinwesenarbeit, der Kommunale Sozialdienst und die Polizei. Auch die GBH-Geschäftsstelle kann hierzu gezählt werden, weil die GBH neuerdings auch über Mietangebote hinausgehende soziale Aufgaben übernimmt. (vgl. Kap. 2.1 und Kap. 3).



Foto 24 Hochgarage Plauener Straße 12a. - Sitz vieler Einrichtungen

Bereits 1976 wurde die Gemeinwesenarbeit (GWA) in Vahrenheide eingerichtet. Gemeinwesenarbeit ist ein Sonderdienst, der aufgrund besonderer regionaler Problematiken in drei Stadtteilen von Hannover vorgehalten wird. Zwei MitarbeiterInnen sind zur Zeit in Vahrenheide zuständig, die Räumlichkeiten liegen in der umgebauten Hochgarage gegenüber dem Hochhauskomplex. Von der GWA wurden verschiedene Initiativen im Stadtteil mit gegründet oder unterstützt, wie die Soziale Gruppeninitiative e.V. oder die Nachbarschaftsinitiative e.V. Bei den Angeboten liegt der Schwerpunkt

auf nachbarschaftsstimulierenden Angeboten sowie der Integration von Migrantinnen und Migranten bzw. dem Abbau von Vorurteilen gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe. Neben einer Sprechstunde werden Deutschkurse für Frauen mit Kinderbetreuung, eine Mutter-Kind-Gruppe, eine türkische Frauengruppe, ein Kindercomputerkurs und Schulaufgabenhilfe angeboten. Aus den Deutschkursen für Migrantinnen haben sich mittlerweile einige feste Gruppen gebildet, die viel miteinander unternehmen und gegenseitige Unterstützung leisten, einige der Frauen sind schon seit über zehn Jahren dabei. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GWA koordinieren die 'KO-Runde' (s.u.) und sind in zahlreichen AG's dieser Runde vertreten, sie schreiben oft Projektanträge und kümmern sich ums Organisatorische bei stadtteilrelevanten Angelegenheiten.

Die Koordinationsrunde (kurz 'KO-Runde') ist ein stadtteilspezifisches Diskussionsforum, das ebenfalls bereits seit 1976 besteht und von der Gemeinwesenarbeit geleitet wird. Damals wurde ein solcher 'Gesprächskreis' von der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendzentrums angeregt. An der KO-Runde nehmen Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen, Verbänden, Vereinen, Initiativen, Freien Trägern und Kirchen aus dem Bereich Kinder-, Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit teil. Das in der Konzeption erklärte Ziel ist, die sozialen und kulturellen Infrastrukturen im Stadtteil zu verbessern und die Stadtteilinteressen in Abwägung mit den Trägerinteressen zu erkennen und zu vertreten (vgl. KO-Runde 1999). Da in den Institutionen des Stadtteils vor allem 'externe Professionelle' arbeiten, besteht die Runde aus Personen, die aus ihrem jeweiligen fachlichen Blickwinkel die Interessen der Stadtteilbevölkerung vertreten. Für die vertiefte Arbeit zu einzelnen Themenbereichen wurden Arbeitsgruppen eingerichtet (AG 'Kinder und Jugendarbeit', AG 'Ältere Menschen', AG 'Vahrenheider Arbeitsmarkt und Stadtteilsanierung' (VASS), AG 'Kaleidoskop', AG 'Sucht', u.a.). Die Arbeitsgruppen kommen je nach Bedarf zusammen, während die KO-Runde regelmäßig alle zwei Monate tagt.

Der Kulturtreff entstand durch die Initiative von aktiven Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich seit

1966 für ein Freizeithaus im Stadtteil einsetzen. Auch nachdem die Errichtung eines Freizeitentrums 1979 endgültig abgelehnt worden war, gaben sie nicht auf. 1986 konnte schließlich, als 'kleinere



Foto 25 Liffasssäule am Vahrenheider Markt weist auf den Kulturtreff hin

Lösung', der Kulturtreff in leerstehende Räume am Vahrenheider Markt einziehen. Der Kulturtreff wird von der Stadtteilinitiative Kulturtreff Vahrenheide e.V. und durch das Kulturamt der Stadt Hannover getragen und beschäftigt zwei pädagogische Mitarbeiterinnen. Die ständigen Angebote sowie die wechselnden Veranstaltungen werden alle zwei Monate in einem Programmfaltblatt angekündigt. Zum Angebot gehören Kurse für Kinder und Erwachsene in den Bereichen Musik, Theater, Film und Literatur sowie Kurse zur Bildung, Gesundheit und Kreativität. Auch freie Arbeitsgruppen treffen sich hier, z.B. einige AG's der KO-Runde, der

Selbsthilfeverein für Sozialmedizin, ein Chor und eine türkische Frauengruppe. Im Jahr 2000 zog der Kulturtreff vom Vahrenheider Markt in die neu umgebauten Räume der ehemaligen Hauptschule an der Weimarer Allee. In dem Gebäude befinden sich neben dem Kulturtreff auch die Stadtbibliothek Vahrenheide und die Mediothek der IGS Vahrenheide-Sahlkamp, außerdem von der Volkshochschule Hannover genutzte Räume.

Erwähnenswert ist zudem das Emmy-Lanzke-Haus, das 1967 von der AWO im Stadtteil eröffnet wurde. Das Emmy-Lanzke-Haus ist eine Wohneinrichtung gemäß § 19 KJHG, in der berufstätigen oder noch in der Ausbildung befindlichen ledigen Müttern und Vätern Kinderbetreuung und persönliche Hilfestellung geboten wird. Im Haus befinden sich außer den Wohnräumen die Kinderkrippe und die Kindertagesstätte der AWO. Die Nutzung durch junge, allein Erziehende ist zurückgegangen. Heute steht ein Teil des Gebäudes leer und der Personaltrakt wird bereits anderweitig genutzt. Zu den Umnutzungs- und Umbauplänen siehe Kap. 3.

Eine wichtige Einrichtung für Personen und Familien in schwierigen Lebenslagen ist der Kommunale Sozialdienst (KSD) der Stadt. Die für die Bewohnerinnen und Bewohner von Vahrenheide zuständige Dienststelle befindet sich am Übergang von Wohnbebauung und Gewerbegebiet. Der Kommunale Sozialdienst leistet in einem Team von acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Beratungshilfe für Familien, z.B. bei Erziehungsproblemen, in akuten Lebenskrisen, bei Trennungs- und Scheidungsfällen, und erweist Hilfestellung bei Anträgen an Ämter. Die Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner beziehen sich auf Probleme mit Mietschulden, Wohnungsnotfälle und Hilfe bei Pflegegeldanträgen für alte Menschen. Rund 10 % der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner gehören zur Klientel des KSD, darunter sind rund 80 % 'Dauerfälle' bzw. von mehrfachen Problemlagen betroffene Personen. Außerdem befindet sich in diesem Gebäude die Stelle für allgemeine Sozialhilfe, in der wirtschaftliche Hilfe zum Lebensunterhalt beantragt werden kann.

Als weitere öffentliche Einrichtung gibt es eine Polizeidienststelle am Vahrenheider Markt. Sie ist der Sitz der beiden Kontaktbereichsbeamten (KOB), die seit 1997 im Stadtteil tätig sind. Da der Westteil von Vahrenheide polizeilich gesehen unauffällig ist, konzentriert sich die Arbeit der Kontaktbereichsbeamten auf Vahrenheide-Ost (vgl. Schulz 1998). Der für die Kinder und Jugendlichen zuständige Kontaktbeamte hat sich inzwischen als eine wichtige Bezugsperson für die Kinder des Stadtteils etabliert. Er macht Besuche im Spielpark und den Schulen; in der Fridtjof-Nansen-Schule gibt er Unterricht in Verkehrserziehung und in Gewalt- und Kriminalprävention. Der schwerpunktmäßig für die älteren Menschen zuständige Kontaktbeamte nutzt die Treffen der Seniorenklubs, um Kontakte zu knüpfen und

über Schutzmaßnahmen zu informieren. Die Kontaktbereichsbeamten nehmen auch an stadtteilbezogenen Gruppen teil. Bei ihren Rundgängen im Stadtteil werden sie häufig angesprochen, Kinder vertrauen ihnen auch familiäre Probleme an und die wöchentliche 'Bürgerstunde' wird schon mal dazu genutzt, nur ein bisschen mit den Kontaktbereichsbeamten 'zu klönen'.

Die GBH-Geschäftsstelle wurde 1999 in Vahrenheide eingerichtet. Die Geschäftsstelle liegt in der umgebauten Hochgarage gegenüber dem Hochhauskomplex in Vahrenheide Südost. Zwei der drei dort arbeitenden Teams sind zuständig für Vahrenheide. Die Teams der GBH bestehen aus je vier Personen, die jeweils für Hausmeistertätigkeiten, Mahnungen, Betriebskosten, Kaufmännisches und Technik zuständig sind. Um die Bestandsverantwortung bei der Mitarbeiterschaft zu stützen, werden interne Schulungsprogramme durchgeführt. In der Geschäftsstelle werden für Wohnungsinteressierte und die GBH-Mieterschaft Sprechstunden zur Beratung und Unterstützung abgehalten.

Neben den beschriebenen kommunalen und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen gibt es weitere Vergemeinschaftungsformen im Stadtteil, die aus privaten Initiativen hervorgegangen sind. Diese Vereine und Initiativen werden unter dem Aspekt der Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung in Kap. 6 thematisiert. Hinzugekommen sind mittlerweile einige Projekte, die im Rahmen der Sanierung entwickelt wurden (s. Kap. 3). Das spezifische Zusammenspiel der lokalen Einrichtungen und ihr Integrationsradius im Hinblick auf die Stadtteilbevölkerung werden im nachfolgenden Kapitel im teilweisen Vorgriff dennoch bereits für die gesamte Stadtteilstruktur dargestellt. Nach dem Überblick über die soziale und kulturelle Infrastruktur lässt sich an dieser Stelle zunächst der Eindruck festhalten, dass sich das bestehende Angebot auf jeweils relativ spezielle Zielgruppen richtet und stark von fürsorgenden, d.h. beratenden und helfenden Angeboten, geprägt ist. Die größten Defizite zeichnen sich jedoch weniger im Angebotsspektrum, als bei den Kapazitäten ab. Besonders für junge Menschen und Menschen anderer ethnischer Gruppen lässt sich weiterer Bedarf feststellen. Angebotslücken zeigen sich außerdem im Gesundheitssektor und in der Freizeitgestaltung der mittleren Generation.



Foto 25 Der Nachbarschaftstreff bietet fürsorgende, beratende und helfende Angebote

2.2.7 Zusammenleben im Quartier

Wie gestaltet sich die Alltagswelt der Menschen im Stadtteil? Wo bestehen nachbarschaftliche Netze und sozialer Zusammenhalt, wo dominieren Abgrenzungs- und Ausgrenzungserfahrungen? Auf der Basis von Experteninterviews mit Personen, die im Stadtteil aktiv sind oder in anderer Weise stadtteilkundig sind, hat die agis eine Kohäsionsanalyse vorgenommen (vgl. Geiling u.a. 2001, S. 177 ff.). Im

Mittelpunkt der Kohäsionsanalyse stehen die unterschiedlichen Beziehungsmuster der Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihre alltäglichen Umgangsformen und sozialen Netze, um die spezifischen Formen des Zusammenlebens, der Abgrenzung und die damit verbundenen Konfliktlinien zu identifizieren. Als Zugang wurde die Untersuchung der Institutionen, Einrichtungen und Vereine im Stadtteil gewählt. Auf dieser 'vermittelnden' Ebene bietet sich auch die Möglichkeit, das Zusammenspiel von Bewohner- und Nachbarschaften mit Vorgaben, Konzepten und Verfahrensweisen der städtischen Politik, der Verwaltungen, der Wohnungsgesellschaften und der Verbände zu untersuchen.

Differenziert wurde dabei einerseits zwischen den sozialen Lagen, in denen sich die einzelnen Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner befinden, welche sich im Wesentlichen an ökonomischen Verhältnissen orientieren und die jeweiligen Möglichkeiten und Chancen stark beeinflussen. Die andere Richtung der Differenzierung bezieht sich auf die spezifischen Mentalitäten, Arbeitsauffassungen oder Grundhaltungen, die in einer Einrichtung, einem Verein, etc. typisch sind. Die Spannweite reicht dabei von Mentalitäten, die sich am Notwendigen und Alltäglichen orientieren, über Mentalitäten, die Respektabilität erwarten, vermitteln oder leben, bis hin zu Mentalitäten des Besonderen, wo Elemente der Hochkultur gepflegt und vorausgesetzt werden. Mit Hilfe dieser beiden Differenzierungsachsen lässt sich modellhaft der lokale Raum der Vergesellschaftung aufspannen. Die im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Einrichtungen sowie weitere lokal bedeutsame Akteure können in diesem Raum verortet werden. Über die verräumlichte Darstellung werden soziale Nähen und Distanzen sichtbar. Das Ergebnis der Kohäsionsanalyse ist in Abb. 9 dargestellt.

Beschrieben werden im Folgenden zunächst die sozialen Lagen im Stadtteil Vahrenheide (die vertikale Einordnung), um im Anschluss daran die Verortung der Einrichtungen/ Akteure mit den vorgenommenen Zusammenschlüssen und Abgrenzungen (graue Felder) zu erläutern und deren Bedeutung für den Stadtteil zu analysieren.

Zonen sozialer Nähen und Distanzen im lokalen Raum der Vergesellschaftung (Institutionen, Einrichtungen, Vereine, etc.)

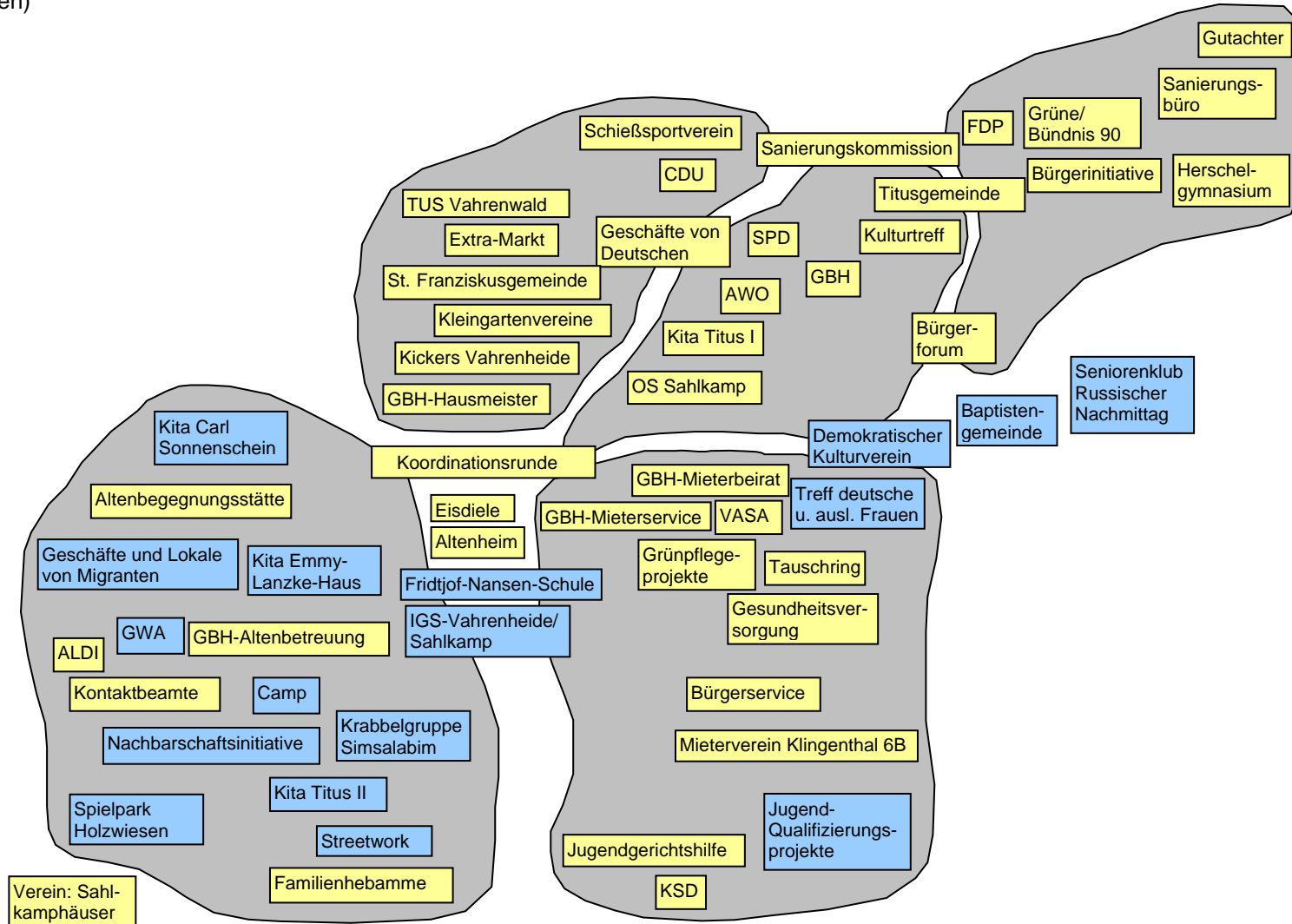
Soziale Lage
(der Klienten, Kunden,
Mitglieder, Beteiligten)

Materielle
Sicherheit
(ca. 20 %)

Bescheidene
Soziallagen
(ca. 50 %)

Armutslagen
(ca. 22 %)

Extreme Unter-
privilegierung
(ca. 8 %)



Überdurchschnittliche
Präsenz von
Migranten

Überdurchschnittliche
Präsenz von
Deutschen

Mentalitäten der Notwendigkeit

Mentalitäten der Respektabilität

Mentalitäten des Besonderen

Mentalitäten
(Anforderungen, Praktiken,
Kompetenzen, Geschmack,
Orientierungen, Sprache)

Soziale Lagen, Lebenswelten und lokale Milieus

Aufgrund der Datenanalyse und weiteren Fakten, die in Gesprächen mit Stadtteilkundigen erhoben wurden, lassen sich die sozialen Lagen annäherungsweise abschätzen: Etwa 20 % der Stadtteilbevölkerung lebt in materiell relativ gesicherten Soziallagen, etwa die Hälfte in 'bescheidenen' Soziallagen und knapp ein Drittel in Armutslagen, wovon etwa 8 % von extremer Unterprivilegierung betroffen sind. Personen in materiell gehobenen oder privilegierten Lagen finden sich kaum im Stadtteil Vahrenheide, ihr Anteil ist vernachlässigbar gering. Die Alltagswelten dieser Bevölkerungsgruppen lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

- Zu der Bewohnerschaft von Vahrenheide, die in *relativer materieller Sicherheit* lebt, zählen überwiegend eher ältere Leute, insbesondere die Menschen, die in den Aufbaujahren u.a. in die Bundesbedienstetenwohnungen in Vahrenheide-West eingezogen sind. Es leben mehr Frauen dieser sozialen Lage in Vahrenheide als Männer. Sie wohnen häufig schon sehr lange im Stadtteil und fühlen sich hier verwurzelt. Der Anteil der Migrantinnen und Migranten unter den Personen, die in relativ gesicherten materiellen Verhältnissen leben, ist gering, aber steigend. Insbesondere ein Teil der zweiten und dritten Migrantengeneration ist ins Erwerbsleben integriert und hat sich bescheidenen Wohlstand erarbeitet. Ihre Zahl unter den Eigentumswohnungsbesitzenden wächst. Sie sind in übergreifende Familien- und Nachbarschaftsnetze eingebunden und, ebenso wie viele der Deutschen dieser sozialen Lage, auch über den Stadtteil hinaus orientiert.

Frauen wie Männer dieser sozialen Lage treffen in politisch oder vereinsstrukturierten Organisationen zusammen, wie z.B. im Turn- und Sportverein Vahrenwald e.V., in der Bürgerinitiative oder im Kulturtreff. Der hohe Anteil älterer Frauen spiegelt sich teilweise in der Mitgliederstruktur der Vereine und bei Veranstaltungen in den Einrichtungen wieder. Die Frauen wirken recht selbstbewusst, einige nehmen Vorstandsposten ein oder sind politisch aktiv. Ein Teil der vielen allein lebenden älteren Frauen ist jedoch von Alterseinsamkeit betroffen. Männer engagieren sich meist erst nach der Phase der Erwerbstätigkeit im Stadtteil, zum Teil in der lokalen Politik oder in den Kirchengemeinden.

Gegenüber den Jugendlichen im Stadtteil haben viele der älteren Deutschen dieser sozialen Lage eine deutliche Distanz. In Gesprächen ist von 'Werteverfall' die Rede und dass der Stadtteil 'eh schon verkorkst' sei. Ängsten vor Überfremdung und einer verwahrlosten bzw. undisziplinierten Jugend wird mit pädagogischen und mit kulturellen Angeboten begegnet, um die gewünschte 'Normalität' herzustellen. Gleichzeitig besteht eine Distanz zu den professionellen pädagogischen Akteuren in Schulen und sozialen Einrichtungen, die sich in der Ansicht äußert, dass bereits 'zu viele Sozialpädagogen im Stadtteil herumlaufen'.

- Der größte Teil der Bewohnerschaft von Vahrenheide lebt in *bescheidenen Soziallagen*. Kennzeichnend für ihre Situation sind Arbeitsverhältnisse in den unteren Lohnsegmenten, teilweise auf dem zweiten oder dritten Arbeitsmarkt. Die älteren Menschen dieser Soziallage bestreiten ihren Lebensunterhalt von Renten, die auf einem relativ niedrigen Niveau liegen. Im Alltag leben Frauen wie Männer relativ getrennt ihre je eigenen Lebensbereiche. Männer dieser sozialen Lage treten in der Stadtteilöffentlichkeit wenig in Erscheinung. Ein Teil von ihnen arbeitet in den großen Industriebetrieben Hannovers, im Bereich städtischer Dienstleistungen oder zum Teil auch in Beschäftigungsmaßnahmen im Stadtteil. Männer mit Migrationshintergrund sind im Stadtteil vor allem durch Besuche in den ethnisch geprägten Bistros sichtbar, während sie in den Vereinen kaum anzutreffen sind. Einige Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler engagieren sich in der katholischen Gemeinde. Frauen treffen sich eher unter sich. Ein Beispiel hierfür ist die respektierte Frauenrunde eines Kleingartenvereins, in der seit über fünfzehn Jahren ca. 20 Frauen zweimal im Monat zusammen kommen und als 'der ganze Stolz des Vereins' gelten. Unter den jungen Müttern ergeben sich neue Kontakte über die Kinder, besonders in den Kindertagesstätten des Stadtteils.

Bei vielen der muslimischen Frauen und Männern in Vahrenheide ist die 'Sphärentrennung' zwischen den Geschlechtern zum Teil noch deutlicher als bei den Deutschen. Aus religiösen Gründen ist es Frauen teilweise nicht erlaubt, außerhalb der Familie mit Männern zusammenzutreffen. Daher ist ihr Aktionsradius eng begrenzt und stark an den eigenen Haushalt gebunden. Der Zusammenhalt dieser Frauen beruht auf solidarisch geprägten Beziehungen. Ihre sozialen Netze im Stadtteil knüpfen zwar an formelle Zusammenkünfte an (Sprachkurse der GWA, Demokratischer Kulturverein, Treff deutsche und ausländische Frauen), ihr Umgang ist jedoch durch persönliche Nähe charakterisiert. Gemeinsame Aktivitäten haben oft einen fürsorglich-karitativen Charakter. Migrantinnen übernehmen heute verstärkt die Rolle der Unterstützenden, auch für einige der älteren deutschen Nachbarinnen und Nachbarn.

- Knapp ein Drittel der Stadtteilbevölkerung lebt in *materiellen Armutslagen*. Als Sozialhilfebeziehende oder (Langzeit)Arbeitslose ohne Einbindung in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis müssen sie den Alltag mit ausgesprochen begrenzten materiellen Ressourcen bestreiten. Zu dieser Gruppe zählen ältere Bewohnerinnen und Bewohner ebenso wie Jugendliche, insbesondere aber kinderreiche Familien sowie Personen mit Migrationshintergrund. Die Familien, und in erster Linie die Frauen, stehen vor dem Problem, mit wenig Geld viele Kinder groß ziehen zu müssen. Sie wohnen überwiegend in Vahrenheide-Ost, mit einem besonderen Schwerpunkt im Hochhausquartier, wo beinahe die Hälfte der Quartiersbevölkerung sozialstaatliche Transferleistungen bezieht.

Ältere Frauen in prekärer materieller Situation leben in Vahrenheide häufig einsam und die Beziehungen weisen Züge von Verunsicherung und Verbitterung auf. Die Männer in Armutslagen sind in hohem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen. Sie versuchen durch Gelegenheitsjobs, kleine Reparaturarbeiten oder Tauschgeschäfte, die schmale finanzielle Basis aufzubessern. Durch den Verlust der traditionellen Ernährerrolle sind viele von ihnen verunsichert, was sowohl die Partnerschaften, aber auch die Beziehungen zu den Kindern belastet. Ist Arbeitslosigkeit kein Übergangsphänomen, wie für fast 40 % der Arbeitslosen im Stadtteil, wird aus den Verunsicherungen schnell ein brüchiges Selbstbewusstsein und Rückzugstendenzen nehmen zu. Die vielen Kinder und Jugendlichen in Armutslagen sind aufgrund der begrenzten Angebote im Stadtteil und der beengten Wohnverhältnisse vermehrt auf den Außenraum verwiesen. Es kommt häufig zu Konflikten mit der älteren Bevölkerung, denen die Kinder und Jugendliche, die draußen 'rumhängen', als 'Banden' erscheinen, die sie in ihrem Wohnumfeld nicht tolerieren wollen.

- Bei der Bewohnerschaft, die von *extremer Unterprivilegierung* betroffen ist, spitzen sich die zuvor beschriebenen Problematiken weiter zu. Neben der Belastung durch materielle Armut haben sie mit weiteren Problematiken, wie Suchterkrankungen, Gewalt- und/oder Missbrauchserfahrungen, Verwahrlosung, Überschuldung, chronische Krankheiten, psychische Störungen, Haftserfahrungen oder Obdachlosigkeit, zu kämpfen. Vor allem die Männer in diesen sozialen Milieus besitzen selten erfolgreiche Strategien, um ihre schwierige Lebenssituationen zu bewältigen. Die Alltagsbeziehungen gestalten sich häufig konflikthaft und münden aufgrund fehlender alternativer Strategien teilweise in körperliche Gewaltanwendung.

Zonen sozialer Nähe und Distanz

Im 'lokalen Raum der Vergesellschaftung' werden die beschriebenen sozialen Lagen der Stadtteilbevölkerung durch die vertikale Achse abgebildet. Die horizontale Achse wird von den unterschiedlichen Mentalitäten aufgespannt. Hintergrund ist die Feststellung, dass in den Einrichtungen recht unterschiedliche Verhaltenserwartungen oder Wertvorstellungen vorfindbar sind. Die Zuordnung der Stadtteileinrichtungen folgt der Einschätzung, welcher sozialen Lage die erreichten Mitglieder oder Beteiligten angehören und welche Mentalität dort vorherrschend ist. Ein überdurchschnittlicher Anteil von Personen

mit Migrationshintergrund ist mit blauer Einfärbung kenntlich gemacht, damit die Verteilung und damit die Einbindung dieser Gruppe im Vergesellschaftungsnetz erkennbar wird. Mittels grau hinterlegter Felder wird angedeutet, in welchen Einrichtungen Personen ähnlicher sozialer Milieus angesprochen und ähnliche Zielsetzungen oder Strategien verfolgt werden. Damit wird auch erkennbar, wo Abgrenzungen verlaufen und welche Bevölkerungsschichten nicht erreicht werden. Das sich in diesem 'lokalen Raum der Vergesellschaftung' ergebende Muster besteht aus fünf Feldern: In der oberen Hälfte liegen drei Felder, in der unteren Hälfte zwei etwas größere Felder.

- Im **Feld unten links** befinden sich vor allem Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Senioren. Außerdem gehören zu diesem Bereich die preisgünstigen Geschäfte wie Aldi und die von Migrantinnen und Migranten betriebenen Geschäfte wie Obst- und Gemüseläden, Bistros und Kioske, die in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs eine große Rolle spielen. Die Kontaktbereichsbeamten des Stadtteils erreichen ebenfalls überwiegend Bewohnerinnen und Bewohner der ärmeren sozialen Lagen und knüpfen ihrer Einstellung nach an den vorhandenen Potenzialen an. Die Einrichtungen in diesem Feld erreichen die größten Bewohnergruppen, ihre Bedeutung für den Alltag im Stadtteil ist entsprechend groß. Auffällig ist, dass sich in diesem Feld die meisten von Migrantinnen und Migranten genutzten Einrichtungen befinden. In diesem Feld dominieren außerdem die wohlfahrtsstaatlichen sozialen Einrichtungen.

- Im **Feld unten rechts** werden ebenfalls Bewohnerinnen und Bewohner aus Armutslagen erreicht. Das Gewicht ist hierbei stärker darauf gerichtet, berufliche Qualifikationen einzuüben oder in respektabler Form Interessen zu vertreten. Die Interessenvertretung im Mieterverein wird in dieser anerkannten Form beispielsweise durch Unterstützung von der GWA und der GBH ermöglicht. Auch einer Organisation wie dem Tauschring liegt eher eine Ideologie aus etablierten Kreisen zugrunde.

- Im **Feld oben links** dominieren die Traditionsvereine, die in Vahrenheide eine relativ begrenzte Reichweite auf die eher älteren Leute zeigen. Außerdem gehören hierzu die von Deutschen betriebenen wenigen Fachgeschäfte, die katholische Kirche und die CDU. In diesem Feld bewegen sich nur wenige der Personen mit Migrationshintergrund, es dominiert die deutsche Altmieterschaft. Sie haben die Stadtteilstrukturen teilweise mit aufgebaut und fühlen sich heute in die Defensive gedrängt; es zeigen sich tendenzielle Konfliktlinien zu den Kindern und Jugendlichen des Stadtteils und der 'ausländischen' Bevölkerung gegenüber. Der katholischen Kirche gelingt der Einbezug jüngerer Altersgruppen noch am ehesten, sie spricht außerdem einen Teil der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler an.

- Im **oberen mittleren Feld** befinden sich die Gruppen, die in Vahrenheide über lokale Hegemonie verfügen und eine Form von Dominanz ausüben können. Hierzu gehören die SPD, die Wohnungsgesellschaft GBH, die AWO sowie die evangelische Titusgemeinde, die insbesondere vor einigen Jahren relativ viel gesellschaftspolitischen Einfluss ausübte. Die Einrichtungen in diesem Feld haben zwar im Alltag eine relative Distanz zu der Bewohnerschaft in schwierigen und prekären Lebenslagen, sie bemühen sich aber mit verschiedenen sozialpädagogisch orientierten Aktivitäten darum, diese Menschen zu unterstützen. Insbesondere treten sie als Initiatoren oder finanzielle bzw. konzeptionelle Förderer der Einrichtungen auf, die in den unteren Feldern verortet sind.

- Im **oberen rechten Feld** finden sich politische Gruppierungen wie FDP und Bündnis 90/ Die Grünen, Einrichtungen der Bürgerbeteiligung wie das Bürgerforum und die Bürgerinitiative sowie das Gymnasium und auch das Sanierungsbüro. Hierbei handelt es sich um eine anteilmäßig sehr kleine Gruppe der Bevölkerung von Vahrenheide. Die hier engagierten Personen verfügen über besondere Kompetenzen, sprachliches Geschick und recht selbstbewusstes Auftreten. In ihrem persönlichen Alltag hat der Stadtteil und seine Strukturen für sie selbst jedoch wenig Bedeutung, sie sind eher darüber hinaus orientiert.

Auffällig sind neben den beschriebenen Feldern auch die Einrichtungen, die sich keinem Feld dieses Raumschemas zuordnen ließen oder die zwischen zwei oder mehreren Felder liegen. In den Sahl-

kamphäusern leben stark unterprivilegierte Personen, die in Zukunft eine Betreuung durch sozialpädagogisches Personal bekommen sollen (und damit in das Feld unten rechts gezogen werden). Sie werden von anderen Bevölkerungsgruppen eher gemieden. Die evangelische Baptisten-Brüdergemeinde e.V. schottet die sich gegenüber der Stadtteilöffentlichkeit ab, ebenso wie der Seniorenklub 'Russischer Nachmittag', in dem sich jüdische Kontingentflüchtlinge treffen, die sich von ihrer kulturellen Herkunft aus dem oberen Bildungsmilieu stark von den übrigen Personen mit Migrationshintergrund unterscheiden. Das Altenpflegeheim erwies sich ebenfalls als relativ autark im Stadtteil, es gibt wenig Berührungspunkte mit anderen Einrichtungen und die pflegebedürftigen alten Menschen sind kaum außerhalb des Altenpflegeheims in der Stadtteilöffentlichkeit anzutreffen. Die Eisdielen wiederum ist überregional beliebt und zieht sehr viele Leute an. Sie ist über den Stadtteil hinaus bekannt, doch eine besondere Nähe oder Bindungskraft an ein bestimmtes soziales Milieu lässt sich nicht feststellen.

Der 'lokale Raum der Vergesellschaftung' zeigt einige zentrale Verteilungen und Konfliktlinien auf, die den Stadtteil durchziehen. Im Hinblick auf die soziale Schichtung befinden sich in den unteren Regionen die Einrichtungen, die mit Migrantinnen und Migranten und auch mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, wohingegen sich im oberen Bereich die deutschen und die älteren Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner bewegen. Es zeigt sich also eine Segregations- und Konfliktlinie zwischen Alt und Jung, die teilweise mit der Unterscheidung zwischen Deutsch und Nicht-Deutsch zusammengeht. An diese Konfliktlinie sind allerdings auch unterschiedliche Machtpotenziale geknüpft. In den oberen Feldern finden sich zwar vom Bevölkerungsanteil her weniger Personen, ihnen kommt jedoch wesentlich mehr lokalpolitischer Einfluss zu.

Die Sanierungsakteure (Sanierungsbüro und Sanierungskommission) stehen eher fern von der Masse der Stadtteilbevölkerung. Insbesondere zu den Menschen in Armutslagen besteht eine große Distanz. Auch das Bürgerforum befindet sich nicht an der zentralen Stelle, die einem solchen Gremium zukommen sollte (eine Analyse des Stellenwertes der Sanierungsgremien erfolgt in Kap. 5). Eine relativ zentraler Ort kommt in dem Schema eher der Koordinationsrunde zu, da sie mit dreien der Felder Berührungspunkte aufweist, womit von dieser Runde integrierende Wirkungen ausgehen können. Der Grundschule und der Gesamtschule kommen auf der Ebene der benachteiligten sozialen Lagen ebenfalls integrierende, weil verbindende und die Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien einbindende, Funktionen zu.

Auffällig ist insgesamt, dass das gesamte Spektrum nach unten in Richtung der Armutslagen und nach links in Richtung einer Orientierung am Notwendigen verschoben ist. Das heisst möglicherweise auch, dass der Großteil der Bevölkerung von Vahrenheide mit der Bewältigung der Alltagsprobleme in einem solchen Maße gefordert ist, dass für selbstorganisierte Unterstützungsstrukturen kaum noch Raum bleibt. Dementsprechend kann es kaum verwundern, dass in diesem Stadtteil selbstorganisierte Kinderläden o.ä. Einrichtungen, die in anderen Stadtteilen Infrastrukturmängel auszugleichen vermögen, fehlen. Die Personengruppen, die über mehr Ressourcen verfügen, gehören überwiegend zur älteren Generation und in den von ihnen aufgebauten Vergemeinschaftungsstrukturen fehlt es an Nachwuchs. Den zunehmend an sozialer wie materieller Stabilität gewinnenden Migrantengruppen fehlen dagegen entsprechende öffentliche Orte und Möglichkeiten für eigene, integrierende kulturelle Repräsentanz.

2.3 Entwicklungspotenziale im Modellgebiet

Wichtige Entwicklungspotenziale, *die langfristig den benachteiligenden Tendenzen entgegenwirken können, zeigen sich im Engagement der in den sozialen Einrichtungen Beschäftigten, die im Stadtteil tätig sind.* Insbesondere im Bereich der frühkindlichen Betreuung und der schulischen Bildung sind die in den sozialen Einrichtungen Beschäftigten ambitioniert tätig. Aufgrund des erheblichen Problemdrucks schon seit vielen Jahren sind die zentralen Kindertagesstätten wie auch die IGS Vahrenheide-Sahlkamp und das Herschelgymnasium Ganztageseinrichtungen. Dies ist gerade für benachteiligte Familien eine wichtige Entlastung und wäre auch für die Grundschule eine wichtige und notwendige Einrichtung. Diese Einrichtungen praktizieren außerdem neuartige und engagierte Konzepte, die an den spezifischen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert sind (z.B. nach Bewegung oder verlässlichen Bezugspersonen). Trotz zusätzlicher Erziehungs- und Betreuungsaufgaben und schlechter räumlicher und materieller Ausstattung, leisten z.B. die Schulen eine solide Bildungsarbeit, wozu bereits seit vielen Jahren der Umgang mit neuen Medien gehört. Viele der Kinder und Jugendlichen aus Vahrenheide werden als aufgeweckt und lebendig beschrieben. Vor allem einem Teil der Mädchen wird eine relativ hohe soziale Kompetenz und Reife zugeschrieben.

Unterstützung für den sozialen Zusammenhalt bieten viele soziale Einrichtungen Vahrenheides. Sie verfügen über langjährige Erfahrungen in der Integration unterprivilegierter Gruppen oder von Migrantengruppen (z.B. Nachbarschaftsinitiative, Spielpark Holzwassen, Gemeinwesenarbeit). Bei entsprechender Sensibilisierung für diese Problematik und einer verstärkten Öffnung für die Lebensweisen der Jüngeren im Stadtteil können auch die traditionellen Sport- und Kulturvereine des Stadtteils dazu beitragen, Distanzen zu überbrücken. In dem aus ethnischen Bindungen hervorgegangenen Migrantenverein Demokratischer Kulturverein e.V. bestehen bereits nachbarschaftliche Netzwerke, deren weitere Förderung für die Integration hilfreich sein könnte.

Ein Potenzial steckt in den informellen Strukturen, die vor allem mit den lokalen Institutionen verbunden sind (Kirchen, Kindergärten, Jugendzentrum, Schulen). Sie haben über die Jahre umfangreiche Kompetenzen sozialer Integration entwickelt, insbesondere zu ansonsten nur schwer erreichbaren Bewohnergruppen (unterprivilegierte Milieus und Migranten). Im Alltag entsteht so eine relativ große soziale Nähe zu der Bewohnerschaft. Seit 1976 existiert außerdem eine übergreifend tätige, sogenannte Koordinationsrunde, in der die meisten Vertreter lokaler Einrichtungen regelmäßig zusammenkommen, sich austauschen und gemeinsame Aktionen oder kleine Projekte vorbereiten.

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GBH kann durch ihre zentrale Stellung im Stadtteil ebenfalls Entwicklungspotenziale für den Stadtteil bieten. Bei einem Teil der Stadtteilbewohnerschaft hat sie ein schlechtes Image, da ihr alle Versäumnisse der Vergangenheit angelastet werden. Mittlerweile wurde eine GBH-Geschäftsstelle vor Ort eingerichtet, wodurch die alltägliche Arbeit stärker bewohnerorientiert geworden ist. Außerdem beginnt die Wohnungsbaugesellschaft seit einigen Jahren damit, Projekte im Bereich der sozialen Arbeit und der Beschäftigung zu fördern. Es gibt im Wohnumfeldbereich (Grünpflege, Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten, Nachbarschaftshilfe) verschiedene Beschäftigungsinitiativen, die von großer Bedeutung sind. Durch eine Vernetzung von Initiativen auf der gesamtstädtischen Ebene (Arbeitsverwaltung, Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Handwerkskammer) könnten arbeitssuchenden Vahrenheidern zukünftig verstärkt profitieren. Die hohe Dichte sozialer Problemlagen (Sozialhilfe, Belegrechtswohnen) und die zunehmenden sozialen Spannungen zwischen unterschiedlichen Bewohnergruppen lassen einen besonderen Handlungsbedarf entstehen, der nur bei fachressortübergreifender Zusammenarbeit konzeptionell zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Situation zu lösen ist.

Der Versuch, die Monostruktur der alles dominierenden Wohnungsgesellschaft GBH aufzubrechen, geschieht auf zwei Wegen: über Eigentumsbildung (geplanter Verkauf der Terrassenhäuser und neue,

preiswerte Einfamilienhäuser) und über genossenschaftliche Wohnprojekte (VASA). Beide Strategien sollen die lokale Bindung der Bewohner erhöhen und eine positive Identifizierung mit dem Stadtteil fördern. Vor allem viele Migrantenfamilien sind am Erwerb von Eigentum im Stadtteil interessiert. Gerade sie stellen schon heute ein wichtiges stabilisierendes Element für den Stadtteil und seine lokale Ökonomie dar.

Der Stadtteil bietet aufgrund seines hohen Anteils an Grün- und Freiflächen Entwicklungskapazitäten. In direkter räumlicher Nähe liegen zudem große Freiflächen zur Naherholung wie der Silbersee, zahlreiche Kleingartenkolonien und die Vahrenwalder Heide. Innerhalb der Wohnquartiere wurde in den letzten Jahren das monofunktionale Abstandsgrün zwischen den Zeilenbauten an vielen Stellen durch Mietergärten aufgelockert. Es gibt zahlreiche Spielplätze und grüne Nischen, die teilweise gut angenommen werden. Von den Bewohnern werden als herausragende Eigenschaft des Stadtteils immer wieder seine Grünflächen benannt. Da die Verkehrsanbindung gut ist, könnte der Erholungswert am Stadtrand stärker hervorgehoben und ausgebaut werden.

Zeilenbauten sowie Reihenhausbauweise dominieren das städtebauliche Bild, nur im Südosten gibt es die verdichtete Hochgeschossbauweise. Durch den geplanten Rückbau des Klingenthals kann sich eine Aufwertung der Zeilenbauten ergeben. Die nachbarschaftlichen Verhältnisse sind in den Zeilenbauten mit sechs bis neun Mietparteien je Hauseingang noch relativ überschaubar. Insbesondere die Gruppe ältere deutscher Traditionsmieter, aber auch viele Bewohner mit Migrationshintergrund pflegen nachbarschaftliche, familiäre oder freundschaftliche Kontakte im Stadtteil. Verwandtschaftliche oder freundschaftliche Bindungen haben für einen Teil der neu hinzuziehenden Bewohnerschaft einen hohen Stellenwert¹⁷. Allerdings sind die alltagskulturellen Fremdheiten stark belastet und brüchig geworden. Der Tendenz zur Verinselung sollte durch entsprechende vergemeinschaftende Impulse nach Möglichkeit entgegengewirkt werden.

¹⁷ Im Rahmen einer wissenschaftlichen Expertise beschreiben 49 % der Befragten das Verhältnis zu den Nachbarn im Haus als gut, 36 % haben ein undifferenziertes oder anonymes und nur 12 % ein schlechtes Verhältnis zu ihren Nachbarn (vgl.: Herlyn 1986, S. 45 f.). Konfliktpunkte sind i.d.R. Hausflurreinigung, eine für die Wohndichte zu geringe Dimensionierung von Hausmüllsammelbehältern, eine hohe Nutzungsbelastung von Freiflächen, quantitativ unzureichende Papierkörbe, fehlende Sperrmüllsammelbehälter etc.. Diesen Konflikten kann durch Beratung entgegen gewirkt werden.

2.4 Fazit

Historische Entwicklung

Die Rekonstruktion der Siedlungsentwicklung Vahrenheides von 1956 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt offenbart den Stadtteil als ein städtebauliches Vorhaben, das von Beginn an mit Problemen zu kämpfen hatte, die - teilweise zu unrecht - bis heute das Image Vahrenheides prägen.

In Vahrenheide - so der Eindruck - wurden Probleme lange verschleppt. Viele Gutachten seit Mitte der 80er Jahre haben auf konkrete Problemsituationen hingewiesen. Umgesetzt sind bisher jedoch nur wenige Verbesserungsvorschläge. Dabei ging von der städtischen Politik, Verwaltung und Wohnungsgesellschaft in der kurzen Historie des Stadtteils immer wieder ein bevormundender Umgangsstil aus: Einige wenige setzten voraus, planten und entschieden, ohne die Bewohnergruppen befragt zu haben. Neben den Entscheidungen 'über die Köpfe hinweg' gehörten auch die Mängelsituationen (die Wohnungsausstattung, das Wohnumfeld oder die Infrastruktureinrichtungen betreffend) zu den alltäglichen Erfahrungen der Bewohnerschaft (vgl. Kap. 2.1).

(Räumlich-bauliche) Monofunktionalität - Gebiets- und Wohnstrukturen

In den 50er Jahren lag auf der Landeshauptstadt ein erheblicher Siedlungsdruck: Vahrenheide *sollte die Kernstadt von der damaligen großen Wohnungsnachfrage entlasten*. So wurde daher in kurz aufeinanderfolgenden Bauphasen eine Vielzahl von Wohnungen im Stadtteil errichtet. Das Wohngebiet entstand ohne kleinteilige Nutzungsmischung vornehmlich in drei- bis viergeschossiger Zeilenbauweise. In den 70er Jahren kam kurzzeitig der Glaube an das 'Geschosswohnen' bei den Planern auf (so war der Stadtteil ursprünglich für 26.000 Einwohner gedacht), und es entstanden einige Hochhauskomplexe in Plattenbauweise. Das Gebiet ist somit als typisch monofunktionales Wohngebiet der 60er Jahre mit einigen 70er Jahre-Erweiterungen 'als Hannovers erstes Großsiedlungsexperiment mit Vorortcharakter' erhalten geblieben.

Indem benachteiligte Bevölkerungsgruppen in großer Zahl nach Vahrenheide verwiesen wurden, wurde gleichzeitig die Gesamtstadt von Personen in schwierigen Lebensumständen¹⁸ entlastet. Diese wohnungspolitische Praxis hatte bis vor kurzem Bestand. Zur Zeit wird versucht, eine gegenläufige Bewegung einzuleiten. *Verbunden damit hatte Vahrenheide von Anfang an ein 'Imageproblem'*, wie viele andere Großwohnsiedlungen auch (vgl.: Gibbins 1988, S.123 f.). Über all die Jahre ist aber dennoch eine Wohnzufriedenheit der Bewohnerschaft feststellbar bei durchaus realistischer Einschätzung von Defiziten und Mängeln ('man arrangiert sich halt'). Parallel dazu ist jedoch die lokale Medienberichterstattung tendenziell immer wieder derart negativ, dass der in der übrigen Stadt herrschende 'Ruf Vahrenheides' ('eine schlechte Adresse') den Stadtteilbewohnern immer wieder vor Augen geführt wird (vgl. Kap. 2.1).

Auf der städtebaulich-räumlichen Ebene zeigt sich eine *Ambivalenz zwischen beengten und großzügig imposanten Strukturen*. Beengte räumliche Verhältnisse finden sich z.B. in den kleinen Wohnungen oder in den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Deren Entfaltungsmöglichkeiten sind daher begrenzt, insbesondere wenn die Wohnverhältnisse keinen Ausgleich bieten. Großzügig imposante Strukturen dominieren teilweise die äußere Architektur (Hochhäuser, überdimensionale Kirchenbauten, breite Straßenkreuzungen). Die Größe behindert hier das Entstehen von Zugehörigkeits- und Geborgen-

¹⁸ Allein Erziehende, Kinderreiche, Kriegsversehrte, ehemaligen Obdachlosen sowie in Laubenkolonien oder Flüchtlingslagern lebende Menschen und andere.

heitsgefühlen.

In Vahrenheide überwiegen Kontraste: Relativ gleichförmige Strukturen stehen unvermittelt, oftmals durch breite Straßen oder die Straßenbahntrasse getrennt, nebeneinander (Gewerbegebiet, Kleingartengebiet, Militärgebiet, Naturfläche/Expoparkplätze und Wohnbebauung). Auch die Wohnbebauung weist in kleinräumigen Bereichen eine gleichförmige und voneinander abgegrenzte Dreiteilung auf (Einfamilienhausgebiete, Zeilenbauten, Hochhaus(Komplexe), zwischen denen deutliche Atmosphärenwechsel spürbar sind. Die öffentlichen Plätze liegen teilweise wenig genutzt und sehr verstreut im Stadtteil, der keinen eindeutigen Mittelpunkt hat. Auch der Vahrenheider Markt erfüllt keine integrierende Funktion (vgl. Kap. 2.2.4).

Zusätzlich belastend für die Bewohnerschaft wirkte sich *die Vernachlässigung des öffentlichen Wohnungsbestandes* aus. Die überwiegend kleinen, schlichten Wohnungen weisen aus heutiger Sicht einen relativ einfachen Standard auf. Dennoch sind die Mieten vergleichsweise hoch (siehe Ausführungen zur GBH in Kap. 2.1). Seit 1992 wurden Programm zur Sanierung entwickelt und mit Beginn der Sanierung fortgeführt (bis 1994 waren noch fast 1.000 Wohnungen mit Einfachverglasung und/oder ohne Zentralheizung ausgestattet, im Jahr 2000 waren es noch nahezu 450 Wohnungen, Quelle: Datenmaterial der GBH 2000). Bauliche Mängel sind Grund für alltägliche Ärgernisse. In Gesprächen wurde insbesondere von langjährigen Mietern beklagt, dass Wohnungen, die von anderen Mietern vernachlässigt wurden, nun zügiger saniert werden als die von ihnen in Eigenleistung instand gehaltenen eigenen Wohnungen. Es entsteht somit bei Teilen der Bewohnerschaft immer mal wieder der Eindruck, dass die Wohnungsgesellschaft zu schleppend auf vorhandene Mängelsituationen reagiert. Da es nur eine beschränkte Anzahl großer Wohnungen im Stadtteil gibt, die mit dem 'Rückbau' des Klingenthal weiter reduziert werden, sind kinderreiche Familien gezwungen, sich alternativen Wohnraum im übrigen Stadtgebiet zu suchen. Auch kommt es zu einem schleichenden Wegzug von besser situierten Mietern aufgrund eingeschränkter Wohn- und Wohnumfeldqualitäten (vgl. Kap. 2.2.5).

Lokale Ökonomie

In einem Gutachten der Industrie- und Handelskammer 1961 wurden die Vahrenheider überwiegend als 'Kleinverdiener' mit relativ geringer Kaufkraft eingestuft. Die Ansiedlung notwendiger Geschäfte und Handwerksbetriebe verlief entsprechend zögerlich. Bis heute existiert *keine ausreichend stabile lokale Ökonomie* zur Deckung des täglichen Bedarfs. Es fehlen Möglichkeiten zum Verweilen (ansprechende Gastronomie) und zur Kommunikation. Die Gewerbe- und Branchenstruktur hat sich, auch aufgrund der die Planung des Stadtteils leitenden Idee der Trennung von Wohnen und Arbeiten sowie der für Geschäftsleute unattraktiven Bevölkerungsstruktur, nicht entwickelt. Damit geht einher, dass kaum Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden können. So entstanden in Vahrenheide mehrere räumlich separierte und untereinander kaum vernetzte 'Teilökonomien', quasi als 'Versorgunginseln' mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Die Arbeitsplatzeffekte in der Ladenzeile und am Vahrenheider Markt werden als gering eingeschätzt (ca. 100 Beschäftigte). Das angrenzende Gewerbegebiet (ca. 150 Betriebe mit überwiegend geringen Beschäftigtenzahlen) spielt für den Stadtteil nur eine marginale Rolle, da die Betriebe (über)regional ausgerichtet und wenig arbeitsintensiv sind (Speditionsbetriebe, Lager- und Schauhallen). Hinsichtlich des Arbeitsplatzangebotes ist der wohlfahrtsstaatliche Sektor (Kitas, Schulen, Altenheime, Gesundheits- und soziale Einrichtungen des Stadtteils), in dem ca. 400 Personen arbeiten, bedeutsamer. Zum wohlfahrtsstaatlichen Sektor muss auch die Wohnungsgesellschaft GBH gezählt werden, die Versorgung mit Wohnraum für benachteiligte Bewohnergruppen gewährleistet und von der Effekte bei handwerklichen, baulichen Maßnahmen und bei der Wohnungsvermittlung, Verwaltung und Betreuung ausgehen können (vgl. Kap. 2.2.3).

Bewohnerinnen und Bewohner

Der Fortzug der bessergestellten Mieter, der schlechte bauliche Zustand der vielen nur dürftig ausgestatteten Wohnungen sowie die Belegungspolitik von Wohnungsunternehmen und Verwaltung steigerte die bereits große Zahl von Bewohnern in schwierigen Lebenssituationen. Im Vergleich mit anderen hannoverschen Stadtteilen zeigt sich, dass sich in Vahrenheide die insgesamt höchste räumliche Konzentration von Personen in schwierigen Lebensumständen¹⁹ herausgebildet hat (vgl.: Buitkamp 2001). Damit hat Vahrenheide eine seiner ursprünglichen Funktionen, die Entlastung der Gesamtstadt von unliebsamen Bewohnergruppen, erheblich ausgeweitet (vgl. Kap. 2.2.1).

In Vahrenheide bezieht mehr als jede/r sechste Bewohner/in Sozialhilfe und jede/r Sechste ist erwerbslos. Damit verbundene Probleme der Alltagsbewältigung und der Überforderung von Nachbarschaften werden zusätzlich durch alltagskulturelle Fremdheiten verstärkt. Nahezu ein Drittel der Bewohner besitzen keinen deutschen Pass. Es gibt viele alte und junge Menschen und viele Familien, die Gruppe der 'mittleren Jahrgänge' fällt hingegen gering aus. Es ist der Verdienst aktiver Bewohner/innen und engagierter Mitarbeiter/innen in den lokalen Einrichtungen und Initiativen, dass nachhaltige Störungen des Zusammenlebens bisher zumeist verhindert werden konnten.

Soziale Infrastruktur

Die sozialen und kulturellen Einrichtungen des Stadtteils beziehen sich in ihren Praktiken weitgehend auf unmittelbare Näheöffentlichkeiten, wo Formen der Kinder-, Jugendlichen- und Familienbetreuung häufig im Kontext sozialer Prekarität praktiziert werden. Die Angebote und Aktivitäten für die unterschiedlichen sozialen (Alters)Gruppen sind vielfältig und sehr engagiert. Viele der Einrichtungen sind allerdings *durch personelle und räumliche Mängelsituationen sowie durch die beständige Suche nach neuen oder zusätzliche Projektmitteln stark belastet*. Soziale Einrichtungen wie Jugendtreff, Spielpark oder Kulturtreff wurden oftmals erst auf Druck von engagierten Bürgern und Bürgerinnen eingerichtet und teilweise immer wieder vor der Schließung bewahrt. Durch Sparmaßnahmen und Stellenbefristungen ist die notwendige Stabilität und Kontinuität gefährdet. Es gibt kaum ansprechende und vielfrequentierte Gesellungsorte oder Treffpunkte (vgl. Kap. 2.2.6 und 2.2.7).

Dennoch steckt gerade im Engagement der in den sozialen und kulturellen Einrichtungen Tätigen ein wichtiges Entwicklungspotenzial, das langfristig den benachteiligenden Tendenzen entgegenwirken könnte, insbesondere im Bereich der frühkindlichen Betreuung und schulischen Bildung oder integrierender Altenpflege bei entsprechenden investiven und nichtinvestiven Maßnahmen über die Sanierung hinaus. Dem Umgang mit der lebendigen Vielfalt der verschiedenen Lebenswelten sowie der Energie und Ausdauer, mit der die sozialen Akteure die Standards der Lebensqualität und der Beziehungen im Stadtteil mehr oder minder erfolgreich zu verbessern suchen, ist mit erheblichem Respekt zu begegnen. Die in den sozialen (wohlfahrstaatlichen) und kulturellen Einrichtungen Tätigen bemühen sich zu fördern statt zu bevormunden, an den Stärken und nicht an den vermeintlichen Schwächen der Menschen anzuknüpfen (vgl. Kap. 2.3).

Vahrenheide verfügt über liebenswerte Qualitäten, die von nicht wenigen Bewohnerinnen und Bewohnern als äußerst attraktiv bewertet werden. Der Stadtteil hat viele Frei- und Grünflächen, die von Kindern, Familien und alten Menschen durchaus geschätzt werden. Es haben sich im Stadtteil Familien, Verwandtschafts- und Bekanntschaftsnetze gebildet (informelle soziale Netze), die für einen Teil der Bewohnerschaft große Bedeutung haben und zur sozialen Stabilität beitragen.

¹⁹ Kinderreiche Familien, Kinder und Jugendliche, alte Menschen, Männer mit biographischen Brüchen, junge Menschen in Erwerbslosigkeit usw.

Die Bevölkerung von Vahrenheide zeichnet sich durch den hohen Anteil von jungen Menschen und Familien aus. Nur ein Viertel der Bewohnerschaft ist in Erwerbstätigkeit eingebunden. Das bedeutet, dass im Bereich von Kinder- und Jugendarbeit und im Freizeitsektor ein hoher Bedarf besteht für den das bestehende Angebot nicht hinreichend ist. Treffpunkte, Kommunikations- wie Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sind für den hohen Anteil der Menschen, die ihren Alltag im Stadtteil leben, notwendig. Bestehende Fremdheiten könnten so abgebaut und stabilisierende Netze geknüpft werden. Damit könnte Vahrenheide ein der Bewohnerstruktur entsprechendes Profil als familienfreundlicher Stadtteil ausbauen

3. Entwicklungsziele und integrierte Handlungskonzepte

3.1 Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl

Die Auswahl von Vahrenheide-Ost als Sanierungsgebiet im Jahr 1997 und zwei Jahre später als Modellstadtteil im Bund-Länder-Programm 'Soziale Stadt' hat eine relativ lange 'Vorgeschichte'. Grundsätzliche Kritik an den städtebaulichen Strukturen gab es in der Vergangenheit immer wieder. 1973 wurde erstmals öffentlich die monotone Architektur des Stadtteils und das zugrundeliegende Konzept der Gartenstadt als überholt kritisiert. Zu diesem Zeitpunkt wurde gerade der Vahrenheider Markt als neues Stadtteilzentrum fertig, ebenso wie auch der weit sichtbare Hochhauskomplex Klingenthal. Ein zweites Problemfeld entstand von Beginn an durch latente Alltagskonflikte zwischen den respektablen Milieus der 'Aufbaugeneration' und sogenannten 'sozialen Randgruppen'. Letztere wurden von Beginn an in überdurchschnittlicher Zahl in den öffentlich geförderten Wohnungsbeständen, insbesondere der GBH, konzentriert. Diese Konzentration von Personen oder Familien in schwierigen Lebensumständen erhöhte sich mit den Jahren und war 1980 der Anlass für eine grundsätzliche Kritik an der Praxis der Wohnungszuweisung durch das Amt für Wohnungswesen. Mitarbeiter der Koordinierungsrunde Vahrenheide, ein Zusammenschluss aus Beschäftigten sozialer Einrichtungen sowie aus Vereinen und Initiativen, machten auf die sich daraus ergebenden sozialen Folgen für das Zusammenleben im Stadtteil aufmerksam: „Aufgrund der massiven Zuweisung (...) ist hier eine äußerst bedenkliche Sozialstruktur entstanden. Neben statistisch nicht oder nur schwer erfassbaren großen Personengruppen wie Alkoholikern, psychisch Kranken, Arbeitslosen, alleinerziehenden Mütter und Vätern usw. hat Vahrenheide mit wohl unübertroffenen vierzehn Prozent einen sechs mal so hohen Sozialhilfeempfängeranteil wie das restliche Stadtgebiet“ (unveröffentlichtes Schreiben der KO-Runde vom 16.9.1980). Trotz der offensichtlichen Probleme blieb die extrem hohe Konzentration städtischer Belegrechte im GBH-Wohnungsbestand bestehen und erhöhte sich weiter. Zu Beginn der Sanierung lag die Belegrechtsquote in Vahrenheide-Ost bei durchschnittlich 87 Prozent. Das Gebiet hatte sich zum stadtwweit größten, räumlich zusammenhängenden Armutsquartier entwickelt. Insbesondere im Hochhausquartier mit einer Belegrechtsquote von 91 Prozent bezogen fast die Hälfte der Bewohnern sozialstaatliche Transfers (Hilfe zum Lebensunterhalt, Arbeitslosengeld). Die besondere Problematik der GBH-Hochhäuser hatte schon 1982 einen informellen Kreis von Stadtplanern und Lokalpolitikern sowie den damaligen Stadtbaurat veranlasst, über eine erheblich Reduzierung der Geschoszahl oder gar über einen Abriss nachzudenken. Zu diesem Zeitpunkt standen die Hochhäuser noch keine zehn Jahre.

Die städtebaulichen und sozialen Problematiken in Siedlungen wie Vahrenheide-Ost sind dann durch die gesamtdeutsche Diskussion um die notwendige 'Nachbesserung von Großsiedlungen' Mitte der 80er verstärkt ins Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit gelangt. In der Stadt Hannover wurde in diesem Zusammenhang 1985 eine Pilotstudie in Auftrag gegeben mit dem Titel 'Konzeption zur Verbesserung des Wohnumfeldes einer typischen Siedlung der 70er Jahre' (G. Nagel, 1985). Von Bedeutung ist diese Studie, weil erstmals die Wohnquartiere in Vahrenheide-Ost als mögliches Sanierungsgebiet abgegrenzt wurden. Dieses Gutachten bestätigt außerdem die vorherige Kritik der Koordinierungsrunde an der Belegungspraxis. Werde diese Praxis beibehalten, werde sich das Hochhausquartier im Südosten des Stadtteils tendenziell zu einem 'Armutsetto' entwickeln (Nagel 1985, S. 67). „Nur eine komplexe Sanierung bietet die Chance einer nachhaltigen Verbesserung des Wohnwertes“ (ebenda, S. 71). Das Gutachten enthielt neben der Gebietsabgrenzung bereits ein erstes Sanierungskonzept und eine Kostenberechnung. Ein förmliches Sanierungsverfahren wurde zu diesem Zeitpunkt aufgrund fehlender Finanzmittel bzw. anderer Prioritäten der öffentlichen Hände nicht eingeleitet.

Zu Beginn des Jahres 1989 griff der Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide die Sanierungsplanungen wieder auf und forderte vom Rat der Landeshauptstadt Hannover, Vahrenheide offiziell als Sanierungsgebiet

auszuweisen. Im Juni 1989 beschloss der Stadtrat vorbereitende Untersuchungen gemäss § 141 BauGB durchzuführen.

Dazu wurde im März 1990 das Büro 'argeplan Hannover' beauftragt. Es bezog sich wie schon zuvor das 'Nagel-Gutachten' auf die Wohngebiete in Vahrenheide-Ost. Dieses Gebiet umfasst 81,5 ha mit

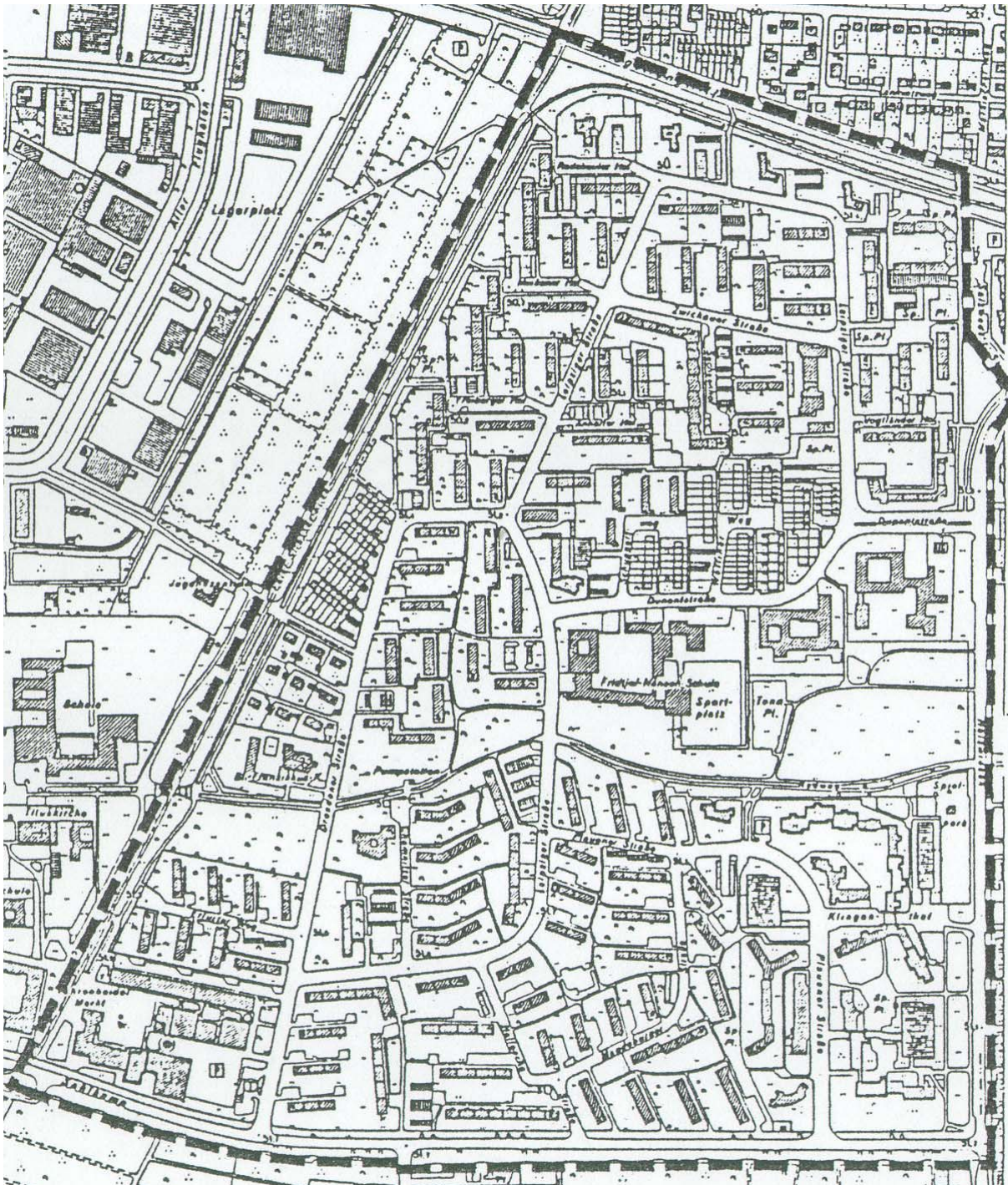


Abb. 12 Karte des Sanierungsgebietes, Quelle: argeplan 1990

damals 8.700 Einwohnern in 3.640 Wohneinheiten, die fast alle im Eigentum der GBH waren (vgl. argeplan 1990, S. 3). Durch die veränderte politische Situation nach dem Fall der innerdeutschen Grenze

im Herbst 1989 verzögerte sich jedoch das weitere Verfahren. Die erhebliche Zuwanderung verschärfte den Druck auf den hannoverschen Wohnungsmarkt, entschärfte jedoch die Leerstandsproblematik der GBH, besonders im Hochhausgebiet von Vahrenheide-Ost. Die 1994 vorgelegten Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung bestätigten die grundsätzliche Eignung des Instruments einer städtebaulichen Sanierung. Dementsprechend wurde eine an den baulichen Strukturen orientierte Gebietsabgrenzung vorgenommen. Sie umfasste die Gesamtheit der Wohnquartiere von Vahrenheide-Ost, einschließlich der umgebenden Hauptverkehrsstraßen. Innerhalb dieses Gebietes sollte lediglich der zentrale Grünzug ausgenommen sein, die dort gelegene Fridjof-Nansen-Grundschule, ein Altenpflegeheim (DRK) sowie zwei Reihenhausergebiete.

Aufgegriffen wurden die Sanierungspläne erneut 1997, als die 'Arbeitsgruppe Bau' der SPD-Ratsfraktion ein gesamtstädtisches Konzept zur Sanierung der hannoverschen Großwohnanlagen aus den 70er Jahren vorlegte. Dass eine Sanierung in Vahrenheide-Ost zum wiederholten Male auf die Tagesordnung kam, forcierte ein sozialdemokratischer Politiker, der seit vielen Jahren im Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide tätig ist, im hannoverschen Stadtrat, in der 'Arbeitsgruppe Bau' sowie im Aufsichtsrat der GBH. Zu diesem Zeitpunkt war im Stadtplanungsamt ein Stadtteilentwicklungsprogramm für Vahrenheide-Ost und den angrenzenden Stadtteil Sahlkamp entwickelt worden, auf dessen Grundlage kommunale Initiativen im Rahmen des Hannoverprogramms 2001 gebündelt werden sollten. Ausgehend von diesen Vorarbeiten entstand bis zum Mai 1997 durch einen späteren Geschäftsführer der GBH sowie durch einen Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes ein neukonzipiertes, integratives Sanierungskonzept. Dies entsprach auch den Vorstellungen des Sozialministeriums, das die Maßnahme mit diesen Qualitäten als Modellprojekt der in Vorbereitung befindlichen Gemeinschaftsinitiative 'Soziale Stadt' fördern wollte.

Die durch das integrierte Handlungskonzept erfolgte Erweiterung der ursprünglich städtebaulich orientierten Sanierung um Maßnahmen einer sozialen Stadterneuerungspolitik hatte jedoch keine Revision der ursprünglichen Gebietsabgrenzung zur Folge. In Niedersachsen gilt weiterhin das bisherige Städtebau- und Sanierungsrecht. Danach können nur förmlich festgelegte Sanierungsgebiete zu Fördergebieten werden, was auch für die Programmgebiete 'Soziale Stadt' gilt. Die von der Stadt vorgenommene Gebietsabgrenzung ist entsprechend der baulich notwendigen Modernisierungsmaßnahmen sinnvoll, nicht jedoch den Zusammenhalt im Stadtteil zu stärken und alltägliche Abgrenzungen zu überwinden. Denn gerade die dadurch nicht zum Sanierungsgebiet gehörigen Einfamilienhausgebiete im Stadtteil werden von sozialen Milieus bewohnt, die ein wichtiges Potenzial für Bewohnerengagement und integrative Strategien darstellen könnten. Die räumlichen Sanierungsgrenzen unterstreichen hingegen bereits bestehende soziale Grenzziehungen und Ressentiments. Die städtebaulich orientierte Gebietsabgrenzung erscheint speziell auf die Sanierung von Vahrenheide-Ost bezogen nicht zwingend. Denn der Anlass für die Sanierung sind nicht primär baulich-städtebauliche Defizite, sondern *„Problemlagen, die sich aus der benachteiligten Situation der Bevölkerung im Gebiet ergeben“* (Sanierungsbüro Vahrenheide-Ost 2000, S. 11). Aus der Sicht des Landes Niedersachsen steht das Erfordernis der förmlichen Festlegung einer in jeder Hinsicht zweckmäßigen Abgrenzung des Sanierungsgebietes nicht entgegen, da durch das Gesetz die Sanierungsmaßnahme als Instrument zur Behebung auch sozialer Missstände anerkannt ist.

Noch im Jahr 1997 wurde die Sanierungssatzung durch den Rat der Stadt Hannover verabschiedet und insgesamt 30 Millionen DM für eine auf 10 Jahre angelegte Sanierung bewilligt. In der Öffentlichkeit wurde auf geplante Stadtteiltreffs verwiesen, auf attraktive Grünzüge und private Mietergärten, auf Geschäftszentren mit 'Markthallencharakter' sowie auf eine enge Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Bewohnern (vgl. NP 18.6.1997). Bereits für das nächste Jahr wurde die Wahl einer Sanierungskommission geplant, in der Ratsmitglieder und Bürger zusammen über die wesentlichen Sanierungsbelange entscheiden sollten. Im Januar 1998 erfolgte die rechtsverbindliche Festlegung des Sanierungsgebietes

in Vahrenheide-Ost.

Ein Jahr später, 1999, beschloss der Bund mit den Ländern die Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Art. 104 a Absatz 4 Grundgesetz). Das Land Niedersachsen, vertreten durch das Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, erhielt weiterhin Bundeshilfen für städtebauliche Maßnahmen von rund DM 9,2 Mio. Erstmals jedoch stellte der Bund zusätzliche Finanzhilfen von rund DM 9,4 Mio. für das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zur Verfügung. In der Kabinettsvorlage vom Oktober 1999 wurden die niedersächsischen Städte und Gemeinden aufgefordert, ein auf Fortschreibung ausgelegtes, gebietsbezogenes, integriertes, stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept für mögliche Fördergebiete aufzustellen. „Das Handlungskonzept (Planungs- und Umsetzungskonzept sowie Kosten- und Finanzierungsübersicht) soll zur Lösung der komplexen Probleme zielorientierte integrierte Lösungsansätze aufzeigen, alle Maßnahmen zur Erreichung der Ziele, auch die anderer Bau- und Finanzierungsträger, erfassen sowie die geschätzten Ausgaben und deren Finanzierung darstellen“ (Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Kabinettsvorlage Az.: 301.1-21205.1.99, S. 3).

Die Landeshauptstadt Hannover (das Stadtplanungsamt) reichte Anträge zur Förderung von zwei Stadtteilen im Rahmen des Programms 'Soziale Stadt' ein. Die Anträge enthielten jedoch nicht die geforderten umfassenden Informationen. Daraufhin erteilte der Oberbürgermeister an die Verwaltung den Auftrag, innerhalb von zwei Wochen vollständige Handlungskonzepte zu erstellen und nachzureichen. Um diese arbeitsaufwendige und kurzfristige Anforderung umsetzen zu können, wurde die Arbeit auf zwei verschiedene Ämter verteilt. Das Amt für Wohnungswesen wurde mit der Ausarbeitung eines Handlungskonzeptes für den Stadtteil Mittelfeld betraut (das Amt betreut dort große Wohnungsbestände), das Stadtplanungsamt für den Stadtteil Hainholz. Bei der Darstellung der komplexen lokalen Probleme konnte sich das Amt für Wohnungswesen auf eine gerade 1999 fertig gewordene Stadtteilanalyse stützen (Geiling/Schwarzer 1999). Bei der endgültigen Auswahl der niedersächsischen Gebiete wurde Mittelfeld Programmgebiet 'Soziale Stadt' innerhalb der Landeshauptstadt Hannover, Hainholz wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgewählt.

In Niedersachsen bestanden zu diesem Zeitpunkt Erfahrungen auf dem Gebiet der klassischen Sanierung mit integrierten Ansätzen. Keine Erfahrungen gab es jedoch mit einem umfassenden integrierten Handlungskonzept und dessen Umsetzung. Aufgrund des neuartigen integrierten Handlungskonzeptes und der bereits modellhaft eingeleiteten Sanierung in Vahrenheide-Ost wurde dieser Stadtteil vom Land als niedersächsisches Modellgebiet 'Soziale Stadt' ausgewählt. Trotz dieser Auswahl erhält Vahrenheide-Ost keine Städtebaufördermittel aus dem Programm 'Soziale Stadt', da es bereits seit zwei Jahren aus Städtebaumitteln des Landes Niedersachsen und der Stadt Hannover gefördert wird.

3.2 Chronologie zum Programm 'Soziale Stadt' im Modellgebiet

Die Phase der Gutachten: Wohnumfeldverbesserungen und neue soziale Einrichtungen

1985 Gesprächskreis Vahrenheide-Ost' gegründet, um den Stadtteil gemeinsam attraktiver zu machen, bestehend aus Bürger/innen, Stadt, Polizei, Parteien und GBH (vgl. HAZ 9.1.1992)

1985 Pilotstudie von Günter Nagel 'Konzeption zur Verbesserung des Wohnumfeldes einer typischen Siedlung der 70er Jahre' (Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur der Universität Hannover)

1986 Gutachten des Lindener Baukontors zu 'Gemeinschaftseinrichtungen in Vahrenheide Süd-Ost'

1986 Interessengemeinschaft von Anwohnern und Gewerbetreibenden am Vahrenheider Markt gegründet, um die Attraktivität des Marktplatzes zu steigern

1986 'AG Wohnumfeldverbesserung' gegründet

1987 Sozialwissenschaftliche Expertise von Ulfert Herlyn, Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie der Universität Hannover

1987 Gutachten des Büros 'Planbox' zur Umnutzung einer Hochgarage als zentrales Gebäude für wohlfahrtstaatliche Einrichtungen 'vor Ort' (Gemeinwesenarbeit, Diakonie, Kindertagesstätte, GBH, usw.)

1987 Gutachten von Günter Nagel zum Thema 'Kinderspiel in Hannover Vahrenheide'

1987 Wohnungswirtschaftliche Expertise der awos GmbH (Bochum)

1988 Gutachten von Hille von Seggern u.a. zu 'Aufenthaltsmöglichkeiten von Jugendlichen'

1989 Der Bezirksrat fordert den Rat der Stadt auf, eine Vorbereitende Untersuchung in Auftrag zu geben und Vahrenheide als Sanierungsgebiet auszuweisen

1990 Vorbereitende Untersuchung zur geplanten Sanierung durch das Büro 'argeplan Hannover'. Festgestellt wird die grundsätzliche Eignung des Instruments einer städtebaulichen Sanierung sowie eine hohe Mitwirkungsbereitschaft von Bürgern und lokalen Akteuren an der Durchführung einer Sanierungsmaßnahme

1994 Vorstudie 'Soziale Brennpunkte' von Ulfert Herlyn und Klaus Selle im Auftrag des Niedersächsischen Sozialministeriums

1995 Voruntersuchung des Lindener Baukontors und des Architekturbüros 'pk-nord' (Thermie-Projekt der Stadtwerke Hannover AG)

Die Phase der Investitionen und der Beginn der Sanierung

1996 Investitionen im Rahmen des 'Hannoverprogramm 2001'. Innerhalb von fünf Jahren werden 7,5 Mio. DM für Projekte in Vahrenheide und im Nachbarstadtteil Sahlkamp zur Verfügung gestellt (3,5 Mio. für energetische Wohnungssanierungen, 4 Mio. für den Umbau des Kulturtreffs sowie einen Stadtteilbauernhof im Stadtteil Sahlkamp).

1997 Städtebaufördermittel von 30 Mio. DM für die Sanierung von Vahrenheide beschlossen, verteilt über 10 Jahre. Der Rat der Stadt Hannover beschließt die Sanierungssatzung.

21.1.1998 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

1.2.1998 offizieller Beginn der Sanierung

1998 Aufnahme der Arbeit des Sanierungsbüros

1998 Erste Sitzung der Sanierungskommission in der Fridtjof-Nansen-Grundschule

1998 Erste Sitzung des Bürgerforums im Tagungsraum der GBH (Plauener Straße)

Die Phase der Wohnungspolitik und der Projektentwicklung

1998 Beginn des Projektes 'Drecksarbeit'

1999 Gründung der GBH-Tochter 'GBH Mieterservice Vahrenheide GmbH'. Es entstehen 30 Arbeitsplätze für Bewohner aus dem Stadtteil, die etwa ein Viertel aller anfallenden Reparatur- und Renovierungsarbeiten in den

GBH-Wohnungen ausführen sollen

1999 Start des Projektes 'Bürger-Service' (Einkäufe, Besorgungen, Hilfe im Haushalt für Alte, Kranke, Bedürftige sowie bei Reparaturen und Renovierungen)

1999 Zeitliche Aussetzung von einen Teil der Belegrechte im Sanierungsgebiet (Freistellung von 809 Wohnungen, im Jahr 2001 folgten weitere 992 Wohnungen)

1999 Der Aufsichtsrat der GBH beschließt das gesamtstädtische Konzept 'GBH 2010' zur sozialen Stabilisierung besonders belasteter Wohnbereiche (Entflechtung und Aufwertung sozial belasteter Quartiere, Ankauf von jährlich 228 Belegrechtswohnungen im Altbestand, Neubau von 200 Wohnungen in sozial besser situierten Stadtteilen)

1999 Der Rat der Stadt beschließt das gesamtstädtische 'Aktionsprogramm Wohnen in Hannover' zur Aufwertung und Entflechtung sozialer Brennpunkte, zur Gewinnung neuer Belegrechte und zur Sicherstellung der zukünftigen Wohnraumversorgung für bedürftige Haushalte

1999 Gutachten des Lindener Baukontors zur Umgestaltung der Ladenzeile Plauener Straße

1999 Erste Gesprächsrunde mit Gewerbetreibenden und Eigentümern des Vahrenheider Marktes

1999 Erste und bisher einzige Sitzung des Forums 'lokale Ökonomie' (Verbände, Politik, kommunale Wirtschafts- und Arbeitsförderung, Arbeitsamt, Beschäftigungsträger, lokale Gewerbetreibende)

1999 Arbeitsbeginn der Anwaltsplanerin (480 Stunden pro Jahr = 10 Stunden pro Woche)

1999 Gründung des selbstverwalteten 'Förderverein für Leben und Arbeiten im Stadtteil' (FLAIS).

2000 Start der Projekte 'Pro Sauber' (Nachfolgeprojekt von 'Drecksarbeit'), 'Grüne Boten', 'Tauschring' und 'Fundgrube'

2000 Zustimmung der Sanierungskommission zum Verkauf von GBH-Häusern (Plauener Straße 29-35) auf der Grundlage von Veräußerungsgrundsätzen (Beschlussdrucksache vom 15.05.2000)

2000 Gutachten von Rudnick, Rudnick & Partner zur Sanierung der sogenannten 'Sahlkampfhäuser' (GBH, Hannover 1999) abgeschlossen sowie Beginn eines Gutachtens zur Situation der Senioren im Stadtteil

2000 Aktualisierung des Konzeptes 'GBH 2010'

2000 Vergabe des Auftrags einer Sozialstrukturanalyse an das Universitätsinstitut agis

2000 Gutachterverfahren zu den Hochhäusern Klingenthal 2-6b und 7 sowie zum Wohnumfeld aus Städtebaufördermitteln und Eigenmitteln der GBH

2000 Zustimmung der Sanierungskommission zu den Umbauplänen der Ladenzeile Vahrenheider Markt (1,2 Mio. DM Sanierungsmittel). Die Eigentümerin der Ladenzeile, die 'Union Boden', verkauft die Geschäfte an die bisherigen Pächter, die Wege an die Stadt

3.3 Entwicklung und Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes

Das '*Aktionsprogramm integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost*' - Ansätze für eine soziale Stadterneuerungspolitik (nachfolgend Aktionsprogramm genannt) lag im Mai 1997 vor und wird intern als ein qualitativer 'Sprung' bewertet. Denn das beteiligte Wohnungsunternehmen GBH und der offizielle Sanierungsträger (Stadt Hannover, Stadtplanungsamt) erarbeiteten ein gemeinsames Produkt und planen zusammen die Umsetzung des entworfenen Projektes. Wie oben bereits ausgeführt, war die Erarbeitung eines neuartigen, integrierten Handlungskonzeptes zwingend notwendig. Nur durch ein derartiges Sanierungskonzept konnte die Verwendung von DM 30 Mio. öffentlicher Mittel für die Stadteilerneuerung Vahrenheide-Ost legitimiert werden. Entsprechend war das Aktionsprogramm, in Form einer Anlage, auch wesentlicher Bestandteil für den Beschluss des Stadtrates, Vahrenheide als Sanierungsgebiet auszuweisen.

Bei der Arbeit am neuentwickelten Aktionsprogramm wurden als Grundlage die vielen zum Gebiet Vahrenheide-Ost vorliegenden Expertisen, Gutachten und Berichte sowie Sozial- und Wohnungsdaten der

Verwaltung und der GBH berücksichtigt. Als zentrale Grundlagen wurden dem Aktionsprogramm zwei Anlagen beigelegt. Zum einen die bereits oben erwähnte 'Vorbereitende Untersuchung' des hannoverschen Büros argeplan (4/1990), die zeitlich jedoch sieben Jahre zurücklag. Zum anderen das ebenfalls schon erwähnte Hannoverprogramm 2001, ein Sonderinvestitionsprogramm im Vorfeld der EXPO, das die Stadt 1995 vorgelegt hatte. Das für die Projektplanung entwickelte Stadtteilentwicklungsprogramm Vahrenheide und ein Sachstandsbericht über die Umsetzung wurde 1996 vom Rat der Stadt beschlossen (vgl. LHH, Beschlussdrucksache 1085/9). Insgesamt 100 für die Stadtentwicklung wünschenswerte Projekte wurden damals unabhängig von der EXPO gefördert, jedoch erst durch die EXPO finanzierbar. Für die Stadtteile Vahrenheide und Sahlkamp bedeutete das konkret DM 7,5 Mio. für insgesamt sechs Projekte. Drei Projekte bezogen sich direkt auf den Stadtteil Vahrenheide und umfassten eine Förder-summe von insgesamt DM 5 Mio.: für energetische Sanierung von Wohngebäuden, für die Modernisierung eines Gebäudes, in dem der Kulturtreff Vahrenheide neu eingerichtet wurde, sowie für eine Reihe von Zukunftswerkstätten mit Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil.

Eingebunden ist das Aktionsprogramm außerdem in ein gesamtstädtisches Zielkonzept gegen zunehmende sozialräumliche Segregation. Dazu beschloss der Rat der Landeshauptstadt Hannover 'Gemeinsame Leitlinien für die Kommunale Wohnungspolitik' (vgl. LHH Beschlussdrucksache 2569/1999). Die beschlossenen Grundsätze beruhen auf zwei Konzepten, die als Anlagen dem Beschluss beigelegt sind. Das Amt für Wohnungswesen entwickelte im 'Aktionsprogramm Wohnen in Hannover' Strategien zur Aufwertung und Entflechtung sozialer Brennpunkte, zur Gewinnung neuer Belegrechte und zur Sicherstellung der zukünftigen Wohnraumversorgung für soziale Bedarfsgruppen in der LHH. Analog dazu zielt das Konzept 'GBH 2010' auf eine soziale Stabilisierung der besonders belasteten Wohnungsbestände der GBH.

Das Ziel des übergreifenden 'Aktionsprogramms Wohnen' ist es, die Anzahl von ca. 33.000 Belegrechtswohnungen in der Stadt möglichst dauerhaft zu sichern. Sie dienen schon seit langem nicht mehr der Wohnraumversorgung 'breiter Schichten der Bevölkerung' (II. WoBauG), sondern von sozial benachteiligten Mieterinnen und Mietern. Da die Zahl der Belegrechtswohnungen in den nächsten Jahren um voraussichtlich 7.000 Wohneinheiten (vgl. LHH, Beschlussdrucksache 2569/99) bis ca. 10.000 Wohneinheiten abnehmen wird (vgl. planlokal 1997), ist eine weitere räumliche Konzentration benachteiligter Milieus in den verbleibenden Beständen absehbar. Dies betrifft Vahrenheide mit der stadtweit höchsten Quote an Belegrechtswohnungen in besonderem Maße. Als Gegenstrategie zu diesen Entwicklungen wollen Stadt und GBH sogenannte 'soziale Brennpunkte räumlich entflechten', auf der Grundlage integrativer Handlungsprogramme aufwerten sowie in einem möglichst breit verteilten Bestand von preiswerten Wohnungen (neue) Belegrechte mobilisieren. Bei der Umsetzung dieser Ziele hat der Sanierungsprozess in Vahrenheide eine Pilotfunktion, ebenso wie auch Mittelfeld, ein Programmgebiet 'Soziale Stadt' in Hannover.

3.4 Ziele, Leitbilder, Entwicklungskonzepte und Strategien

Gesamtstädtische Ziele, Leitbilder und Konzepte

Seit dem Jahr 1998 legt die Landeshauptstadt Hannover jedes Jahr einen 'Lagebericht zur Stadtentwicklung' vor. Darin wird betont, dass Stadtentwicklungspolitik auf der Grundlage von Zielen organisiert wird, die nahezu untrennbar in ihrer Gesamtheit die Stadt prägen sollten (vgl. Lagebericht 1998c, S. 112). Benannt werden allgemeine, gesamtgesellschaftliche Werte, wie die einer *solidarischen Stadt*, wie die *Gleichstellung* von Mann und Frau sowie der *interkulturellen Gemeinsamkeit und Toleranz*.

Diesen Ziele sind fünf allgemeine Leitbilder zugeordnet:

Starker Standort: Hannover soll auch im europäischen Maßstab ein konkurrenzfähiger Standort für Arbeit und Wirtschaft sein, um die Lebensgrundlage der Menschen in der Region sichern zu können. Denn nur eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadt könne ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen bzw. finanzieren.

Ausgleich statt Spaltung: Hannover verstehe sich als Stadt des sozialen Ausgleichs, wo verschiedene Lebensformen und Lebensperspektiven gleichberechtigt nebeneinander stehen. Wer auf öffentliche Unterstützung angewiesen sei, dürfe nicht ausgegrenzt werden. Nur so sei ein selbstbestimmtes Leben aller möglich.

Urbane Lebensqualität: Hannover ziele nicht nur auf ein qualitativ hochwertiges Kultur- und Freizeitangebot, sondern auch auf das gesamte Wohnumfeld: die Stadt als Garten sei gelebte Philosophie. Bildung, Verkehr und Sicherheit sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen aller Einwohnerinnen und Einwohner orientieren.

Nachhaltigkeit: Hannover orientiere sich bei allen Projekten der Stadtentwicklung zwar auch an gegenwärtiger Qualität und Nützlichkeit, aber nicht mehr auf Kosten künftiger Generationen. Die Ressourcen der Stadt sollen schonend entwickelt und erhalten bleiben.

Vernetztes Denken: Hannover verstehe sich als Teil der Region. Eine erfolgreiche Entwicklung sei nur gemeinsam zwischen Landeshauptstadt und Region denkbar. Regionale Vernetzung werde modellhaft entwickelt.

Die Initiative des Bundes und der Länder für das Programm 'Soziale Stadt' gab in der Landeshauptstadt Hannover den Anstoß, das allgemeine Ziel einer '*solidarischen Stadt*' näher zu bestimmen. Dies erfolgte in Form eines gesamtstädtischen 'Leitprogramms zur Förderung der sozialen Stadtteilentwicklung' (vgl. LHH 2001, unveröffentlichtes, internes Papier, Stand 8.02.2001). Unter der Federführung des Referates für Stadtentwicklung wurde dieses 'Leitprogramm' zwischen den einzelnen städtischen Verwaltungen abgestimmt und von den Dezernenten in der 'Steuerungsrunde Soziale Stadt' billigend zur Kenntnis genommen. Bisher ist dieses Leitprogramm aber noch nicht als Informationsdrucksache oder Beschlussdrucksache offiziell verabschiedet. Trotz dieses vorläufigen Charakters verdeutlicht es die derzeit allgemein akzeptierten Leitgedanken einer dezentralen, sozialen Stadtteilentwicklung innerhalb der Verwaltung.

Der Ansatz des Bund-Länder-Programms 'Soziale Stadt' wird in diesem 'Leitprogramm' als grundlegend in Übereinstimmung mit den Zielen der Stadtentwicklungspolitik in Hannover gesehen. Strategische Anknüpfungspunkte gäbe es zu folgenden städtischen Programmen: 'Wohnen in Hannover', 'Stadt als sozialer Lebensraum', Agenda 21-Prozess sowie Stadtentwicklung 2001 bis 2005 (insbesondere die Projekte 'Ausgleich statt Spaltung', 'Urbane Lebensqualität' und 'Demokratische Teilhabe').

Betont wird in dem bisher vorliegenden Entwurf die zunehmende Bedeutung einer effektiven ressort- und fachübergreifenden Konzeptentwicklung und Koordination (Vernetzung), speziell in Bezug zur Stadtteil- und Quartiersebene. Stadtteil- und Quartiersentwicklung wird als ein grundsätzliches, wichtiges Thema und Handlungsfeld der Stadtentwicklungspolitik des sozialen Ausgleichs mit vielfältigen, unterschiedlichen Strategien, Konzepten und Ansätzen bezeichnet. Segregationsprozesse in der Stadt müssten aufgegriffen und mit einer ausgewogenen Politik des sozialen Ausgleichs beantwortet werden. Dies gelte insbesondere in Stadtteilen und Quartieren mit erkennbaren Entwicklungsdefiziten. Das Ziel einer solchen Politik des sozialen Ausgleichs sei die dezentrale Verbesserung der Lebenslagen und der sozialen Stabilität.

Konkret soll das Thema 'Soziale Stadt' in Hannover mehr dezentrale Sozialräume umfassen als diejenigen Gebiete, die explizit durch das Bund-Länder-Programm 'Soziale Stadt' gefördert werden. In das

gesamtstädtische Leitprogramm für eine soziale Stadtteilentwicklung sollen in den nächsten Jahren neben dem Modellgebiet Vahrenheide-Ost und den Programmgebieten Mittelfeld und Hainholz auch Stöcken und Linden-Süd einbezogen werden. Diese Stadtteile sollen nach dem Konzept der integrierten Stadtteilentwicklung durch einen gebündelten Ressourceneinsatz und ein besonderes Quartiersmanagement verstärkt gefördert und entwickelt werden. Dazu werden derzeit Stadtteilentwicklungskonzepte erarbeitet. Darüber hinaus ist vorgesehen, diese Stadtteile mit einer 'erhöhten Aufmerksamkeit' zu begleiten.

Das Thema 'Soziale Stadt' soll in Hannover als 'integrierte Stadtteilentwicklungspolitik' umgesetzt werden und zielt darauf,

„die Organisationen und Kräfte, Kompetenzen und Ressourcen, die auf der lokalen Ebene (Stadtteil, Quartier) verfügbar sind bzw. hierfür gewonnen werden können (städtische Dienstleistungen, freie Träger, die Politik, private Organisationen, Bürgerinnen und Bürger), so zu konzentrieren und zu vernetzen, dass hier – im Rahmen der Möglichkeiten – die größte soziale Wirksamkeit erreicht wird“ (Programm zur Förderung der sozialen Stadtentwicklung, 2/2001, S.4).

Unter sozialer Wirksamkeit wird die Verbesserung der persönlichen Existenzgrundlagen, der menschlichen Beziehungen, der gesellschaftlichen Teilhabe sowie die Stabilität des örtlichen Gemeinwesens verstanden. Sie sei dabei bezogen auf Individuen, Lebensgemeinschaften und Bevölkerungsgruppen sowie auf den Stadtteil oder das Quartier als einem spezifischen Sozialraum (Milieu, Soziales Klima, Identität).

Als zentraler Punkt des dezentralen stadtpolitischen Ansatzes von 'Sozialer Stadt' wird die spezifische Förderung eines Stadtteils bzw. Quartiers mit den Potenzialen des Stadtteils bzw. Quartiers verstanden. Dies schließe auch gezielte Impulse 'von außen' ein, wenn verloren gegangene Potenziale oder Lebenskräfte wieder aufgebaut oder gestärkt werden müssen. Es komme darauf an, durch einen gezielten Mitteleinsatz in Verbindung mit einer effektiven Koordination (integrierte Stadtteilentwicklung) die bestmögliche Wirkung für eine 'soziale Stadt im Kleinen' zu erzielen.

Eine integrierte Stadtteilentwicklungspolitik könne aber nicht die effektive Entwicklungspolitik der unterschiedlichen Fachressorts sowie eine abgestimmte, städtische Strukturpolitik ersetzen. Stadtteilentwicklungspolitik sei eine notwendige und wichtige Ergänzung gesamtstädtischer Politik. In diesem Rahmen müsse sie ihre Möglichkeiten entfalten und darstellen, aber auch ihre Grenzen reflektieren. Es sei notwendig, dass Stadtteilentwicklungspolitik deutlich macht und herausarbeitet, welche Konzepte, Ansätze und Projekte im lokalen Zusammenhang die besten Wirkungen erzeugen. Eine soziale Stadtteil- und Quartiersentwicklung solle in Zukunft an drei zentralen Leitkriterien ausgerichtet werden:

- gezielte Förderung von Stadtteilen und Quartieren mit besonderen sozialen Problemlagen;
- Ausschöpfen von Potenzialen aus dem Stadtteil für den Stadtteil;
- Umsetzung des Konzepts der integrierten Stadtteilentwicklungspolitik für den Stadtteil.

Ausgehend von den Zielen und Leitkriterien sollen in Zukunft sozialräumlich sinnvoll abgrenzbare Stadtteile bzw. Quartiere unter Heranziehung von Indikatoren für eine besondere Förderung ausgewählt werden.

Als primäre Indikatoren für eine Beurteilung der Lebenslagen von Stadtteilen bzw. Quartieren werden die Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur genannt, die Erwerbs- und Einkommenssituation, die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen, die lokale Wirtschaftsstruktur sowie die sozialen und kulturellen Einrichtungen bzw. Dienstleistungen. Weitere sinnvolle Indikatoren können ergänzend auch die Mieter-

struktur sein, die Bildungssituation, die Gesundheitslage, die Wohnstruktur und -dichte, die Wohnungsausstattung, die (halb)öffentlichen Freiräume und Freiflächen (Wohnumfeld) sowie die Nahversorgung.

Für die auszuwählenden Stadtteile bzw. Quartiere sind aufgrund der jeweils unterschiedlichen historischen Entwicklung, städtebaulichen Situation, gewachsenen Strukturen, Infrastrukturbedingungen und Lebenslagen der Bevölkerung spezifische Stadtteilentwicklungskonzepte zu erarbeiten. Durch eine Vorabschätzung der lokalen Situation und der erforderlichen Komplexität sind die jeweiligen Stadtteile mit Hilfe von fünf Kategorien zu behandeln: normale Betreuung, erhöhte Aufmerksamkeit, besonderes Quartiersmanagement, 'klassische Sanierung' und integrierte Stadtteilentwicklung ('Soziale Stadt').

Die spezifischen Programme zur Stadtteilentwicklung sollen sich sowohl von ihren Organisationsstrukturen und Kooperationsformen, als auch bei der Planung von Projekten und Maßnahmen, auf acht Handlungsfelder beziehen: Wohnen, Wohnumfeld, städtebauliche Erneuerung, lokale Wirtschaftsstruktur, soziale, kulturelle und bildungsbezogene Infrastruktur, Umwelt, besondere integrative Handlungsansätze (wie etwa Gewaltprävention) sowie Bürgermitwirkung und Stadtteileben.

Ziele, Leitbilder und Konzepte für die integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost

Das 'Aktionsprogramm integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost' ist durch sechs Themenfelder gegliedert. Nach der einleitenden Darstellung zentraler Entwicklungen und Probleme im Stadtteil (Kap. 1. Situation) und einer Gebietscharakteristik (Kap. 2.) ist Kap. 3 mit 'Ziele und Leitbild' überschrieben.

Der Ausgangspunkt des Kapitels 'Ziele und Leitbilder' ist die Lebenssituation der Bewohnerschaft in Vahrenheide-Ost. Sie wird durch einen enormen Verlust an Einkommens-, Einfluss- und Erfahrungschancen charakterisiert, die als die drei Dimensionen sozialer Ungleichheit bezeichnet werden. Daher müsse es das *Ziel* einer integrativen Stadtteilentwicklung sein, diesem Prozess entgegenzuwirken und Vahrenheide-Ost langfristig zu stabilisieren (S. 3). Dies setze ein integratives Konzept der kleinräumigen Stadterneuerung voraus.

„Der bisher durch die Monofunktion des Wohnens geprägte Stadtteil muss hin zu weiteren Nutzungen, insbesondere für Beschäftigung, Kultur und Kommunikation geöffnet werden. Dabei sind stärker als bisher städtebauliche, soziale und wirtschaftliche Handlungsfelder miteinander zu verbinden, mit dem Ziel, eine Verbesserung von Umwelt und Wohnqualität, eine Stabilisierung der Bewohnerstruktur sowie die Verbesserung der sozialen und kulturellen Stadtteilarbeit zu erreichen“ (Aktionsprogramm S. 3).

Problematisch sei, dass die Verluste an Handlungschancen von Teilen der Bewohnerschaft erheblich sind und eine kurzfristige Wiedergewinnung nicht in Aussicht stehe.

Die im Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchung (5/1990) umrissenen 'klassischen' städtebaulichen Maßnahmen (Verbesserung von Wohnungen, Gebäuden, des Wohnumfeldes und der technischen Infrastruktur) sollen durch die Stärkung von Einkommenschancen (Arbeitsmarkt und Beschäftigung), von Einflusschancen (soziale Infrastruktur) sowie durch die Verbesserung von Erfahrungschancen (Bürgerpartizipation und Bürgeraktivierung) „im Rahmen eines zwischen den verschiedenen Trägern vereinbarten Konzeptes verfolgt werden“ (S. 5).

Der gemeinsam durch die Landeshauptstadt Hannover und die GBH initiierte Erneuerungsprozess wird in eine über Jahrzehnte praktizierte Tradition des sozialen Ausgleichs eingeordnet (S. 2). Um den Erneuerungsprozess integrativ umsetzen zu können, soll eine enge Verknüpfung mit den vorhandenen Einrichtungen der Betreuung und Beteiligung gesucht werden, konzeptionell mit den verschiedenen

Verwaltungsressorts. Dazu sei eine gemeinsame Struktur integrativer Vernetzung notwendig.

Die anzustrebende 'Öffnung des Gebietes' zielt vor allem auf zwei Handlungsfelder. Zum einen soll eine stärkere Nutzungsmischung durch Umnutzungen, Nachverdichtungen und kleinräumige Beschäftigungsangebote erreicht werden. Zum anderen wird eine schrittweise Aufwertung des Stadtteils angestrebt, um zu einer veränderten sozialen Bevölkerungsmischung zu gelangen. Dem soll eine Lockerung der Zuzugsbedingungen dienen (Modifikation bzw. Wegfall von Belegungsbindungen), aber auch andere Nutzungs- und Eigentumsformen (private Eigentümer, Mietergenossenschaften).

Das Aktionsprogramm stellt auf insgesamt 19 Seiten alle Themen einer komplexen, integrierten Sanierung dar. Die vorteilhafte kompakte Darstellung ist aber insofern nachteilig, als dass lediglich Leitbegriffe formuliert werden, die nicht näher erläutert werden. Dem Verlust an sozialen Chancen (Einkommen, Einfluss, Erfahrungen), so wird argumentiert, müsse durch ein Eröffnen von lokalen Handlungschancen begegnet werden (Beschäftigung, Kultur, Kommunikation). Dem Problem sozialer 'Schließungen' sollen demnach 'soziale Öffnungen' entgegen wirken. Unterschieden wird dabei zwischen dem Eröffnen von sozialen Handlungschancen für die Bewohner sowie dem Öffnen des Stadtteils für eine stärkere Nutzungsmischung und eine veränderte 'soziale Mischung'. Für beide 'Mischungen' wird jedoch kein anzustrebendes 'Bild' entworfen. Genauso bleiben die ebenfalls verwendeten Leitbegriffe wie 'sozialer Ausgleich' oder 'integrative Vernetzung' abstrakt. In den nachfolgenden, konkreter werdenden Kapiteln taucht dann als produktive Hoffnung für den Sanierungsprozess ein weiterer Leitbegriff auf. Es ist das latent formulierte Ziel, die 'Bewohnerschaft' zur Selbstorganisation und darauf aufbauend zur Selbstverwaltung von Wohnungen bzw. lokalen Initiativen, Projekten und Einrichtungen zu befähigen.

3.5 Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen

Handlungsfelder

Das Aktionsprogramm umfasst in Kap. 4 unter der Überschrift 'Handlungsansätze und Schwerpunkte' vier Unterkapitel, in denen das integrierte Handlungsprogramm näher entfaltet wird: *Städtebauliche Sanierung, Aus-, Fortbildung und Beschäftigung, Bürgerpartizipation und Bürgeraktivierung sowie soziale und kulturelle Infrastruktur.*

Städtebauliche Sanierung: Die städtebauliche und technische Sanierung von Vahrenheide-Ost soll vor allem eine Aufwertung der besonders vernachlässigten Teile des Wohnungsbestandes und der Geschäftszentren ermöglichen. Konkret benannt wird die notwendige Betonsanierung der Hochhäuser, energetische Sanierungen durch Wärmedämmung und Erneuerung der Heiztechnik, die Verbesserung der Hauseingangssituationen sowie die Verbindung mit dem Wohnumfeld, das für kulturelle bzw. kommunikative, soziale oder ggf. gewerbliche Nutzung gestaltet werden soll. Das übergeordnete Ziel einer stärkeren Nutzungsmischung zwischen Wohnen und Arbeiten soll durch die Umnutzungen bestehender Wohnungen für soziale und gewerbliche Zwecke, für Einrichtungen der Bewohner sowie durch die Ansiedlung von nichtstörendem Gewerbe erreicht werden. Durch die Umgestaltung des Wohnumfeldes sollen außerdem bessere Aneignungsmöglichkeiten entstehen (Mietergärten u.ä.). Das erhebliche Arbeitsvolumen für die genannten Sanierungsmaßnahmen soll für die Bewohner zumindest befristete Beschäftigungsangebote eröffnen bzw. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten. Mit Hilfe städtebaulicher Maßnahmen (Ausbau und Ergänzung von Räumlichkeiten) sollen außerdem sektorale Angebote (Kinder-, Jugend- und Altenbetreuung, Ausbildung und Beschäftigung) mit Querschnittsaufgaben (Gemeinwesenarbeit, Bewohnerorganisationen usw.) verbunden werden. Bei den baulichen Planungen sollen die Betroffenen einbezogen werden. Erprobt werden soll außerdem eine schrittweise die Übertragung der Selbstverwaltung zentraler Einrichtungen an geeignete Bewohnerorganisationen.

Aus-, Fortbildung und Beschäftigung: Im Wohnquartier verankerte Beschäftigungsmöglichkeiten bekä-

men sowohl für die Stadt (geringere Transferleistungen) als auch für die Wohnungswirtschaft (sichere Mietzahlungen) eine immer größere Priorität. Für die Umsetzung dieser schwierigen Aufgabe in einem reinen Wohngebiet werden insbesondere drei Anknüpfungspunkte genannt: das angrenzende Gewerbegebiet, die Geschäftszentren sowie das Wohnungsbaununternehmen GBH als größter Eigentümer und Investor im Stadtteil. Genutzt werden sollen die umfangreichen Investitionen in den Gebäudebestand und in das Wohnumfeld, um wenigstens befristete Arbeitsangebote zu schaffen, aber auch dauerhafte Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Vorgesehen ist die Schaffung eines lokalen Beschäftigungsträgers (getragen von Stadt, sozialen Organisationen und GBH) und die Unterstützung durch die kommunale Wirtschaftsförderung. Dieser Träger soll die Aktivitäten in diesem Handlungsfeld ergänzen und koordinieren sowie informelle Ansätze der Selbsthilfe und der nachbarschaftlichen Unterstützung fördern. Als besondere Zielgruppe werden Jugendliche erwähnt. Besonders für sie sollen Aus- und Fortbildungsangebote geschaffen und dabei eng mit der zentral im Stadtteil gelegenen Schule kooperiert werden.

Bürgerpartizipation und Bürgeraktivierung: Als erster Schritt soll eine intensive Einbindung der Bewohnerschaft in die grundlegende städtebauliche Konzeptdiskussion erfolgen. Eine Voraussetzung dazu seien bewohnergetragene Organisationen. Sie sollen gestärkt oder neu geschaffen werden, um die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsstrukturen auszubauen (auch bei den Wohnungsunternehmen). Bauliche Maßnahmen an Gebäuden, Wohnungen oder im Wohnumfeld sollen durch kleinräumige Beteiligungsstrukturen begleitet und im Konsens mit der betroffenen Bewohnerschaft entwickelt werden. Eventuell benötigte Räume für die Organisation von Bewohnergruppen will die GBH bei Bedarf zur Verfügung stellen. Es wird die Hoffnung geäußert, dass die während der Phase der baulichen Maßnahmen entstehenden Bewohnerorganisationen durch Partizipationserfahrungen später Teile der Hausverwaltung selbst übernehmen könnten. Ähnliche Entwicklung ermögliche auch die neue Stadtteilgenossenschaft, der die GBH geeignete Wohnungsbestände verkaufen will. Bei einem erfolgreichen Partizipationsprozess sollen Möglichkeiten der Selbstverwaltung von Häusern sowie von gewerblichen oder sozialen Projekten erprobt werden.

Soziale und kulturelle Infrastruktur: Die Stadt Hannover habe in den vergangenen Jahren bereits in wesentlichem Umfang stabilisierende Angebote und Maßnahmen im Stadtteil installiert. Trotzdem seien die vorhandenen Angebote den Problemlagen nur in einzelnen, speziellen Segmenten gerecht werden und viele lokale Einrichtungen könnten keine weiteren Aufgaben übernehmen. Da der sozialen und kulturellen Infrastruktur aber eine zentrale Bedeutung während der integrierten Sanierung zukomme, soll das Angebot durch mindestens zwei konkrete Projekte gestärkt werden (ein neuer Jugendtreff und ein Stadtteilzentrum in einem umgebauten Gebäude). Als Ziel für dieses Handlungsfeld werden Maßnahmen formuliert, die geeignet sein sollen, Einstellungen zu verändern, soziale Spannungen abzubauen, Eigenkräfte zu stärken und die Identifikation mit dem Quartier zu fördern. Insbesondere Jugendliche sollen durch Angebote und neue Erfahrungen bei der aktiven Gestaltung ihrer Lebenssituation unterstützt werden. Durch eine räumliche Verlagerung und eine Weiterentwicklung des Kulturtreffs Vahrenheide soll diese gruppenübergreifende Einrichtung zur Verzahnung sozio-kultureller Angebote verschiedener Träger und Organisationen beitragen.

In Kap. 5 des Aktionsprogramms werden die aufzubauenden *Organisationsformen* näher charakterisiert. Für die Umsetzung des integrativen Ansatzes sei eine entsprechend integrative Organisationsform mit dem Ziel eines koordinierten und zeitnahen Einsatzes sämtlicher finanzieller Ressourcen erforderlich. Zur notwendigen Aktivierung und Beteiligung wird ein offenes, unabhängiges Stadtteilforum thematisiert. Ihm sollen alle im Stadtteil aktiven und aktivierbaren Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen angehören. Organisiert, koordiniert und inhaltlich begleitet werden soll dieses Forum durch unabhängige Anwaltsplanung und politische Mandatsträger aus dem Quartier. Hier sollen auch die Ent-

scheidungen einer Stadtteilkommission (Sanierungskommission) vorbereitet werden. Die Delegation politischer Verantwortung an eine solche Kommission mit de facto Entscheidungskompetenz soll aufgrund der guten Erfahrungen mit Sanierungskommissionen in der Vergangenheit übernommen werden. Neben der Besetzung durch Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil sollten auch maßgebliche politische Mandatsträger, örtliche Gewerbetreibende und Vertreter der Wohnungsunternehmen berücksichtigt werden. Als Verbindung zu den Partizipationsstrukturen im Stadtteil wird die Einbeziehung von Anwaltsplanung bzw. anderen hauptamtlichen Moderatoren als sinnvoll angesehen.

Am Ende des Aktionsprogramms (Kap. 6) werden die erforderlichen Kosten und Finanzierungen dargestellt. Als 'oberstes Gebot' (S. 16) wird die Bündelung und ein koordinierter Einsatz sämtlicher finanzieller Ressourcen genannt. Erwähnt werden Städtebaufördermittel, Wohnungsbaumittel, Mittel für energetische Sanierung, soziale und kulturelle Infrastruktur, städtische Eigenanteile, Mittel für ABM und Existenzgründer sowie gezielt einzuwerbende zusätzliche Mittel wie z.B. EU-Fördermittel. Der 1990 in der Voruntersuchung vom Büro argeplan kalkulierte Kapitalbedarf von ca. DM 25,5 Mio. Städtebaufördermitteln wird als nicht ausreichend eingeschätzt. Unberücksichtigt geblieben seien aus heutiger Sicht notwendige Maßnahmen, die zusätzliche Mittel von 58 Mio. DM erforderlich machen würden, wodurch insgesamt eine Summe von DM 78,6 Mio. veranschlagt wird:

Insgesamt ca. DM 52,5 Mio. für die energetische Sanierung und Modernisierung von ca. 650 Wohneinheiten im 60er Jahre Bestand (27 Mio.), für die Betonsanierung der Hochhäuser (10 Mio.), für die Modernisierung der Gebäude der Genossenschaft VASA (2,8 Mio.) sowie für die Modernisierung eines Stadtteilzentrums (7 Mio.), einer Jugendeinrichtung (2,2 Mio.) und eines Quartierszentrum (1 Mio.).

Insgesamt ca. DM 17,2 Mio. für sonstige Ordnungsmaßnahmen (Bewohnerumzüge, Abbruchkosten, Spiel- Grünflächen, Fuß-/Radwege, Erschließungsanlagen und vor allem Bewirtschaftungsverluste (5,7 Mio.).

Insgesamt ca. DM 6,1 Mio. für Grunderwerb (Fuß-Radwege, Ladenzentrum, Ergänzungsgebiete, sonstige Bodenordnung).

Insgesamt ca. DM 2,8 Mio. für Sanierungsvorbereitungen (städtebauliche Planungen, Gutachten, Bebauungspläne, Öffentlichkeitsarbeit / Bürgerbeteiligung, Anwaltsplanung).

Im Frühjahr 2000 legte das Sanierungsbüro einen ersten Sachstandsbericht vor, der gleichzeitig eine Fortschreibung, Präzisierung und Erweiterung des ursprünglichen 'Aktionsprogramms' darstellte. Einige Veränderungen lassen sich bereits aus der begrifflichen Überarbeitung und Erweiterung der ursprünglich vier Handlungsfelder ablesen. Die zweijährige Sanierungserfahrung auf der Grundlage des Aktionsprogramms führte zu einer Modifizierung der Handlungsschwerpunkte sowie zur Definition eines neuen, fünften Handlungsfeldes (vgl. Sanierungsbüro Vahrenheide 2000). Aufgrund seiner zentralen Bedeutung für das Erreichen der Sanierungsziele wurde das Thema 'Wohnungspolitik' ein neues, eigenständiges Handlungsfeld. Das Handlungsfeld 'städtebauliche Sanierung' wurde in 'städtebauliche Erneuerung' umbenannt. Eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten, insbesondere ein Blick auf die verfügbaren Fördermittel, zwang zu folgender Einsicht: „..., da im Sanierungsgebiet keine grundlegende städtebauliche Umstrukturierung, sondern der Erhalt der Grundstruktur und der baulichen Substanz erforderlich ist, geht es um eine Anpassung der vorhandenen Wohnungsbestände an veränderte Anforderungen“ (vgl. Sanierungsbüro Vahrenheide 2000, S. 51). Begrifflich konkreter gefasst wurde auch das ursprüngliche Handlungsfeld 'Bürgerpartizipation und Bürgeraktivierung', indem eine Zielorientierung formuliert wurde: 'Handlungsfeld Partizipation, Aktivierung zur Eigeninitiative und Förderung der Selbstorganisation'. Das ursprüngliche Handlungsfeld *Aus-, Fortbildung und Beschäftigung* wurde durch den Oberbegriff 'lokale Ökonomie' ersetzt und damit stärker auf den Stadtteil fokussiert. Das Handlungsfeld *soziale und kulturelle Infrastruktur* blieb bestehen.

Im September 2001 wurde von den für die Sanierung verantwortlichen Mitarbeitern des Stadtplanungsamtes (Abteilung für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen) ein Sachbericht 'Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost' vorgelegt, der Rechenschaft über die verwendeten Sanierungsmittel gegenüber der Bezirksregierung Hannover gibt (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2001). Er enthält eine Gesamtschau aller Maßnahmen und Projekte (abgeschlossene, laufend, geplante) und ihre Finanzierung. Es handelt sich aber nicht, wie beim ersten Sachstandsbericht aus dem Jahr 2000, um eine weitere Fortschreibung des Handlungsprogramms. Der Bericht ist in zwölf ministeriell vorgegebene Maßnahmengruppen gegliedert, denen die entsprechenden Projekte zugeordnet sind:

- (1) Verbesserung der Wohnverhältnisse
- (2) Einleitung neuer wirtschaftlicher Tätigkeiten, Pflege und Förderung der lokalen Ökonomie
- (3) Schaffung und Sicherheit der Beschäftigung auf lokaler Ebene
- (4) Verbesserung der lokalen Infrastruktur
- (5) Verbesserung des Angebotes an bedarfsgerechten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten
- (6) Frauenpolitische Maßnahmen
- (7) Maßnahmen für eine sichere Stadt
- (8) Umweltentlastung
- (9) Öffentlicher Personennahverkehr
- (10) Wohnumfeldverbesserungen
- (11) Stadtteilkultur
- (12) Freizeit

Trotz dieser sinnvollen und übersichtlichen Gliederung, werden nachfolgend die konkreten Projekte und Maßnahmen aufgrund der besseren Vergleichbarkeit entsprechend der vom Sanierungsbüro formulierten fünf Handlungsfelder gegliedert.

Projekte und Maßnahmen

Handlungsfeld Wohnungspolitik

Als das zentrale Problem im Sanierungsgebiet wird fast einhellig von allen beteiligten Akteuren die über Jahrzehnte erfolgte Konzentration von Personen und Familien in schwierigen Lebensumständen im Wohnungsbestand der GBH gesehen. Durch diese Entwicklung kamen erhebliche Teile der Bewohnerschaft unfreiwillig in den Stadtteil. Um das zentrale Sanierungsziel zu erreichen, eine soziale Stabilisierung von Vahrenheide-Ost, wurden die notwendig erachteten wohnungspolitischen Voraussetzungen für eine soziale 'Entflechtung' mit Priorität behandelt und zügig in Beschlüsse umgesetzt. Schon 1998 wurden 'Wohnungspolitische Leitlinien' für das Sanierungsgebiet von Rat der Stadt verabschiedet (Beschlussdrucksache 2345/1998). Die dort beschlossenen Maßnahmen zielen auf eine Veränderung der einseitigen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und die Entwicklung tragfähiger Nachbarschaften. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine Öffnung des Wohnungsangebotes für 'andere' (respektable) soziale Milieus.

Die beschlossenen Maßnahmen sind eng verzahnt mit dem bereits genannten gesamtstädtischen Zielkonzept gegen zunehmende sozialräumliche Segregation ('Aktionsprogramm Wohnen in Hannover'). Die dazu vom Rat der Landeshauptstadt Hannover 1999 beschlossenen 'Gemeinsamen Leitlinien für die Kommunale Wohnungspolitik' haben das Ziel, die Anzahl von ca. 33.000 Belegrechtswohnungen in der Stadt möglichst dauerhaft zu sichern. Den Beschlüssen folgte bisher in Vahrenheide-Ost der Verzicht auf ca. 1.900 Belegrechte (bei insgesamt etwas 3.000 Wohnungen). Ferner wurde die Wohnungs-

vergabe wurde an die GBH-Geschäftsstelle im Stadtteil delegiert (vorher Wohnungsamt). 1999 wurden ca. 800 Wohnungen, vor allem in den Hochhäusern, von gesetzlichen Bindungen, wie Fehlbelegungsabgabe, Einkommensobergrenzen oder festgelegten Wohnungsgrößen, freigestellt (§ 7 WoBindG). Im Jahr 2001 wurden diese Regelungen auf ca. 1.000 weitere Wohnungen ausgeweitet. In Konfliktfällen koordiniert eine neu eingerichtete lokale Steuerungsgruppe die Wiederbelegung (GBH-Geschäftsstelle, GBH-Mieterbeiräte, Kommunalen Sozialdienst, Amt für Wohnungswesen, Sozialplanung und bei Bedarf BewohnervertreterInnen).

Ein weiteres wohnungspolitisches Instrument ist die Privatisierung. 36 Wohneinheiten im Hochhausbereich wurden im Jahr 2000 an eine neu gegründete Wohnungsgenossenschaft verkauft (VASA) und 2001 folgten weitere 42 Wohnungen aus den 60er Jahre Beständen. 136 Wohnungen in einem bis zu neugeschossigen 'Terrassenhaus' sollen außerdem an MieterInnen oder SelbstnutzerInnen veräußert werden.

Neben der Wohnungspolitik wurden bis zum Ende des Jahres 2001 laut Sachstandsbericht insgesamt 35 Projekte sowie fünf Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung eingeleitet oder bereits umgesetzt. Aufgrund des integrierten Charakters entfalten die Projekte oftmals in mehreren Handlungsfeldern Wirkungen. Die nachfolgend näher charakterisierten Projekte wurden in eine Reihenfolge gebracht, die ihrer bisherigen Priorität entspricht. Priorität bedeutet, mit welchem Engagement sie bisher vorangetrieben wurden, ob sie von strategischer Bedeutung für das Erreichen der Sanierungsziele sind und natürlich auch, wie hoch das Investitionsvolumen ist.

Handlungsfeld Städtebauliche Erneuerung

Aufgrund der hohen symbolischen und sozialen Bedeutung für den gesamten Stadtteil hat die etwa 13 Mio. DM teure Maßnahme *'Rückbau der Großwohnanlage Klingenthal'* eine Schlüsselfunktion. Im Kernbereich des derzeit zu über der Hälfte leerstehenden Hochhauskomplexes (560 Wohnungen) sollen 226 Wohneinheiten abgerissen werden. Zuvor hatte ein von der GBH und aus Mitteln der Städtebauförderung finanzierter städtebaulicher Wettbewerb Perspektiven einer möglichen Umgestaltung erbracht. Die Umgestaltungsvorschläge wurden aufgrund fehlender finanzieller Mittel der Wohnungsgesellschaft und fehlender Fördermöglichkeiten (durch StbauFG-Mittel) nicht berücksichtigt (die Wohnungen weisen einen zeitgemäßen Standard auf), obwohl sich ein Teil der Mieterschaft deutlich gegen einen Abriss ausgesprochen hatte. Mit den verbleibenden Mieterinnen und Mietern wird derzeit ein Sozialplan erarbeitet, nach dessen Grundsätzen ihr Verbleib im Sanierungsgebiet gewährleistet werden soll (falls gewünscht). Da sich an den Hochhauskomplex Stigmatisierungen knüpfen, die auf den ganzen Stadtteil ausstrahlen, und der Abriss eine weit sichtbare Veränderung des Stadtteilbildes bedeutet, soll diese Maßnahme eine positive Signalwirkung haben. Zu der langwierigen Suche nach einer finanzierbaren 'Lösung' der Probleme im Hochhauskomplex Klingenthal gehört auch das Projekt Pfortnerloge. Zum Aufbau und zum Betrieb eines regelmäßigen Pfortnerdienstes im Haus Klingenthal 6b, den Bewohner der Hochhäuser schon seit Jahren gefordert hatten, wurde ein von Bewohnern mitgetragener Mieterverein gegründet. Für den Betrieb der Pfortnerloge konnten vier zuvor arbeitslose Personen aus dem Stadtteil durch eine Bündelung verschiedener Fördermittel eingestellt werden (SAM-Mittel des Arbeitsamtes, Finanzierung der Personalrestkosten durch das Land Niedersachsen sowie Spenden der GBH). Dieses bei den Bewohnern beliebte und erfolgreich laufende Projekt wird aufgrund des bevorstehenden Abriss von einem Teil der Hochhäuser nach 2002 nicht weitergeführt werden.

Für die dringend erforderlichen *Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im 60er Jahre Wohnungsbestand* der GBH fließen etwa 14,5 Mio. DM für bereits umgesetzte und weitere Wohnungsverbesserungen. 25 Prozent dieser Kosten trägt die Wohnungsgesellschaft GBH, mehr als 50 Prozent (8,6 Mio. DM) sind Wohnungsbaudarlehen des Landes und die übrigen ca. 25 Prozent Städtebaufördermittel. Darüber hinaus hat das Land Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 3,2 Mio. DM für die Wohnungs-

genossenschaft VASA bereit gestellt. Die Maßnahmen werden im Vorfeld mit den Mieterbeiräten der GBH abgestimmt. Für die Bewohnerschaft besteht die Möglichkeit, sich bei Mieterversammlungen an Planung und Ausgestaltung zu beteiligen (klassische Planungsbeteiligungsverfahren nach §3 BauGB). Bei 132 Wohnungen ist die Modernisierung bereits abgeschlossen, weitere 60 Wohnungen werden derzeit saniert (Wärmedämmung, neue Fenster und Heizungsanlagen, Erneuerung der sanitären Anlagen, Aufwertung der Eingangsbereiche und der gebäudebezogenen Freiflächen, u.a.). Um die vielen kleinen Wohnungszuschnitte in größere, familiengerechte umzuwandeln (da insbesondere große Wohnungen im Hochhausbereich wegfallen), sollen durch eine Zusammenlegung von Zweizimmer-Wohnungen neue Vierzimmer-Wohnungen entstehen. Für diese zielgruppenorientierte Wohnungsmodernisierung werden von den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln ca. DM 800.000 verwendet. Eine zweite spezifische Zielgruppe ist der zunehmende Anteil an Seniorinnen und Senioren im Stadtteil. Um einen möglichst langen Verbleib in ihren angestammten Wohnungen im Stadtteil zu ermöglichen, werden Wohnungen senioren- bzw. behindertenfreundlich teilmodernisiert. Dafür stehen in etwa Mittel von DM 320.000 zur Verfügung. Für weitere rund 270 Wohnungen, die ebenfalls dringenden Sanierungsbedarf aufweisen, ist die Finanzierung derzeit ungeklärt (vgl. LHH Sachbericht 2001). Die Verknappung der Sanierungsmittel steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit den hohen Kosten für den Abriss der Hochhäuser im Klingenthal.

Eine besondere Form der Gebäude- und Wohnungsmodernisierung ist für die sogenannten '*Sahlkamphäuser*' geplant. Es handelt sich um vier Laubenganghäuser (mit vier Geschossen) mit 120 überwiegend sehr kleinen Wohnungen. Diese Häuser haben im Stadtteil ein noch schlechteres Image als die Hochhäuser sowie einen hohen Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf. Bei den Mietern handelt es sich vor allem um alleinstehende Männer mit vielfältigen sozialen Problemen. Im Auftrag der Sanierungskommission hat das Sanierungsbüro in Kooperation mit dem Kommunalen Sozialdienst, der Gemeinwesenarbeit, dem Wohnungsamt und einem externen Gutachter ein Konzept zur sozialen Betreuung entwickelt. Dieses Konzept ist insofern interessant, weil es auf die Unterstützung und Aktivierung einer extrem unterprivilegierten Bewohnerschaft zielt. Sie soll durch Beratungsangebote und Hilfe zur Selbsthilfe sozial stabilisiert werden. Angeboten werden sollen Hilfen zur beruflichen Rehabilitation und zur Arbeitsplatzsuche. Als Auftakt gab es bereits Mieterversammlungen, die Gründung eines Selbsthilfevereins ('Es tut sich was'), mehrere Gemeinschaftsaktionen und erste Instandsetzungsarbeiten. Die zur Finanzierung notwendigen Wohnungsbau- und Städtebaufördermittel sind beantragt. Die Selbsthilfeaktivitäten der Bewohner sollen durch Mittel nach dem Bundessozialhilfegesetz finanziert werden (§ 19 BSHG). Solche Konzepte sind in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten, weil sie die räumliche Konzentration von extrem unterprivilegierten Mietern an einem Ort als gegeben hinnehmen. Die Realisierung dieses Projektes ist derzeit aufgrund der gesamtstädtischen Haushaltslage problematisch. Außerdem konnte für die sozialpädagogische Betreuung bisher noch kein geeigneter Träger gefunden werden.

Einen hohen Stellenwert haben auch die durch ein gesondertes Gutachten konkretisierten Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Für die vielfältig ergriffenen Maßnahmen (neue Wegeverbindungen, Neugestaltung des Schulhofes der Grundschule und des Schulumfeldes, Spielplatzerneuerung) wurde das ursprüngliche 'Aktionsprogramm' fortgeschrieben und durch integrative Projekte umgesetzt. Umgestaltungen begleiten vor allem die Modernisierungen der Wohngebäude aus den 60er Jahren, wobei die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern durch Bürgerversammlungen mit eingebunden sind. Ein zentrales Projekt in diesem Bereich sind die 'grünen Boten'. Dieses vom Sanierungsbüro und dem Verein Grünpflege e.V. entwickelte Projekt fördert durch aufsuchende und unterstützende Beratung der Mieterschaft deren Aktivierung und Beteiligung an der Gestaltung der wohnungsnahen Freiflächen. Die bisher erfolgten Wohnumfeldverbesserungen ermöglichten somit die zeitweise Beschäftigung von Arbeitslosen einer städtischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft.

Handlungsfeld soziale und kulturelle Infrastruktur

Die zentrale Bedeutung des Handlungsfeldes 'soziale und kulturelle Infrastruktur' wird im 'Aktionsprogramm' erwähnt und ist gerade für eine soziale Stadtteilerneuerungspolitik notwendig, die auf eine soziale Stabilisierung der Bevölkerung zielt. Für die Sanierungsaktivitäten von Vahrenheide-Ost ist von Bedeutung, dass schon vor dem Sanierungsbeginn erhebliche Investitionen in die soziale und kulturelle Infrastruktur geflossen sind (vgl. Kap. 2.2.6).

Die evangelische Kirche hat aus eigener Kraft ein neues, modernes Gemeindehaus errichtet. Der durch Aktivitäten engagierter Bewohnerinnen und Bewohner getragene langjährige 'Kulturtreff Vahrenheide' zog in ein größeres, modern ausgestattetes Gebäude. Dringend erforderliche Modernisierungsinvestitionen fließen seit den 90er Jahren in die beiden zentralen Schulen im Stadtteil (IGS und Grundschule). Die IGS erhielt ein neues Mensa-Gebäude und kämpft derzeit für eine notwendige Grundsanierung, die aufgrund von Asbestbelastungen hohe Investitionskosten verursachen würde. Die Fridtjof-Nansen-Grundschule konnte um ein neues Funktionsgebäude mit Sporthalle erweitert werden, erhielt ein 'Freilichtforum' für Veranstaltungen sowie ein aufwändig und interessant gestaltetes Außengelände. Die notwendige Grundsanierung der Schule wäre ebenfalls sehr kostspielig und deshalb schwer durchzusetzen, da das Gebäude unter Denkmalschutz steht. Desweiteren gibt es zwei umgebaute und umgenutzte Hochgaragen (Umbau 1995 sowie 1997), die einige der zentralen wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen des Stadtteils beherbergen (u.a. AWO, kommunale GWA, Kinderbetreuungseinrichtungen, Nachbarschaftsinitiative e.V., GBH-Geschäftsstelle).

Lokale Politiker, Mitarbeiter der GBH, aber auch der Sozialverwaltung und der sozialen Arbeit, vertreten angesichts der genannten Investitionen die Auffassung, dass Vahrenheide nicht als benachteiligter Stadtteil charakterisiert werden kann. In den letzten Jahren seien sogar überdurchschnittlich viel öffentliche Mittel nach Vahrenheide geflossen. Zum Teil wird von einer 'Überversorgung', insbesondere mit Sozialarbeitern, gesprochen. Gegner dieser Auffassung verweisen auf die stadtweit höchste Konzentration von Personen und Familien in schwierigen Lebensumständen. Angesichts der damit verbundenen besonderen sozialen Belastungen seien die hohen öffentlichen Investitionen gerechtfertigt, da noch immer ein Nachholbedarf bestehe. Empirische Sozialstudien zu Teilbereichen der lokalen Infrastruktur und der sozialen Arbeit bestätigten in der jüngeren Vergangenheit eher die zuletzt genannte Argumentation (vgl. Buitkamp 2001; Geiling u.a. 2001), Zahlen zur Versorgung mit Krabbel-, Kita- und Hortplätzen). Strukturell problematisch ist danach in Vahrenheide nicht so sehr das Fehlen von lokalen Einrichtungen. Entsprechend der Situation von 'überlasteten Nachbarschaften' in Wohnquartieren wie Vahrenheide-Ost kann auch von 'überlasteten lokalen Einrichtungen' gesprochen werden (häufig beengt oder disfunktional organisiert, zu wenig Personal, zusätzliche Erziehungs- bzw. Betreuungsaufgaben, schlechte materielle Ausstattung). Charakteristisch für Vahrenheide ist vor allem das Fehlen einer Stadtteileinrichtung, von der milieu- und altersgruppenübergreifende Impulse ausgehen. Sie erscheint besonders notwendig, um die sich in allen Lebens- und Arbeitsbereichen festgesetzten funktionalen und sozialen Trennungen zu überwinden.

Aus den geschilderten Gründen hat das mehrere Handlungsfelder übergreifende Schlüsselprojekt eines *selbstorganisierten Bewohnerzentrums* einen besonderen sozialen und symbolischen Stellenwert. Bereits seit den 60er Jahren haben sich immer wieder Aktive aus dem Stadtteil für ein gemeinsames Zentrum eingesetzt (damals als Freizeitheim). Aus diesen Gründen erteilte die Sanierungskommission den Auftrag (vgl. Sachbericht, Projektbogen 04/01, 9/01), ein Nutzungskonzept für ein Bewohnerzentrum im derzeitigen Wohnheim für allein Erziehende (Emmy-Lanzke-Haus) zu entwickeln, das zum Teil leer steht. Gemeinsam mit der Nachbarschaftsinitiative, der wichtigsten lokalen Bewohnerorganisation im Stadtteil, dem neugegründeten Trägerverein zur Beschäftigungsförderung 'FLAIS e.V.' (Förderverein Leben und Arbeiten im Stadtteil Vahrenheide) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) initiierte das Sanie-

rungsbüro die Ausarbeitung eines Nutzungskonzeptes. Dabei wurden folgende Angebote geplant:

- Begegnungsstätte mit interkulturellem Tagescafé (Träger Nachbarschaftsinitiative), Aktivitäten im Sinne einer Vermittlung von 'Hilfe zur Selbsthilfe' durch HZA / ABM-Kräfte und Ehrenamtliche (Mutter-Kind-Angebote, Beratung, Unterstützung, Informations- und Freizeitveranstaltungen);
- Beratung und Betreuung zur präventiven Stabilisierung benachteiligter junger Familien, insbesondere von Migrantinnen bzw. allein Erziehenden (Wohnform nach §19 KJHG)
- Räumlichkeiten für Vereine, Projekte und Initiativen, z.B. ein großer Veranstaltungsraum.

Die derzeit angesetzten Kosten für die bauliche Umgestaltung (DM 3,5 Mio.) könnten aus Sanierungsmitteln finanziert werden. Da für den Betrieb eines solchen Bewohnerzentrums außerdem kontinuierlich Personal-, Sach- und Mietkosten in den Haushalt des Sozialdezernates aufgenommen werden müssten, ist das Projekt derzeit zwischen Politik und Verwaltung umstritten und offenbar nicht realisierbar. Das vorliegende Nutzungskonzept wird voraussichtlich nicht umgesetzt werden.

Für den Personaltrakt des Gebäudes wurde ein sogenanntes 'Haus für Eigenarbeit' geplant. Für Fortbildung, Selbsthilfen und Eigenarbeit sollen die Arbeitsbereiche Holz und Metall, Kochen, Textil und Computer (PC-Schulungsprogramm) dort untergebracht werden. Durch die eingetretenen erheblichen zeitlichen Verzögerungen haben viele Akteure im Stadtteil den Eindruck, dieses wichtige Projekt für die soziale Erneuerung des Stadtteil werde 'tot beraten'. Nun hat die Verwaltung ein neues Konzept für den Personaltrakt vorgelegt: Es sieht ein 'familienorientiertes Zentrum' mit punktuellen Angeboten seitens der Nachbarschaftsinitiative, Flais und anderen Trägern vor.

Direkt mit dem Projekt eines Bewohnerzentrums sind zwei weitere Projekte in diesem Handlungsfeld verbunden, die eine wichtige Rolle bei der sozialen Stabilisierung von Bewohnergruppen spielen. Lange vor dem Sanierungsbeginn wurde 1987 die Nachbarschaftsinitiative (NI) durch engagierte Bewohner gegründet, unterstützt von der Gemeinwesenarbeit. Als wichtigste, kontinuierlich tätige Selbstorganisation von Bewohnern bietet sie Angebote, wie einen Nachbarschaftstreff, Mutter-Kind-Gruppen, Müttergesprächskreise, Kreativkurse, Gymnastik für Frauen, Kinderbetreuung, einen russischen Seniorennachmittag, Einzelfallhilfe oder Beratung. Diese Angebote werden durch Vereinsmitglieder und Ehrenamtliche mitgetragen und durch eine Sozialpädagogin koordiniert, die bis 1999 vor allem aus Mitteln der GBH finanziert wurde. Durch die Aktivitäten der NI sind in der Vergangenheit außerdem die Projekte 'Grünpflege Vahrenheide' und die Krabbelstube 'Simsalabim' hervorgegangen. Da im Jahr 2000 die Finanzierung der Sozialpädagogin nicht mehr gesichert war, wird die Stelle derzeit aus Städtebaufördermitteln und Spenden für zwei Jahre finanziert (DM 142.000.) Daran geknüpft sind Arbeiten zur Planung und Umsetzung des neuen Bewohnerzentrums, in dem die NI eine wichtige Rolle spielen soll.

Im noch nicht modernisierten Personaltrakt des geplanten Bürgerzentrums hat sich das *Projekt Bürger-Service* angesiedelt. Es organisiert seit 10/1999 nachbarschaftliche Unterstützung und Hilfen im Haushalt, bei Besorgungen und Einkäufen, bei Hausaufgaben, bei der Kinderbetreuung, Transporten, Reparaturen und Renovierungen. Es sind vor allem im Stadtteil verbliebene 'Ältere der Aufbaugeneration', aber auch allein erziehende Mütter oder allein stehende Frauen, die Serviceleistungen nutzen. Der Projektleiter wird über Mittel des Programms 'Soziale Stadt' finanziert. Derzeit arbeiten vier ABM- und eine BSHG-Kraft im Projekt. Um das Projekt Bürger-Service kontinuierlich zu sichern, wurde beim Arbeitsamt eine 'fortlaufende Maßnahme mit wiederkehrenden Aufgaben für besonders förderungswürdige Arbeitnehmer' beantragt, ebenso die Anerkennung als 'Mobiler sozialer Hilfsdienst' durch den Kommunalen Sozialdienst.

Handlungsfeld lokale Ökonomie

In den bisher vergangenen 33 Monaten hatte das Handlungsfeld 'lokale Ökonomie' (noch) keine Priorität, da anderen Handlungsfeldern Vorrang eingeräumt wurde. Dies soll sich Zukunft jedoch ändern. Aus diesem Grund gab es im Gegensatz zu den Planungen im Aktionsprogramm noch keine Initiativen, einen Brückenschlag zur ökonomisch gewichtigsten Teilökonomie, dem nahe gelegenen Gewerbegebiet, herzustellen. Gleiches gilt auch für die relativ umfangreichen Aktivitäten in der zweiten Teilökonomie, dem wohlfahrtsstaatlichen Sektor (vgl. die Kap. 2.2.3 u. 2.2.6). Ein vom Sanierungsbüro einberufenes 'Forum lokale Ökonomie' traf lediglich einmal zusammen und hatte keine weiterführenden Effekte. Aktivitäten gab es hingegen im Bereich des lokalen Einzelhandels sowie zur Schaffung von Beschäftigung durch neue Projekte und Vereine.

Zuletzt gab es im Jahr 1986 einen Zusammenschluss von Gewerbetreibenden, um das Einkaufszentrum Vahrenheider Markt aufzuwerten. Mit dem Sanierungsbeginn initiierte das Sanierungsbüro eine 'Gewerberunde Vahrenheider Markt'. Schon im Frühsommer 1999 war die schwierige Situation des Einkaufszentrum und der beiden Ladenzeilen (Leerstände, Verwahrlosung, Vandalismus) Thema einer Sitzung der Sanierungskommission. Diskutiert wurden dabei mögliche Schritte zu einer Steigerung der Attraktivität durch 'Umnutzungen' sowie Investitionen in das äußere Erscheinungsbild und in eine bessere Beleuchtung. Im Jahr 2000 wurde der Sanierungskommission eine Beschlussdrucksache mit konkreten Anträgen vorgelegt und beschlossen (2511/2000).

Das vorgelegte und beschlossene städtebauliche Konzept zielt sowohl auf eine Steigerung der Attraktivität wie auch auf den Erhalt und die Unterstützung der kleinteiligen Gewerbestrukturen. Wie schon in der Vergangenheit praktiziert (ein REAL-Supermarkt der Metro-Gruppe war im Gespräch), sollen die Gewerbetreibenden vor 'Großinvestoren' geschützt werden, um die bestehenden Nutzungsstrukturen und das momentane Mietniveau zu erhalten. Die folgenden Maßnahmen wurden beschlossen und zum Teil bereits umgesetzt (Gesamtkosten: DM 1, 2 Mio.):

Die Stadt erwirbt die Wege- und Verkehrsflächen von der jetzigen Eigentümerin (Union Boden) wie auch zwei Ladeneinheiten mit Städtebaufördermitteln. Durch den Abbruch dieser beiden Läden wurde das Einkaufszentrum nach Norden, zu den angrenzenden Wohnquartieren, geöffnet. Der so entstehende Durchgang wird gepflastert und mit Bäumen hergerichtet. Außerdem werden neue Parkplätze für Kunden der Ladenzeile geschaffen.

Ein Verkehrswertgutachten ermittelte einen geringen Quadratmeterpreis, so dass recht günstige Angebote an die bisherigen Mieter, ihre Läden zu kaufen (DM 1.500. pro qm), gemacht werden konnten. Somit sind die finanziellen Belastungen durch den Erwerb als Eigentum geringer als die Mietbelastungen. Der Aufbau von Eigentumsstrukturen soll die Verbundenheit mit dem Standort Vahrenheider Markt stärken sowie Instandhaltungen und Investitionen sichern.

Der Marktplatz und die Passagen werden durch eine neue Beleuchtung, durch teilweise neue Pflasterung, durch eine temporäre Nutzung durch Marktwagen bzw. -stände und eine Änderung der 'Möblierung' aufgewertet. Die Ladenzeile erhält eine Modernisierung der Gebäudetechnik (Heizung, Elektroinstallation, Wasserversorgung und Entsorgung).

Zusätzlich zu den Aktivitäten am Vahrenheider Markt werden auch die beiden kleineren Ladenzeilen aufgewertet ('Um-die-Ecke-Läden'). Die Ladenzeile Plauener Straße wurde zum Teil abgebrochen und der umgebende Platz neu gepflastert. Die bisher noch unmodernisierten Ladenflächen sollen Existenzgründern aus dem Bereich Einzelhandel und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden. Für die städtebauliche Aufwertung und Reaktivierung der Nahversorgung im Bereich Plauener Straße stehen laut Sachbericht finanzielle Mittel von DM 1,9 Mio. zur Verfügung. Die sich im Besitz einer Eigentümergemeinschaft befindende Ladenzeile Leipzigerstraße soll ebenfalls aufgewertet werden. Das Projekt

befindet sich derzeit in der Vorbereitung.

Als neue Maßnahme ist beginnend mit dem Jahr 2002 ein Büro für Arbeit und Ökonomie geplant. In der Trägerschaft des Vereins 'FLAIS', soll dieses Büro einen Ökonomen im Rahmen einer Eingliederungsmaßnahme des Arbeitsamtes für Ältere einstellen (DM 70.000.- Arbeitsamt, DM 30.000. städt. Beihilfen, Rest StBauFG). Das Büro soll Maßnahmen zur Förderung von Arbeit und Qualifizierung organisieren, zur Stabilisierung und Belebung der lokalen Ökonomie beitragen, Angebote koordinieren (Qualifizierung, Beschäftigung, Existenzgründung, 'Job-Vermittlung').

Bereits im Jahr 1999 wurde die 'GBH Mieterservice Vahrenheide GmbH' gegründet. Durch dieses Serviceangebot ermöglicht die GBH 16 zuvor Arbeitslosen, die überwiegend aus Vahrenheide stammen, eine Beschäftigung im Bereich der Gebäudebewirtschaftung. Finanziert werden die Beschäftigten durch Eingliederungszuschüsse des Arbeitsamtes (30 bis 80 % der Lohnkosten) und aus der Instandhaltungsrücklage des Wohnungsunternehmens. Zu den Arbeitsaufgaben gehören Maler und Lackiererarbeiten, Gartenarbeiten und Reparaturdienste.

Seit 1995 arbeitet die Grünpflege Vahrenheide e.V. im Stadtteil, die aus der Nachbarschaftsinitiative e.V. hervorging. Dieser Verein beschäftigt seitdem in verschiedenen Grünflächenprojekten ABM- und BSHG-Kräfte, die zuvor langzeitarbeitslos waren. Der Geschäftsführer wird zum Teil aus Mitteln des Programms 'Soziale Stadt' finanziert. Im sogenannten Grünflächenprojekt arbeiten zwei Projektleiter (Landespfleger, Sozialpädagoge) und drei ungelernete Langzeitarbeitslose in den Bereichen Gartenbau und Wohnumfeldverbesserungen. Im Projekt Pro Sauber haben zwei Abfallberater die Aufgabe, im Stadtteil Abfallberatungen durchzuführen (Mieter, Schulen usw.), nach Lösungen für Müllprobleme zu suchen, Müllstandorte neu zu organisieren, neue Mieter zu beraten, Einkaufswagen einzusammeln und kleine Sperrmüllmengen abzutransportieren. Das Projekt Grüne Boten führen ein Landespfleger und eine Landespflegerin durch.

Eine Übersicht zur 'Lokalen Ökonomie' mit einer Projektübersicht zu baulichen und beschäftigungsfördernden Maßnahmen finden sich im Anhang.

Handlungsfeld Partizipation

Da die Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft von Bewohnern und lokalen Akteuren bei Stadteilerneuerungen auch von den Angeboten und Möglichkeiten zur Beteiligung abhängt, wurden in Vahrenheide sowohl bewährte wie auch neuartige Beteiligungsstrukturen aufgebaut.

Als erste Maßnahme wurde eine Stadtteilkonferenz durchgeführt, die von den zentralen Sanierungsakteuren initiiert wurde. Im Sommer 1999 begann dann das neue *Sanierungsbüro im Stadtteil* seine Arbeit. Hierbei handelt es sich zwar um eine bewährte Organisationsform früherer Sanierungen in Stadtteilen Hannovers. Das Sanierungsbüro ist aufgrund seiner spezifischen Zusammensetzung aber gleichzeitig ein neues Instrument und maßgeblich für die Vernetzung im Stadtteil sowie für die Koordination von Projekten und Beteiligungsverfahren zuständig (vgl. Kap. 5)

Sechs mal im Jahr tagt eine Sanierungskommission, ebenfalls ein bewährtes Instrument aus bisherigen Sanierungsprozessen. Sie dient als lokalpolitisches Gremium der Entscheidungsfindung und setzt sich aus gewählten VertreterInnen der politischen Parteien zusammen (paritätisch zum Rat der Stadt) sowie aus Vertretern der Bewohnerschaft, die von der Kommission ausgewählt werden. Neben den aktiv in der Kommission arbeitenden Bewohnern haben alle anderen BewohnerInnen oder Interessengruppen aus dem Stadtteil die Möglichkeit zu Themen der Kommissionsarbeit Wortbeiträge oder Anfragen vorzubringen. Dabei müssen sie sich den formalisierten Umgangsformen der Geschäfts- und Tagesordnung unterwerfen, wodurch die 'Zugangsschwelle' relativ hoch ist.

Das Sanierungsbüro initiierte die Gründung eines Bürgerforums als zentrales Beteiligungsgremium der Bewohner. Dieses Forum soll die viel zu schmale Basis an aktiver politischer Teilhabe und lokaler Selbstorganisation (Bewohner, Vereine, Initiativen) stärken und die vorhandenen Akteure bündeln. Das Bürgerforum tagte zu Beginn alle zwei Wochen, derzeit alle vier Wochen und wird von einem Bewohner bzw. einer Bewohnerin geleitet. Das Bürgerforum hat außerdem das faktische Recht, über die Vergabe der Mittel des Quartiersfonds in Höhe von jährlich 50.000.- DM zu entscheiden. Denn die tatsächlich entscheidungsbefugte Sanierungskommission folgte bisher in so gut wie allen Fällen dem Votum des Bürgerforums.

Ebenfalls ein bewährtes Sanierungsinstrument ist die Bereitstellung von Anwaltsplanung für die Bewohnerschaft bei allen Planungs- und Teilnahmeverfahren. Dieses ursprünglich aus den USA stammende Konzept (advocacy planning) sieht vor, den schwachen Stimmen und vernachlässigten Themen Gehör zu verschaffen, aber auch informierend, verbindend, vernetzend, moderierend, übersetzend und teilnehmend zwischen den verschiedenen Akteuren tätig zu sein.

Um die Beteiligung der Mieterschaft im Rahmen der Gebäude, Wohnungs- und Wohnumfeldmaßnahmen zu stärken, wird die Arbeit von Mieterbeiräten der GBH durch das Sanierungsbüro unterstützt. In eine ähnliche Richtung zielt eine neue Maßnahme, die in diesem Jahr begonnen wird, zur Stärkung von Bewohneraktivitäten. Bewohner oder Aktive aus den lokalen Einrichtungen werden als Multiplikatoren der Beteiligung ausgewählt und für diese Tätigkeit geschult. Dazu wurde ein umfangreicher 'Leitfaden Vahrenheide' entwickelt, der alle Kultur-, Freizeit- und Beratungsangebote im Stadtteil übersichtlich zusammenfasst sowie auf Kontakt bzw. Beteiligungsmöglichkeiten verweist. Zu diesem Bereich gehören auch die Aktivitäten der 'Grünen Boten'. Sie beteiligen Mieter und Mieterinnen an der Neugestaltung von Freiflächen, beraten bei der Gestaltung und Nutzung von Vorgärten und Mietergärten und planen gemeinsam mit Kindern die Umgestaltung von Spielplätzen und Freiflächen.

Das Sanierungsbüro verstärkte außerdem seine Aktivitäten zur Förderung der Selbstorganisation, insbesondere in Form von Wohnervereinen (vgl. das Projekt 'Concierge' und den Wohnerverein 'Es tut sich was'). Dieser wichtige Bereich soll durch das geplante Büro für Arbeit und lokale Ökonomie unterstützt werden und zukünftig noch mehr Gewicht bekommen.

Zur Information über den Sanierungsprozess, über lokale Aktivitäten und Beteiligungsmöglichkeiten gibt die Stadt Hannover gemeinsam mit dem Sanierungsbüro in einem zwei monatlichen Abstand die 'Sanierungszeitung Vahrenheide-Ost' heraus.

3.6 Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten

Ein zentraler Zielkonflikt ergibt sich daraus, dass die verfügbaren öffentlichen Wohnungsbaufördermittel mit rechtlichen Bindungen gekoppelt sind (Einkommensobergrenzen, festgelegte Wohnungsgrößen). Bei der hohen Anzahl dringend sanierungsbedürftiger Wohnungen in den 60er Jahre Quartieren zeigte sich schnell, dass Vahrenheide-Ost auch in Zukunft einen sehr hohen Anteil an rechtlich gebundenem Wohnraum aufweisen wird, mit einer entsprechenden Konzentration von benachteiligten sozialen Milieus. Die als zentral postulierte Reduzierung der Bewohnerzahl in schwierigen Lebensumständen durch eine 'Entflechtung' überlasteter Nachbarschaften gilt dementsprechend als wenig wahrscheinlich. Das Land hat sein Wohnungsbauprogramm aber dahingehend ergänzt, dass für Förderungen in den Gebieten der Sozialen Stadt eine um 60 % erhöhte Einkommensgrenze gilt. Das bedeutet zum Beispiel für einen 4-Personen-Haushalt eine Zugangsberechtigung zu den Sozialwohnungen bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von 123.639 DM. Außerdem ist es möglich, die notwendigen Belegungsbindungen nicht an den geförderten Wohnungen, sondern an Wohnungen außerhalb des Gebietes zu begründen (mittelbare Belegung). Damit kann eine Verteilung von Belegrechten auf andere Stadtteile erreicht werden. Es muss deswegen nicht zu einer zusätzlichen Konzentration problembeladener Bewohner im

Stadtteil kommen.

Das Ziel einer Aufwertung des Stadtteils, um ihn attraktiver für 'andere' (respektable) Milieus werden zu lassen, wird angesichts der jahrzehntelangen Vernachlässigung von Gebäuden, Versorgungsanlagen und Wohnungen schwer zu erreichen sein. Mit den bisher zur Verfügung stehenden Mittel können lediglich die gravierendsten Missstände beseitigt werden. Dadurch werden die Wohngebiete in Vahrenheide-Ost im Vergleich zwar verbessert, verglichen mit anderen Stadtteilen aber nicht aufgewertet und somit auch nicht attraktiver für 'andere Milieus'. Eine positive Signalwirkung erhoffen sich dagegen viele Bewohner und zentrale Akteure durch den Teilabriss des zuvor besonders stigmatisierten Hochhauskomplexes. Pläne, durch neue Einfamilienhaussiedlungen auf den frei werdenden Flächen doch noch eine andere Bewohnerstruktur zu erreichen, befinden sich derzeit in der Realisierung (B-Plan-Verfahren).

Als schwierig bei der Umsetzung der anvisierten Ziele aus dem Aktionsprogramm erweisen sich bisher Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigung, speziell von Jugendlichen. Im Aktionsprogramm wurde gerade diese Zielgruppe am häufigsten thematisiert. Insgesamt konnten die erheblichen Investitionen von Städte- und Wohnungsbaufördermitteln nicht wie im Aktionsprogramm erhofft mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen verknüpft werden. Wie groß im Gegensatz dazu das Interesse aus dem Stadtteil an lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten ist, zeigte sich beim Einstellungsverfahren der GBH für seinen neu eingerichteten Mieterservice. Fast dreihundert ernsthaft Interessierte meldeten sich für die achtzehn vorhandenen Stellen und die Enttäuschung bei den Nichtberücksichtigten war entsprechend groß. Gerade für arbeitslose Jugendliche, deren Zahl im Stadtteil in den letzten Jahren gestiegen ist, fehlt es bisher an lokalen niedrigschwelligen Projekten. Dieses Handlungsfeld soll deshalb in den nächsten Jahren durch das derzeit geplante 'Büro für Arbeit und lokale Ökonomie Vahrenheide' stärker berücksichtigt werden.

Der von allen geteilte zentrale Stellenwert einer Verbesserung der lokalen Ökonomie geht zum Teil jedoch mit der Vernachlässigung von Handlungsfeldern einher, die scheinbar eher am Rande liegen. Bisher lag der Schwerpunkt der Aktivitäten im Handlungsfeld lokale Ökonomie bei der Aufwertung der Einkaufszentren (Einzelhandel) und bei lokalen Aktivitäten der GBH. Die größte und über die Jahre gewachsene lokale Teilkökonomie ist jedoch der wohlfahrtsstaatliche Sektor. Hier besteht nicht nur ein erheblicher Tätigkeitsbedarf. Gleichzeitig lassen sich in diesem Bereich viele Anknüpfungspunkte sowohl für ehrenamtliche, aber auch für befristete oder dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse finden. Denkbar sind Kooperationsstrategien zwischen wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen. Dazu kann auch der Gesundheitsbereich gezählt werden, der im bisherigen Sanierungsprozess noch keine ausgeprägte Rolle spielte, trotz der zentralen Bedeutung des Gesundheitsthemas für viele Bewohnergruppen. Wenig beachtet wurde bisher auch die Tatsache, dass weit über die Hälfte der Bewohnerschaft, auch aufgrund der Altersstruktur, dem Erwerbsleben fern steht. Insofern ist 'freie Zeit' bzw. der Freizeitbereich ein weiteres potenzielles Handlungsfeld im Stadtteil.

3.7 Fazit

Für die Sanierung im Modellgebiet Vahrenheide wurde ein ambitioniertes und komplexes Konzept erarbeitet. Die Ziele sind - entsprechend der vorhandenen Problemlagen - hochgesteckt. In verschiedenen Handlungsfeldern wurden Maßnahmen initiiert und begonnen. Dabei deuten sich Umsetzungsschwierigkeiten an. Sie beziehen sich auf das Finanz- und Fördervolumen, welches erheblich kleiner ist als ursprünglich eingeplant und für notwendig befunden wurde, und sie beziehen sich auf die Gewichtungen der Handlungsfelder, die bisher nur ungleich umgesetzt werden konnten.

Das integrierte Handlungsprogramm wurde 2002 bislang nicht fortgeschrieben.

4. Finanzierung und Mittelbündelung

4.1 Eingesetzte öffentliche Förderprogramme

Abb. 13 Übersicht über Fördermittel		
Ebene der Förderung	Programm / Etat	Höhe der Mittel
Land/Bezirksregierung	Städtebaufördermittel	DM 20 Mio. (Laufzeit 10 Jahre)
Stadt	Städtebaufördermittel	DM 10 Mio. (Laufzeit 10 Jahre)
Stadt	'Soziale Stadt-Programm'	DM 0,8 Mio. (jährlich für alle hannoverschen Gebiete insgesamt)
Stadt	Quartiersfond	DM 50.000 (jährlich)
Land/Bezirksregierung	Wohnungsbauförderdarlehen des Landes	DM 11,8 Mio. (bisher)

EU-Ebene

Die Beantragung von EU-Mitteln für Projekte in der Stadt Hannover ist lediglich in sehr begrenztem Maße möglich, da die Stadt kein Zielgebiet der größeren Förderprogramme ist. Gleich zu Beginn des Sanierungsprozesses haben die Landeshauptstadt Hannover (Bauamt) und die Wohnungsgesellschaft GBH gemeinsam für die Stadtteile Vahrenheide und den angrenzenden Stadtteil Sahlkamp EU-Mittel aus dem europäischen URBAN-Programm beantragt. Da das Sanierungsgebiet (Vahrenheide-Ost) ebenso wie der Stadtteil Vahrenheide nicht über die dafür notwendige Einwohnerzahl von 20.000 verfügte (geforderte Größenordnung der EU), wurde der Antrag um den benachbarten, ebenfalls sozial prekären Stadtteil Sahlkamp ausgeweitet. Zum damaligen Zeitpunkt gab es kaum Erfahrungen mit der Beantragung von EU-Mitteln, weshalb für das Beantragungsverfahren eine Hamburger Agentur beauftragt wurde. Trotz der Erwartung, dass der gestellte Förderantrag nur begrenzte Chancen auf eine positive Bewilligung haben werde, wurde das Verfahren der Beantragung mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt unterstützt. Der Antrag auf Mittel aus dem URBAN-Programm ist mittlerweile abgelehnt worden.

Die Beantragung von zinsgünstigen Darlehen aus zweckgebundenen Mitteln der europäischen Investitionsbank (EIB) war anfangs in Niedersachsen nicht möglich, da sich das Land nicht in der Lage sah, die dazu notwendigen Bürgschaften zu erbringen. Seit April 2002 ist durch eine sogenannte Patronatsklärung für die Ausfallrisiken der an Unternehmen als Endkreditnehmer ausgereichten Kredite vom Land abgegeben worden. Dadurch ist die Beantragung von zinsgünstigen Darlehen aus zweckgebundenen Mitteln der europäischen Investitionsbank nunmehr möglich.

Beantragt werden können außerdem Mittel aus dem europäischen Sozialfond (ESF-Mittel Ziel III). Für das Projekt 'Begleitetes Wohnen in den Sahlkaphäusern' ist eine Zuwendung wegen Verstoßes gegen das haushaltsrechtliche Verbot eines Maßnahmebeginns vor Bewilligung von Fördermitteln abgelehnt worden.

Städtebaufördermittel / Sanierungsmittel von Land und Stadt

Im Land Niedersachsen ist die 'Sicherstellung der Anwendung städtebaurechtlicher Bestimmungen' an eine förmliche Festlegung als Sanierungsgebiet gebunden. Eine solche förmliche Festlegung als Sanierungsgebiet erfolgte in Hannover-Vahrenheide-Ost am 21.01.1998. Für die Umsetzung der 'integrierten' Sanierung Vahrenheide-Ost wurden für die folgenden zehn Jahre (Städtebau-) Fördermittel des Landes Niedersachsen in Höhe von DM 20 Mio. sowie weitere DM 10 Mio. aus dem städtischen Haushalt der Landeshauptstadt Hannover (LHH) bewilligt.

Die Genehmigungsbehörde für die Beantragung und Abrechnung von Städtebaufördermitteln ist die Bezirksregierung Hannover. Sie bewilligt Förderanträge entsprechend der spezifischen Regelungen zum Städtebaurecht des Baugesetzbuches bzw. des Sanierungsrechts. Bewilligungsbehörde für die Wohnungsbaufördermittel ist die Landestreuhandstelle für Wohnungswesen. Bereits im Wohnungsbauprogramm 1999 hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen für die Modernisierung, den Neubau und den Erwerb von Wohnraum im Zusammenhang mit städtebaulichen Maßnahmen angepasst.

Schon 1999, mit dem Beginn des Programms 'Soziale Stadt', hat die Niedersächsische Landestreuhandstelle gemeinsam mit dem Verband der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen ein 'Handbuch zur Förderpraxis' herausgegeben. Mittlerweile ist eine zweite Auflage erschienen. Es handelt sich um eine Auflistung von insgesamt 99 integrierbaren Förderprogrammen. 17 Förderprogramme enthalten Leistungen für Arbeitnehmer und Privatpersonen, 82 Programme richten sich an Arbeitgeber, Unternehmer, Kommunen, Träger und andere Investoren. Von Seiten des Landes wird darauf hingewiesen, dass das Förderhandbuch in den Kommunen viel genutzt wird. Die Akteure im Sanierungsgebiet Vahrenheide betrachten dagegen lediglich 5 bis höchstens 10% der Programme für einsetzbar, einige Programme seien bereits überaltert.

Als anfängliche Planungsgrundlage haben sich die im Sanierungsbüro kooperierenden Vertreter und Vertreterinnen der Wohnungsbaugesellschaft GBH, des Sozialdezernates, der Sanierungsabteilung des Bauamtes sowie die beiden (externen) Sanierungsbeauftragten in Absprache mit den (Partei-) politisch legitimierten Vertretern der Sanierungskommission auf die folgende, mittelfristige Finanzplanung geeignet (Arbeitshorizont 2001 bis 2004). Zur besseren Übersicht dient eine Unterteilung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel von DM 30.000.000 in drei Schwerpunktbereiche:

* DM 10.000.000.- für die Modernisierung der städtebaulich dominierenden Zeilenbauten aus den 60er Jahren und für die Umgestaltung ihres Wohnumfeldes. Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel fließen in Form investiver Maßnahmen in die Wohnungsbestände der GBH und in einige Blöcke der Wohnungsgenossenschaft VASA. Entsprechend des Sachberichtes vom September 2001 hat sich die Summe der Fördermittel für diesen Bereich bisher auf insgesamt DM 13 Mio. erhöht.

* DM 10.000.000.- für die Umgestaltung der Großwohnanlage Klingenthal / Plauener Straße. Aufgrund eines Ratsbeschlusses ist ein Teilabriss der GBH-Hochhäuser aus den 70er Jahren für das Jahr 2002 geplant. Für den Abriss und die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Banken, die derzeit noch auf den GBH-Hochhäusern lasten (die Bankkredite wurden seit 1974 erst etwa zur Hälfte getilgt) muss eine Gesamtsumme von DM 14,5 Mio. aufgebracht werden, die zum Teil jedoch durch die Wohnungsgesellschaft GBH getragen werden muss.

* DM 10.000.000.- für Infrastrukturmaßnahmen und sanierungsbegleitende Maßnahmen. Die hier zur Verfügung stehenden Mittel fließen in die Umgestaltung und Aufwertung der lokalen Ökonomie, in Personalkosten (Sanierungsbeauftragte, Anwaltsplaner/in und Freiraumbeauftragter) sowie in Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit (Sanierungszeitung).

Vom Land (Bezirksregierung) wurden Wohnungsbaufördermittel der Landestreuhandstelle bereitgestellt. Ca. DM 7,5 Mio. wurden für die Gebäude- und Wohnungsmodernisierung eingesetzt. Für das Projekt 'Begleitetes Wohnen in den Sahlkampfhäusern' wurden LTS-Mittel beantragt.

In einzelnen Projekten wurden Beschäftigte über ABM-, BSHG- sowie SAM-Mittel finanziert (städtische Beihilfen zur Spitzenfinanzierung betragen in der Regel rund 25 Prozent).

Mittel der Wohnungsbaugesellschaft GBH

Die Kosten der Gebäude- und Wohnungsmodernisierung werden zu einem erheblichen Teil aus Wohnungsbaufördermitteln (s. S. 105, letzter Absatz) aufgebracht; daneben werden auch Städtebaufördermittel eingesetzt. Davon werden 50% aus Mitteln des Landes und 25% aus städtischen Mitteln finanziert. 25% steuerte der Eigentümer, die Wohnungsbaugesellschaft GBH, dazu bei. Um dieses Verfahren zu vereinfachen, wurde im Herbst 2001 eine pauschalierte Förderung eingeführt. Laut des Sachberichts des Stadtplanungsamtes vom September 2001 ist aufgrund knapper Sanierungsmittel für die kommenden Jahre ein konzentrierter Einsatz auf die unmittelbare Umsetzung vorrangiger Sanierungsziele geplant. Dabei beläuft sich der Kostenanteil der GBH teilweise auf 50 %. Den Angaben dieses Berichts zufolge wurden von der GBH folgende Mittel in die Sanierungsmaßnahmen bisher eingebracht bzw. sind noch vorgesehen:

Tab. 6 Übersicht über Finanzmittel bei Sanierungsmaßnahmen		
Abgeschlossene Finanzplanung	Eigenmittel der GBH bei Einsatz von Städtebaufördermitteln	GBH-Anteil an den Gesamtkosten
Gebäude- und Wohnungsmodernisierung (bis 2001), abgeschlossen	DM 3.588.072	25 %
Umbau in familiengerechtes Wohnangebot (bis 2002), abgeschlossen	DM 840.000	50 %
Pförtnerloge in Haus Klingenthal 6b (2000 bis 5/2002)	DM 160.000	40 % ²⁰
Mittelfristige Finanzplanung		
Umbau Senioren- u. behindertengerechtes Wohnen (ab 2002 bis 2005 pro Jahr)	DM 150.000	50 %

Quelle: LHH Sachbericht 2001

Des Weiteren hat die GBH im Rahmen des Programms 'Kleine Maßnahmen' für die Jahre 2001 bis 2004 jeweils 60.000 DM für Verbesserungen der Eingangsbereiche u.ä. bereitgestellt.

²⁰ Der Kostenanteil seitens GBH erhöht sich bezogen auf die rein baulichen Kosten auf 79 % (Quelle: LHH Sachbericht 2001)

Eigene städtische Haushaltsmittel

Trotz der engen finanziellen Spielräume des hannoverschen Sozialdezernates wurde diesem Ressort drei Jahre nach dem Beginn der Sanierung in Vahrenheide DM 0,8 Mio. pro Jahr an zusätzlichen Haushaltsmitteln für Projekte im Rahmen des städtischen Stadtteilentwicklungsprogramms 'Soziale Stadt' bewilligt. Diese Mittel stammen aus dem städtischen Haushalt und können direkt beim Sozialdezernat durch ein 'Quartiersmanagement' beantragt werden. Antragsberechtigt sind lokale Initiativen, Institutionen und freie Träger in den hannoverschen 'Soziale Stadt-Stadtteilen': Vahrenheide-Ost (Modellgebiet 'Soziale Stadt'), Mittelfeld und Hainholz (Programmgebiete 'Soziale Stadt'). Aus dem Etat 'Soziale Stadt' im Sozialdezernat (insgesamt 0,8 Mio. DM) wurden 2001 zwei Projekte aus Vahrenheide gefördert (insgesamt DM 122.000). Für 2002 sind - sofern es die städtische Haushaltslage genehmigt - drei Projekte (Sahlkamphäuser, Grünpflege, Bürger-Service) vorgesehen (insgesamt DM 211.500).

Seit dem Jahr 2000 wurde im Stadtteil Vahrenheide zur Unterstützung von Aktivitäten ein 'Quartiersfond' von insgesamt DM 50.000 aus Mitteln des städtischen Haushalts eingerichtet. Seit dem können Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen Zuschüsse aus diesem Fond beantragen. Das Bürgerforum wählt zu fördernde Projekte aus und leitet sie an die Sanierungskommission zur Entscheidung weiter. Projekte haben dann gute Chancen ausgewählt zu werden, wenn sie möglichst vielen Bewohnern nutzen und eine nachhaltige Wirkung für den Stadtteil haben. Ein kurzer Fragenkatalog wurde erstellt, um die Beantragung der Zuschüsse zu erleichtern. Der Quartiersfond 2001 wurde allerdings wegen der städtischen Haushaltssperre um DM 10.000 gekürzt. Bewilligt wurden im Jahr 2001 u.a. Zuschüsse für Feste (Stadtteilstadtteilfest, Kinderfest der Nachbarschaftsinitiative) und für interkulturelle Arbeit (Deutschkurs für MitarbeiterInnen der Grünpflege, interkulturelles Bildungsangebot zu kostengünstiger und gesunder Ernährung in der Grundschule, Kinderbetreuung während eines interkulturellen Familienseminars der GWA). Bei vielen lokalen Politikern sowie Vertretern der städtischen Verwaltungen in Hannover ist jedoch die Auffassung verbreitet, dass öffentliche Gelder in die Hände gewählter Vertreter gehören. Derzeit beginnt hier ein Prozess des Umdenkens. Es ist geplant, in weiteren hannoverschen Stadtteilen einen Quartiersfond einzusetzen und auch die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel zu erhöhen. Die konkrete Ausgestaltung wird derzeit noch beraten.

Über den Bezirksrat, der für die Stadtteile Vahrenheide, Sahlkamp und Bothfeld zuständig ist, werden jährlich städtische Mittel im Rahmen von insgesamt etwa 140.000 DM vergeben. Gefördert wurden insbesondere Kindertagesstätten, Schulen und Vereine, meist durch Summen im vierstelligen Bereich. Dabei werden städtische Programme wie 'Ökologische Aufwertung von Schulhöfen und Spielplätzen', 'Nachhaltige Gebäudesanierung', 'Hannover 2001' oder das 'Anti-Gewalt-Programm' in Anspruch genommen. Hierbei zeigt sich allerdings, dass die laufende Sanierung teilweise wieder Fördermöglichkeiten verschließt. Da die funktionale Umgestaltung des 'Vahrenheider Marktes' im Vordergrund steht, kommen die Mittel aus dem Programm 'Hannover schafft Platz' hier nicht zum Einsatz.

4.2 Finanzierung durch Private

Private Mittel bzw. Sponsorengelder sollten für die Ausgestaltung des geplanten Bewohnerzentrums eingeworben werden. Dieses zentrale Projekt für die soziale Erneuerung im Stadtteil Vahrenheide liegt jedoch noch immer zur Entscheidung den verantwortlichen Gremien von Politik und Verwaltung vor. Da eine Entscheidung aussteht, können geplante Projekte, die in diesem Haus Räumlichkeiten erhalten sollen, noch nicht konkretisiert werden. Möglichen Sponsoren (Betriebe aus der Region) können dadurch keine durchkalkulierten Projekte mit exaktem Förderbedarf vorgelegt werden. Das gleiche Problem besteht bei Anträgen auf Mittel der niedersächsischen Toto-Lotto-Gesellschaft.

4.3 Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet: Umsetzung, Probleme/ Konflikte

Zu einer Bündelung von Fördermitteln kam es insbesondere im Bereich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung. Als problematisch zeigte sich insgesamt, dass seitens der städtischen Ressorts keine vollständige Offenlegung der Mittelverteilung erfolgte. Die vom Sanierungsbüro beabsichtigte Steuerung und Koordinierung, d.h. die gezielte Mittelvergabe, konnte daher nicht im gewünschten Umfang erfolgen.

Die Bündelung von Fördermitteln kommt vor allem im Arbeitsförderbereich zur Anwendung. So werden einzelne Beschäftigte auch durch Mittel des Programms 'Soziale Stadt' finanziert. In einzelnen Initiativen und Projekten des Stadtteils werden weitere externe Mittel eingeworben (z.B. Bundesmittel für 'Arbeitsweltbezogene Jugendarbeit' bei Pro Beruf oder Mittel des Employment-INTEGRA-Projekts zur beruflichen Qualifizierung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Niedersachsen und des EU-Programms FIFA beim AWO-Projekt Lift), die allerdings begrenzte Laufzeiten haben und damit beständige Neubebauung erfordern. Das Sanierungsbüro wird hier beratend und unterstützend tätig.

Die Sanierung im Modellgebiet Hannover-Vahrenheide wird somit fast ausschließlich mit städtischen und mit Landesmitteln bestritten, wobei die baulichen Sanierungen von der Wohnungsgesellschaft GBH mitgetragen werden. Da die Kosten für die Modernisierung der Zeilenbauten und für den Abriss der Geschosswohnanlage Klingenthal mehr als ein Drittel der bewilligten Städtebaufördermittel von DM 30 Mio. binden, ist ein besonderes Augenmerk auf die Akquirierung weiterer Sanierungsgelder für diese Maßnahmen zu richten, damit eine einseitige Verschiebung des Fördermittelkontingents zu Lasten der Infrastrukturmaßnahmen und sanierungsbegleitenden Maßnahmen nicht eintritt.

5. Organisation und Management

5.1 Organisationsstrukturen

In der Landeshauptstadt Hannover hat die städtebauliche Sanierung von Stadtteilen eine nahe zu 30-jährige Tradition. Seit der bundesweit ersten Sanierung im hannoverschen Stadtteil 'Linden-Süd' im Jahr 1971 erfolgten Stadtteilsanierungen im „Trägerschaftsmodell Stadt“ (Austermann 2000, S. 70). Die Sanierungsabteilung des Stadtplanungsamtes organisiert mit weiteren beteiligten Ämtern bzw. Dezernaten der Verwaltung die Sanierungsprozesse. Dabei wird in der Regel auf ein konfliktreiches, insgesamt aber erfolgreiches Agieren von Politik, Verwaltung, kommunaler Wohnungswirtschaft, freien Planungsbüros und betroffener Bewohnerschaft verwiesen. In den Sanierungsgebieten gab es immer ein Sanierungsbüro 'vor Ort' und Instrumente der Bürgerbeteiligung: eine dezentral im Stadtteil verankerte Sanierungskommission aus Lokalpolitikern und Bürgervertretern sowie unterstützende Anwaltsplanung (vgl. Kap. 6). Kennzeichnend ist außerdem die enge Zusammenarbeit mit der GBH.

Über die Jahre und Jahrzehnte entwickelte sich im Dreieck zwischen Politik, Verwaltung und GBH ein relativ enges, gut eingespieltes Netzwerk von sanierungserfahrenen Akteuren. Sie stützen sich auf bewährte Routinen und eingespielte Machtbeziehungen. Der personelle Wechsel von einem Aufgabenbereich zu einem anderen ist innerhalb dieses Dreiecks üblich, Doppelfunktionen sind häufig.

Um erstmals in der Landeshauptstadt Hannover einen sogenannten 'sozialen Brennpunkt' zu sanieren, zumal mit einem neuartigen, integrierten Handlungskonzept, wurde über eine angemessene Organisationsstruktur nachgedacht. Ein zentraler Faktor in dieser Diskussion war die mögliche Rolle der GBH. Die Geschäftsführung der GBH sah die Wohnungsgesellschaft bisher in einer 'dienenden Rolle', als ausführendes Organ der Stadtverwaltung (insbesondere des Wohnungsamtes) und der Politik. Aus dieser Perspektive war Sanierung in Hannover immer auch 'Amtssanierung', und die Spielräume der GBH während des Sanierungsprozesses waren relativ begrenzt.

Bei der geplanten Sanierung von Vahrenheide-Ost kam der GBH als Eigentümerin von 87 % des gesamten Wohnungsbestandes eine gewichtige Rolle zu. Um für die geplante, zehnjährige Sanierungsphase ein hohes Maß an Handlungsfähigkeit und Kontinuität zu gewährleisten, war u.a. eine Entwicklungsgesellschaft mit eigener Handlungskompetenz in der Diskussion. Sie sollte paritätisch durch Stadtverwaltung, GBH und Akteure aus dem Stadtteil besetzt werden. Jedoch wurde dieses Modell nicht realisiert. Die Reform der Stadtverwaltung war offenbar nicht weit genug fortgeschritten, um mit einer 'ausgelagerten' Organisationsstruktur zu kooperieren. Zu vermuten ist, dass die Sanierungsabteilung des Stadtplanungsamtes ihre zentrale Machtstellung nicht eingeschränkt sehen wollte. Der GBH hätte damit ein direkter Zugriff auf die Fördermittel gewährt werden müssen. Dagegen wurde eine indirekte Kontrolle durch das Amt für Controlling als notwendig betrachtet. Die in den Vorüberlegungen entwickelte Vorstellung, die GBH könne als ein vielfältig eingebundener, aber eigenständiger Akteur nach (wohnungs)wirtschaftlichen Kriterien agieren, erfüllte sich nicht. Statt dessen wurde die langjährig bewährte Sanierungsorganisation fortgeschrieben und an anderen Punkten weiterentwickelt. Die damit verbundene Kontinuität erprobter Organisationsstrukturen kann bereits an den bewährten Begriffen 'Sanierungsgebiet' und 'Sanierungsbüro' abgelesen werden. Noch deutlicher wird diese Kontinuität an den zentral beteiligten Personen, die in der hannoverschen Tradition der behutsamen Stadtteilsanierung seit den frühen 70er Jahren stehen.

5.2 Verwaltungsstrukturen

Die bisherigen Ansätze einer Verwaltungsreform in der Stadt Hannover richten sich, wie in den meisten bundesdeutschen Städten, vorwiegend auf die Binnenmodernisierung, insbesondere auf Verfahren des Finanzmanagements (Controlling, Budgetierung). Der wachsende Ausgaben- und Problemdruck, insbesondere im Bereich der Sozialverwaltung, hatte zur Folge, dass mit dem Jahr 1999 das Reformprojekt 'Vernetzte Dienste' entstand (dreijährige Erprobungsphase). Dieses Projekt beruht auf einem sozialraumorientierten Handlungskonzept und einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit von Jugendamt, Kommunalem Sozialdienst, Sozialamt, Gesundheitsamt, Amt für Wohnungswesen, Kulturamt, Volkshochschulen, Stadtbüchereien und Musikschulen. Konkret bilden die jeweiligen Mitarbeiter/innen 'vor Ort' sogenannte 'Bezirksteams'. Sie sollen die vorhandenen Fachkompetenzen bündeln, mit Institutionen, Gremien, Foren und Bewohnern kooperieren, lokale Themen aufgreifen und Projektideen entwickeln. Jedes Bezirksteam hat als 'Verbindung' zu den beteiligten Ämtern eine(n) Teamkoordinatoren/in. Die beteiligten Ämter wiederum haben jeweils Vernetzungskordinatoren/in eingesetzt, um die Abstimmungsprozesse zwischen den Ämtern auf der Verwaltungsebene zu verbessern. Gleichzeitig sollen die Koordinator/innen Themen und Projektideen aus den Stadtbezirksteams in die Ämter und stadtpolitische Themen zu den Teamkoordinator/innen tragen.

Die Planung ressortübergreifender Verwaltungsstrukturen für die Organisation des Programms 'Soziale Stadt' wurde direkt mit dem Aufbau des Reformprojektes 'Vernetzte Dienste' verflochten'. Der Aufbau der dazu notwendigen ressortübergreifenden Arbeitsstrukturen wird verwaltungsintern als 'Leidensgeschichte' beschrieben, da es anfangs langwierige Auseinandersetzungen um Zuständigkeiten, Stellen und Mittel gab. Aufgrund erheblicher Stellenverluste in den letzten Jahren sah sich das Stadtplanungsamt anfangs nicht in der Lage, die notwendige Geschäftsführung für die neuen, ressortübergreifenden Arbeitsstrukturen zu übernehmen. Aber auch das Sozialdezernat sah sich nicht in der Lage das Programm 'Soziale Stadt' verwaltungsintern zu koordinieren, da hier insbesondere die langjährigen Erfahrungen mit der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln fehlten. Nach zähen internen Kämpfen übernahm schließlich doch die Abteilung für Sonderplanungen, Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen die Federführung für das Programm 'Soziale Stadt'. Mittlerweile hat ein Planer, der bereits die komplexen Planungsverfahren vor der EXPO 2000 koordinierte, die Geschäftsführung für zwei neu eingerichtete 'Verwaltungsrunden' übernommen.

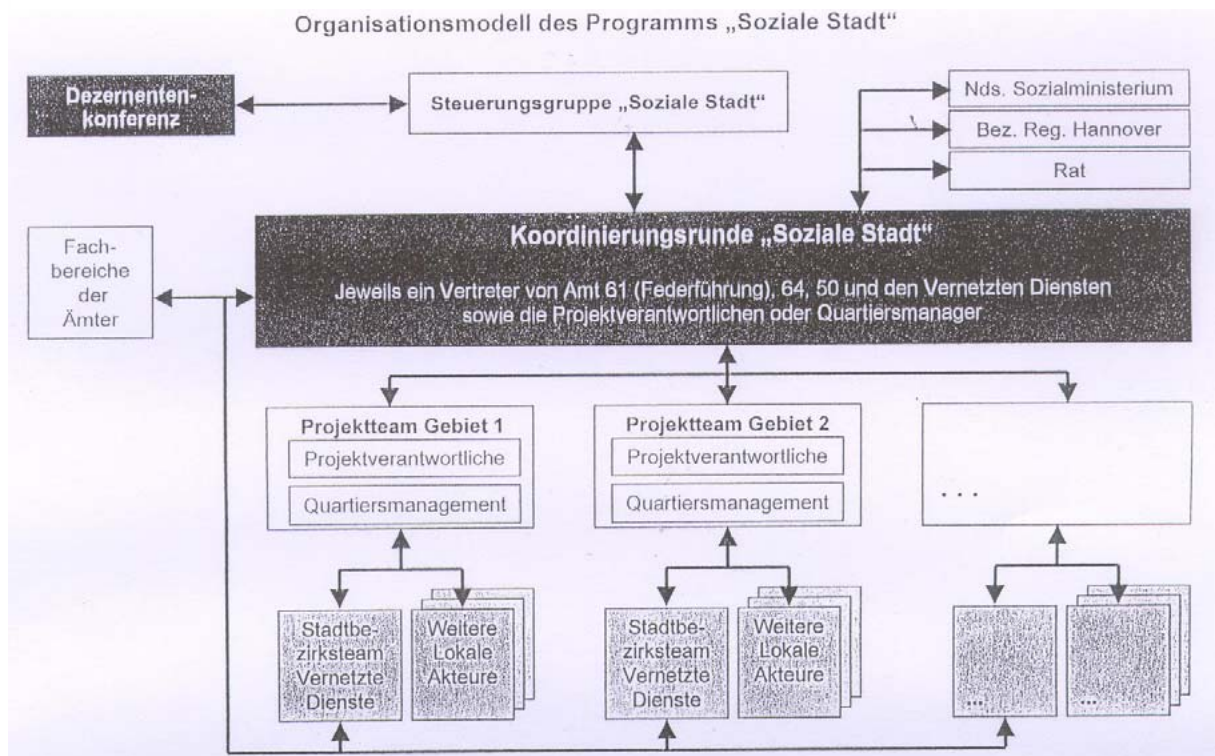
Auf der Entscheidungsebene wurde die *Steuerungsgruppe 'Soziale Stadt'* gebildet. Ihre Mitglieder treffen die notwendigen verwaltungsinternen Entscheidungen und tagen ein- bis zweimal im Jahr. Zu dieser Steuerungsgruppe gehören die Dezernenten/in für Bauen, Umwelt, Jugend und Soziales sowie die Leiter des Stadtplanungsamtes und des Amtes für Koordinierung, Controlling und Stadtentwicklung. Bei spezifischen Themen werden je nach Bedarf auch Dezernent/innen und Amtsleiter/innen anderer Verwaltungseinheiten hinzugezogen (z.B. Amt für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Marktwesen). Die Beteiligten wählen neue Programmgebiete aus und legen Prioritäten sowie Rahmenbedingungen fest. Werden keine einvernehmlichen Entscheidungen gefunden, wird der entsprechende Vorgang an die Dezernentenkonferenz oder an den Oberbürgermeister weitergeleitet.

Das organisatorische Zentrum des Programms ist die *Koordinierungsrunde Soziale Stadt* unter der Federführung eines Mitarbeiters aus dem Stadtplanungsamt, der für sogenannte Sonderaufgaben zuständig ist. Der Koordinierungsrunde gehören Vertreter aus dem Amt für Wohnungswesen, aus dem Sozialamt, aus der Geschäftsstelle des Reformprojektes Vernetzte Dienste sowie je nach Themen- oder Gebietschwerpunkt auch Quartiersmanager/Innen und Projektverantwortliche aus den 'Soziale Stadtgebieten' an. Sie sind zuständig für die Vorbereitung, Ausführung und Überwachung von Entscheidungen der Steuerungsgruppe und koordinieren gebietsübergreifende Projekte und Maßnahmen. Im Mittelpunkt der konkreten Arbeit steht der Austausch von Informationen, die Abstimmung von Pla-

nungen und Konzepten sowie die Lösung von Problemen auf dem 'kleinen Dienstweg'. Eigene, begrenzte Entscheidungsbefugnisse, wie anfangs kontrovers diskutiert, wurden der Koordinierungsrunde nicht übertragen. Je nach Bedarf und Dringlichkeit treffen sich die jeweils Beteiligten alle fünf bis sechs Wochen.

Nach einer anfangs schwierigen Phase, in der die verwaltungsinternen Rivalitäten und Ämterabschottungen relativiert werden mussten, stand die Abstimmung und der Aufbau des Quartiersmanagements in den neu ausgewählten Programmgebieten im Mittelpunkt. Neben dem niedersächsischen Modellgebiet Hannover-Vahrenheide und dem vom Amt für Wohnungswesen betreuten Programmgebiet Mittelfeld beginnt derzeit das neue Quartiersmanagement im Stadtteil Hainholz seine Arbeit. Im Gespräch als weiteres Programmgebiet 'Soziale Stadt' ist außerdem Linden-Süd und Stöcken. Weitere Stadtteile sind aufgrund drastischer Haushaltseinsparungen nicht mehr in der Diskussion.

Abb. 14
Organigramm zur verwaltungsinternen Organisation des Programms 'Soziale Stadt'



Quelle: Stadtplanungsamt/ Amt für Wohnungswesen

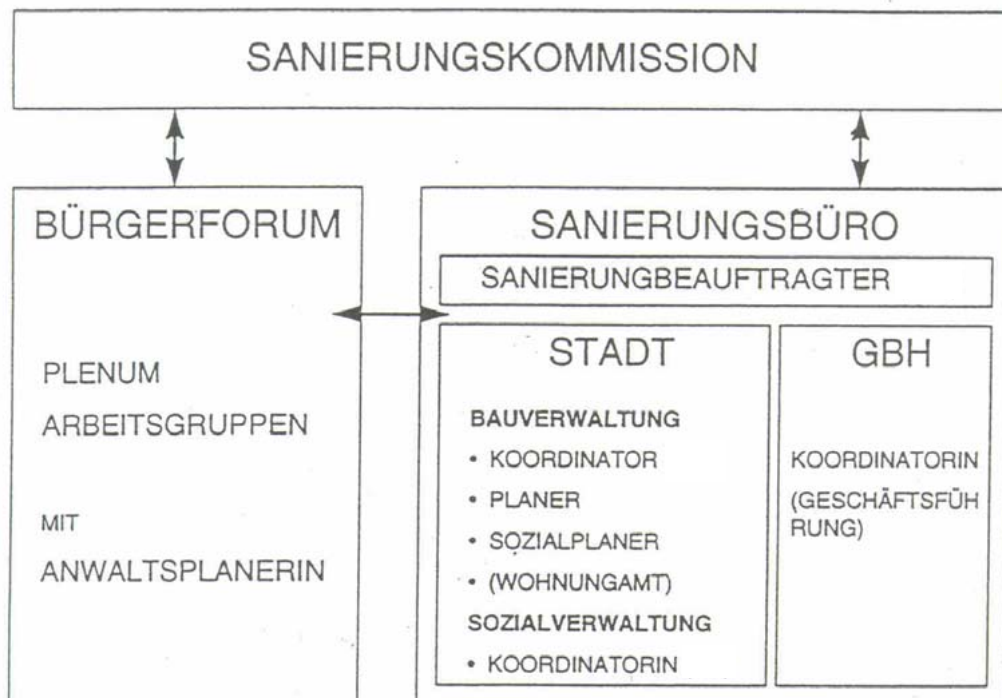
Die neuen ressortübergreifenden Runden durchbrechen das Muster der vertikalen Trennung zwischen den beteiligten Ämtern und Dezernaten. Dies ermöglicht eine bessere horizontale Vernetzung und Abstimmung sowie vielfältige Perspektiven auf zentrale Sachverhalte einzelner Gebiete. Die abgestufte Hierarchie der Entscheidungen bleibt dabei jedoch unangetastet. Die Teilnahme der einzelnen Beauftragten der verschiedenen Fachämter hat positive Effekte auf der horizontalen Ebene der Verwaltung. Probleme ergeben sich jedoch für ein direktes, verbindliches Agieren aus der Koordinierungsrunde in die einzelnen Gebiete hinein und zurück. Zuständig dafür sind sogenannte Sanierungskordinatoren, die jedoch hauptsächlich 'ihr Amt' vertreten (Stadtplanungsamt, Amt für Wohnungswesen) und nicht als ämterübergreifende 'Gebietsbeauftragte' tätig sind. Der Sanierungskordinator ist für das Modellgebiet

Vahrenheide-Ost und zudem für das Programmgebiet Hainholz zuständig. Für die Akteure 'vor Ort' (Quartiersmanagement, lokale Politik, Projektverantwortliche, Stadtbezirksteams) gibt es nicht nur diesen einen direkten Ansprechpartner, sondern mehrere Vernetzungskordinatoren in den jeweiligen Ämtern. Die Rolle der Sanierungskordinatoren und ihr Aufgabenfeld bleibt dadurch uneindeutig und kompliziert. Gleichzeitig hat der Sanierungskordinator der Bauverwaltung eine zentrale strategische Rolle innerhalb der Gesamtverwaltung als Gebietsbeauftragter. Die Sanierungsabteilung verwaltet die Fördermittel und ist außerdem gegenüber den Bezirks- und Stadtratsgremien 'vorlageberechtigt'. So können Beschlussvorlagen schnell in die politischen Gremien geleitet und umgesetzt werden.

5.3 Stadtteilmanagement

Für die besondere Herausforderung, erstmals durch eine integrierte Sanierung einen sogenannten sozialen Brennpunkt erneuern zu wollen, wurden für den zehnjährigen Sanierungsprozess bewährte Organisationsformen übernommen, aber auch spezifische neue Strukturen geschaffen. Die wichtigste organisatorische Maßnahme bestand in der Übertragung zentraler Managementaufgaben an ein im Sanierungsgebiet angesiedeltes Sanierungsbüro. Neu gegenüber vorherigen Sanierungsverfahren in hannoverschen Stadtteilen war nicht die Einrichtung eines Sanierungsbüros 'vor Ort', sondern seine spezifische personelle Zusammensetzung und Arbeitsweise. Das Sanierungsbüro ist im Stadtteil in einem zentralen Funktionsgebäude im Erdgeschoss eingerichtet. Sprechzeiten für Bewohner und lokale Akteure sind Mittwochs und Donnerstag von 10 bis 19 Uhr sowie nach persönlicher Absprache.

Abb. 15
Schema Sanierungsprozess



Quelle: Brauch, (o. J.) S. 111, aktualisiert durch das PvO-Team (agis, April 2002)

Die anfänglichen Planungen zielten auf ein großes Sanierungsbüro das gemeinsam von der Stadt Hannover und der GBH getragen wird. Insgesamt sechs Personen gehören zum Sanierungsbüro. Drei Beschäftigte aus der Bauverwaltung (ein Koordinator, ein Stadtplaner und ein Sozialplaner), eine Koordinatorin der Sozialverwaltung, eine Koordinatorin der GBH sowie als übergreifende Integrationsfigur ein erfahrener Sanierungsbeauftragter auf der Basis eines Honorarvertrages.

Die besonderen Eigentumsverhältnisse in Vahrenheide-Ost machten es zwingend erforderlich, die GBH in das Management der Sanierung einzubinden. Als Eigentümerin von 87% des Haus- und Grundeigentums in Vahrenheide-Ost und größte Investorin hat sie eine zentrale Bedeutung für den Sanierungsprozess. Da die Stadt Hannover (der Sanierungsträger) gleichzeitig Mehrheitsgesellschafter der GBH ist, hat die GBH eine zentrale wohnungspolitische Rolle in mehreren hannoverschen Stadtteilen, besonders aber in Vahrenheide-Ost. Nur durch eine Einbindung in das Sanierungsmanagement und durch eine enge Kooperation konnten die wichtigen wohnungspolitischen Zielsetzungen der Sanierung angegangen werden. Dementsprechend gehört zum fünfköpfigen Sanierungsteam eine von der GBH eingesetzte Sanierungskoordinatorin. Darüber hinaus nahm auch der kaufmännische Geschäftsführer der GBH (vor kurzem ausgeschieden) an vielen der 14-tätigen Arbeitssitzungen des gesamten Sanierungsteams teil.

Da das neue Verfahren einer integrierten Sanierung in Vahrenheide-Ost vor allem auf die soziale Stabilisierung des Stadtteils und die Verbesserung der Lebenssituation seiner Bewohner zielt, sollte das Sanierungsbüro vor Ort auch über ein hohes Maß an sozialer Kompetenz verfügen. Zusätzlich zur klassischen Sozialplanung des städtischen Planungsamtes wurde dementsprechend auch das Sozialdezernat in erweiterter Form integriert. Durch die Benennung und Einbindung einer zuvor in Vahrenheide aktiven Gemeinwesenarbeiterin zur Sanierungskoordinatorin erhielt die Sozialverwaltung und die Gemeinwesenarbeit im Stadtteil eine wichtige Rolle. Die Aufwertung der Gemeinwesenarbeit durch das Einbeziehen einer Koordinatorin des Sozialdezernates schwächte aber gleichzeitig die langjährige Stadtteilarbeit der GWA, da die vakant gewordene Stelle nicht neuerlich besetzt wurde. Gerade in der wichtigen Anfangsphase der Sanierung verfügte die Gemeinwesenarbeit somit nur über eingeschränkte Möglichkeiten, um die von ihr erwarteten Aktivitäten der Vernetzung und der Aktivierung leisten zu können.

Als dritter Akteur im Sanierungsbüro, neben der Wohnungsgesellschaft GBH und der Sozialverwaltung, ist das Baudezernat vertreten und hat die Federführung im gesamten Sanierungsprozess. Für die Arbeit im Sanierungsbüro vor Ort hat das Stadtplanungsamt einen Planer abgestellt, der verwaltungsintern eng mit dem zuständigen Mitarbeiter für die Sozialplanung sowie mit dem Sanierungskoordinator zusammenarbeitet.

Koordiniert wird die Arbeit im Sanierungsbüro von einem *unabhängigen Sanierungsbeauftragten*. Ausgehend von seinem Selbstverständnis als Erster unter Gleichen und 'neutraler Dritter', soll er die Arbeit im Büro koordinieren, moderieren und auf Konflikte schlichtend einwirken. Er arbeitet auf der Grundlage eines gemeinsam von Stadt und GBH getragenen, jeweils auf ein Jahr befristeten Honorarvertrags, der bei Bedarf verlängert wird.

Faktisch nimmt der Sanierungsbeauftragte die Rolle eines Stadtteilmanagers wahr. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, zwischen den unterschiedlich strukturierten Netzwerken (lokale Politik, Verwaltung, GBH, Stadtpolitik) zu vermitteln und aktivierend tätig zu sein. Als Außenstehender soll er Anregungen und Kritik formulieren sowie quer zu den bestehenden Strukturen denken und agieren. Für diese Aufgabe wurde eine sanierungserfahrene Person ausgewählt, die in besonderem Maße sowohl das Vertrauen städtischer Politik wie auch der Stadtverwaltung genießt. Aus seinen Honorarmitteln finanziert der Sanierungsbeauftragte zusätzlich einen jüngeren Mitarbeiter, der ihn unterstützt und Teilaufgaben eigenständig bearbeitet. Die Arbeit des Sanierungsbeauftragten war von Beginn an als befris-

tete Tätigkeit angelegt. Er sollte die wichtige Startphase koordinieren und die notwendigen Organisationsstrukturen mit aufbauen. Tatsächlich übte der Sanierungsbeauftragte die Funktion einer integrierenden 'Klammer' für das Sanierungsbüro aus. Ohne diese Funktion wäre es undenkbar gewesen, dass die jeweiligen Interessen der Bau- und Sozialverwaltung sowie der GBH überhaupt in Form eines gemeinsamen Planungs- und Arbeitszusammenhangs verhandelbar gewesen wären.

Das Sanierungsbüro hat insgesamt fünf Aufgabenschwerpunkte bzw. Funktionen definiert:

- *Kontaktfunktion*: es soll zwischen den Bewohner/innen, den lokalen Einrichtungen und den Sanierungsträgern Kontakte herstellen und pflegen;
- *Informationsfunktion*: es soll alle Bewohner/innen des Stadtteils und die Öffentlichkeit über die Vorhaben der Sanierung informieren;
- *Unterstützungsfunktion*: es soll Bewohner/innen in ihren eigenen Aktivitäten unterstützen;
- *Koordinations- und Moderationsfunktion*: es soll alle Vorhaben der Sanierung koordinieren und zu diesem Zweck mit allen relevanten Akteuren im Stadtteil und in der Verwaltung kooperieren;
- *Projektentwicklungsfunktion*: es soll Projekte und Maßnahmen entwickeln, die zur Verbesserung der Lebenssituation im Stadtteil beitragen.

Die Organisationsform des Sanierungsbüros kann als *erweitertes Trägerschaftsmodell Stadt* charakterisiert werden. Die Stadt Hannover ist der Sanierungsträger, aber die Sanierung könnte nicht ohne maßgebliche Mitarbeit der Wohnungsbaugesellschaft GBH funktionieren. Federführend für den Sanierungsprozess beauftragt ist das Stadtplanungsamt, dessen Vertreter mit einer Vertreterin aus dem städtischen Sozialdezernat im Sanierungsbüro vor Ort zusammenarbeitet. Erweitert ist der Kreis von Mitarbeitern der Stadtverwaltung durch eine Vertreterin der Wohnungsgesellschaft GBH. Zusätzlich erweitert und auch relativiert wird das Trägerschaftsmodell Stadt durch den unabhängigen Sanierungsbeauftragten. Er kann einerseits unabhängig und quer zu den Verwaltungen denken und agieren, verfügt andererseits aber weder über direkte Machtmittel noch über eigene finanzielle Ressourcen. Insofern ist er auf die Bereitschaft aller beteiligten Akteure zur Kooperation angewiesen. Seine Ressourcen für eine erfolgreiche Kooperationsarbeit sind hohe fachliche Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, Durchsetzungsfähigkeit und möglichst gute Kontakte zu zentralen Entscheidungsträgern.

Wie für andere Stadtteile bereits beschrieben, profitiert auch der Stadtteil Vahrenheide von den Vorzügen des Trägerschaftsmodells Stadt. Durch die direkte Verwaltungsanbindung bestehen kurze Wege und vieles kann schnell durch persönliche Absprachen geklärt oder auf den Weg gebracht werden. Insofern konnten durch die Arbeit des Sanierungsbüros die Stadtteilanliegen aufgewertet und zu einer zügigen Umsetzung gebracht werden. Dies funktionierte nicht zuletzt auch aufgrund einer relativ reibungslosen Zusammenarbeit mit der lokalen Politik (Sanierungskommission, Bezirksrat) sowie mit Vertretern der übrigen Stadtpolitik.

Die Vorteile des Trägerschaftsmodells Stadt gehen in Vahrenheide aber auch mit negativen Aspekten einher. Von Beginn an gab es erhebliche Vorbehalte von vielen lokalen Akteuren gegenüber den Aktivitäten von Verwaltung und Politik aufgrund negativer Erfahrungen der Vergangenheit. Trotz mehrfacher Versuche gelang es dem Sanierungsbüro nicht, eine Kooperation mit dem zentralen Gremium der lokalen Selbstorganisation, der Koordinationsrunde, aufzubauen. Dadurch wurde die geplante gemeinsame Fortschreibung gerade der sozialen Handlungsziele weitgehend behindert. Diese Behinderung hatte außerdem negative Auswirkungen für das Handlungsfeld der Aktivierung und Beteiligung (vgl. Kap. 6). Aus heutiger Perspektive lässt sich erkennen, dass das Sanierungsbüro faktisch als Planungsbüro den

Sanierungsprozess steuerte. Die Funktion eines 'Stadtteilbüros' mit einem kontinuierlich über viele Jahre tätigen Ansprechpartner für die Bewohnerschaft sowie für lokale Akteure konnte und wollte das Sanierungsbüro nicht übernehmen. Die direkte Vernetzung in den Stadtteil sowie aktivierende Funktionen sollte nach Vorstellung des Sanierungsbüros durch die Gemeinwesenarbeit geleistet werden, die allerdings personell geschwächt war.

Als Integrationsinstanz für den Stadtteil, wie es sich manche Akteure vom Sanierungsbüro versprochen hatten, konnte das Sanierungsbüro wegen der genannten Interessensgegensätze nur eingeschränkt wirksam werden. Bei zentralen Entscheidungen, die mit den großen Schlüsselprojekten verbunden waren (Abriss des Hochhauskomplexes, Umbau zum Bewohnerzentrum) konnte keine gemeinsamen Kompromisslinien gefunden werden. Zum Teil konterkarierten die endgültigen Entscheidungen auf der Ebene der Verwaltungsdezernenten oder des Oberbürgermeisters die Bemühungen des Sanierungsbüros um langwierig ausgehandelte Konzepte und Planungen.

5.4 Einbindung der Politik

Die Rolle der Politik war und ist für den Sanierungsprozess von zentraler Bedeutung. Ohne den beharrlichen politischen Druck der lokalen Bezirks- und Stadtratspolitiker wäre Vahrenheide nicht über so viele Jahre als Sanierungsgebiet im Gespräch geblieben.

Die Einbindung der lokalen Sanierungsaktivitäten in die politischen Ebenen des Bezirks- und des Stadtrates ist durch die dezentral arbeitende Sanierungskommission gewährleistet. Sie hat sich die Selbstbindung auferlegt, allen Entscheidungen des Bürgerforums, dem zentralen Beteiligungsgremium im Stadtteil, weitestgehend zu folgen. Dies ist bei fast allen bisherigen Entscheidungen auch der Fall gewesen. Lediglich bei der Entscheidung über den Abriss des Hochhauskomplexes stellten sich die lokalen Politiker in der Sanierungskommission (für Abriss) gegen das uneinheitliche Votum des Bürgerforums (für Rückbau und Modernisierung).

6. Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung / Stadtteilakteure

Die Landeshauptstadt Hannover verfügt über langjährige Erfahrungen mit diversen Formen der Bürgerpartizipation und -aktivierung. Seit den 1970er Jahren wurden in allen städtebaulichen Sanierungsvorhaben Strukturen der Beteiligung entwickelt, in denen die Interessen von Politik, Verwaltung und betroffener Bevölkerung vermittelt werden konnten. Es waren offenbar diese Erfahrungen, die in der Vorbereitung des Sanierungsvorhabens in Vahrenheide-Ost dazu führten, dass Verwaltung und GBH einen anspruchsvollen Beteiligungsanspruch anmeldeten:

„Die geplanten baulichen Maßnahmen, egal ob an Wohnungen, Gebäuden oder Wohnumfeld, sollten im Konsens mit den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt werden; hierfür sind kleinräumigere Beteiligungsstrukturen innerhalb des Stadtteils zu entwickeln, da die baulichen Maßnahmen in unterschiedlichen Schwerpunkten durchgeführt werden und die sozialen Kompetenzen innerhalb des Quartiers sehr unterschiedlich entwickelt sind (...)“ (Aktionsprogramm 1997, S.12).

Wird darüber hinaus berücksichtigt, dass zu den Sanierungszielen in Vahrenheide-Ost auch die Verbesserung der sozialen Lebenslagen der Bewohnerinnen und Bewohner gehört, u.a. durch Stärkung von Teilhabe-Chancen am politischen und gesellschaftlichen Prozessen (vgl. Sanierungsbüro Vahrenheide-Ost 2000, S. 21), lässt sich erahnen, wie ambitioniert der Beteiligungsanspruch in diesem Prozess gefasst ist.

Neben der in Hannover entwickelten und bewährten Einrichtung der Sanierungskommission, aber auch neben dem Bürgerforum und der Anwaltsplanung, wurde diesem Beteiligungsanspruch vor allem durch die neue Instanz des Sanierungsbüros Rechnung getragen. Zu seinen Aufgaben gehört die Leitung der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit, Förderung der Partizipation an lokalen Planungs- und Entscheidungsprozessen sowie Initiierung und Förderung von Selbsthilfe, bewohnerschaftlicher Selbstorganisation und nachbarschaftlicher Kommunikation. Das Sanierungsbüro ist also beauftragt, Konzeptionen und Strategien der sozialen Integration zu entwickeln. Seine überaus vielfältigen Initiativen und Aktivitäten bewegen sich im Spektrum bürgerschaftlichen Engagements (Bürgerforum, Sanierungskommission usw.), direkter punktueller Beteiligung (z.B. bei der Gestaltung des unmittelbaren Wohnumfeldes) und langfristigen Engagements (in Initiativen, Vereinen usw.). Die auf die spezifische Situation Vahrenheides zugeschnittene Zusammensetzung des Büros, mit unabhängigem Sanierungsbeauftragten, Vertreterin der im Stadtteil dominierenden Wohnungsbaugesellschaft, Vertreterin des städtischen Sozialdezernats und Vertretern des Baudezernats, arbeitete auf der Grundlage eines Konsensmodells. Konsensuale Entscheidungen bedurften eines zeitlichen Vorlaufs, in dem die nicht selten konträren Interessen der Beteiligten vermittelt werden mussten. Damit einhergehende Reibungsverluste und Zeitaufwände waren von Seiten des Sanierungsbüros gegenüber den übrigen Akteuren im Stadtteil nicht immer zu vermitteln. Darüber hinaus war es dem Sanierungsbüro nicht möglich, für die Umsetzung einvernehmlicher Entscheidungen und Konzeptionen zu garantieren. Denn weder konnte es die für die einzelnen Vorhaben im Stadtteil notwendigen Akteure ersetzen, noch konnte gewährleistet werden, dass Politik und Verwaltung diesen Vorhaben auch jeweils zustimmten. Das Sanierungsbüro war also darauf angewiesen, im engen Kontakt zu den Stadtteilakteuren konzeptionelle Vorschläge zu entwickeln und sich gleichzeitig dafür bei Politik und Verwaltung die Legitimationsgrundlagen zu verschaffen. Beides ist nicht immer gelungen, weil einige wichtige Vertreter zum Teil langansässiger intermediärer Einrichtungen des Stadtteils - informell organisiert in der sogenannten 'Koordinationsrunde' - nicht erreicht werden konnten, und weil andererseits politische, verwaltungsinterne und wohnungswirtschaftliche Entscheidungen gegen die mühsam entwickelten Konzeptionen des Sanierungsbüros getroffen wurden. Nach dem altersbedingten Ausscheiden des externen Sanierungsbeauftragten zu Beginn des Jahres 2002 soll die Arbeit des Büros fortgesetzt werden. Zu befürchten ist, dass damit die ohnehin schwierige Umsetzung des Konsensmodells nicht erleichtert werden wird.

Beteiligungsmöglichkeiten von unterschiedlicher Komplexität zu eröffnen, gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen sozialer Integrationsarbeit. So lassen sich kleine Projekte im Wohnumfeld von mit hohen formalen Anforderungen versehenen Beteiligungsverfahren unterscheiden. Zwar ist davon auszugehen, dass Angehörige sozialer Milieus, in denen formale kulturelle und soziale Kompetenzen wenig ausgeprägt sind, eher Zugang zu projektbezogenen, auf kurzfristige und unmittelbar erfahrbare Erfolge angelegten Beteiligung finden. Doch ist selbst dieser Zugang nicht garantiert, weil in Stadtteilen wie Vahrenheide-Ost hohe Anteile mit Belegrechtswohnungen vorzufinden sind, also viele Menschen dort nicht freiwillig wohnen, mit dem Umfeld keine längerfristige Perspektive verbinden und somit selbst für niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten kaum Interesse entwickeln können. Häufig handelt es sich um Menschen, die über die Bewältigung ihrer persönlichen Probleme hinaus wenig Energien entwickeln können, um sich mit ihrem Umfeld zu identifizieren.

Mehrfache soziale und ökonomische Benachteiligung ist darüber hinaus mit einer deutlich geringeren Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und Meinungsvertretungen verbunden. So gehört Vahrenheide-Ost zu den Stadtteilen in Hannover mit der geringsten Wahlbeteiligung (s.Kap. 6.4 'Exkurs zum Wahlverhalten'; ferner vgl. Gaisreiter 2000). Hinzu kommt, dass in Vahrenheide überdurchschnittlich häufig Menschen mit Migrationshintergrund leben. Abgesehen von den EU-Ausländern, die zahlenmäßig eine sehr kleine Gruppe darstellen, verfügen sie über keine politischen Beteiligungs- und Entscheidungsrechte. Mit der Konzentration benachteiligter sozialer Milieus und Migrantenkulturen ohne politische Bürgerrechte sind die Ressourcen bürgerschaftlichen Engagements und Beteiligung in Vahrenheide ungleich geringer als in anderen Stadtteilen. Dies bedeutet, dass Stadtteile wie Vahrenheide über bürgerschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten hinaus darauf verwiesen sind, auf der intermediären Ebene sozialer Arbeit möglichst niedrigschwellige Beteiligungsangebote zu entwickeln und bereitzustellen. Dabei geht es um Angebote, die mit den jeweiligen sozialen und kulturellen Ressourcen und Kompetenzen der benachteiligten sozialen Milieus korrespondieren.

6.1 Aktivitäten der Quartiersbevölkerung

Aktivitäten im Sinne sozialen Engagements und politischer Beteiligung lassen sich in Vahrenheide trotz der vielfältigen Problemlagen des Stadtteils in relativ großer Bandbreite registrieren. Sie reichen von Möglichkeiten wechselseitiger Hilfe im alltäglichen Lebensumfeld (Nachbarschaftsinitiative, Tauschring) bis hin zur couragierten Einmischung in politisch kontroverse Fragen (Bürgerinitiative, Mieterverein Klingenthal). Mittlerweile sind in einigen Initiativen die einzelnen Stadtteilbewohnerinnen und Bewohner verantwortlich für die Trägerschaft der Vereine (Nachbarschaftsinitiative, Tauschring, Kulturtreff). Dazu von Bewohnern (mit)getragene Einrichtungen gehören:

Bürgerinitiative Vahrenheide e.V.

Stadtteilinitiative Kulturtreff Vahrenheide e.V. - Kulturtreff (auch öffentlicher Träger)

Nachbarschaftsinitiative e.V.

- Krabbelstube Simalabim
- Nachbarschaftstreff
- Seniorenklub Russischer Nachmittag

Grünpflege Vahrenheide e.V.

- Grünflächenprojekt
- Grüne Boten

- Pro Sauber
- FLAIS e.V. (Förderverein Leben und Arbeiten im Stadtteil Vahrenheide)
- Tauschring / Fundgrube
- Bürger-Service
- Mieterbeirat GBH
- Genossenschaft Vahrenheide-Sahlkamp (VASA)
- Mieterverein Klingenthal 6B / Concierge Klingenthal 6B
- 'Es tut sich was' MieterInnenverein Sahlkamphäuser 81-87 e.V. in Hannover
- Alkoholkrankenselbsthilfegruppe 'Gruppe 90'
- Verein für Sozialmedizin Vahrenheide e.V.
- Demokratischer Kulturverein e.V.
- Schießsportverein Vahrenheide von 1967 e.V.
- SV Kickers Vahrenheide e.V.
- Sportverein Borussia e.V.
- TUS Vahrenwald 08 e.V.
- Eis- und Rollsportclub e.V. (ERC)
- Sportverein Wasserfreunde 98 e.V.
- verschiedene Kleingartenvereine

Im Verlauf der Siedlungsgeschichte lassen sich mehrere Phasen von Bewohneraktivitäten erkennen. In den Anfängen der Wohnsiedlung (50er/60er Jahre) prägten grundlegende Formen von *gegenseitiger Nachbarschaftshilfe und -pflege* im Haus und im Wohnumfeld die Bewohneraktivitäten. Die Bewohnerschaft musste mit den wenigen Ressourcen wirtschaften, die in der neugeplanten Wohnsiedlung vorhanden waren. Der Versorgung mit Wohnraum stand die Unterversorgung von Einrichtungen des täglichen Bedarfs gegenüber. Es fehlte sowohl die soziale Infrastruktur (Schule, Kirche) als auch die Verkehrsinfrastruktur (öffentlicher Nahverkehr, unbefestigte Straßen). Einzig die Stadtplaner traten zu Beginn als handlungsfähige Akteure auf bei der Konzeptionierung der Wohnquartiere. Von den Bewohnern wurde über die unmittelbare Nachbarschaftspflege hinaus kein weiteres Engagement erwartet (vgl.: Geiling u.a. 2001, S. 21).

In den 60er Jahren wurden typische Wohnfolgeeinrichtungen wie Kitas, Schulen, Jugendzentrum, Altenheimen und Kirchen gebaut. Aus den Bewohnermilieus heraus entstanden zeitgleich die bis in die heutige Zeit bestehenden *Traditionsvereine* wie z.B. Sport-, Schützen-, Karnevals- und Kleingartenvereine, Fanfarenzug. Die Freizeitmöglichkeiten der damaligen Zeit waren relativ begrenzt, so dass die Vereine als zeitgemäße 'Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsorte' angesehen werden können. Dementsprechend weist die heutige Mitgliederstruktur einen hohen Altersdurchschnitt auf, und die Anwerbung junger Mitglieder vollzieht sich schleppend. Ein Generationswechsel steht noch bevor. Obwohl von den Verantwortlichen betont wird, dass sie sich um Mitglieder gerade aus den sozial schwächeren Bereichen in Vahrenheide-Ost bemühen, zeigen die Vereine eine deutliche Orientierung aus dem Stadtteil hinaus. Viele Mitglieder, die auch die Schlüsselpositionen als Vorsitzende, Pressesprecher, Ehrenvorsitzende, Kassenwart, Platzwart usw. innehaben, sind nicht oder nicht mehr im Stadtteil wohnhaft. Die Orientierung der Vereine geht über den Stadtteil hinaus. Das in den Traditionsvereinen vorhandene Potenzial für Vergemeinschaftung (als Kommunikationstreffpunkte) - die oftmals mit viel persönlichem Einsatz in Eigenarbeit errichteten Vereinsheime (Vermietung bei Feierlichkeiten) - wird

eher selten für die in Vahrenheide-Ost wohnenden Menschen genutzt. Vergemeinschaftung findet jedoch in den zahlreichen Rentner-, Skat-, Kniffel- und Bastelabenden sowie Ausflugsfahrten und Laufveranstaltungen statt. Aufgrund zunehmender Überalterung sind heute erste Öffnungen hin zu Migrantenfamilien feststellbar.

Die 70er und 80er Jahre waren eine Zeit der 'Initiativenkultur'. Es entstanden zahlreiche Projekte gerade aus den Bewohnermilieus heraus, die mit dem Stadtteil eine längerfristige Perspektive verbanden. In der Regel handelte es sich um Angehörige konventioneller sozialer Milieus, die sich in Vahrenheide aufgehoben fühlten. Zu den Projekten gehörten u.a. sowohl kulturell ausgerichtete Initiativen, wie der Kulturtreff e.V., als auch die sich für soziale und ökologische Fragen interessierende Bürgerinitiative e.V. Auch entstand 1976 ein Gesprächskreis aus Personen, die sich professionell oder ehrenamtlich im Stadtteil engagieren, gerade auch im Umgang mit Menschen in schwierigen Lebensumständen. Diese Koordinationsrunde (KO-Runde) versucht Lösungsmöglichkeiten für die wichtigsten (sozialen) Probleme zu entwickeln. Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Arbeitsgruppen gegründet (AG 'Kinder und Jugendarbeit', AG 'Ältere Menschen', AG 'Vahrenheider Arbeitsmarkt und Stadtteilsanierung' (VASS), AG 'Kaleidoskop' und AG 'Sucht'). Parallel initiierten Akteure aus Kirche, Gemeinwesenarbeit und anderen pädagogisch und sozial wirkenden Einrichtungen in gemeinsamer Kooperation eigenständige Projekte wie die Jugendwerkstatt und den Frauentreff. Verbreitet ist dabei das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe.

Eine solche Initiative stellt die mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit 1987 entstandene Nachbarschaftsinitiative e.V. dar. Es ist ein Zusammenschluss aus engagierten Mieterinnen und Mietern der Hochhäuser in Vahrenheide-Ost. Der Verein fördert Selbsthilfe und -organisation und ist heute *die wichtigste selbstorganisierte Einrichtung im Stadtteil*. Die NI hat es sich zum Ziel gesetzt, die sozialen Spannungen zwischen den Bewohnern abzubauen und die Kommunikation in der Nachbarschaft zu fördern. Bis zu 100 Personen jeder Altersgruppe suchen wöchentlich den Nachbarschaftstreff in der umgebauten Hochgarage auf (vgl.: NI 1999). Bei der Nachbarschaftsinitiative hat sich gezeigt, dass die ursprüngliche Idee einer Selbstorganisation, die nach dem Prinzip 'Hilfe zur Selbsthilfe' angestoßen wird, nicht aus eigener Kraft aufrecht erhalten werden kann. Auch wenn viel ehrenamtliches Engagement vorhanden ist, kann die Organisation des Vereinsalltags nicht eigenständig von den Bewohnern und Bewohnerinnen geleistet werden, da diese mit der Bewältigung des eigenen Alltags oftmals schon überfordert sind. Dazu bedarf es einer Sozialpädagogin, die verbindliche und kontinuierliche Unterstützung sowie aktive Anleitung zur Selbstorganisation gibt.

„Im Gegensatz zu vielen Bereichen, wo vielleicht eher Mittelschichtsangehörige ihr sozialpolitisches Verständnis bewusst in ehrenamtliches Engagement umsetzen, sind unsere Ehrenamtlichen gleichzeitig 'Betroffene'. Einige wohnten früher in Notunterkünften oder wuchsen in Kinderheimen auf. Alleinerziehende sind ebenso darunter wie Aussiedler mit Verständigungsschwierigkeiten, Arbeitslose und solche, die in ihrer Vergangenheit wegen Mietzahlungsrückständen von Zwangsräumungen bedroht waren. Für diesen Personenkreis ist das ehrenamtliche Engagement Teil ihrer eigenen Stabilisierung. Immer wieder benötigen sie die Bestätigung, Anleitung und Betreuung, um ihre Aufgaben weiter wahrnehmen zu können“ (Jordan/Giesche 1998, S. 3).

Eine weitere Einrichtung ist der Mieterbeirat der GBH, eine gewählte Interessensvertretung der Mieterschaft gegenüber der GBH. Aus Mangel - gerade in den Häusern mit größeren Konflikten und Leerständen - an Bewerbern für die Mieterbeiräte besteht der derzeitige Mieterbeirat ausschließlich aus deutschen 'Alt-/Traditionsmietern', die sich vornehmlich aus den konventionellen bürgerlichen und traditionellen Arbeitermilieus im Stadtteil rekrutieren. Eine neue Form des Kommunikationsangebotes stellt der Aufbau eines Stadtteilinformationssystems der Integrierten Gesamtschule Vahrenheide-Sahlkamp dar. Die Schülerschaft der Stadtteilschule arbeitet zusammen mit den Lehrern daran, den Stadtteil betreffende Informationen ins Internet zu stellen und kooperiert dabei eng mit Vereinen, Verbänden, dorti-

gen Sozialarbeitern, der Kirchengemeinde, dem Kulturtreff und vielen anderen zusammen. Seit dem Sommer 2000 befindet sich die Mediothek (Bücher, Unterrichtsmaterialien, CD-Roms mit Lernsoftware, öffentlicher Internetzugang) und eine Stadtteilbibliothek in den Räumlichkeiten des Kulturtreffs und bietet so ein erweitertes und vernetztes Kultur- und Bildungsangebot, das von Schülern und Bewohnern des Stadtteils gleichermaßen genutzt werden kann und tatsächlich einer Vernetzung und Zusammenführung der Stadtteilinstitutionen näher kommt. Von der Einbindung der Jugendgeneration wird sich ein Zugang zur Elterngeneration versprochen.

Heute gibt es neben den typischen Kleingarten- und Sportvereinen sowie neben den professionellen Arbeitsgruppen auch Initiativen, die kulturelle und soziale Ziele verfolgen und sich mit Hilfe kommunaler, privater bzw. wohnungswirtschaftlicher Träger entwickelt haben. Ein Beispiel ist die Genossenschaftsgründung der VASA, die entstand, „*weil sich nichts tat und für die Zukunft demonstriert werden sollte, dass doch vieles möglich ist*“ (ein Beteiligter). Gegründet wurde die VASA 1997 mit Unterstützung der Stadt Hannover, der GBH, der AWO und der lokalen Politik. Bislang wurden zwei Häuser im Klingenthal (36 Wohnungen) gekauft, weitere sollen im Stadtteil folgen. Die VASA kann als gelungener Versuch gelten, Nachbarschaften frei zu wählen, sich auf Dauer im Stadtteil zu etablieren und sich für das eigene Wohnumfeld verantwortlich zu fühlen.

Aus der Bewohnerschaft von vier Zeilenbauten setzt sich der Bewohnerverein 'Es tut sich was' im Sahlkamp 81-87 zusammen. In den überwiegend kleinen Wohnungen dieser Häuser (Zweizimmerwohnungen) wohnen zumeist alleinlebende Männer. Dabei handelt es sich um eine problembelastete Bewohnergruppe (Haftentlassene, Entlassene aus klinischen Therapieformen, Bewohner ehemaliger Übergangswohnungen) mit hohen Sozialhilfequoten, wobei viele allerdings nicht anspruchsberechtigt sind und daher Arbeitslosenhilfe erhalten. Da die Bauten sehr vernachlässigt sind, wird nun unter Mithilfe der Bewohnerschaft hausweise mit der Sanierung begonnen. Im Rahmen der Sanierung entstand die Initiative, die sich für die Interessen der Bewohner in den Sahlkamphäusern einsetzt, wobei die Vereinsvorsitzenden selbst Mieter bzw. Mieterin der Häuser sind. Neben der baulichen Sanierung wird eine soziale Stabilisierung angestrebt.²¹ Ein ähnliches Anliegen hat die Bewohnerinitiative 'Mieterverein Klingenthal 6B', in der die Bewohnerschaft aktiv für die Verbesserung der Wohnqualität und -infrastruktur in den Hochhäusern eintritt. Der Gruppenzusammenhalt der Bewohnerinitiative stärkt eine nachdrücklichere Position im Umgang mit GBH und Behörden. Die Einrichtung einer Pförtnerloge ('Conciergerie') unterstützten mehr als 100 Bewohnerinnen und Bewohner im Klingenthal. Mittlerweile sind im Pförtnerbetrieb vier ehemals arbeitslose Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner beschäftigt.

6.2 Partizipationsmöglichkeiten, Kommunikationsangebote/-formen

Kennzeichnend für Vahrenheide seit Entstehung des Stadtteils ist ein zum Teil bevormundender Umgangsstil mit einzelnen Gruppen der Bewohnerschaft. Insbesondere die sozial benachteiligten Bewohnergruppen haben es nicht selten mit fürsorglich-pädagogischen und manchmal gängelnden Umgangsstilen zu tun. Zum Beispiel dominieren in der lokalen Politik und Verwaltung bis heute formale Kommunikationsformen und Verfahrensregeln, die viele der im Stadtteil lebenden Menschen schon allein durch ihre förmliche Struktur ausgrenzen (Rednerliste, Anträge stellen usw.).

Um direkte Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten im Stadtteil dennoch zu stärken, wurde mit Beginn der Sanierung das *Bürgerforum als zentrales Partizipationsgremium vom Sanierungsbüro initiiert*. Hier sollen u.a. Belange der sozialen Sanierung diskutiert werden. Es wird von Bewohnerinnen und Bewohnern selbst geleitet, ist für alle offen und tagte zunächst im zweiwöchigen, gegenwärtig im vierwöchigen Rhythmus. Die Bewohnerschaft hat theoretisch und praktisch die Möglichkeit, Einfluss auf die

²¹ vgl. hierzu das Gutachten von Alexander Rudnick (GBH 1999).

Entwicklung des Stadtteils auszuüben. Durch 'Absprachen' zwischen Sanierungskommission und Sanierungsbüro besteht eine Selbstverpflichtung, dass alle Entscheidungen der Sanierungskommission dicht am Votum des Bürgerforums orientiert sein sollen. Die Teilnehmerzahl am Bürgerforum schwankt zwischen weniger als 10 Personen, bei brisanten Themen sind zwischen 50-80 Interessierte vertreten, je nach subjektiver Betroffenheit. Es gibt einen Quartiersfonds in Höhe von 50.000 DM, aus dem Finanzhilfen an Projekte des Stadtteils nach entsprechender Prüfung ohne Ressortbindung vergeben werden können. Die Auswahl von als förderungswürdig befundenen Projekten durch das Bürgerforum bedarf jeweils der Bestätigung durch die Sanierungskommission als politisch legitimer lokaler Instanz.

Die erstmals 1972 in einem hannoverschen Stadtteil erprobte Einrichtung der **Sanierungskommission** besteht auch in Vahrenheide aus gewählten Vertretern der politischen Parteien und aus einer ebenso großen Zahl von Bürgervertretern, die jeweils von den Parteien benannt worden sind. Die Mehrheitsverhältnisse in der Kommission richten sich nach denen im Rat der Stadt Hannover. Daran ändern auch die Bürgervertreter nichts, da sie in der Regel den Parteien nahestehen und zum Teil deren Mitglieder sind. Die Sanierungskommission hat den Vorteil, dass viele Entscheidungen dezentral und durch ortskundige, in der Regel von den Sanierungsmaßnahmen auch betroffene Vertreter getroffen werden können. Die spezifischen Interessen des Stadtteils lassen sich darüber besser zur Geltung bringen als auf dem gesamtstädtischen Forum des Stadtrats.

Gefragt werden muss allerdings, ob für einen Stadtteil wie Vahrenheide das Bürgerforum und die Sanierungskommission in ihren aktuellen Strukturen angemessene Formen der unmittelbaren Bewohnerbeteiligung darstellen. Nur ein äußerst geringer Teil der betroffenen Bewohnerschaft, in der Regel Personen mit hinreichenden soziokulturellen Ressourcen der Kommunikation und Konfliktfähigkeit, nehmen diese Foren wahr. Sporadische Beteiligungen am Bürgerforum von Personen mit Migrationshintergrund sowie auch von Personen aus den sozial benachteiligten Milieus reichen nicht aus, ein notwendigerweise kontinuierliches Engagement zu gewährleisten; daran konnte auch die in Vahrenheide eingesetzte Anwaltsplanerin nichts ändern, die mit zugestandenen zehn Arbeitsstunden pro Woche überfordert sein musste. Sinnvoller erscheint es, das Bürgerforum für alle im Stadtteil tätigen Akteure im Sinne eines Stadtteilforums zu erweitern und mit Hilfe eines Moderators bzw. Bürgeranwalts insbesondere den bisher fernstehenden Bewohnern aktivierende Hilfestellungen zu gewähren. Darüber hinaus zeigt die Erfahrung in Vahrenheide, dass die große Anzahl der politisch nicht repräsentierten Bewohner auch in der Sanierungskommission nicht repräsentiert wird. Dies betrifft insbesondere die Bewohner mit Migrationshintergrund. Die Bürgervertreter rekrutieren sich in aller Regel auch nicht aus den sozial benachteiligten Milieus, über deren Bedingungen und Möglichkeiten nun gerade mit entsprechenden Maßnahmen der sozialen Sanierung in der Kommission entschieden wird. Angesichts dieser spezifischen Situation sozial benachteiligter Stadtteile ließe sich anregen, die Bürgervertreter der Sanierungskommission nicht von den politischen Parteien benennen zu lassen, sondern von dem zum Stadtteilforum erweiterten Bürgerforum, wo neben Vertretern der lokalen Geschäftswelt, der Kirchen, der sozialen Einrichtungen und der Vereine auch bisher politisch nicht repräsentierte Bewohner beteiligt sind.

Die seit langen Jahren im Stadtteil agierende KO-Runde ist ein informelles stadtteilspezifisches Diskussionsforum, an dem professionelle Aktive aller Einrichtungen, Verbände, Vereine, Initiativen, Freie Träger und Kirchen aus dem Bereich Kinder-, Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit sowie weitere Interessierte (Bewohner) teilnehmen. Das erklärte Ziel der Teilnehmerschaft der KO-Runde ist es, die sozialen und kulturellen Infrastrukturen zu verbessern sowie die Stadtteilinteressen in Abwägung mit den Trägerinteressen abzustimmen. Da in den Institutionen des Stadtteils vor allem 'externe Professionelle' arbeiten, besteht die Runde aus Agierenden, die für die Bewohner handeln und sich in verschiedenen Themenbereichen engagieren (Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Lokale Ökonomie, Integration von

Personen mit Migrationshintergrund usw.). Eine langjährig im Stadtteil aktive Frau stellt zur KO-Runde fest: „Vernetzung ist heute ein Schlagwort, in Vahrenheide gibt es das aber schon ewig“. Die professionell Tätigen in Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Gemeinwesenarbeit, Senioreneinrichtungen, Kirchen und anderen Initiativen leisten im intermediären Feld des Stadtteils gute Arbeit. Einzelne Vertreterinnen und Vertreter sind allerdings angesichts der mit der sozialen Sanierung verbundenen Planungen für den Stadtteil verunsichert, weil sie sich an den Entscheidungsprozessen nicht hinreichend beteiligt sehen. Einige der befragten Stadtteilakteure, die seit Jahren an der Koordinierungsrunde teilnehmen, empfinden das mit Beginn der Sanierungsarbeit initiierte Bürgerforum sowie die Kompetenz des Sanierungsbüros sogar als konkurrierende Stadtteilinstanzen.

Dementsprechend herrscht zwischen Akteuren des Sanierungsbüros und der Koordinationsrunde eine für die Stadtteilentwicklung insgesamt bedauerliche Atmosphäre der Distanz. Es sind Tendenzen feststellbar, dass die in den sozialen Einrichtungen Tätigen ihre Beteiligung am Stadtteilentwicklungsprozess bis auf ihre spezifischen alltäglichen Aufgaben zurückgefahren haben und ihre eigenen Konzepte verfolgen. Nicht beteiligt sein heißt, den Dialog mit anderen erst gar nicht zu suchen bzw. sich deutlich von den anderen abzugrenzen. Angesichts der Neubesetzung der Stelle der/des Anwaltsplanerin/s und des vom Sanierungsbüro angekündigten Versuchs einer neuen Stadtteilkonferenz bleibt zu hoffen, dass zumindest die professionellen Akteure in Vahrenheide dazu übergehen, diese nicht immer nachvollziehbaren Konflikte untereinander professionell zu bearbeiten. Dies erscheint gerade in Vahrenheide außerordentlich notwendig zu sein, da im Unterschied zu Politik und Verwaltung die in den sozialen Einrichtungen tätigen Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter und Betreuer in direktem Kontakt mit den Menschen arbeiten, deren sozialen und alltagskulturellen Orientierungen verstehen und nachempfinden können und somit für die Umsetzung der Projekte einer sozialen Sanierung unerlässlich sind.

Wir fügen an dieser Stelle einen Entwurf für Beteiligungs- und Sanierungsstrukturen an, der aus unserer Sicht den spezifischen Bedingungen des Stadtteils Vahrenheide entspricht. Dieser Entwurf wurde im Sommer 2001 von uns dem Sanierungsbüro zur Diskussion vorgelegt.

Abb. 16
Entwurf zu einer Neuordnung der Beteiligungs- und Sanierungsstrukturen (agis 2001)



Erläuterung des Entwurfs

Das Stadtteilbüro / Bewohnerbüro

- unterstützt Bewohnerinnen und Bewohner sowie lokale Einrichtungen (Beratung, Hilfestellung, Kontakte, Informationen);
- stellt zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und den lokalen Einrichtungen Kontakte her, koordiniert deren Aktivitäten und wirkt über Vernetzung nach innen aktivierend;
- berät und unterstützt Bewohnerinnen und Bewohner sowie lokale Einrichtungen bei der Entwicklung von stadtteilorientierten Projekten und Maßnahmen, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner beitragen;
- unterstützt und berät die Arbeit des Sanierungsbüros und des Stadtteilforums in Bezug auf Anliegen von Bewohnerinnen, Bewohnern und lokalen Einrichtungen;
- der/die Quartiersmanager/in wird durch einen lokalen Diskussions und Entscheidungsprozess von den Bewohnern und den Vertretern der lokalen Einrichtungen ausgewählt. Er/sie ist in der Zeit der Sanierung verlässlicher Ansprechpartner/in für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie für die Beschäftigten der lokalen Einrichtungen (Präsenz vor Ort, niedrige Zugangsschwellen usw.).

Das Sanierungsbüro

- koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den Sanierungsträgern (Stadtverwaltung, GBH), der Bezirksregierung, der Arbeitsverwaltung, den Verbänden, der Stadtpolitik, Landes- und Bundesbehörden und zur EU;
- koordiniert alle Vorhaben der Sanierung und stellt sie im Stadtteilforum zur Diskussion;
- unterstützt und berät die Arbeit des Stadtteilbüros und des Stadtteilforums bei Stadtteilanliegen und Maßnahmen, die über die lokale Ebene hinausreichen;
- initiiert in Kooperation mit dem Stadtteilbüro, dem Stadtteilforum und anderen regionalen Akteuren, z.B. aus den ‚Soziale Stadtgebieten‘, (Beschäftigungs-)Projekte auf der regionalen Ebene.

Stadtteilbüro und Sanierungsbüro

- organisieren und koordinieren gemeinsam die Arbeit des Stadtteilforums;
- informieren gemeinsam die Bewohnerinnen und Bewohner und die Öffentlichkeit über Vorhaben im Stadtteil, die im Zusammenhang der Sanierung stehen (Öffentlichkeitsarbeit, Sanierungszeitung usw.);
- entwerfen gemeinsam Strategien und Konzepte zur Umsetzung und Durchsetzung von Stadtteilanliegen, Sanierungsaufgaben, Projekten, Gutachten usw., die vom Stadtteilforum beschlossen wurden.

Sanierungskommission

- setzt sich zusammen aus politischen Mandatsträgern (Bezirksrat) und vom Stadtteilforum beauftragten Vertreterinnen und Vertretern der Bewohnerschaft und der lokalen Einrichtungen;
- die Zusammensetzung der Mandatsträger entspricht den politischen Mehrheitsverhältnissen des Stadtteils;
- die Vertreterinnen und Vertreter der Bewohnerschaft und der lokalen Einrichtungen werden vom Stadtteilforum beauftragt. Sie sollten die sozialstrukturelle und kulturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft des Stadtteils widerspiegeln;
- entscheidet über alle Vorlagen, Finanzmittel und Beschlussdrucksachen. Dabei soll sie den konsensualen Entscheidungen des Stadtteilforums weitestgehend folgen.

Stadtteilforum

- offen für alle Anliegen interessierter lokaler Akteure (Bewohnerschaft, Mitarbeiter lokaler Einrichtungen, Verwaltung und Politik);
- wird von der/dem Quartiersmanager/in moderiert;
- gibt sich eine Geschäftsordnung;
- Entscheidungen werden nach dem Konsensprinzip getroffen;
- ist befugt, über die Gelder des Quartierfonds zu entscheiden, der mindestens auf DM 100.000 aufgestockt werden sollte;
- wählt Vertreterinnen und Vertreter der Bewohnerinteressen in die Sanierungskommission (Bürgervertreter);
- wird bei seiner Arbeit durch das Stadtteil- und das Sanierungsbüro unterstützt (Beratung, Organisation).

6.3 Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung

„Die Bewohner können zwei- bis dreimal angesprochen werden, dann ist deren Geduld vorbei“ (sinngemäße Wiedergabe einer Expertenaussage). Langfristige Arbeit funktioniert selten, „die müssen schnell was konkret sehen“. In Expertengesprächen wird deutlich, dass die Bewohnerschaft oftmals schlechte Erfahrungen bei Beteiligungsverfahren gemacht hat und die Menschen daher bei vielen Treffen „erst einmal ihren Frust loswerden müssen“. Die klassischen Orte für Bewohnerversammlungen bzw. die Arrangements in Räumen von Schulen und Kirchen wecken bei nicht wenigen Menschen negative Erinnerungen an eigene Schulkarrieren und wirken mit den formalen Anforderungen einer öffentlichen Versammlungsrunde oftmals einschüchternd und hemmend. Allerdings wird auch ersichtlich, dass es nicht reicht, die Bewohnerinnen und Bewohner zu fragen, was sie denn wollen. Erfolge in Form von bewohnerschaftlichem Engagement, die von der Stadt politisch initiiert wurde, haben die Planer und Gemeinwesenarbeiter in den 70ern/80ern mit aufsuchender und aktivierender quartiersbezogener Beratung zu verzeichnen. Bewährt hat sich, mehrere möglichst konkrete Handlungsperspektiven aufzuzeigen und den Bewohnern zu unterbreiten, um darüber in eine mögliche Diskussion 'vor der Tür' einzusteigen, quasi eine aufs Wohnumfeld bezogene, zielgruppenorientierte Aktivierungsstrategie, die aufsuchenden, 'animatorischen Vor-Ort-Charakter' hat (Handzettel in Briefkästen, Klingeln an der Tür, Besprechung vor dem Haus mit Plänen usw.). Nicht selten jedoch führt die mangelnde Resonanz bei den Angesprochenen zur Überforderung gerade derjenigen Bewohner, die sich trotz aller Einschränkungen bereit finden, die Angelegenheiten des Stadtteils in die eigenen Hände zu nehmen.

Zu einer aktiven Rolle sind v.a. jene Bewohnerinnen und Bewohner bereit, die sich positiv mit 'ihrem' Stadtteil identifizieren, gern hier wohnen und sich wehren gegen „schlechtes Reden über Vahrenheide“. Es sind aktive Bewohnerinnen und Bewohner, die teilweise wichtige Schlüsselpositionen in der lokalen Politik, in den Vereinen oder in der lokalen Ökonomie einnehmen. Sie verfügen über hinreichende Ressourcen, um sich mit entsprechenden Mitteln (Unterschriftensammlungen, Petitionen, Pressearbeit) Gehör zu verschaffen. Für diese Bewohnergruppen sind die konventionellen Gesprächsformen im Bürgerforum, in der Koordinationsrunde oder der Sanierungskommission vertraute Welten, in denen sie sich mehr oder weniger selbstsicher bewegen. Einige von ihnen haben Erfahrungen mit Beteiligungsmodellen in der Gewerkschaftsarbeit erprobt. Sie bilden heute die hegemonialen Milieus im Stadtteil. Die Bürgerinitiative e.V. ist ein Beispiel für eine aktive Bewohnerschaft, die ihr (Umwelt)Engagement für den Stadtteil 'hauptberuflich' ausübt und sich als Sprachrohr der Bürger versteht. Durch regelmäßige Teilnahme am Bürgerforum wird angestrebt, auf die Steuerungsmechanismen, die dort erarbeitet werden, Einfluss zu nehmen.

Eine an den bildungsbürgerlichen Normen und Kompetenzen orientierte Bürgerbeteiligung, wie in den 70er Jahren mit hochpolitisierten Interessengruppen, wird als *Überforderung der meisten Aktiven im heutigen Vahrenheide* angesehen. Beispielsweise sind im Vorfeld des Planungsgeschehens alle Entwicklungsplanungen und Gutachten unter Mitwirkung ganz bestimmter Teile der Bewohnerschaft erstellt (laut § 3 BauGB vorgeschrieben) und dann von den wenigen, sich aktiv Beteiligenden im Bürgerforum formal abgesegnet worden. Trotz der Einhaltung formal vorgeschriebener Beteiligungsstrukturen lässt sich der Eindruck gewinnen, dass letztendlich Gutachten in Auftrag gegeben worden sind, die ohne Mitwirkung der Betroffenen erstellt wurden. Dieser Umgang mit Beteiligung scheint für Vahrenheide kennzeichnend zu sein. Es ist verständlich, dass nicht alle Betroffenen von Anfang an umfassend an der Planung beteiligt sein können und wollen, aber wirkliche bzw. niedrigschwellige Beteiligungsangebote in der Planungsphase sind selten. Zwar gibt es Abstimmungsprozesse und Workshops, die aber die meisten Bewohnerinnen und Bewohner überfordern und sie somit von den Abstimmungsprozessen letztlich doch ausschließen.

Jüngstes Beispiel ist die Entwicklung des Hochhauskomplexes Klingenthal. Drei Gutachterbüros hatten Planungen zur möglichen Umgestaltung entwickelt. Die Bewohnerinteressen wurden dabei jedoch nicht abgefragt; im Gegenteil, waren sie doch zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Gutachten weitgehend unbekannt. Erst auf Initiative der Interessensgemeinschaft Klingenthal 6b entstand nachträglich ein Meinungsbild der Betroffenen. Oftmals haben die Stadtteilakteure das Gefühl, erst zu spät und nach längst schon ohne sie erfolgten Vorabsprachen beteiligt zu werden. Eine Anwaltsplanerin war daher beratend und stützend als Vermittlerin zwischen den Sanierungsträgern und Bewohnern tätig. Mittlerweile ist hinsichtlich des Klingenthals entschieden worden, weder eines der drei Gutachten noch die von den Mietern mit Hilfe der Anwaltsplanerin entwickelte Variante des Umbaus zu realisieren. Zentrale Teile des Hochhauskomplexes werden abgerissen. Den Mietern sollen möglichst im Stadtteil kostenneutrale Ersatzwohnungen angeboten werden.

Letztlich sollte die *Befähigung* der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils - über die bereits Beteiligten hinaus - zur *Teilhabe am Prozess der Quartiersentwicklung* ein wesentliches Ziel im Rahmen der sozialen Sanierung in Vahrenheide-Ost sein. Allerdings ist dabei z.B. *Elternarbeit* in Kindertagesstätten und Schulen *in ihrer spezifischen Gremien- und Diskussionskultur* nur wenigen Eltern vertraut und ein für sie ungewohntes Umgangsfeld. Hierbei spielen sowohl alltägliche Überlastungen eine Rolle als auch alltagskulturelle Fremdheiten vieler Eltern mit Migrationshintergrund (Sprachprobleme, Analphabetismus). Sie engagieren sich lieber bei Festivitäten - bei denen „*Berge von Essen aus aller Herren Länder*“ zusammenkommen - auf der informellen bzw. niedrigschwelligen Ebene. Die Bereitschaft der Eltern zur (Gremien)Mitarbeit ist gering, da sie Kontinuität und Präsenz voraussetzen würde. Sobald jedoch konkret Elterninteressen missachtet werden, funktioniert die Beteiligung durch Betroffenheit in Form von Protesten (Forderung nach Einführung eines muttersprachlichen Unterrichts, Erhalt des Spielparks Holzwiesen etc.).

Der Mangel an verbindenden Gesellungsorten und informellen Kontaktmöglichkeiten im Stadtteil ist besonders problematisch. Das Engagement der professionell Tätigen in den Einrichtungen ist mehrheitlich orientiert am Notwendigen und zielt auf Stabilisierung der eigenen Einrichtung. Häufig bleibt kaum Zeit, Selbsthilfe, Kontakt- und Unterstützungsnetze zu fördern. So hat sich beispielsweise bereits in der noch relativ kurzen Phase seit Bestehen des Bürgerforums gezeigt, dass ein solche Form der Bewohnerbeteiligung aus sich selbst heraus kaum zu organisieren ist. Aus diesem Grund musste das Sanierungsbüro Koordinierungsfunktionen für das Bürgerforum übernehmen.

6.4 Beteiligte und Nicht-Beteiligte

Die vieldiskutierte Kluft zwischen den sich allenfalls an Wahlen beteiligenden 'Normalbürgern', den sogenannten engagierten 'Aktivbürgern' und den abseits stehenden, kaum zu erreichenden sozialen Milieus kann sich in einem Stadtteil wie Vahrenheide zu einem Graben ausweiten. So gehen die Kommunikationsformen im Bürgerforum, in der Koordinierungsrunde oder auch in der Sanierungskommission an den alltäglichen Umgangsformen des Großteils der Bewohnerschaft sicherlich vorbei. Hingegen werden aber viele Vahrenheider über Kirchen, Vereine und Initiativen erreicht und beteiligt, die sie sich selbst geschaffen haben und in deren Kultur und Symbolik sie sich wiederfinden können. Insofern gibt es in Vahrenheide eine enge Beziehung zwischen den politischen Beteiligungsmöglichkeiten und den konventionellen Vereinen und Verbänden. Beide bilden zusammen eine kulturelle und politische Ebene, zu der allerdings nicht alle sozialen Milieus Zugang haben.

Wesentliche Ursachen dieser Probleme sozialer Integration und Beteiligung sind die altersspezifischen und ethnisch gefärbten Konfliktlinien im Stadtteil. Vielen Akteuren in der Verwaltung, der Politik und in der Bewohnerschaft scheint offenbar noch nicht bewußt zu sein, dass die traditionellen Mehrheitsver-

hältnisse nur noch in der Generation der über 60jährigen wirksam sind und in den übrigen Altersgruppen bis zu 40 % Menschen mit Migrationshintergrund zu finden sind. Im Prozess einer sozialen Sanierung, wie es derzeit in Vahrenheide versucht wird, ist diese Zukunft den Sanierungsakteuren nur schwer zu vermitteln, zumal die deutliche Minderheit der politisch aktiven Bürgerschaft sich allein aus den Quartieren und den sozialen Milieus rekrutiert, deren in den 1960er und 70er Jahren geprägte lebensweltliche Wahrnehmung eher abseits sozialer Notlagen und auch in Distanz zur alltagsweltlichen Kultur der Nicht-Deutschen verläuft.

Zum Beispiel sehen sich die auf Grund beengten Wohnraums ihrer relativ großen Familien und auf Grund mangelnder Freizeitangebote auf die öffentlichen Plätze und Straßen des Stadtteils drängenden Kinder und Jugendlichen häufig mit älteren Deutschen konfrontiert. Die autochthonen Älteren sehen sich dabei selbst wiederum außerstande, ihre nicht selten rigiden Vorstellungen eines geregelten und ruhigen Alltagslebens gegenüber den Jugendlichen geltend zu machen. Sie sehen sich aus den von ihnen beanspruchten öffentlichen Räumen von den jungen 'Ausländern' verdrängt. Als ihre einzig verbliebenen Bastionen wirken Vereine und Institutionen, von den Sportvereinen bis hin zu den lokalen Kirchen- und Parteizirkeln, deren Kultur und Regelwerke unbewusst als eine Art Schutzwall gegen die als Invasion wahrgenommenen jungen Leute wirkt. Trotz vielfacher Beteuerungen, für die Jugendlichen etwas tun zu wollen, gelingt deren Einbindung nur selten. Versuchen dennoch nicht-deutsche Jugendliche dort Fuß zu fassen, werden sie nicht selten durch übertriebene Ordnungsvorstellungen und entsprechende Kommunikationsformen verprellt. Die älteren Deutschen sind dann bald wieder unter sich und beklagen ihre Nachwuchsprobleme.

Hier prallen ständig zwei Welten aufeinander. Häufig verfügen die jungen Nicht-Deutschen über nur mangelhafte Sprachkenntnisse und sind in öffentlicher Kommunikation und Selbstdarstellung von Unterlegenheitsgefühlen geprägt. Sie fühlen sich im Stadtteileben mit ihren Interessen und Bedürfnissen nicht hinreichend bestätigt. Weder spiegeln sich ihre ästhetisch-kulturellen Vorstellungen und Ideen in eigenen Räumen oder Symbolen noch verfügen sie, vergleichbar mit der Vereinskultur zumeist älterer Deutscher, über selbstbestimmte Einrichtungen und Institutionen. Überwiegend sehen sie sich in defizitärer Position. Dies reicht von alltäglichen Erfahrungen persönlicher Abwertung, z.B. durch die zur 'Ordnung' rufenden etablierten Erwachsenen, bis hin zu fehlender Anerkennung in den Einrichtungen der Freizeit, Erziehung, Ausbildung und Erwerbsarbeit. Bestätigt werden solche Erfahrungen immer dann, wenn - wie Anfang des Jahres 2002 in Vahrenheide geschehen - Teile der nicht-deutschen Bevölkerung autonome kulturelle Handlungsspielräume für sich beanspruchen. Nachdem die Sanierungskommission in Vahrenheide beschlossen hatte, den 'Demokratischen Kulturverein' für Integrationsarbeit türkischer Bewohner in Vahrenheide mit 14.000 DM für eine ABM-Stelle zu unterstützen, gab es heftige öffentliche Proteste aus den traditionellen Vereinen. Sie kritisierten die angeblich mangelhaften Deutschkenntnisse des für diese Stelle vorgesehenen türkischen Vereinsvertreters. Es handelte sich um Vereine, die vergleichbare und höhere Unterstützungen für sich wie selbstverständlich wahrnehmen. Die heftigsten Proteste kamen übrigens von einem Vereinsvorsitzenden, dessen Jugendabteilung im letzten Jahr noch von einem deutschen Jugendlichen gebildet wurde.

An den öffentlichen Angelegenheiten des Stadtteils beteiligt sind also die mehrheitlich deutschen Traditions-/Altmietler sowie Eigenheimbesitzer, die in materiell gesicherten sozialen Lagen leben. Gemeinsam ist ihnen ihr Bestreben, das negative Image des Stadtteils zu bekämpfen. Ihnen geht es darum, den Stadtteil ihren Bedürfnissen gerecht für ein angenehmes Altern zu gestalten. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind aktiv, können ihre Bedürfnisse gezielt artikulieren und zeigen eine hohe Identifikation mit dem Stadtteil. Es handelt sich um die im Bürgerforum vorrangig vertretene Bewohnergruppe, die sich auch in politischen Gremien, Vereinen sowie im kirchlichen und kulturellen Bereich engagiert. Lokalpolitisch hat diese Personengruppe ein deutliches Gewicht.

Aktiv werden ebenfalls unmittelbar Betroffene in den Mietervereinen des Klingenthals und Sahlkamps unter direkter Anleitung von Professionellen. Engagiert sind auch die Kirchenmitglieder, die Angebote für alle Altersgruppen schaffen und ehrenamtlich Dienste verrichten (Austeilen der Kirchenblätter, Reinigung der Kirchengebäude, Gruppenbetreuung). Nicht zuletzt durch engagiertes Verhalten der Kirchenmitglieder finden insbesondere viele der Russlanddeutschen und Osteuropäer zahlreiche Integrationsangebote. Allerdings sind auch viele Russlanddeutsche Baptisten und die Baptistengemeinde weist abschliessende Tendenzen auf. Darüber hinaus gibt es immer wieder einzelne Bewohnerinnen und Bewohner, die als mehr oder minder unabhängige Persönlichkeiten vermittelnde Positionen einnehmen und dabei die Bedürfnisse spezifischer Bewohnergruppen (MigrantInnen, Unterprivilegierte, TraditionsmieterInnen) repräsentieren und artikulieren.

Zu den nicht beteiligten Bewohnergruppen gehören vor allem soziale Milieus mit Migrationshintergrund²². Insbesondere sind bei den noch relativ kurz im Stadtteil lebenden Migrantengruppen (Kontingentflüchtlinge, Asylsuchende) eher abschliessende Tendenzen zu beobachten, nicht zuletzt wegen sprachlicher und alltagskultureller Barrieren, die sich im engen Zusammenleben mit verschiedenen anderen unbekannteren Ethnien zwangsläufig ergeben. Die Bereitschaft und Tendenz, soziale Beziehungen zu knüpfen, ist nur bei den langjährig im Stadtteil lebenden Migrantinnen stärker ausgeprägt. Als überwiegend sozial stabile Bewohnergruppe haben sie Interesse, im Stadtteil wohnen zu bleiben, und investieren in Eigentumswohnungen wie auch im Bereich der lokalen Ökonomie. Attraktiv ist für diesen Teil der Bevölkerung, dass sie hier ein großes Verwandtschaftsnetz vorfinden. Besonders unter den Frauen haben sich Unterstützungsnetze gebildet, die über die jeweilige ethnische Gruppe hinausreichen und die zunehmend auch für die deutsche Bevölkerung hilfreich sein können.

Kinder und vor allem Jugendliche haben kaum Möglichkeiten, Aktivitäten außerhalb der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu entfalten. Ihr Heranwachsen ist von räumlicher Enge in den Wohnungen, den Bildungsinstitutionen und in den Freizeiteinrichtungen geprägt. Sie haben in der Regel keine Lobby - außer in Schulen durch aktive Lehrer -, es fehlen ihnen Verfügungsräume und es existieren keine im Stadtteil verankerten Beteiligungsstrukturen. Nachdem beispielsweise 1998 und 1999 auf Initiative der lokalen AG 'Kinder- und Jugendarbeit' mit Hilfe der Arbeiterwohlfahrt vier Zukunftswerkstätten für Kinder und Jugendliche in Vahrenheide durchgeführt worden waren, verbreitete sich bei den Beteiligten große Enttäuschung. Zwischen den Beteiligungs- und Entwicklungsverfahren und deren Umsetzung lagen für die Kinder und Jugendlichen zu lange und ungewisse Zeiträume. Darüber hinaus wurden trotz gegenteiliger Erwartungen nur einige wenige Projekte zur Gestaltung des eigenen Stadtteils umgesetzt, weil die lokale Politik kurzfristig eine andere Aufteilung der ursprünglich vorgesehenen Finanzen entschied.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass viele der bestehenden sozialen Einrichtungen des Stadtteils, die heute zumindest teilweise in öffentlicher Hand sind, durch den aktiven Einsatz von Bewohnern und professionell Tätigen angestoßen und eingerichtet wurden. Davon sind einige näher am Geschehen (Nachbarschaftsinitiative) und andere weiter entfernt von stadtteilrelevanten Prozessen (Sport-, Kleingartenvereine). Es zeigt sich auch, dass Bewohnerbeteiligung in Vahrenheide einen besonders langen Atem erfordert. Erreichtes wird schon bald wieder in Frage gestellt. Denn häufig sind Finanzierungen kurzfristig und projektgebunden, so dass kontinuierliche Planung immer wieder behindert wird. Selbst langjährig erfolgreichen Einrichtungen, wie der Nachbarschaftsinitiative e.V., wird keine finanzielle Sicherheit geboten. In Vahrenheide kann aufgrund des überwiegend kurzfristigen und auf konkrete Ziele ausgerichteten Engagements eher von einer *Kultur der Initiativen* gesprochen werden als von stetiger und dauerhafter Bürgerbeteiligung.

²² Die Ausnahme ist der demokratische Kulturverein sowie engagierte Frauen im Umfeld der Gemeinwesenarbeit und des Kulturtreffs.

Exkurs: Das Wählerverhalten im Stadtteil

In Hannover zeigt sich ein enger verstetigter Zusammenhang zwischen Sozialstruktur der Stadtteile und spezifischem Wahlverhalten (vgl. Gaisraiter 2000 und Hermann 1992): In Stadtteilen mit einer materiell besser gestellten Bewohnerschaft sind hohe Wahlbeteiligungen zu verzeichnen. Hohe Nichtwähleranteile in den Stadtteilen Hannovers stehen hingegen in einer Wechselbeziehung mit hohen Konzentrationen von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen, also Bewohnergruppen mit niedrigem sozioökonomischen Status. Die Stadtteile mit hoher oder niedriger Wahlbeteiligung sind zwar nicht homogen, aber dennoch sozialräumlich einzuordnen, denn die Wähler- und Nichtwählerhochburgen der Landeshauptstadt Hannover weisen eine sozialräumliche Konstanz auf.

„Nichtwählen (ist) eine Form des Wahlverhaltens“ (Eilfort 1994, S. 336), gemessen an der 'zu geringen' (Wahl)Beteiligung oder einer zu 'hohen' Wahlenthaltung. Anhand der Kommunalwahlergebnisse wird auch in Vahrenheide ein Zusammenhang zwischen sozialen und materiellen Problemlagen der Bewohnerschaft und Wahlverhalten (der Wahlberechtigten) deutlich. Die Ausprägung und Intensität bestimmter sozialer Merkmale und das Wahlverhalten korrespondieren miteinander.

Vahrenheide gehört zu jenen soziostrukturellen Merkmalshochburgen in der Landeshauptstadt, die bei allen Wahlen seit 1991 (je nach Wahlart mit Unterschieden bei der Wahlbeteiligung) ausnahmslos sich gleichende Korrelationen zwischen sozialen Strukturen und dem Wahlverhalten aufweisen, d.h. eine spezifische Ausprägung und Intensität bestimmter sozialer Merkmale und des Wahlverhalten oder Wahlenthaltung zeigen. Die Wahlbeteiligung in der Landeshauptstadt Hannover an der Ratswahl 2001 fällt insgesamt mit 48,4 % wesentlich geringer aus als noch 1996 (-8,6 Prozentpunkte). Die sehr niedrige Wahlbeteiligung schlägt sich auch in den hannoverschen Stadtteilen nieder: Im Stadtteil Vahrenheide beträgt die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bevölkerung an der Ratswahl 36,7 % und gehört somit zu den niedrigsten in Hannover. Damit wäre die fiktive 'Partei der Nichtwählerinnen und -wähler' mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet.

Tab.7
Ergebnis der Kommunalwahl 2001 - Ratsergebnisse

Quartier...	Bevölkerung	Wahlberechtigte im Wahllokal	Differenz zu 1996 absolut	Wahlbeteiligung in %	Differenz zu 1996 in %-Punkten	Gültige Stimmen	Differenz zu 1996 absolut	SPD	CDU	Grüne	FDP	PDS / AL	WFH	Republikaner	Sonstige
1201	699	499	-63	54,7	-13,4	797	-294	43,2	37,4	6,3	6,9	0,4	3,9	1,5	0,5
1202	1.585	880	-51	31,5	-11,1	792	-328	45,2	37,5	4,3	3,9	1,3	2,9	2,0	2,9
1203	1.085	673	-9	42,3	-18,4	833	-352	34,8	45,9	5,2	6,1	1,4	3,1	3,4	0,1
1204	1.622	634	-304	20,3	-9,6	362	-409	51,7	25,7	7,2	3,3	5,0	0,8	3,0	3,3
1205	1.172	621	-96	28,0	-14,0	492	-359	57,1	24,2	7,5	3,0	0,6	5,1	1,8	0,6
1206	1.448	830	-70	25,8	-14,3	615	-406	61,0	21,8	5,5	3,6	2,3	2,3	1,6	2,0
1207	1.708	1.020	-81	31,8	-11,9	944	-341	54,8	34,0	2,3	2,3	2,4	2,0	0,6	1,5
Stadtteil	9.319	5.157 5.524 ²³	-674	36,7 2.028	-11,0	4.835	-2.489	47,5 2.795	35,8 2.102	4,7 274	4,3 254	1,8 104	2,8 166	2,0 115	1,2 69
Stadt	385.049			186.442		536.578		42,8	33,3	11,5	5,8	2,6	2,1	1,1	0,7

Es waren am Wahltag 5.524 Personen wahlberechtigt, d.h. gut die Hälfte der Bevölkerung (59,3 %). Im Stadtteil lag die SPD mit 47,5 % vorne, sie erhielt 2.795 Stimmen und hält in vier Quartieren die absolute

²³ Inklusive Briefwählerstimmen.

te Mehrheit. An zweiter Stelle liegt die CDU mit 35,8 %, gefolgt von - mit jeweils stärker abnehmenden Anteilen - den Grünen mit 4,7 %, der FDP mit 4,3 % und der WfH 2,8 %. Auffallend ist, dass im Quartier 1203 die CDU mehrheitlich favorisiert wird mit 45,9 %, hier wird die SPD nur zweitstärkste Kraft mit 34,8 %. Die Beteiligung hat seit der letzten Kommunalwahl um 674 Wählerstimmen abgenommen, insbesondere im Quartier 1204 zeigt sich ein Minus von 304 Wählerstimmen.

Das kleinräumige Wahlverhalten der Bewohnerschaft innerhalb der vahrenheider Quartiere zeigt einige Unterschiede auf: Während im Quartier 1201 gut die Hälfte (54,7 %) der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben haben, war es im Quartier 1204 lediglich jeder Fünfte (20,1 %). Damit gehört das Quartier 1204 zum Spitzenreiter der Wahlenthaltung, denn es sind rund 80 % (!) der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gegangen.

Beispiel: von 1.622 Bewohnern des Quartiers 1204 'Klingenthal-Süd, Sahlkamp-Ost' sind rund 1.000 Personen über 16 Jahre, d.h. theoretisch wahlfähig bei einer Kommunalwahl. Da Personen mit Migrationshintergrund ausgeschlossen sind vom Wahlrecht, bleiben letztlich 634 Personen mit Wahlrecht über. Bei einer Wahlbeteiligung von 20,3 % haben in absoluten Zahlen ca. 130 Personen tatsächlich gewählt (wobei die Briefwählerschaft herausfällt). Wären theoretisch alle Quartiersbewohnerinnen und -bewohner ab 16 Jahren wahlberechtigt - was faktisch ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten bedeuten würde - dann hätten sogar nur ca. 13 % der über 16-Jährigen gewählt.

Die Bindung an das Quartier ebenso wie das Vertrauen zur Verwaltung verringert die Tendenz zur Wahlenthaltung (vgl. Henning / Lohde-Reiff / Sack 2001). Wahlenthaltung stellt damit die Frage auf, wie der Zusammenhang von politischem Desinteresse, Misstrauen und einer geringen Organisationsneigung von Parteien, Gewerkschaften oder beispielsweise Bürgerinitiativen ist. Oder: Wer wählt nicht, warum und mit welcher Wirkung? Mit quantitativen Verfahren (zumeist Aggregatdaten) lassen sich solche inhaltlichen Fragen nicht beantworten, Daten zur sozialkulturellen Wahrnehmung (Individualdaten) sind bislang aber nicht erhoben worden.

Die PvO hat hinsichtlich ihrer teilnehmenden Beobachtungen und der Interviews mit den lokalen Politikern den Vorteil, Deutungen vornehmen zu können. In Zusammenhang mit den kleinräumigen Sozialstrukturdaten (Altersgruppen, Nationalitäten, Bildungsgruppen, Berufsgruppen, Bevölkerungsdichte, Haushaltsgrößen, Konfession, bisherige Parteipräferenz, Medien und politische Kultur) kann Wahlverhalten gedeutet werden.

Anhand der soziostrukturellen Daten aus Kap. 2, der kleinräumigen Wahlergebnisse und einer gewissen Stadtteilkenntnis, lässt sich folgendes festhalten:

- In hochverdichteten Wohnquartieren, in denen die Personenzahl je Wohnraumzahl größer ausfällt, ist eher die SPD-Wählerschaft zu verorten. In den Quartieren 1204 bis 1207 treffen diese Merkmale zu.
- Je höher die Arbeitslosigkeit, desto höher ist die Präferenz für die SPD.
- In Quartieren mit hohen Eigentümerhaushaltsanteilen ist die Präferenz für die CDU höher (Quartier 1201 und 1203). In diesen Quartieren fällt auch die Wahlbeteiligung am höchsten aus.
- In den Quartieren mit einem hohen Anteil von Belegrechtswohnungen - faktisch alle Quartiere bis auf 1201 und 1203 in Vahrenheide-West -, die in einem engen Zusammenhang mit geringen materiellen Standards der Bevölkerung stehen, tendieren die Wahlberechtigten weit überdurchschnittlich zur SPD.
- Die Unzufriedenheit mit dem Wohnquartier drückt sich mit Wahlbeteiligungsquoten von nur 20 bis 30 % in den Quartieren 1204, 1206, 1205, 1202 und 1207 aus. Hier ist es aufgrund der laufenden oder geplanten Sanierungsmaßnahmen (beispielsweise dem bevorstehenden Abriss des Klingenthals) offenbar zu großer Unruhe gekommen.

- Jungwählerinnen und -wähler und die 25- bis 34-Jährigen liegen in ihrer Wahlbeteiligung erheblich unterhalb der älteren Altersgruppen. Quartier 1201 mit dem höchsten Anteil an über 60-Jährigen hat eine weit überdurchschnittliche Wahlbeteiligung im Vergleich zur Stadt- und zum Stadtteildurchschnitt. In Quartieren, deren Bewohnerschaft eher jung ist, wurde geringer gewählt.
- In den Quartieren 1201 und 1203 mit einem hohen Bildungsniveau wird überwiegend CDU, in den anderen Quartieren mit niedrigen Schulabschlüssen wird eher SPD gewählt.
- Dieses Muster trifft auch auf hohe Anteile von Selbständigen, Beamten oder Angestellten einerseits (Quartiere 1201 und 1203) bzw. hohen Anteilen von Arbeitern bzw. Erwerbslosen oder gar Sozialhilfeempfängern andererseits zu (Quartiere 1204, 1205, 1202, 1206 und 1207).
- In Quartieren mit hohen Anteilen von Langzeitarbeitslosen liegt die Wahlbeteiligung weit am unteren Ende (Quartier 1204).

7. Öffentlichkeitsarbeit

Da der Stadtteil kein Programmgebiet der 'Sozialen Stadt' ist, bezieht sich die Öffentlichkeitsarbeit des Sanierungsbüros auf Konzepte und Maßnahmen der laufenden Sanierung, weniger auf das Bund-Länder-Programm. Über die Ereignisse im Stadtteil Vahrenheide berichtet die lokale Presse (Hannoversche Allgemeine Zeitung, Neue Presse, Wochenblatt, Sanierungszeitung u.a.). Außerdem werden innerhalb des Stadtteils lokal wichtige Informationen vom Sanierungsbüro, aber auch von anderen lokalen Akteuren, wie z.B. den Kirchengemeinden oder der Integrierten Gesamtschule, bereitgestellt. Ein weiteres Ziel der Öffentlichkeitsarbeit reicht über den Stadtteil hinaus, in die Richtung einer außenorientierten Öffentlichkeitsarbeit für Vahrenheide.

7.1 Rezeption von Gebiet und integriertem Handlungskonzept in den Medien

In der Berichterstattung in der Lokalpresse wird in Artikeln über den Stadtteil Vahrenheide bis heute meist der Begriff 'sozialer Brennpunkt' verwandt. Seit Mitte der 80er Jahre haftet Vahrenheide-Ost das in der Öffentlichkeit mit diesem Begriff verbundene Stigma von Vandalismus, Verwahrlosung und Gewaltkriminalität an (vgl. Kap. 2.1, Die öffentliche Stigmatisierung des Stadtteils). Im Anschluss an die Phase der skandalisierenden Berichterstattung wurde im Rahmen kleinerer Artikel über Überlegungen zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil berichtet. Seit 1996 waren verschiedene Sanierungskonzepte und -maßnahmen öffentlich im Gespräch. Über Vorschläge der SPD wurde Mitte 1997 unter den Schlagzeilen *„Wo Hoffnungslosigkeit herrscht, soll Arbeit und Freude einziehen“* (NP 3.5.1997) und *„Trostlose Schlafstadt' soll lebendig werden“* (HAZ 3.5.1997) berichtet. In Pressekommentaren wurde die geplante Sanierung begrüßt, jedoch wurden auch Zweifel an der Machbarkeit im Rahmen des Finanzbudgets zum Ausdruck gebracht. *„Schwierig genug, mit 30 Millionen gegen solche Fehlentwicklungen anzusanieren. Aber notwendig“* (NP 18.6. 1997).

Seit dem offiziellen Beginn der Sanierung 1998 sind verschiedene Presseberichte erschienen, die über geplante Maßnahmen und Ideen berichteten. Hervorgehoben wurde darin, dass es sich um ein besonderes Sanierungskonzept handelt, da es keine rein bauliche Maßnahme sein wird. Auch die Komplexität der Aufgabe wurde mit Formulierungen wie im folgenden Zitat zum Ausdruck gebracht: *„Das Aktionsprogramm auf Papier ist daumendick: Stadt und Land wollen die Hochhausiedlung gründlich umkrepeln“* (NP 11.11.1998).

Berichtet wird:

- über Ideen (bauliche Sanierungen, Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung einer Selbstversorgungsgenossenschaft und einer Mietergenossenschaft, Bau eines Blockheizkraftwerkes, Einzug eines Studentenwohnheimes in den Hochhauskomplex, Einrichtung eines Pförtnerdienstes, Aktivierung der Ladenzeilen, Einrichtung einer Markthalle, Verbesserung von Freizeitangeboten, Teil- oder Ganzabriss der Hochhauskomplexes);
- über Diskussionsveranstaltungen zum Sanierungsprogramm (Diskussionsabend der Gemeinwesenarbeit und der Bewohneraktion Klingenthal-Plauener Straße im Juli 1997, Informations- und Diskussionsabend der SPD unter dem Titel 'Wir verändern Vahrenheide' im September 1997, Veranstaltung der Bürgerinitiative 'Festlegung von Sanierungszielen – der Bürger hat das Wort' im November 1997, Fachtagung der SPD-Landtagsfraktion zur 'Reparatur von Großsiedlungen' im Januar 1998, die erste Sitzung der Sanierungskommission im April 1998 und Kurzmeldungen über weitere Treffen, die erste Sitzung des Bürgerforums im Juli 1998 und Kurzmeldungen über weitere Treffen, Ortstermin des Oberbürgermeistes im November 1998)

- und über die ersten umgesetzten Maßnahmen (Gründung der Wohnungsgenossenschaft VASA, Einrichtung eines Jugendtreffs, Anlage eines Rodelberges, Einrichtung eines projektbezogenen Gebietsfonds, Beginn des Umweltprojekts 'Drecksarbeit', Einrichtung eines Mädchen- und Frauentreffpunktes, Umgestaltung von Eingangsbereichen an GBH-Häusern, Gründung der Vor-Ort-Geschäftsstelle und des Tochterunternehmens 'Mieterservice' der GBH, Einrichtung des Sanierungsbüros, Beginn des Projekts Bürger-Service, Bau eines Freilichtforums, Einrichtung von Anlaufstellen des Antidrogenprojektes, Einrichtung einer Pförtnerloge im Hochhausbereich, Beginn des Projekts 'Grüne Boten').

Auffallend häufig wird außerdem über neue Projekte an den beiden Schulen IGS-Vahrenheide-Sahlkamp und Fridtjof-Nansen-Schule berichtet, die allerdings in der Regel nicht mit dem Sanierungsprogramm in Verbindung stehen.

Insgesamt sind die meisten der Berichte durchaus positiv formuliert und künden von einem lange notwendigen Aufbruch. Da allerdings oftmals gleichzeitig die baulich wie sozial prekäre Situation im Stadtteil hervorgehoben wird, um die Maßnahmen zu begründen, können sich die negativen Assoziationen zum Stadtteil Vahrenheide sogar eher noch verfestigen. Die vielen Ziele und Ideen, die in den Berichten genannt, oftmals aber nicht realisiert oder auch gar nicht konzipiert wurden (Markthalle, Heizkraftwerk, Studentenwohnheim etc.), erzeugen gleichzeitig den Eindruck einer gewissen Beliebig- oder Planlosigkeit.

Deutlich kritische Berichte zum Sanierungsverlauf finden sich erstmals im April 1999, als anlässlich des ersten Zwischenberichts des Sanierungsbüros festgestellt wurde, dass die Sanierungsmittel nicht ausreichen und „dass wir in Zukunft mit gebrochenen Sanierungsstandards leben müssen“ (HAZ 8.4.1999). Ab dem Jahr 2000 geraten die Konzepte, die den Um- bzw. Rückbau der Hochhäuser und die Privatisierung von Wohnraum betreffen, unter massive öffentliche Kritik. Die Schlagzeilen lauten u.a. „Nicht mal der Abriss ist bezahlbar“ (HAZ 23.2.2001) oder „Niemand kauft die Wohnungen“ (HAZ 1.3.2001).

Insbesondere die Berichterstattung über den Konflikt um die Pläne für das Hochhausquartier ließ den Stadtteil in keinem guten Licht erscheinen. Seit 1998 wird die Diskussion über den Umgang mit dem Klingenthalkomplex öffentlich verbreitet. Verbunden mit widersprüchlichen Aussagen zum geplanten Vorgehen werden immer wieder die sozialen und baulichen Probleme hervorgehoben. Die unklare Situation spiegelte sich in einer verwirrenden Berichterstattung, bei der in einem Artikel im Stadtteilanzeiger, der mit *'Die Hochhäuser beginnen zu bröckeln'* überschrieben ist, von besiegelten Abrissplänen die Rede war, während gleichzeitig im Hauptteil der gleichen Zeitung in einer kleineren Notiz unter der Überschrift *'Noch kein Abriss geplant'* richtiggestellt wurde, dass die Zukunft der Hochhäuser im Klingenthal noch offen sei (vgl. HAZ 10.5.2001). Die Reaktion auf die Probleme ist auch nach der Veröffentlichung von drei Gutachten, in denen verschiedene Umbaupläne vorgeschlagen wurden (vgl. Kap. 3), nicht klar. In den Berichten über Abrisspläne schwingen aggressiv-destruktive Untertöne mit. Diese Untertöne richten sich vermutlich auch auf die dort lebenden Menschen, zumindest könnten die Pläne von diesen so aufgefasst werden. Die folgende Aufzählung von Schlagzeilen soll dies verdeutlichen: *'Klingenthal ist reif für die Abrissbirne'* (HAZ 1.3.2002), *'Stadtverwaltung will Betonburg in Vahrenheide platt machen'* (NP 6.6.2001) *'Die Beton-Burg bröckelt...'* (NP 14.6.2001) und *'Ultimatum für Klingenthal'* (HAZ 21.6.2001). Vereinzelt wird auch die Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner des umstrittenen Bauwerks dargestellt. Verschiedene Perspektiven werden thematisiert: derjenigen, die hier gerne wohnen und bleiben möchten (vgl. HAZ 29.3.2001: „*Wir fühlen uns verschaukelt*“) und derjenigen, die froh sind, eine andere Wohnung zu bekommen (vgl. HAZ 6.6.2001: „*Egal wohin, Hauptsache hier weg*“). Im August wurde schließlich, nachdem der Abriss am 28.6.2001 im Stadtrat beschlossen worden war, über eine Demonstrationsveranstaltung zum Erhalt des Klingenthals berichtet (vgl. HAZ 18.8.2001).

Die Wahrnehmung des Stadtteils wird nicht zuletzt durch das Image der größten Wohnungsgesellschaft

des Stadtteils geprägt. Die Wohnungsgesellschaft GBH ist seit Jahresbeginn 2000 in den Negativschlagzeilen. Nach unüberbrückbaren internen Schwierigkeiten hatte der damalige kaufmännische Geschäftsführer schließlich um Vertragsauflösung gebeten. Über Probleme, Unstimmigkeiten und Rechtsstreitigkeiten bei der GBH wurde im Januar 2001 mehrfach berichtet. Eine Rechnungsprüfung wurde eingeleitet und im Juni 2001 unter Protest der lokalen CDU unterbrochen. Diese Thematik erlebte im Januar und Februar 2002 eine Neuauflage, als der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes schließlich veröffentlicht wurde. Verschiedene Vorwürfe werden gegen den ehemaligen kaufmännischen Geschäftsführer und auch den in Ruhestand gegangenen technischen Geschäftsleiter vorgebracht. Neben Kritik an einer nicht ordnungsgemäßen Geschäftsführung und der Vergabe von überbewerteten Gutachten wird das Konzept 'GBH 2010' als unsolid geplant und nicht als umsetzbar gerügt. Dieses Konzept gehört mit zum Entflechtungskonzept und ist damit auch ein wesentlicher Baustein der Sanierung (vgl. Kap. 3). In der Folge wurde zeitweise täglich der Rechtsstreit über Verantwortlichkeiten und Schadensersatzforderungen in der Lokalpresse ausgebreitet. Seit Ende Februar 2002 wird die GBH wiederum wegen möglicherweise unseriösen und für die Wohnungsgesellschaft selbst unvorteilhaften Wohnungsverkäufen in anderen hannoverschen Stadtteilen massiv kritisiert (vgl. HAZ 28.2.02, 1.3.02 und 2.3.02). Das führte auch zu einer gewissen Unruhe im Stadtteil.

Der Begriff 'Soziale Stadt' tauchte im Zusammenhang mit dem Stadtteil Vahrenheide erstmals in einem ausführlichen Artikel im April 2000 in der Lokalpresse auf. Erwähnt wurde das Programm, um auf gesamtstädtische Verpflichtungen gegenüber einem benachteiligten Stadtteil hinzuweisen. „(...) *Die Stadt muss auch hier mit Geld einsteigen*“, fordert Sanierungsexperte Holland. *Schließlich laufe die Sanierung unter dem Titel 'Die soziale Stadt'. Ein Motto, das auch daran erinnert, dass Vahrenheide ohne die besser gestellten Stadtteile wohl nicht weit kommt. Der große Wurf – die dramatische Reduzierung der sozialen Problemfälle – gelingt nur, wenn Stadt und GBH mit ihrem Plan ernst machen: deutlich mehr Sozialwohnungen zum Beispiel in der List oder Südstadt.*“ (Robert Lasser in HAZ 18.4.2000).

Im Oktober 2000 wird in der Neuen Presse über das Programm 'Soziale Stadt' berichtet. Dabei wird die Rangfolge der Stadtteile diskutiert, die als Programmgebiete in Frage kommen. Gleichzeitig wird auf Vahrenheide-Ost verwiesen, wo bereits seit zwei Jahren fast ausschließlich baulich saniert werde. Für 2001 würden jedoch dem Sozialdezernat eine Mio. DM für soziale Begleitmaßnahmen zur Verfügung stehen. Diese Mittel seien als 'Hilfe zur Selbsthilfe' gedacht (vgl. NP 17.10.2000). In der Verknüpfung mit dem Begriff 'Soziale Stadt' werden also besonders die Sanierungskomponenten hervorgehoben, die auf Unterstützungen oder Förderungen im sozialen Bereich ausgerichtet sind.

Die Ausweisung des Stadtteils Vahrenheide als Modellgebiet im Bund-Länder-Programm und der Beginn der Programmbegleitung vor Ort war der Presse nur eine kleine Meldung wert (s. Zeitungsausschnitt).

Modell für Sanierung

VAHRENHEIDE: Das Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost ist zum Modellgebiet für Sanierung in Niedersachsen erklärt worden. Dem so genannten integrativen Verfahren, mit dem die Stadt seit einigen Jahren den sozialen Brennpunkt rund um die maroden GBH-Häuser entschärfen will, wird in Zukunft bundesweite Aufmerksamkeit zuteil werden. Ein hannoversches Forschungsinstitut ist vom Bund jetzt mit der begleitenden Analyse der Sanierung und mit der Beratung der Sanierer beauftragt worden. Die Untersuchung des Modellgebietes soll bis zum Mai kommenden Jahres dauern. mac

Abb. 17 HAZ vom 3.2.2002

7.2 Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit, die innerhalb von Vahrenheide betrieben wird, umfasst einerseits Diskussions- und Informationsveranstaltungen zur Sanierung und andererseits die Information der Bewohnerschaft

durch Zeitschriften, Infobroschüren und Internet. Das Sanierungsbüro vor Ort ist durch einen entsprechenden Schriftzug im Fenster kenntlich gemacht, nutzt aber weder die ebenerdigen Schaufenster noch den Eingangs- und Durchgangsbereich zu den weiteren Einrichtungen im Haus für gezielte und kontinuierliche Informationsarbeit. Es werden lediglich vereinzelt Flugblätter an die kahlen Betonwände und in die Glastüren geklebt, wodurch sich ein wenig ansprechender Eindruck ergibt.

In der Vor- und Anfangsphase der Sanierung wurden durch verschiedene Gruppen Veranstaltungen zum Thema angeboten (vgl. die Aufzählung über Presseberichte über Diskussionsveranstaltungen zum Sanierungsprogramm in vorangegangenen Abschnitt). Als Informationsveranstaltungen können auch die Versammlungen im Bürgerforum und die öffentlichen Sitzungen der Sanierungskommission genutzt werden, die jeweils protokolliert werden. Wobei die Termine (und deren Verschiebungen) der letzteren im Wesentlichen intern und nur vereinzelt über kleine Zeitungsmeldungen verbreitet werden (zur Struktur und Nutzung dieser Gremien siehe Kap. 6). Zur Vorbereitung konkreter Projekte und zur Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner werden außerdem punktuell weitere Informationsveranstaltungen oder Mieterversammlungen durchgeführt. 2001 wurde auf Initiative durch das Sanierungsbüro ein Stadtteilstfest veranstaltet. Unter Organisation von Bürger-Service und Gemeinwesenarbeit war das Programm von etwa 35 Initiativen, Gruppen und Vereinen gestaltet worden.

Seit Beginn der Sanierung gibt die Stadt Hannover als Sanierungsträger eine Sanierungszeitung heraus. Die Sanierungszeitung Vahrenheide-Ost erscheint seitdem in Abständen von etwa zwei bis drei Monaten, mittlerweile liegen 17 Ausgaben vor. Sie wird von dafür beauftragten Journalisten erstellt. Ihr Erscheinungsbild ist in den hannoverschen Sanierungsgebieten einheitlich (vier Seiten in DIN A3 Hochglanzfarbdruck) und professionell gestaltet (vgl. Abb. 18). Da die Migrantinnen und Migranten gezielt angesprochen werden sollen, sind die meisten Artikel auch in türkischer und russischer Sprache abgedruckt. In dieser Zeitung werden die Maßnahmen der Sanierung veröffentlicht; über lokal wichtige Personen, Initiativen oder Veranstaltungen im Stadtteil berichtet und Termine angekündigt. Originaltöne aus der Bevölkerung werden in Form von Interviews gebracht, ein eigenes Forum für selbstgestaltete Artikel besteht nicht. Der Sanierungszeitung Nr. 13/ Dezember 2000 lag lediglich als Teilbeilage eine von Kindern gestaltete 'Super-Zeitung' bei (vier Seiten mit Grüßen, Witzen und einer Umfrage zum Thema Müll). Da es in der Sanierungszeitung keine Rubrik für Leserbriefe gibt, handelt es sich um ein reines Informationsmedium des Sanierungsbüros. Alle Haushalte im Sanierungsgebiet erhalten die Sanierungszeitung kostenlos.

Wie die Sanierungszeitung erscheinen auch Handzettel mit Informationen zu einzelnen Projekten oder Initiativen meist in deutscher, türkischer und russischer Sprache. Auch die Plakate für das Stadtteilstfest waren mehrsprachig gestaltet (s. Foto 25). Eine vom Kulturtreff errichtete Litfasssäule auf dem Vahrenheider Markt wird als 'öffentliche Pinnwand' für Plakatinformationen und Aushänge genutzt. Dies geschieht mit Unterstützung des Bürger-Service, bei dem Aushänge abgegeben werden können. Der Bürger-Service übernimmt dann den Aushang und sorgt für ein geordnetes Erscheinungsbild.

Über ihre Angebote und lokale Ereignisse informieren ebenso die Informationshefte der Kirchengemeinden, die vier bis sechs Mal im Jahr erscheinen. Besonders das Gemeindeheft der katholischen Gemeinde mit



Foto 27 Werbeplakat für das Stadtteilstfest 2001

dem Namen 'Kontakte' ist umfangreich und aufwändig gestaltet. Auf rund 40 Seiten wird aus dem Gemeindealltag über Aktivitäten, Feste und Ausflüge berichtet. Über die vielen farbigen Fotos ergibt sich Einblick in das Leben der Gemeindemitglieder. Wer hier sich aktiv beteiligt, wird sicherlich in einer der nächsten Ausgaben mit Foto vertreten sein. Regelmäßig wird außerdem eine Person aus dem Stadtteil, bzw. mit Bedeutung für diesen, durch ein Interview portraitiert (Direktor der Grundschule, Vorsitzende des Kulturtreffs, Familienhebamme, u.a.). Die Bestrebung, auch die Bewohnerinnen und Bewohner anzusprechen, die nicht zur Gemeinde gehören, wird darin deutlich, dass das Kontakte-Heft an alle



Abb. 18 Beispielausschnitt aus der Sanierungszeitung Vahrenheide-Ost, Nr. 14

Haushalte verteilt wird. Diese Aufgabe übernimmt ein Gemeindemitglied, teilweise auch der Pfarrer persönlich. Die Erstellung des Heftes übernimmt eine in der Pfarrgemeinde angestellte ABM-Kraft.



Abb. 19 ‚Vahrenheidi‘, gezeichnet von C. Thormann

Im Rahmen der Sanierung wurde Ende 2001 der 'Leitfaden Vahrenheide' erstellt. In diesem 100 Seiten starken Heft werden alle im Stadtteil bestehenden Angebote, aufgeteilt in 15 Themenbereiche, kurz und übersichtlich auf jeweils einer Seite dargestellt (kurze Beschreibung der Einrichtung und ihrer Angebote, Öffnungszeiten, Anschrift und Ansprechperson, kurze Zusammenfassung auf Russisch und Türkisch). Eine Besonderheit ist die Comic-Figur 'Vahrenheidi', die durch den Leitfaden 'führt', d.h. auf verschiedenen Seiten auftaucht und der beschriebenen Einrichtung jeweils entsprechend gekleidet ist. Dies stellt somit einen ersten Versuch dar, ein

positives Symbol oder Logo für den Stadtteil zu entwickeln. Erstellt und herausgegeben wurde der Leitfaden von der 'AG Leitfaden', zu der die Nachbarschaftsinitiative Vahrenheide e.V., der Verein FLAIS und das Sanierungsbüro gehören. An der Umschlaggestaltung wirkten Schülerinnen und Schüler der IGS Vahrenheide-Sahlkamp mit. Die Kosten (5.600 DM) wurden aus Sanierungsmitteln und von der GBH getragen. Damit die lokalen Angebote im Stadtteil publik werden, wurde der Leitfaden von Personen aus dem Stadtteil direkt an den Haustüren verteilt. Angestrebt wurde, dabei mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Die GBH hat ebenfalls viele Leitfäden erworben, um diese Neumieter zur Verfügung stellen zu können.

Durch die Arbeit der Schülerinnen und Schüler und ein entsprechendes pädagogisches Konzept der verantwortlichen Lehrer der IGS-Vahrenheide-Sahlkamp ist der Stadtteil seit einigen Jahren auch im Internet vertreten. Von ihnen wurde das Stadtteilinformationssystem Vahrenheide-Sahlkamp-Bothfeld aufgebaut und es wird von einer Redaktionsgruppe ständig weiter betreut. Unter den Rubriken: Adressen, Arbeit, Bildung, Freizeit, Politik, Soziales, Stadtteil, Umwelt und Wirtschaft gibt es Informationen zum Stadtteil Vahrenheide (siehe URL: <http://www.nananet.de/vahrenheide/>). Über ein Gästebuch und ein Online-Forum, in das aktuelle Themen eingegeben werden, ist auch der direkte, elektronisch vermittelte, Kontakt möglich.

7.3 Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit

Die außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit verlief bisher über die Veranlassung von Presseartikeln über die im Rahmen der Sanierung neu eingerichteten oder geplanten Projekte, die durch kleine Erfolgsmeldungen ein Gegengewicht zu den Berichten über unhaltbare Zustände im Stadtteil bildeten und Aufbruchsstimmung vermittelten.

Eine eigene Tagung zum Bund-Länder-Programm 'Soziale Stadt' führte das Sanierungsbüro im Oktober 2000 in der Grundschule des Stadtteils durch. Informiert wurde über Projekte und Ziele der integrierten Sanierung. Etwa 100 Interessierte, u.a. aus Städten und Gemeinden des Landes Niedersachsen, der Wohnungswirtschaft, der Handwerkskammer, des Arbeitsamtes, der Polizei und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Frauen, nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Weitere Aktivitäten fanden im Rahmen von Informations- und Austauschveranstaltungen statt. Einerseits wurden interessierte Bürgerinnen und Bürger aus anderen Stadtteilen eingeladen, um sich vor Ort ein Bild von den Aufgaben und Ansätzen der Integrierten Sanierung zu machen und eigene Erfahrungen beizusteuern. Beispielsweise fand im Januar 2001 eine Vor-Ort-Besichtigung durch Vertreter der Stadt Göttingen statt. Im Februar 2001 folgte ein Erfahrungsaustausch mit Bewohnerinnen und Bewohnern aus Bremen-Tenever, zu dem fast 50 Interessierte anreisten (vgl. Bartnick/ Schwarzer 2001, S. 11f). Auf Initiative der PvO wurde außerdem mit Unterstützung des Deutschen Instituts für Urbanistik im Oktober 2001 ein Erfahrungsaustausch zu den Bewohneraktivitäten im Stadtteil Vahrenheide durchgeführt, bei dem Akteure aus Vahrenheide, Bremen und Essen berichteten (vgl. agis 2002). Andererseits nahmen die Sanierungsakteure selbst an regionalen und überregionalen Tagungen und Diskussionen teil, um die Fachöffentlichkeit zu informieren und sich auszutauschen.

7.4 Fazit

Der Überblick zeigt, dass eine ganze Reihe an Öffentlichkeitsarbeitsformen im Stadtteil betrieben werden (Sanierungszeitung, Info-Hefte, Flugblätter, etc.). Nicht nur das Sanierungsbüro ist dabei aktiv, sondern auch die Kirchen und die Schulen. Hervorzuheben ist, dass bei den meisten Broschüren und

Plakaten auf Mehrsprachigkeit geachtet wird und damit die Migrantinnen und Migranten deutlich einbezogen und angesprochen werden. Insgesamt überwiegen gezielte Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die dann von Interessierten in Anspruch genommen werden (Teilnahme an Infoveranstaltungen, Lesen der Sanierungszeitung, etc.). Der Weg einer 'offeneren' Form von Öffentlichkeitsarbeit, bei der die Bevölkerung eher zufällig, bzw. 'im Vorbeigehen', Informationen mitbekommt (z.B. Litfasssäule), wird seltener betrieben. Erfreulich ist, dass die Tradition der Stadtteilstadt im letzten Jahr wieder aufgenommen wurde. Hier konnten Aktive in spielerischer und spaßbetonter Form über ihre Arbeit informieren und sich persönlich bekannt machen.

Die Berichterstattung durch die Presse wird noch immer von dem negativen Stadtteilbild und den Negativ-Schlagzeilen über die Wohnungsbaugesellschaft bestimmt. Es finden sich nur wenig Berichte zum Programm 'Soziale Stadt', nicht nur bezüglich des Modellgebiets Vahrenheide, sondern auch zu den anderen Programmgebieten der Stadt. Auf gesamtstädtischer Ebene lässt sich ein gezieltes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit nicht erkennen. Im Modellgebiet wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Sanierungsbüro koordiniert. Der Schwerpunkt liegt bei Information und Aktivierung. Kritische Analyse, Transparenz und Imagearbeit sind Ziele, die, gerade angesichts der in der Bevölkerung bestehenden Verunsicherungen und Ressentiments, noch mehr Engagement benötigen. Der Bedeutung außen- wie innenorientierte Öffentlichkeitsarbeit für die Entwicklung und Stabilisierung positiver Stadtteilidentität müsste nach Einschätzung der PvO insgesamt deutlicher Rechnung getragen werden.

8. Monitoring und Evaluation

In den 70er Jahren trat die Sozialberichterstattung erstmals als eigenständige neue Aufgabenstellung in Erscheinung als eine "anwendungsorientierte Teildisziplin der Sozialwissenschaften"²⁴, die praxisorientiert Planung und Politikberatung leisten wollte. Es hatte in der Bundesrepublik mehr als zwanzig Jahre gedauert, bis die Vokabeln 'Armut, soziale Ungleichheit und Ausgrenzung' gesellschaftlich relevante Themen wurden und mittlerweile Gegenstand regelmäßiger sozialwissenschaftlicher Berichterstattung geworden sind. Aber:

„Eine amtliche Sozialberichterstattung auf nationaler Ebene, die auf die Lebensbedingungen im ganzen ausgerichtet ist, gibt es in der Bundesrepublik nur in eingeschränktem Sinne“ (Noll/Schröder 1994, S. 16)²⁵.

Der Weg von einer erhöhten sozialen Aufmerksamkeit der Entwicklung in städtischen (Teil)Räumen bis zur Entwicklung eines kleinräumigen soziostrukturellen Monitoringsystems von Stadtentwicklungsprozessen soll im Folgenden am Beispiel der Landeshauptstadt Hannover skizziert werden.

Stand der Sozialberichterstattung in der Landeshauptstadt Hannover

Die Landeshauptstadt Hannover steht bereits in einer längeren Tradition turnusmäßig durchgeführter Erhebungen. Spätestens seit Ende der 70er Jahre veröffentlichte das Referat für Stadtentwicklung die Ergebnisse regelmäßig durchgeführter Repräsentativerhebungen zu verschiedenen Themen²⁶. Spezielle Fragestellungen liefern Politik, Verwaltung und anderen Interessierten aktuelle Einblicke in die Stadtgesellschaft und bestimmte kommunalpolitische Handlungsfelder. Meist handelt es sich dabei um Berichte, die auf einzelne Personengruppen bzw. Themenfelder spezialisiert sind (Wanderungsbefragung, Wohnungsmarkt, Bewertung von Stadtteilen etc.). Eine Wiederholung solcher Erhebungen ist zwar noch keine 'Zielerreichungskontrolle', sie gewährleistet aber, dass spezifische Entwicklungen oder Tendenzen sichtbar werden.

Seit den 80er Jahren finden in Hannover Wahlanalysen statt, die mit sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten verknüpft sind. In Hannover haben, im Gegensatz zu anderen Großstädten, aktuelle Wahlanalysen noch keine lange Tradition. Dabei ergeben Wahlbeteiligungen, Wahlverhalten und die repräsentative Wahlstatistik ebenfalls eine Topographie des städtischen Raumes. Basis sind die jeweils rund 390 Wahlbezirke, die die örtliche Sozialstruktur abbilden. Diese Wahlbezirke stellen bis heute für alle folgenden (sozialen) Berichtskonzepte die kleinstmögliche räumliche Grundlage dar. Die in den Wahlbezirken ermittelten Wahldaten werden rückgekoppelt mit den innerstädtischen Sozialstrukturdaten aus dem Bereich Demographie, Bildung, Erwerbsleben, Einkommen, Wohnsituation und Gesundheit. Diese kleinräumigen Wahlanalysen liefern ähnliche Informationen wie Sozialstrukturberichte bzw. Sozialraumanalysen, die in einem regelmäßigen Rhythmus kleinräumig wiederholt werden.

²⁴ Zapf, W. / Habich, R. (1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland, Berlin, S. 12

²⁵ Noll, H. / Schröder, H. (1994): Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland: Bestandsaufnahme und konzeptionelle Empfehlungen für einen Bericht zur sozialen Lage in Baden-Württemberg, Vorstudie, Mannheim

²⁶ Die Landeshauptstadt Hannover (LHH) veröffentlicht seit Jahren 'Schriften zur Stadtentwicklung', z.B.:

LHH (1971): Hannover aus Sicht seiner Bevölkerung. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung 1969/70, Schriften zur Stadtentwicklung, Band 2 - 2 Teilbände, Hannover

LHH (1982): Wohnverhältnisse und Veränderungswünsche. Mit Vergleichsdaten zur Repräsentativerhebung 1977, Schriften zur Stadtentwicklung, Bd. 29.02, Hannover

LHH (1983): Soziale Bindung und Nachbarschaft im Stadtteil, Schriften zur Stadtentwicklung, Bd. 29.05, Hannover

LHH (1987): Daten zur Einwohner-, Haushalts- und Wohnungsstruktur, Schriften zur Stadtentwicklung, Bd. 34.2, Hannover

Die im Laufe der 80er Jahre stark angestiegenen Zahlen von Sozialhilfeempfängern gaben den Anlass für Gewerkschaften, Politik, Verbände, Kirchen u.a., eine regelmäßige Berichterstattung über das Armutspotential der Landeshauptstadt einzufordern. Konsens besteht, dass durch eine Armutsberichterstattung die Entwicklung sozialer Probleme in Hannover durchschaubarer wird und vor allem Möglichkeiten zu ihrer kommunalen Bekämpfung besser erschlossen werden können.

Die örtliche Sozialplanung wird zur vorbeugend ansetzenden kommunalen Sozialpolitik für benachteiligte und gefährdete Bevölkerungsgruppen. Es hilft aber nur eine kontinuierlich fortgesetzte Berichterstattung, um den Erfolg bei der Umsetzung der Vorschläge zu prüfen²⁷ (vgl.: LHH 1993, S.2-3).

Die Studie 'Zur Armutsberichterstattung für Hannover' (1992) stellte folgende Empfehlungen für den Aufbau einer Armutsberichterstattung auf:

- Anlage als längerfristige Berichtskonzeption;
- Informationsgrundlage für sozialpolitische Entscheidungen der Ratsgremien;
- Strukturveränderungen, damit veränderte Informationssammlung und -aufbereitung statistischer (sozialer) Daten im Verwaltungsvollzug umgesetzt werden können;
- Thematisierung von Armutstendenzen auf kleinräumiger Quartiers- /Stadtteilebene.

Erst in den 90er Jahren wurde von Seiten der Landeshauptstadt umfangreiche Untersuchungen zu sozialräumlichen Ungleichheiten und Benachteiligungen vorgelegt. 1992 wurde ein Bericht über 'Armut in Hannover' ('Armutsberichterstattung') veröffentlicht (s. Abb. 20), 1993 erschien der 'Sozialbericht zur Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hannover' (s. Abb. 21), 1998 erschien der 'Sozialbericht zur sozialen Situation in Hannover' (s. Abb. 22) und im Jahr 2002 wird eine Fortschreibung des Sozialberichts²⁸ der Landeshauptstadt Hannover erscheinen (s. Abb. 25). Der 'Sozialbericht zur Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hannover' von 1993 gab erstmals einen umfassenden Überblick über die soziale Situation in der Stadt anhand von Daten aus der Sozialhilfe-, Arbeitsmarkt-, Bevölkerungs-, Wohnungs- und Gesundheitsstatistik in Form einer Berichterstattung. Dabei ist die interdisziplinäre ämter- und dezernatsübergreifende Zusammenarbeit am Sozialbericht hervorzuheben - die Zusammenführung statistischer Datenquellen verschiedener Fachplanungen. Der erste kommunale Sozialbericht stützt sich auf den Lebenslagenansatz ('Armutsentwicklung' von Kindern, Jugendlichen und Familien), bezieht aber auch die immateriellen Aspekte sozialer Teilhabe mit ein.

Die kommunalen Sozialberichte beziehen sich bei der Darstellung und Datenermittlung auf die Ebene der Stadtteile. Die Tatsache, dass es zum dritten Mal einen Sozialbericht über die Bevölkerung und deren soziale Lagen und insbesondere über die Situation von Familien sowie Kinder und Jugendliche ab, lässt Langzeitentwicklungen erkennen. Die zur Verfügung stehenden Kenntnisse aus dem Fundus kommunaler (Sozial)Statistik wurden im Sozialbericht von 1998 auch qualitativ interpretiert.

„Kommunale Sozialpolitik muss als übergreifende (...) Lebenslagenpolitik eine besondere strukturpolitische Funktion übernehmen: Einerseits ist sie Ressortpolitik, andererseits muss sie auch darüber hinaus gehen und Handlungsansätze in Kooperation und Koordi-

²⁷ Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (1992): Zur Armutsberichterstattung für Hannover. in : Schriftenreihe zur kommunalen Sozial. Jugend- und Gesundheitspolitik, Band 11, Hannover

²⁸ Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (1993): Sozialbericht 1993. Zur Lage der Kinder, Jugendliche und Familien in Hannover. Schriftenreihe zur kommunalen Sozial-, Jugend- und Gesundheitspolitik, Band 13, Hannover

nation mit anderen Politikbereichen, z.B. Arbeiten, Wohnen, Bildung und Kultur entwickeln“ (vgl. Sozialbericht, LHH 1998b, S. 6²⁹).

Diese Ansätze zur Beobachtung sozialräumlicher Entwicklungen hängen mit dem 'Umstand' zusammen, dass es in der Landeshauptstadt eine gute Zusammenarbeit der amtlichen Statistikstellen mit Instituten gibt, die wissenschaftliche Sozialberichterstattung betreiben. Schon 1990, im Vorfeld der EXPO, wurden von der Planungsgruppe EXPO der Niedersächsischen Staatskanzlei wissenschaftliche Begleitforschungen zur Sozialverträglichkeit in Auftrag gegeben. Dies führte zur Zusammenführung der umfangreichen soziostrukturellen und städtebaulichen Datenbestände in kleinräumiger Gliederung in den verschiedenen statistischen Knotenpunkten kommunaler Ämter.

Wissenschaftliche Sozialberichterstattung durch (Forschungs)Institute

In den 70er und 80er Jahren untersuchten (unabhängige) Institute und Planungsbüros sozialpolitische Rahmenbedingungen in Form von Gutachten oder Expertisen bei städtebaulichen (Sanierungs)Maßnahmen, die teilweise sogar durch die Stadtverwaltung vergeben wurden. Hannover gilt als 'Hauptstadt der Anwaltsplanung' (vgl.: Bürgerbüro Stadtentwicklung 1998, S. 7). Es gibt in Hannover also bereits seit längerer Zeit eine gewisse Beteiligungskultur. Im Umfeld von Stadtteilentwicklungen entstanden viele Planungsbüros: Architektur-, Stadtplanungs-, Freiraumplanungs- und sozialplanerisch tätige Büros, u.a. auch mit unabhängigen Bewohneranwälten. Neben der Stadtverwaltung sind oft kirchliche, soziale, gewerkschaftliche und wissenschaftliche Institute Träger kommunaler Berichterstattung gewesen³⁰, die räumlich meist auf einen einzelnen Stadtteil konzentriert war.

Empirische Segregationsanalysen des gesamten Stadtraums Hannover entstanden im Forschungszusammenhang 'Soziale Kohäsion und Segregation' der agis seit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre. Ein Schwerpunkt der Forschung innerhalb der agis sind Stadt(teil)analysen, die jedoch in den gesamtstädtischen Raum eingeordnet werden.

Bereits 1992 erschien im Auftrag der Niedersächsischen Staatskanzlei ein Bericht über 'Die sozialen und politischen Strukturen Hannovers in kleinräumlicher Gliederung' (Abb. 18). Mit den umfassenden Daten der Volkszählung 1987 war es erstmals möglich, ungleiche Ressourcen der Bereiche Bildung, Beruf und Wohnen über das Stadtgebiet zu bestimmen und prekäre Quartiere und soziodemographische Strukturen zu identifizieren. Es ergab sich eine spezifische Topographie sozialer und politischer Strukturen, die ein spezifisch abgestuftes räumliches Muster sozialer Ungleichheiten erkennen ließ.

Die seither durchgeführten Untersuchungen folgen den Entwicklungen von Ungleichheitsstrukturen im sozialen (Raum)Gefüge der Landeshauptstadt Hannover. Sozialstrukturelle Merkmale können abgebildet und interpretiert werden in ihren räumlichen Zusammenhängen auf Quartiers-, Stadtteil-, Stadt-, Regions-, Landesebene³¹. Durch die abbildbaren relativen sozialen Lagen von Bevölkerungsteilen bzw. sozialen Räumen und deren Distanzen zueinander lassen sich im Zusammenspiel mit weiteren qualitativen Informationen (Stadtteilexplorationen, Bewohnerinterviews, politische Strukturen) Hypothesen formulieren hinsichtlich alltagspraktischer Beziehungsmuster und längerfristiger lokaler Milieus.

²⁹ Landeshauptstadt Hannover (1998b): Sozialbericht 1998. Bericht zur sozialen Situation in Hannover, Hannover

³⁰ Beispiele: Berichterstattungen unabhängig von Verwaltung, häufig im geplanten/laufenden Sanierungsprozess:

Romppel, Joachim (GWA Nordstadt) (1996): Zur sozialen Problematik in der Nordstadt - Entwurf einer Stadtteilanalyse, Hannover

Heye, W. (1992): Jugendhilferahmenplan für die Stadt Hannover. Zusammenfassender Planungsbericht. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES), Universität Hannover

Arbeitsgemeinschaft für Stadt- und Altbauerneuerung (Agsta) Hannover (1990): Sanierung Limmer-Nord. Vorbereitende Untersuchung, Hannover

³¹ Müller, Dagmar / Buitkamp, Martin (1996): Soziale Ungleichheit und Lebensweisen in Niedersachsen. Zur Entwicklung regionaler Sozialstrukturen, agis-texte 10, Hannover

Das Bild einer polarisierten räumlichen Stadtstruktur, deren Stadtteile sich in einen privilegierten Südstadtteil und einen mit hohen Armutslagen und geringen Ressourcen ausgestatteten Nordwestteil darstellt ('gespaltene Stadt'), verdecken jedoch auch große soziale Distanzen innerhalb von Stadtteilen³². Daher folgte 1997/98 eine vertiefende und umfassende Studie über vier hannoversche Stadtteile³³ auf der räumlichen Ebene von Wahlbezirken/Quartieren. Die Stadtteilanalysen von vier hannoverschen Stadtteilen war 1997 der Versuch, den bereits 1990 von der agis entwickelten Forschungsansatz einer akteursorientierten Sozialstrukturanalyse fortzuschreiben (vgl. auch Abb. 23).

Als jüngstes Beispiel für den Weg zu einem kleinräumigen (Sozialstruktur)Monitoring ist die Studie 'Sozialräumliche Segregation in Hannover'³⁴ im Auftrag des Kommunalen Sozialdienstes. Im eigentlichen Sinne war die Studie darauf ausgerichtet, die Reorganisation der Arbeit und der Dienststellen entlang sozialer Problemlagen in den Stadtteilen Hannovers zu unterstützen³⁵. Die rund 390 Quartiere in der Stadt Hannover wurden anhand der Ausprägung vielfältiger soziostruktureller Merkmale zu Ungleichheitsdimensionen gebündelt und ergaben so Armutslagen von Deutschen, Ausländern, Familien, Kindern und Jugendlichen. Anhand der hohen bis geringen Ausprägung bestimmter Merkmale wurden Quartierstypen zusammen gefasst und in einer Typologie dargestellt (s. Abb. 24).

Anders als in anderen Großstädten liegen in Hannover (Sozial)Daten auf der kleinräumigen Ebene von Wahlbezirken/Quartieren vor. Außerdem sind die kommunalen Statistikstellen bereits über einzelne 'Datenpuzzle' hinausgegangen in Richtung eines interdisziplinär-integrierten Beobachtungs- / Monitoringsystem und der Evaluierung von Handlungsprogrammen. Diese Ansätze eines Monitorings sind aber auf die Stadt begrenzt (intrakommunal). Es ist derzeit kaum möglich, interkommunale Vergleichsdaten zu bekommen und in Beziehung zu setzen³⁶, insbesondere im Hinblick auf die neue Region Hannover, in der noch keine vergleichenden sozialräumlichen Analysen möglich sind.

³² vgl. hierzu auch: Hermann, Thomas (1994): Wahlverhalten und soziale Spaltung. in: Stadtforschung und Statistik, 2/1994, S. 44-58; sowie: Hermann, Thomas / Martin, Andreas (1994): Hannover wählte im und gegen den Bundestrend. Analysen zur Bundestagswahl vom 16.10.1994 in Hannover, Hannover; sowie: Hermann, Thomas (1996): Faß ohne Boden? Soziale Ungleichheit und Prozesse sozialer Integration und Ausgrenzung in Hannover. in: Schmalstieg (Hg.) 1996, S. 53-71

³³ Geiling, Heiko / Schwarzer, Thomas (1999): Abgrenzung und Zusammenhalt. Zur Analyse sozialer Milieus in Stadtteilen Hannovers, Hannover, agis-texte 20

Geiling / Schwarzer / Heinzelmann / Bartnick (2001): Stadtteilanalyse Hannover-Vahrenheide. Sozialräumliche Strukturen, Lebenswelten und Milieus, agis-Texte 24, Hannover

³⁴ Buitkamp, Martin (2001): Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslagen und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt, agis-Texte 23, Hannover

³⁵ vgl. auch: agis (Hg) (2000): Verfahren zur Einstufung sozialer Belastung und zur Planstellenverteilung im Kommunalen Sozialdienst der Landeshauptstadt Hannover (unveröffentlichter Projekt-Endbericht), Hannover

³⁶ vgl: Böltken, Ferdinand (BBR) (2001): Vorschlag Stadtbeobachtung: IRB auf dem Weg zum systematischen Stadtmonitoring). in: Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) (Hg.): Tagungsbericht der Städtestatistiker vom 26. bis 28. März 2001, Erfurt

Abb. 20
Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung

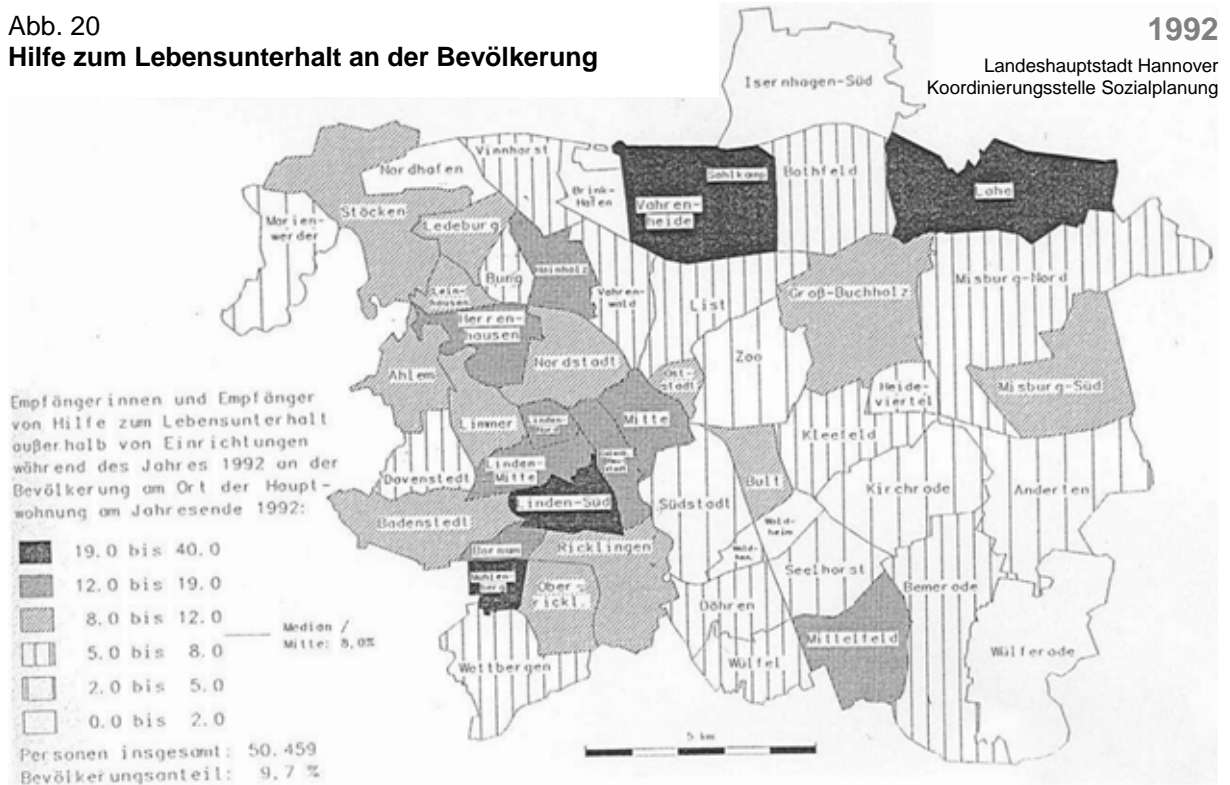


Abb. 21
Strukturen sozialer Ungleichheit in Hannover

- am Beispiel von Wohnflächenverbrauch und Sozialhilfedichte -

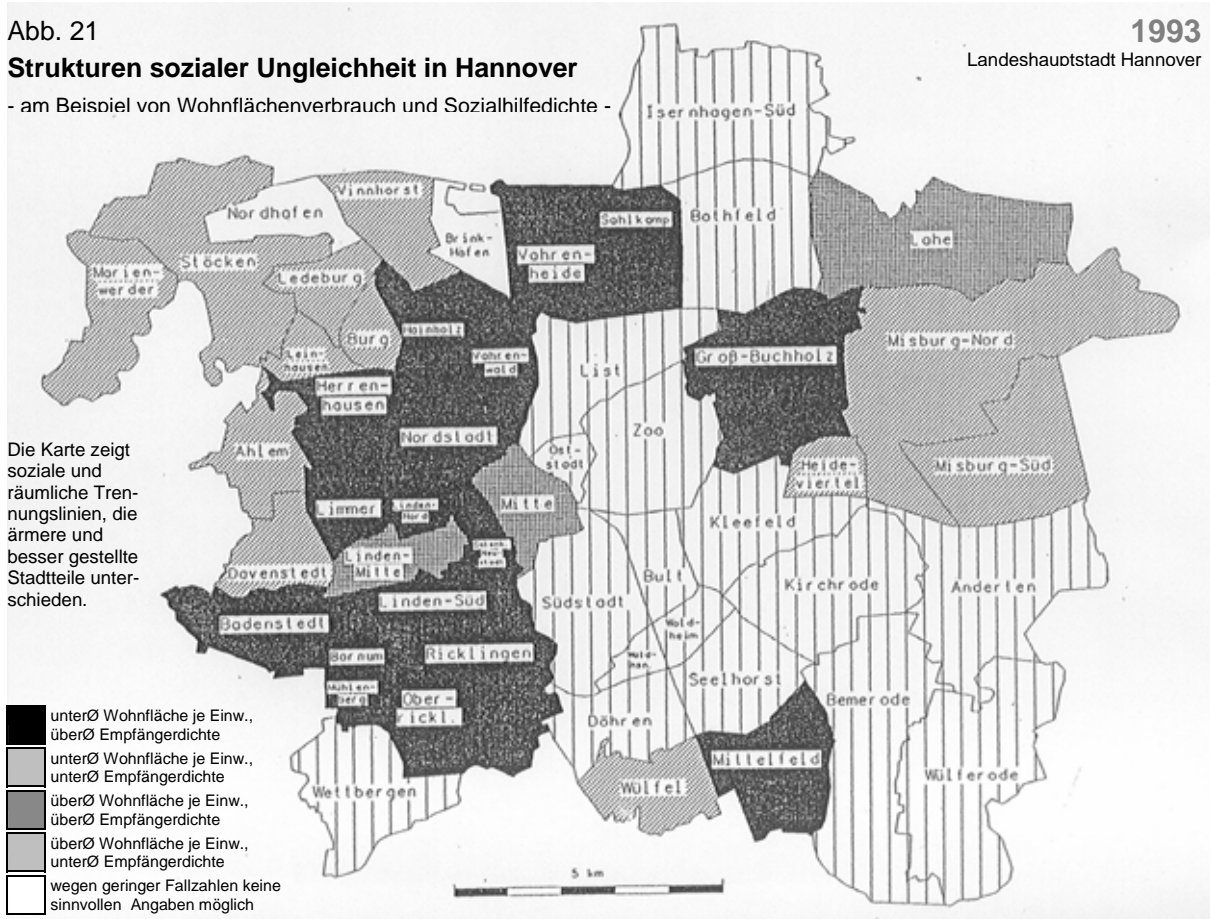


Abb. 22
Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung

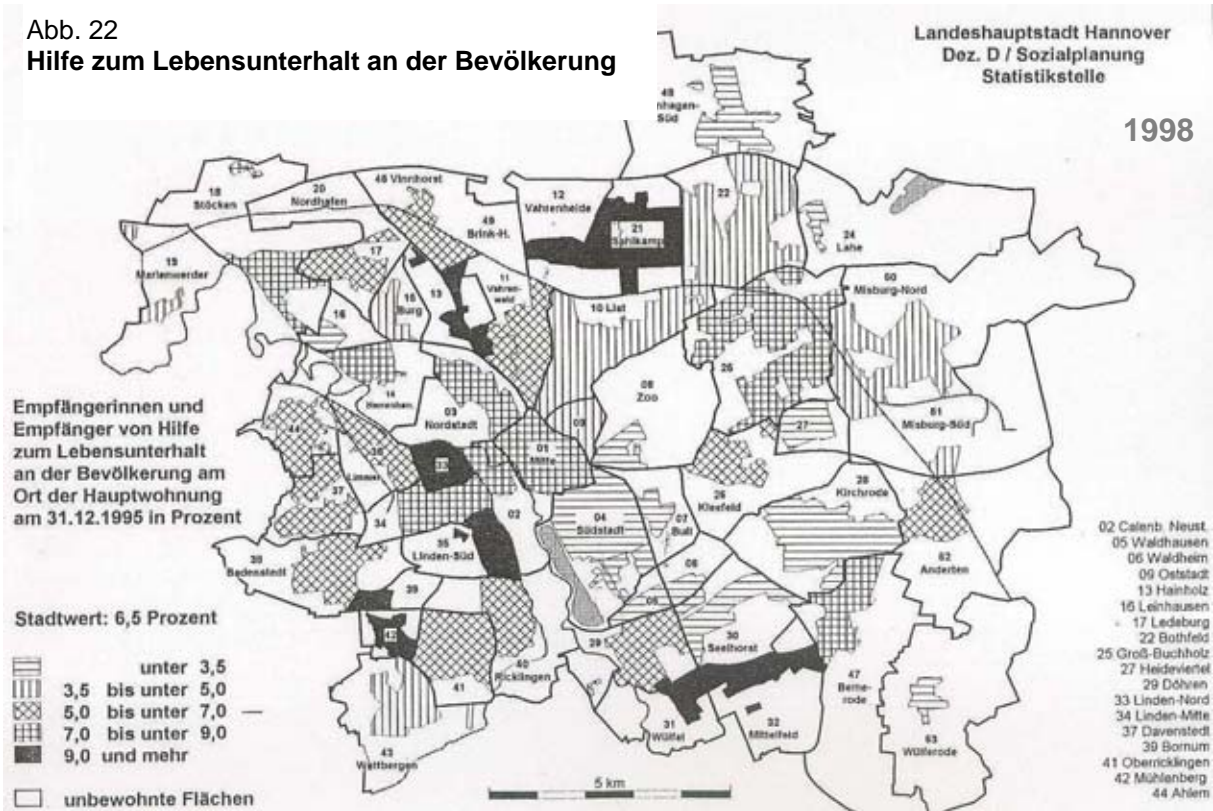


Abb. 23
Soziale Lagen in Hannover

1996

Prekäre soziale Lagen in Hannover
Stadtteile mit hohen bis sehr hohen Ausprägungen prekärer Lagen

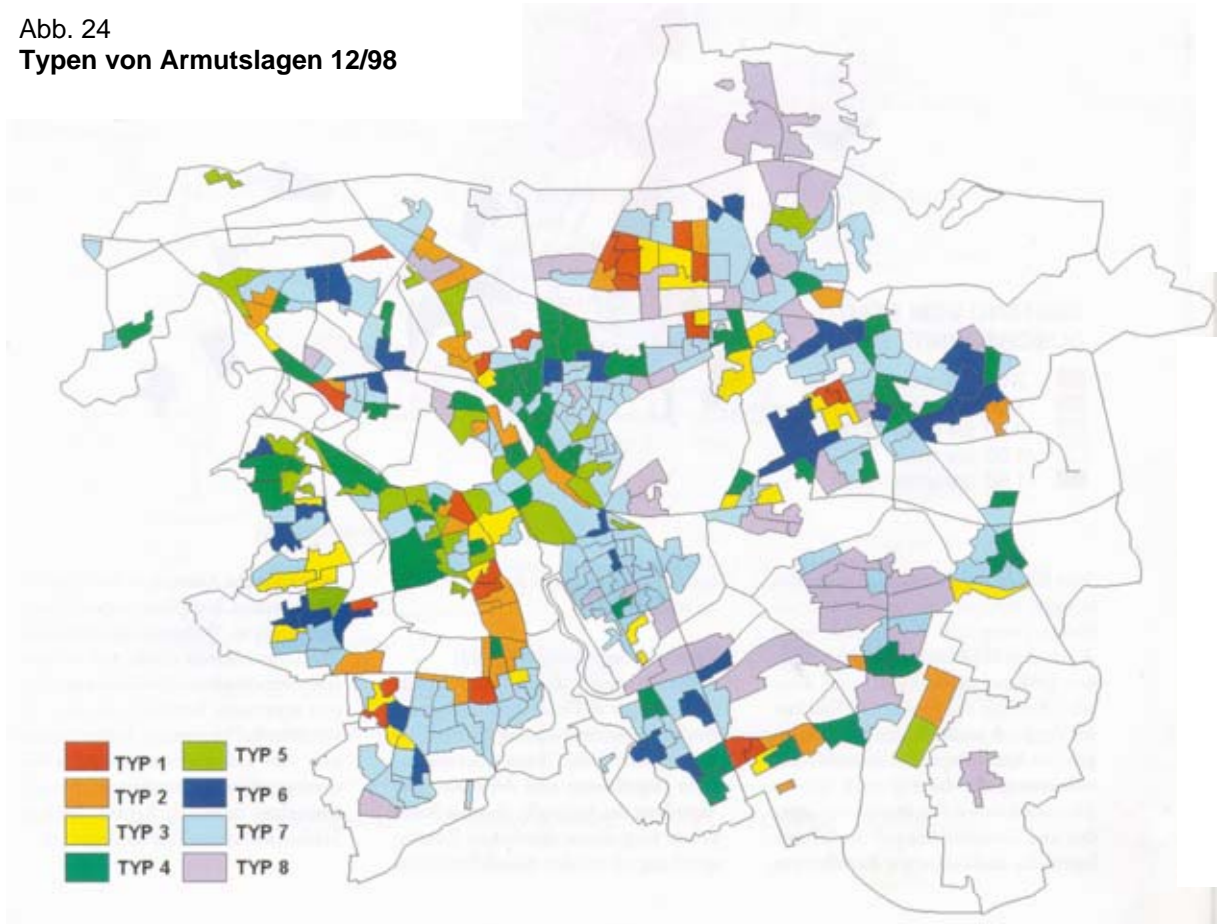
Privilegierte soziale Lagen in Hannover
Stadtteile mit hohen bis sehr hohen sozialen Standards



- Stadtteile mit:**
- hohem Anteil von Arbeitern
 - hohem Anteil von Alleinerziehenden
 - hohem Anteil von Arbeitslosen
 - hohem Anteil von Sozialhilfeempfängern
 - hohem Anteil von geringen HH-Einkommen
 - hohem Anteil von Schlichtwgh.
 - geringe Wohnfläche je Person
 - äußerst beengtem Wohnverhältnissen
 - hohem Anteil von Sozial- und Belegrechtswgh.
 - hohem Anteil von Hauptschulabschlüssen

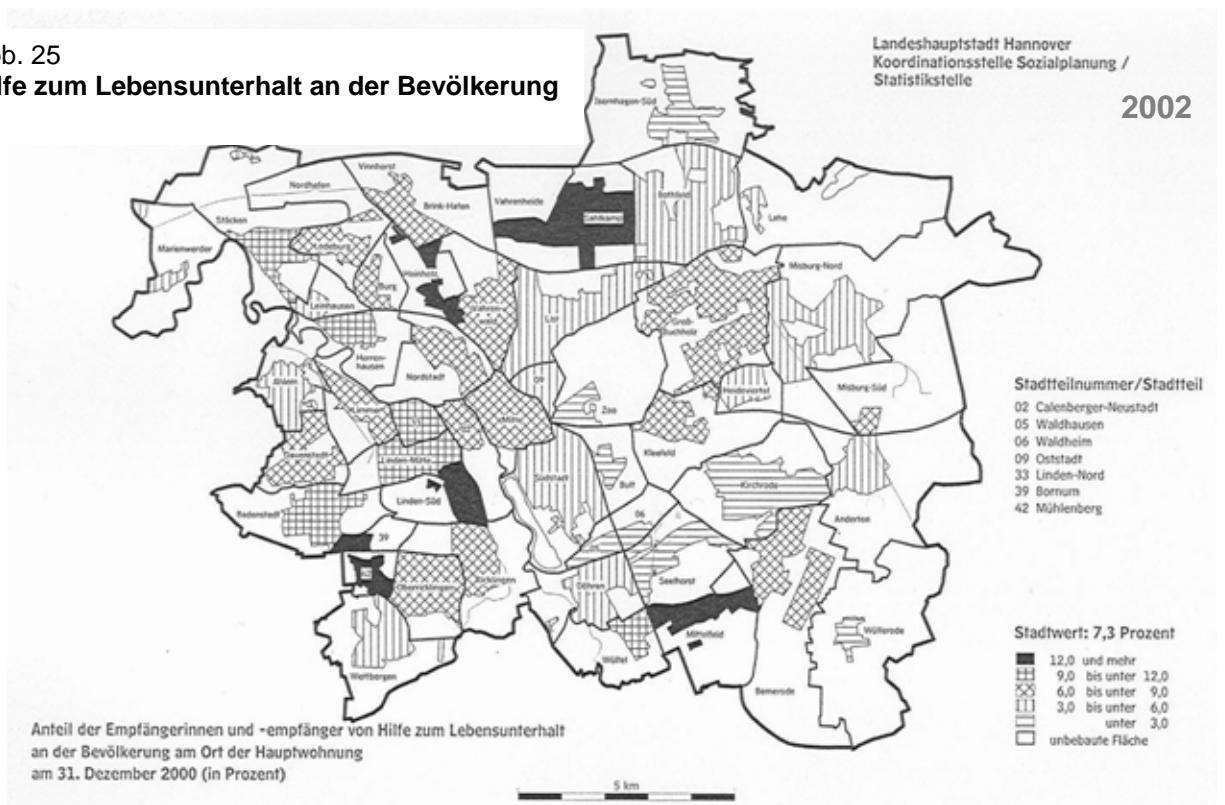
- Stadtteile mit:**
- sehr geräumigen Wohnverhältnissen
 - hoher Ø Miete pro Person
 - hohem Anteil von Hochschulabschlüssen
 - hohem Anteil von Vermögen (überwiegend Lebensunterhalts)
 - hohem Anteil von Eigentümerhaushalten
 - hohem Anteil von selbständigen, gehobenen und leitenden Beamten und Angestellten
 - hohem Anteil von Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor

Abb. 24
Typen von Armutslagen 12/98



agis
 Universität Hannover

Abb. 25
Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung



9. Umsetzung des Programms 'Soziale Stadt' im Modellgebiet: Einschätzung und Empfehlungen der PvO

Seit 1998 läuft die auf zehn Jahre angelegte Sanierung in Hannover-Vahrenheide. Die Komponente 'Soziale Stadt' kam etwas später hinzu, doch das Sanierungskonzept war bereits in wesentlichen Punkten (integrativer Ansatz, Förderung der sozialen Strukturen, Aktivierung der Bevölkerung) in diese Richtung zugeschnitten, weshalb das Gebiet als Modellstadtteil für das Programm ausgewählt wurde. Das Institut agis hat den Sanierungsprozess begleitet. Wie die Inhalte des Programms 'Soziale Stadt' bisher umgesetzt wurden, wird hier aus Sicht des PvO-Teams der agis abschließend wiedergegeben und durch Anregungen ergänzt.

Im Modellstadtteil Vahrenheide kommt ein engagiertes und durchdachtes Konzept zur Anwendung, das neben baulichen Umstrukturierungen und wohnungspolitischen Steuerungsversuchen die Förderung der Teilhabe der Bevölkerung und die Stärkung der lokalen Infrastruktur zum Ziel hat. Nachdem die Sanierung insgesamt positiv angelaufen ist, kann zunächst festgestellt werden, dass sich der Sanierungsprozess auf dem richtigen Weg befindet. Die Gestaltung der Wohnumfelder zwischen den Zeilenbauten wurde aufgelockert, und die Sanierungen von Wohnungen und Gebäuden zeigen bereits sichtbare positive Wirkungen im Stadtteilbild. Für die Bevölkerung wurden Beschäftigungsinitiativen gegründet, Vereine wurden unterstützt und ein Sanierungsbüro ist vor Ort tätig. Auch die im Stadtteil dominante Wohnungsbaugesellschaft GBH hat ein Stadtteilbüro eingerichtet, so dass der Kontakt zur Mieterschaft direkter und besser geworden ist. Gremien zur Beteiligung (Sanierungskommission und Bürgerforum) bieten die Möglichkeit, sich über die laufende Sanierung zu informieren und sich dort einzubringen.

Die Umsetzung der komplexen Sanierungsziele ist in einem Stadtteil wie Vahrenheide jedoch nicht einfach. Es ist vieles nachzuholen, was über die Jahre an Investitionen versäumt wurde. In der Stadtteilbevölkerung, die zu einem großen Teil mit materiell schwierigen Lebensumständen zu kämpfen hat, besteht nur ein kleines Fundament an Personen, die bereit und in der Lage sind, den Sanierungsprozess aktiv mitzugestalten und mitzutragen. Die Mittelvergabe unterliegt oft langwierigen, schwer zu beeinflussenden politischen Entscheidungsprozessen. Nicht alles, was geplant wurde, ließ sich im Sanierungsalltag bruchlos umsetzen oder einlösen.

Da sich diese abschließende Einschätzung zu zentralen Aspekten des Programms an den hohen Ansprüchen des Sanierungskonzeptes orientiert und an den spürbaren Effekten für die im Stadtteil wohnenden und/oder arbeitenden Menschen bemisst, richtet sich der Blick besonders auf kritische oder verbesserungswürdige Aspekte. Damit soll die Leistung der einzelnen Personen, die in vielen kleinen Schritten engagierte Projekte auf den Weg gebracht haben, nicht geschmälert werden. Die Benennung bisher nicht umgesetzter Ziele oder verbesserungswürdiger Strukturen soll helfen, ursächliche Problematiken aufzuspüren. Die Vorschläge der PvO wurden auf der Basis der beobachteten Umsetzungsschwierigkeiten entwickelt und sind als Anregungen zu verstehen. Damit verfolgt das PvO-Team seine Aufgabe, eine Einschätzung zur Durchführung der Sanierung zu geben, um Schlussfolgerungen - nicht nur für die Fortführung des laufenden Sanierungsprozesses, sondern auch für zukünftig durch das Programm 'Soziale Stadt' zu fördernde Gebiete - zu ermöglichen.

9.1 Bündelung der Ressourcen

Die finanziellen Mittel für das Sanierungsprogramm in Vahrenheide werden im Wesentlichen vom Land Niedersachsen (20 Mio. DM Sanierungsmittel) und der Landeshauptstadt Hannover (10 Mio. DM Sanierungsmittel, verfügbarer Quartiersfond von jährlich 50.000 DM, im Rahmen des Stadtteilentwicklungs-

programms sind 0,8 Mio. DM für drei Stadtteile über LTS-Mittel über das Sozialdezernat für soziale Projekte abrufbar) getragen. Die Wohnungsgesellschaft GBH trägt zu baulichen Sanierungsmaßnahmen einen Eigenanteil in Höhe von jeweils 25 bis 50 % bei. Es kommen desweiteren Mittel der Bundesanstalt für Arbeit und über Beihilfen zum Einsatz. EU-Mittel konnten im Rahmen der Sanierung bisher ebensowenig einbezogen werden wie Mittel von privaten Sponsoren.

Bei Betrachtung der verschiedenen Initiativen und der wohlfahrtsstaatlichen Organisationen wird deutlich, dass insgesamt die Arbeit im Stadtteil (entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip) aus vielen unterschiedlichen 'Töpfen' finanziert wird. Einzelne Einrichtungen im Qualifizierungsbereich nutzen dabei die vielfältigen Fördermöglichkeiten durch verschiedene, meist befristete, Programme, müssen allerdings jeweils viel Energie und Kapazität in die Antragsstellungen und Akquisitionstätigkeiten investieren, die dann in der 'eentlichen' Arbeit fehlen. Zudem erschweren die kurzfristigen Laufzeiten den Aufbau der notwendigen Kontinuität im Stadtteil. Fördermöglichkeiten externer Programme oder von Sponsoren nutzen und erschließen sich in beachtlichem Maße auch einige öffentliche Einrichtungen im Stadtteil, insbesondere die Schulen. Unterstützungen kamen hier von Firmen (z.B. Schulmöbel- oder Solaranlagenfirmen), durch die erfolgreiche Teilnahme an Wettbewerben (z.B. der Sparkassen und von Siemens) und die Nutzung von Projektfördermitteln (z.B. aus den städtischen Programmen 'Nachhaltige Gebäudesanierung' (8,7 Mio. DM) und 'Ökologische Aufwertung von Schulhöfen und Spielplätzen' (ca. 100.000 DM) oder Mittel von der EXPO-Gesellschaft (ca. 30.000 DM)). Durch das Programm 'Hannover 2001' wurde die Neuordnung des Grundschulgeländes und des Grünzuges gefördert (325.000 DM). Beteiligungsverfahren, wie die Zukunftswerkstätten, wurden ebenfalls durch Mittel des Hannoverprogramms 2001 mit insgesamt 10.000 DM unterstützt. Über die in vielen Einrichtungen tätigen ABM-, BSHG- und SAM-Kräfte fließen außerdem weitere Mittel des Arbeits- und Sozialamtes in den Stadtteil.

Bei der Verteilung von Mitteln für investive (bauliche) und nicht-investive (soziale) Maßnahmen zeigt sich eine erhebliche Schieflage. Da die eigentlichen Städtebauförderungsmittel im Sanierungsgebiet aufgrund rechtlicher Regelungen zum überwiegenden Teil an bauliche Zwecke (Wohnungsbauförderung und Städtebauförderung) gebunden sind, bleibt für die notwendigen Maßnahmen im sozialen Sektor vergleichsweise wenig Spielraum. Es ist zudem absehbar, dass die Maßnahmen im Bereich der Wohnungsmodernisierung und der Rückbau der Großwohnanlage Klingenthal mehr Mittel binden als ursprünglich vorgesehen. Um der feststellbaren 'Schieflage' der Finanzen zugunsten baulicher Maßnahmen entgegenzusteuern, erscheint es geboten, den Bereich der Mittelakquise und Mittelbündelung stärker zu forcieren und für die Initiativen im Stadtteil entsprechende Hilfestellungen zu organisieren. Eine solche gezielte Mittelvergabe ist z.B. für das Projekt 'Begleitetes Wohnen' in den Sahlkampfhäusern, die über die vom Sozialdezernat bereitgestellten 'Soziale-Stadt'-Mittel finanziert werden sollen, bereits erfolgt.

Dass es im Bereich der ressortübergreifenden Mittelbündelung noch hapert, zeigt das Beispiel des geplanten Bewohnerzentrums, wo bauliche Mittel bereit stehen, aber die Übernahme der laufenden Personal-, Sach- und Mietkosten über das Sozialdezernat strittig bleibt. Eine größere Transparenz der städtischen Ressorts über verfügbare Mittel und den geplanten Einsatz würde die Bündelung dieser Mittel und den gezielten Einsatz - unterstützt durch das Sanierungsbüro - erheblich erleichtern und somit fördern. Allerdings gibt es bei diesem geplanten Projekt auch inhaltliche Probleme und Differenzen, so dass eine derzeitige noch nicht verabschiedete Beschlussdrucksache zum 'Haus für Eigenarbeit' wohl eine andere Nutzung vorsieht. Dennoch bleibt festzuhalten, dass es ohne die nötige Offenheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der feststellbaren 'Versäulung' der Ämter bleibt. Die notwendige Integration konnte hier noch nicht genügend umgesetzt werden.

9.2 Management und Organisation

Um die Elemente des Bund-Länder Programms 'Soziale Stadt' in das gesamtstädtische Stadtentwicklungsprogramm der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover einzubinden, wurden auf der Ebene der Stadtverwaltung zwei neue Gremien eingerichtet: die Steuerungsgruppe 'Soziale Stadt' und die Koordinierungsgruppe 'Soziale Stadt'. Diese Runden dienen dem Ziel der Vernetzung verschiedener Ressorts. Während in der Steuerungsgruppe Rahmenbedingungen festgelegt werden, geht es in der Koordinierungsgruppe um Vorbereitung, Konzeption und Koordinierung von Maßnahmen oder Projekten. Die Koordinierungsgruppe tritt nur in Konfliktfällen zusammen. Die Schnittstelle zu den Sanierungsakteuren im Stadtteil sollte über den Gebietsbeauftragten laufen.

Die Ämterzuordnung der beteiligten Personen erweist sich in der Arbeit trotz des integrierten Ansatzes als relativ beharrlich. Dies ist insbesondere bei der Position des Sanierungskordinators problematisch. Der Sanierungskordinator hat für den Austausch zwischen Verwaltung und den lokalen Akteuren zu sorgen. Doch der zuständige Koordinator kann kaum in der erforderlichen Rolle eines 'ämterübergreifenden Gebietsbeauftragten' agieren, da er für zwei Gebiete zuständig ist und zudem dem Stadtplanungsamt zugeordnet bleibt. Ob die Rollenverteilung in anderen 'Soziale Stadt'-Gebieten anders läuft, ist nicht bekannt.

Im Stadtteil Vahrenheide wurden im Rahmen der Sanierung ebenfalls neue Organisationsformen geschaffen: die Sanierungskommission, das Sanierungsbüro, das Bürgerforum und die Anwaltsplanung. Hierbei wurde auf bereits in den Sanierungsgebieten der 70er und 80er Jahre erprobte Konzepte zurückgegriffen.

Für die lokalen Sanierungsgremien stellt sich zunehmend heraus, dass die Form der Beteiligungsstruktur den jeweiligen lokalen Besonderheiten stärker angepasst werden muss. So fehlen in Vahrenheide weitgehend die Bevölkerungsgruppen, die die Sanierungskommission als ein Gremium der Mitbestimmung nutzen und tragen könnten. Entsprechendes Interesse oder die notwendigen Kompetenzen finden sich eher bei den Personen, die ehren- oder hauptamtlich im sozial-kulturellen Bereich im Stadtteil tätig sind. Diese sind allerdings in einer eigenen Runde vernetzt, die bisher nicht genügend in das Sanierungsgeschehen eingebunden werden konnte, weil die Runde teilweise dazu auch nicht bereit war. Das Bürgerforum wird derzeit nur von wenigen der Menschen, die im Stadtteil leben, genutzt. Marginalisierte Gruppen, wie Personen ausländischer Herkunft, aber auch Kinder und Jugendliche, werden dort bisher unzureichend erreicht. Damit erweisen sich die Sanierungsgremien im Stadtteil Vahrenheide als durch 'soziale Schließungen' eingeengt.

Bei der Konzeption des Sanierungsbüros ist der integrierte Ansatz – eingelöst durch die Besetzung mit Personen aus den beteiligten Ressorts und der Wohnungsbaugesellschaft – positiv hervorzuheben. In der Zusammenarbeit der am Sanierungsbüro Beteiligten erwiesen sich allerdings die aus der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Ämtern bzw. der Wohnungsbaugesellschaft resultierenden Funktionstrennungen als nur schwer überwindbar, so dass sich zumindest in der Außenwahrnehmung ein oft verwirrendes und uneinheitliches Erscheinungsbild ergab. Ein einheitliches Agieren als 'das Sanierungsbüro' war selten erkennbar. Ungeachtet des Ausscheidens des bisher zuständigen externen Sanierungsbeauftragten, dessen Arbeitsvertrag im Frühjahr dieses Jahres ausgelaufen ist, wird das Sanierungsbüro weiterhin als Einrichtung der Sanierung vor Ort bestehen bleiben. Ausgestaltung und Funktion der weiteren Arbeit im Sanierungsbüro ist allerdings noch unklar. Zu der bisher hier geleisteten Arbeit lässt sich resümieren, dass das Sanierungsbüro seine Funktion der Projektinitiierung und Konzeptualisierung erfolgreich verfolgt und erfüllt hat. Die weitere Aufgabe des Sanierungsbüros, d.h. die Aktivierung der Bevölkerung und die Stärkung der Teilhabe, wurde eher indirekt, mittels Konzeptionalisierung entsprechender Projekte, angegangen. Diese Aufgabe wurde weitgehend der Gemeinwesenarbeit und der Anwaltsplanerin überlassen, wobei beide über für diese Aufgabe unzureichende Arbeitskapazität verfü-

gen.

Aufgrund der beschriebenen Situation wurde von der PvO eine Abänderung der Beteiligungs- und Sanierungsstrukturen vorgeschlagen (s. Abb. 14, Kap. 6). Um die in Vahrenheide wichtige Aufgabe der Aktivierung und Beteiligung leisten zu können, sollte dem Sanierungsbüro ein gleichberechtigtes 'Stadtteilbüro', personell ausgestattet mit Bewohneranwalt/in und Anwaltsplaner/in, zur Seite gestellt werden. Von diesem Stadtteilbüro könnte die der Bevölkerungsstruktur angemessene 'mobilisierende Vertretung' ausgeübt werden. Die Stärkung der Bewohnervertretung und eine Trennung der Funktionen von Bewohnervertretung und Sanierungsvertretung erscheint notwendig, damit unabhängiges Handeln und für die Bevölkerung erkennbare Aufgabenzuordnungen möglich werden.

Als übergreifendes Gremium für Information, Austausch und Meinungsfindung sollte nach Ansicht der PvO ein neu einzurichtendes Stadtteilforum das bestehende Bürgerforum ersetzen. Um in diesem Gremium eine demokratische Öffnung für bisher nicht eingebundene Milieus (z.B. MigrantInnen, Kinder und Jugendliche) zu erreichen, sollten hier die Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht selbst teilnehmen, bzw. bisher ihre Interessen nicht ausreichend zum Ausdruck bringen konnten, durch entsprechend legitimierte Vertrauenspersonen vertreten werden. Repräsentanten von Politik und Sanierung gehören auch in ein solches Stadtteilforum, das durch den Bewohneranwalt moderiert werden sollte. Die Vereine und Institutionen sollten hier ebenfalls über Interessenvertreter eingebunden werden. Eine Einbindung dieser 'intermediären Instanzen' erscheint als ein zentraler Faktor bei der Umsetzung der sozialen Sanierungsziele. Einrichtungen wie Kirchen oder Schulen erreichen einen großen Anteil der Bevölkerung. Sie leisten oftmals – und gerade auch in Vahrenheide – engagierte, bürgernahe Arbeit. Aus diesem Grund erscheint die bestehende Distanz zum Sanierungsprozess bei den lokalen Akteuren, die sich teilweise in der Koordinationsrunde zusammengeschlossen haben, als besonderes Hemmnis, das im Interesse des Stadtteils in gemeinsamer Anstrengung überwunden werden muss.

Als weitere Anregung wird vorgeschlagen, dass die Bürgervertreter in der Sanierungskommission von der Bevölkerung bzw. vom einzurichtenden Stadtteilforum anstatt von den Parteien ausgewählt werden. Damit könnte eher der Anspruch eingelöst werden, dass die gesamte betroffene Bevölkerung in der Sanierungskommission vertreten wird.

9.3 Aktivierung und Beteiligung

Aktivierung und Teilhabe sind im Stadtteil Vahrenheide gleichsam wichtige wie schwierige Ziele. Wie im geschichtlichen Rückblick schon deutlich wurde, wurde von der Stadtteilbevölkerung in diesen Bereichen bisher wenig erwartet. Indem ein fürsorgend-bevormundender Umgangsstil zunehmend die Alltagskontakte prägte, blieb wenig Raum für die Entwicklung von Eigen- und Widerständigkeiten. Auch die hohe Belastung durch materielle Armut bei vielen Menschen im Stadtteil bindet deren Kraftressourcen. Ein weiterer nicht unwichtiger restriktiver Faktor für stadtteilbezogenes Engagement ist die eingeschränkte politische Teilhabemöglichkeit der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Da auch die Gremienstruktur und die politische Kultur im Stadtteil zu sozialer Schließung tendiert, werden die Bewohnerinnen und Bewohner kaum ausreichend zur Teilhabe ermutigt. Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung müssen angesichts der beobachtbaren Rückzugs- und Resignationstendenzen in der Bevölkerung so niedrigschwellig wie möglich ansetzen.

Um Nachbarschaften zu stärken, bestehen allerdings auch schon einige längerfristige Initiativen im Stadtteil, wie die mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit eingeführte Nachbarschaftsinitiative e.V. oder der von Migrantinnen und Migranten getragene Demokratische Kulturverein e.V. Die Strategie der Sanierungsakteure, die hier vorfindlichen Strukturen zu stützen, d.h. personell besser abzusichern, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und bei der Mittelakquise zu beraten, ist der richtige Weg und

zeigt bereits stabilisierende Wirkungen. Initiiert wurde auch die Gründung weiterer Vereine, die von Bewohnerinnen und Bewohnern getragen werden. Ein Weiterführen dieser behutsamen Weise, erste Ansätze zu stützen, statt neue 'fremde' Organisationen hinzuzufügen, ist aus Sicht der PvO ratsam und sollte eher noch stärker vorangetrieben werden. Um kontraproduktive Konkurrenzen abzumildern (s. Kap 6), wären auch die traditionellen Vereine einzubinden und zu unterstützen, auch wenn diese weniger Defizite im Bereich der eigenen Beteiligungschancen aufweisen. Die Vereine stärker in den Sanierungsprozess einzubinden, wäre zugleich eine Möglichkeit, deren Nachwuchsmangel zu beheben.

9.4 Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen

Die Veränderungen, die sich nach vier Jahren Sanierung im Stadtteil Vahrenheide zeigen, werden entlang der in Kap. 3 dargestellten Handlungsfelder, in denen die Sanierung tätig wurde, beschrieben.

Im Handlungsfeld 'Städtebauliche Erneuerung' fallen zunächst Wohnumfeldverbesserungen und Sanierungen im 60er Jahre Bestand der GBH als positive Veränderungen ins Auge. Sie zeugen davon, dass sich 'etwas tut', wenn auch noch längst nicht alle baulichen Missstände in den GBH-Wohnungen behoben werden konnten. Außenanlagen sind fantasievoll gestaltet worden, womit das vielgelobte 'Grün' des Stadtteils als Potenzial genutzt und hervorgehoben wird. Durch die Umstrukturierungen und Auflockerungen im Wohnumfeld, wie zum Beispiel der Anlage eines Rodelberges im Grünzug, wird der bestehenden Disproportionalität zwischen weiten, öden Außenanlagen gegenüber beengten Wohnverhältnissen sichtbar erfolgreich entgegengewirkt. Durch die zeitliche Abfolge der Sanierungsarbeiten an Wohnungen und Gebäudefassaden kommt es verständlicherweise auch zu Unmut und Missstimmungen im Gebiet. Die Angebote und Bestrebungen der GBH, die Mieterschaft in ihre Planungen einzubeziehen und in gewissem Rahmen daran zu beteiligen, gehen in die richtige Richtung und könnten von allgemeinen Maßnahmen zur Aktivierung und Teilhabe am Sanierungsprozess (s.o.) profitieren. Besonders die Einrichtung einer GBH-Geschäftsstelle vor Ort und die Einführung des Gebietsbezuges in der Sachbearbeitung sind wichtige Schritte, die den Kontakt und die Kooperation zwischen Mieterschaft und Vermieter auf lange Sicht fördern werden.

Die weiteren Maßnahmen in diesem Handlungsfeld, der Rückbau der Großwohnanlage Klingenthal und die Modernisierung der Sahlkampfhäuser mit Umorganisation zu betreutem Wohnen, befinden sich derzeit noch in Anfangsstadien. Die kontroverse Diskussion um die Hochhäuser und die verspätete bzw. nicht angemessene Beteiligung der betroffenen Gruppen entsprechend an den Entscheidungsfindungsprozessen hat allerdings bereits resignative Spuren bei diesen hinterlassen. Das erfolgreich angelaufene Projekt der Pfortnerloge im Klingenthal wird mit dem Rückbau zu Ende gehen, eine Tatsache, die neben den vier dort Beschäftigten auch viele in der Quartiersbevölkerung bedauern. Da der Rückbau des Klingenthal-Komplexes einen Großteil der Sanierungsmittel beansprucht, ist der Erfolg des gesamten Sanierungsprozesses eng an diese Maßnahme gekoppelt. Von der Maßnahme wird eine entscheidende positive Beeinflussung der Bevölkerungsstruktur erwartet und ein Imagewechsel, weil das stigmatisierende Bild des Stadtteils in der Öffentlichkeit mit dem Hochhauskomplex verbunden ist.

Einen Missstand, der durch die bisherigen Maßnahmen nicht beeinflusst wird, sieht die PvO in der baulichen Monostruktur des Stadtteils. Die reine Wohnnutzung wird lediglich durch die 'Versorgunginseln' Vahrenheider Markt und Ladenzeile Leipziger Straße aufgebrochen. Der bereits erfolgte Umbau der Ladenzeile an der Plauener Straße ist mit einer Reduzierung der Ladenflächen verbunden und es ist bisher nicht erkennbar, ob sich hier Geschäfte oder Dienstleister ansiedeln werden. Die reine Wohnnutzung bleibt dominant und städtebaulich prägend. Damit fehlen weiterhin für den Alltag belebende Impulse, die von einem gewissen Maß an Nutzungsmischung ausgehen könnten.

Im Handlungsfeld 'Wohnungspolitik' zeigen die Maßnahmen im Bereich der Wohnungspolitik und der

Belegungssteuerung bisher wenig Effekte im Stadtteil. Eine relativ erfolgreiche Bilanz kann die neu gegründete Wohnungsgenossenschaft VASA vorweisen, die bereits viel in bauliche wie soziale Maßnahmen investiert hat, allerdings bisher noch nicht in der Lage ist, ohne staatliche Unterstützung (ein zinsloser Kredit in Höhe von 900.000 DM wurde gewährt) zu wirtschaften. Angesichts der Tatsache, dass bisher kaum Wohnungen der GBH als Einzeleigentum erworben worden sind, ist es mittlerweile fraglich, ob das wohnungspolitische Ziel der 'Bevölkerungsmischung' aufrecht erhalten werden kann.

Die Daten zur Stadtteildemographie zeigen, dass die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner weiter abnimmt. Insbesondere Personen mit Migrationshintergrund zogen in den letzten zwei Jahren weg. Auch wenn dies ein möglicherweise gewünschter Effekt ist, darf nicht übersehen werden, dass sich in der Bevölkerungsgruppe der Migrantinnen und Migranten inzwischen stabile soziale Milieus herausgebildet haben, die mit ihren wirtschaftlichen Investitionen und ihrem nachbarschaftlichen Engagement ein Potenzial für den Stadtteil darstellen. Gezielte Initiativen, den Erwerb von Wohneigentum speziell bei der Gruppe der Migrantinnen und Migranten durch Information und Aufklärung über bestehende Fördermöglichkeiten zu unterstützen, fehlen bisher. Abzuwarten bleibt, welche Effekte der Rückbau des Hochhauskomplexes Klingenthal auf die Bevölkerungszusammensetzung haben wird, d.h. ob durch die hier geplanten Bauten wirtschaftlich gesicherte soziale Milieus in den Stadtteil gelockt werden können.

Im Handlungsfeld 'soziale und kulturelle Infrastruktur' wurden bestehende Initiativen unterstützt und neue Projekte gegründet. Da bereits viele Einrichtungen bestehen und engagierte Arbeit leisten, geht es um die gezielte Unterstützung der oftmals überlasteten lokalen Einrichtungen (räumliche Enge, Personalmangel, zusätzliche Belastungen angesichts des hohen Anteils an Personen in schwierigen Lebenslagen im Stadtteil, schlechte Ausstattung, prekäre Grundfinanzierungen, u.a.). Positive Maßnahmen zeigen sich in diesem Handlungsfeld vorrangig im Bereich der Nachbarschafts- und Kulturarbeit. Die mangelnden Angebote im gesundheitlichen Sektor wurden bisher nicht verbessert. Der neu eingerichtete Bürger-Service beschäftigt fünf Personen und organisiert nachbarschaftliche Unterstützung durch verschiedene Service-Leistungen. Gestützt wurde auch die Nachbarschaftsinitiative e.V. durch die finanzielle Absicherung der hauptamtlichen Sozialpädagogin. Die Nachbarschaftsinitiative soll im Rahmen der Errichtung des Bewohnerzentrums im Emmy-Lanzke-Haus konzeptionell wie räumlich erweitert werden. Das geplante Bewohnerzentrum ist das zentrale Projekt in diesem Handlungsfeld. An der Ausarbeitung des Nutzungskonzeptes waren verschiedene lokale Akteure beteiligt. Neben der Bereitstellung von Räumlichkeiten für eigenständig organisierte Vereinsaktivitäten sollte das Bewohnerzentrum eine Begegnungsstätte und Beratungsangebote mit einem Schwerpunkt im gesundheitlichen Bereich bieten. Dass die Realisierung dieses Projektes offenbar politisch nicht durchsetzbar ist und daher wohl nicht erfolgen wird, ist aus Sicht der PvO ein deutlicher Rückschritt. Gerade weil viele der bestehenden Einrichtungen zielgruppenspezifische Arbeit leisten, böte die Bündelung unter einem Dach mit Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten eine sinnvolle Ergänzung und Zusammenführung.

Die im Handlungsfeld 'Partizipation und Aktivierung zur Eigeninitiative und Selbstorganisation' gestarteten Projekte und Beteiligungsgremien konnten bisher eher wenig im Stadtteil spürbare Veränderungen erwirken. Auf die sanierungsbezogenen Beteiligungsgremien wurde bereits im vorangegangenen Kap. 9.2 eingegangen. An dieser Stelle sind die Maßnahmen zur Unterstützung bewohnergetragener Vereine (FLAIS, Demokratischer Kulturverein e.V., Verein 'Es tut sich was' e.V.) hervorzuheben, die für die Betroffenen eine wichtige und entscheidende Bereicherung ihrer Teilhabechancen bedeuten. Hier tragen die Maßnahmen dem großen Anteil der Bevölkerung Rechnung, der bei der Etablierung organisierter Zusammenschlüsse auf die Unterstützung durch Personen angewiesen ist, die sich mit den erforderlichen Regularien und Verfahrensweisen auskennen. An weiteren Investitionen in offene, aktivierende Strukturen besteht nach Einschätzung der PvO weiterhin Bedarf.

Die Sanierung wurde im Handlungsfeld 'lokale Ökonomie' u.a. durch die Organisation der Gewerbetreibenden-Runde Vahrenheider Markt aktiv. Umgestaltungen sind in Planung, die Realisierung steht noch

aus und verzögert sich bisher insbesondere durch neu hinzugekommene Probleme (Notwendigkeit zur Erneuerung der Heizungsanlagen und der Rohrleitungssysteme). Sie beziehen sich weitgehend auf den Bereich des klassischen Einzelhandels. Der Einbezug des angrenzenden Gewerbegebietes in Vahrenheide-Nord-West gelang bisher nicht.

Sichtbare Wirkungen entfalten die lokalen Beschäftigungsprojekte GBH-Mieterservice und Grünpflege Vahrenheide e.V. (Grünpflegeprojekt, Pro Sauber, Grüne Boten) sowie Bürger-Service. Neben der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeit, die diese für einige Bewohnerinnen und Bewohner bieten, haben sie zur deutlichen Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes des Stadtteils beigetragen. Die Probleme liegen hier im Detail: z.B. der Schwierigkeit, arbeitslose Personen aus dem Stadtteil vermittelt zu bekommen, da das Arbeitsamt nicht gebietsorientiert vermittelt; der mangelnden Möglichkeit, Teilzeitarbeitsplätze anzubieten; dem Druck, dem der GBH-Mieterservice unterliegt, der mit wenig qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter marktwirtschaftlichen Bedingungen arbeiten muss.

Beschäftigungspotenziale im Bereich der wohlfahrtstaatlichen Ökonomie, der einen erheblichen Teil der Arbeitsplätze im Stadtteil ausmacht, wie auch im Dienstleistungssektor könnten nach Ansicht der PvO stärker genutzt werden. Für die weitere Koordination und Verbesserung der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten wird in Zukunft ein neu eingerichtetes 'Büro für Arbeit und Ökonomie' tätig sein.

9.5 Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet

Von den Verbesserungen im baulichen Bereich und im Wohnumfeld sind langfristige Effekte einer erhöhten Wohnzufriedenheit und Identifikation mit dem Stadtteil zu erwarten. Damit die durch den Sanierungsprozess eingeleiteten Veränderungen dauerhaft wirksam bleiben, sind besonders die Potenziale der Stadtteilbevölkerung und der im Stadtteil engagierten Personen zu fördern. Im Bereich der Aktivierung und Teilhabe bestehen, wie bereits dargelegt wurde, erste Ansätze, die der Erweiterung und Förderung bedürfen.

Insbesondere erscheint es wichtig, dass das Sanierungsgeschehen nicht – wie bisher gewohnt – als von außen verordnete und geplante Maßnahme erlebt wird, sondern stärker vom Stadtteil mitgetragen wird. Eine Einbindung der intermediären Instanzen (Wohlfahrtsverbände, Vereine, Kirchen, u.a.) ist hierfür unabdingbar. Auch zu den Personen, die im Stadtteil im Bereich der Pädagogik, Gesundheit, Kultur, o.ä. im Stadtteil arbeiten, müssen Verbindungen weiter ausgebaut und gepflegt werden. Möglichst viele, authentische, zum Stadtteil zugehörige Instanzen müssen eingebunden werden, damit sie die aufgebauten Strukturen weitertragen. Dies allein von der Bevölkerung zu erwarten, erscheint als Überforderung. Daher sind für eine langfristige Stabilisierung der sozialen Strukturen im Stadtteil weiterbestehende übergreifende Runden notwendig. Das von der PvO vorgeschlagene Stadtteilforum wäre beispielsweise als eine solche dauerhafte Vernetzungsinstanz aller am Stadtteilgeschehen Beteiligten zu konzipieren.

9.6 Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt

Vahrenheide hatte bisher überwiegend die Funktion, unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen der Landeshauptstadt mit Wohnraum zu versorgen. Im Rahmen des wohnungspolitischen Entflechtungskonzepts sollen die Belegrechtswohnungen insgesamt abgebaut und dezentralisiert, d.h. stärker im Stadtgebiet verteilt werden. Damit soll - wenn die Entflechtung gelingt - die Entlastung der Gesamtstadt von Personen in schwierigen Lebensumständen nicht mehr die Aufgabe des Stadtteils Vahrenheide sein. Falls die Konzentration von Belegrechtswohnungen jedoch bestehen bleiben sollte, wären neue Kon-

zepte notwendig. Dabei wäre zu überlegen, wie ein Ausgleich und eine Unterstützung für diese wichtige Entlastungsaufgabe geschaffen werden kann. Denkbar wären z.B. spürbare Investitionen in den Bereichen:

- Kinderbetreuung und -förderung,
- Gesundheitsversorgung
- Freizeit und Feste
- Integration/ kulturelle Vielfalt
- Altenbetreuung, Altenservice
- Sport und Spiel.

Die Aufgabe, die Vahrenheide zur Zeit vorrangig erfüllt, ist die des Experimentierfeldes. Hierin weist der Stadtteil bereits eine gewisse 'Tradition' auf. Der Modellstatus bringt eine entsprechende Aufmerksamkeit für den Stadtteil mit sich, und es ist zu erwarten, dass die Ansätze, die sich hier als erfolgversprechend erweisen, auf andere Gebiete übertragen werden. Für Vahrenheide und seine Bevölkerung ist zu hoffen, dass die aktuelle Beachtung auch noch nach der Sanierungsphase anhält und dass nach dem experimentellen Teil die unspektakulärere - aber erforderliche - kleinschrittige Konsolidierung einsetzt.

Literaturverzeichnis

- agis (Hg.) (2000): Verfahren zur Einstufung sozialer Belastung und zur Planstellenverteilung im Kommunalen Sozialdienst der Landeshauptstadt Hannover (unveröffentlichter Projekt-Endbericht), Hannover.
- agis (2002): Bewohneraktivitäten in Hannover-Vahrenheide – Ein Erfahrungsaustausch, in: Soziale Stadt info 7, S. 9-10.
- Aktionsprogramm integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost (= Landeshauptstadt Hannover/ GBH Bauen + Wohnen: Aktionsprogramm integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost – Ansätze für eine soziale Stadterneuerungspolitik, Hannover 1997).
- Arbeitsgemeinschaft für Stadt- und Altbauerneuerung (Agsta) Hannover (1990): Sanierung Limmer-Nord. Vorbereitende Untersuchung, Hannover.
- ARGEplan Hannover, Stadtplaner und Architekten (1990): Stadt Hannover Vahrenheide-Ost. Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen, Hannover.
- Austermann, Klaus (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund.
- awos GmbH (1987): Wohnungswirtschaftliche Expertise, Bochum.
- Bartnick, Esther/Schwarzer, Thomas (2001): „Bei uns ist in den letzten Jahren vieles schöner geworden“, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): Soziale Stadt info 4, S. 11- 12.
- Becker, Heidede (2000): Das Bund-Länder-Programm ‚Soziale Stadt‘. Raumbezüge und Handlungsfelder, in: Die Alte Stadt, Heft 2, S. 139-149.
- Brauch, Veit (o.J.): Erfahrungen und Aktivitäten aus dem Modellgebiet Hannover Vahrenheide-Ost, in:?, S. 107-114.
- Bochynek-Friske, Annette (2001): Ein Stadtteil von Hannover. Der Sahlkamp. Unser Zuhause, Hannover.
- Böltken, Ferdinand (BBR) (2001): Vorschlag Stadtbeobachtung: IRB auf dem Weg zum systematischen Stadtmonitoring, in: Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) (Hg.): Tagungsbericht der Städtestatistiker vom 26. bis 28. März 2001, Erfurt.
- Bourdieu, Pierre u.a. (1997): Das Elend der Welt, Konstanz.
- Bürgerbüro Stadtentwicklung (1998): Entwicklung der Anwaltsplanung und anderer Beteiligungsformen in Hannover. Bausteine zur Beteiligungskultur, Hannover.
- Buitkamp, Martin (2001): Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslagen und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt, agis Texte 23, Hannover.
- Cramer, Cathy: Lokale Ökonomie - eine zentrale Strategie für die Soziale Stadt, in Soziale Stadt info 5/2001, S. 2-7.
- Döscher, Susanne/Urban, Elke (1983): Der Stadtteil Vahrenheide - ein soziales Spannungsfeld. Möglichkeiten und Grenzen einer Stadtteilidentität in einem nicht gewachsenen Stadtteil durch Aktionen von Bürgern, o.O.
- Dittrich, G.G. (Hg.) (1974): Menschen in neuen Siedlungen, Stuttgart.
- Dorsch, P. (1972): Eine neue Heimat in Perlach. Das Einleben als Kommunikationsprozess, München.
- Eilfort, Michael (1994): Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn u.a.
- Gaisreiter, Stephan (2000): Wahlenthaltung und soziale Segregation. Eine Analyse der Nichtwählerschaft in der Stadt Hannover. Diplomarbeit im Studiengang Sozialwissenschaften der Universität Hannover.
- GBH Bauen + Wohnen Hannover (1999a): Geschäftsbericht der GBH, Hannover.
- GBH Bauen + Wohnen Hannover (Hg.) (1999b): Betreutes Wohnen in Vahrenheide-Ost, ‚Sahlkamphäuser‘ Sahlkamp 81-87, Hannover.
- GBH Bauen + Wohnen Hannover (Hg.) (1999c): GBH 2010. Konzept zur Sozialen Stabilisierung besonders belasteter Wohnbereiche, Hannover.
- Geiling, Heiko/ Schwarzer, Thomas (1999): Abgrenzung und Zusammenhalt - Zur Analyse sozialer Milieus in Stadtteilen Hannovers, agis Texte 20, Hannover.

- Geiling, Heiko u.a. (2001): Stadtteilanalyse Hannover-Vahrenheide. Sozialräumliche Strukturen, Lebenswelten und Milieus, agis Texte 24, Hannover.
- Gemeinnützige Baugesellschaft mbh Hannover (1967): Wohnbauten einer städtischen Gesellschaft, Hannover.
- Gibbins, Olaf (1998): Großsiedlungen: Bestandspflege, Weiterentwicklung, München.
- Henning, E. / Lohde-Reiff, R. / Sack, D. (2001): Wahlenthaltung in der Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main, in: frankfurter statistische berichte, 3/2001, Frankfurt.
- Herlyn, Ulfert/von Saldern, Adelheid/Tessin, Wulf (Hg.) (1987): Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre, ein historisch-soziologischer Vergleich, Frankfurt, New York.
- Herlyn, Ulfert u.a. (1986): Sozialwissenschaftliche Expertise, Hannover.
- Hermann, Thomas (1992): Die sozialen und politischen Strukturen Hannovers in kleinräumiger Gliederung, in: Beiträge zur regionalen Entwicklung, Heft 30.1, Hannover, S. 115 f.
- Hermann, Thomas (1994): Wahlverhalten und soziale Spaltung. in: Stadtforschung und Statistik, 2/1994, S. 44-58.
- Hermann, Thomas / Martin, Andreas (1994): Hannover wählte im und gegen den Bundestrend. Analysen zur Bundestagswahl vom 16.10.1994 in Hannover, Hannover.
- Hermann, Thomas (1996): Faß ohne Boden? Soziale Ungleichheit und Prozesse sozialer Integration und Ausgrenzung in Hannover, in: Schmalstieg (Hg.) 1996, S. 53-71.
- Heye, W. (1992): Jugendhilferahmenplan für die Stadt Hannover. Zusammenfassender Planungsbericht, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES), Universität Hannover.
- Jordan, Werner/Giesche, Marlies (1998): Nachbarschaftsinitiative in Vahrenheide e.V. Entstehung - Entwicklung - Zukunftsperspektiven.
- Keim, Klaus-Dieter (1977): Zur sozialwissenschaftlichen Theorie und Empirie randstädtischer Siedlungen, in: H. Becker, K. D. Keim (Hg.): Gropiusstadt. Soziale Verhältnisse am Stadtrand, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 51-84.
- Keim, Klaus-Dieter (1997): Vom Zerfall des Urbanen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 1, Frankfurt am Main, S. 245-286.
- Kob, J.P. u.a. (1972): Städtebauliche Konzeption in der Bewährung (Bremen-Neue Vahr), Göttingen.
- KO-ordinations-RUNDE Vahrenheide (1999): Selbstverständnis und konzeptionelle Grundlagen der KO-Runde im Stadtteil Vahrenheide, verabschiedet in der Sitzung der KO-Runde am 21.1.1999.
- Landeshauptstadt Hannover (1971): Hannover aus Sicht seiner Bevölkerung. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung 1969/70, Schriften zur Stadtentwicklung, Band 2 (2 Teilbände), Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (1982): Wohnverhältnisse und Veränderungswünsche. Mit Vergleichsdaten zur Repräsentativerhebung 1977, Schriften zur Stadtentwicklung, Bd. 29.02, Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (1983): Soziale Bindung und Nachbarschaft im Stadtteil, Schriften zur Stadtentwicklung, Bd. 29.05, Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (1987): Daten zur Einwohner-, Haushalts- und Wohnungsstruktur, Schriften zur Stadtentwicklung, Bd. 34.2, Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (1989): Abschlussbericht über Gutachten zur Verbesserung der Wohngebiete der 60er und 70er Jahre.
- Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (1992): Zur Armutsberichterstattung für Hannover, in: Schriftenreihe zur kommunalen Sozial-, Jugend- und Gesundheitspolitik, Band 11, Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (1993): Sozialbericht 1993 – Zur Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hannover, Bd. 13, Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (1998a): 30 Jahre Mühlenberg. Ein Berg. Eine Mühle. Ein Name. Entstehung und Entwicklung einer Neubausiedlung in Hannover 1967 - 1997, Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (1998b): Sozialbericht 1998. Bericht zur sozialen Situation in Hannover, Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (1998c): Lagebericht zur Stadtentwicklung.
- Landeshauptstadt Hannover, Stadtplanungsamt (Hg.) (2001), Sachbericht: Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost,

- September 2001.
- Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (o.J.): ‚Vorwärts nach weit‘. Das Hannoverprogramm 2001.
- Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache 1085/96: Hannoverprogramm 2001.
- Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache Nr. 2345/98. Wohnungspolitische Leitlinien. Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost.
- Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache 2569/1999: Gemeinsame Leitlinien für die Kommunale Wohnungspolitik.
- Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache Nr. 2569/99b: Aktionsprogramm ‚Wohnen in Hannover‘.
- Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache 2511/2000: Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost. Einkaufszentrum Vahrenheider Markt.
- Leitfaden Vahrenheide (= AG Leitfaden (Hg.): Leitfaden Vahrenheide. Kultur, Freizeit, Beratung im Überblick, Hannover 2001).
- Lindener Baukontor (1986): Gemeinschaftseinrichtungen im Wohngebiet, Hannover.
- Müller, Dagmar / Buitkamp, Martin (1996): Soziale Ungleichheit und Lebensweisen in Niedersachsen. Zur Entwicklung regionaler Sozialstrukturen, agis-texte 10, Hannover.
- Nachbarschaftsinitiative e.V. (1999): Die Nachbarschaftsinitiative in Vahrenheide e.V.
- Nagel, Günter u.a. (1985): Konzeption zur Verbesserung des Wohnumfeldes einer typischen Siedlung der 70er Jahre, Pilotstudie: Sahlkamp/ Holzwassen in Hannover-Vahrenheide, Berichte zum Städtebau- und Wohnungswesen, Hannover.
- Nagel, Günter u.a. (1987): Kinderspiel in Hannover. Bestandsaufnahme und Bewertung von Spielmöglichkeiten dargestellt am Beispiel der Untersuchungsgebiete Linden-Mitte, Vahrenheide Süd-Ost und Anderten, Hannover.
- Noll, H. / Schröder, H. (1994): Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland: Bestandsaufnahme und konzeptionelle Empfehlungen für einen Bericht zur sozialen Lage in Baden-Württemberg, Vorstudie, Mannheim.
- planbox Hannover (1986): Umnutzung der Großgarage Plauenerstraße 12 A, Hannover.
- planlokal (1997): Gutachten, Hannover.
- Robke, Franz Josef/ Buitkamp, Martin (2001): Häufigkeit der Nuckelflaschenkaries bei Vorschulkindern in einer westdeutschen Großstadt, Hannover (unveröffentlichter Abschlussbericht).
- Rommelspacher, Thomas: Die Bedeutung der lokalen Ökonomien für die städtische Wirtschaftsstruktur und -entwicklung, in: ILS (Hg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, S. 11-18.
- Romppel, Joachim (GWA Nordstadt) (1996): Zur sozialen Problematik in der Nordstadt - Entwurf einer Stadtteilanalyse, Hannover.
- Sanierungsbüro Vahrenheide-Ost (Hrg.), Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost, Sachstandsbericht Mai 2000, Hannover.
- Schulz, Thomas: Vahrenheide, ein sozialer Brennpunkt in Hannover (unveröffentlichter Bericht).
- Seggern, Hille von/ Erler, Ursula (1988): Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche, Hamburg.
- Soziale Gruppeninitiative e.V. (o.J.): Aktivitäten der Sozialen Gruppeninitiative e.V. (Infoblatt).
- Vester, Michael u.a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Weeber, R. (1971): Eine neue Wohnumwelt (Stuttgart- Freiberg), Stuttgart, Bern.
- Zapf, K./Heil, K./Rudolph, J. (1969): Stadt am Stadtrand. Eine vergleichende Untersuchung in vier Münchner Neubausiedlungen, Frankfurt/Main.
- Zapf, W. / Habich, R. (1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland, Berlin, S. 12.
- Zimmermann, Helmut (o.J.): Vahrenheide - Ein junger Stadtteil mit Geschichte, Hannover.

Zeitungsartikel:

Bild vom 6.2.1997

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17.9.1959
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 14.9.1960
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 8.3.1961
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7.10.1961
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 1.11.1961
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 19.2.1960
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.8.1962
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 5.11.1964
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16.10.1967
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 26.10.1972
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 20.3.1973
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7.7.1973
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 11.9.1980
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16.6.1982
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 10.5.1984
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 20.2.1986
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 20.3.1986
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7.4.1986
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 21.10.1993
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16.11.1995
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 18.1.1996
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 18.4.1996
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 3.5.1997
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 11.4.1997
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2.2.1998
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 5.2.1998
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 19.5.1998
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 11.11.1998
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 8.4.1998
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 18.4.2000
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 13.5.2000
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 3.2.2001
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 23.2.2001
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 1.3.2001
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 29.3.2001
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 10.5.2001
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 6.6.2001
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 21.6.2001
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 18.8.2001

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 28.2.2002

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 1.3.2002

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2.3.2002

Neue Presse vom 5.1.1998

Neue Presse vom 25.2.1997

Neue Presse vom 3.5.1997

Neue Presse vom 18.6.1997

Neue Presse vom 11.11.1998

Neue Presse vom 17.10.2000

Neue Presse vom 6.6.2001

Neue Presse vom 14.6.2001

Sanierungszeitung Vahrenheide-Ost Nr. 4 vom 3.12.1998

Sanierungszeitung Vahrenheide-Ost Nr. 14 vom 28.2.2001

Anhang

- Übersicht zu den interviewten Personen
- Übersicht: Projekte zur Förderung der lokalen Ökonomie

Interviews*, Gespräche und teilnehmende Beobachtungen des 'PvO-Teams' (*Die Interviews erfolgten entlang eines Leitfadens und wurden protokolliert)					
Bereich	Zahl der Einrichtungen / Organisationen	Interviewte Personen	Einmalig	Mehrmalig-	Teilnehmende Beobachtung
Gesundheit	4	4			
Familienhebamme		1	X		
Allgemeinmedizin		2	X		
Kinderheilkunde		1	X		
Kleinkinderbetreuung	3	3			
Kindertagesstättenleiterinnen		3	X		
Schulen	5	8			
Grundschule Friedtjoff-Nansen		4	X		
Orientierungsstufe		1	X		
IGS-Vahrenheide-Sahlkamp		1		X	
Herschelgymnasium		1	X		
Hauptschule Bothfeld		1	X		
Kinder- und Jugendarbeit	5	8			
Spielpark		2	X		
Jugendzentrum		1	X		
Straßensozialarbeit		2	X		
Jugendgerichtshilfe		1	X		
AG Kinder- und Jugendarbeit		2	X		
Kirchengemeinden	2	4			
Ev. Kirche		1		X	X
Kath. Kirche		3		X	X
Sport-, Garten und Kulturvereine	5	10	X		
Soziale Einrichtungen	5	12			
Kommunaler Sozialdienst		7	X		
Gemeinwesenarbeit		3			
Kulturtreff		1	X		
Nachbarschaftsinitiative		1	X		
Koordinierungsrunde		...(15-30)		X	X
Qualifizierung / Beschäftigung	5	9			
Soziale Gruppeninitiative / Pro Beruf		3		X	
AWO-Projekt-Lift		1	X		
Drecksarbeit/Pro Sauber		2	X		
GBH-Mieterservice		2	X		
FLAIS / Bürger Service		1	X		
Seniorinnen	2	2			
Koordinatorin Seniorenarbeit		1	X		
Betreuerin Altenwohnungen		1	X		
Vorstellung / SenorInnengutachten					X
Lokale Ökonomie	3	3			
Geschäftsleute		3	X		
Gewerbetreibenden-Runde		...(8-12)		X	X
Polizei / Kontaktbeamte	1	2	X		
Wohnen	2	6			
GBH-Geschäftsführer		2		X	
GBH-Geschäftsstellenleiterin		1		X	
GBH-Hausmeister		1	X		
GBH-Mieterbeirat		1	X		
VASA (Wohnungsgenossenschaft)		1	X		
Lokale Politik	3	4			
SPD / Vors. d. Sanierungskommission		1	X		
CDU / Bezirksbürgermeister, Stadtrat		2	X		
GRÜNE / Vertreter Sanierungskommission		1	X		
Sanierungskommission				X	X

Interviews*, Gespräche und teilnehmende Beobachtungen des 'PvO-Teams' (*Die Interviews erfolgten entlang eines Leitfadens und wurden protokolliert)					
Bereich	Zahl der Einrichtungen / Organisationen	Interviewte Personen	Einmalig	Mehrmalig	Teilnehmende Beobachtung
Aktive Bewohnerinnen		7	X		
Sanierungsbüro Arbeitssitzungen	1	4		X X	X
Stadtplanungsamt Amtsleiter Gebietsbeauftragter Geschäftsf. Koordinierungsgr. 'Soziale Stadt' Mitarbeiter 'Sozialplanung' Mitarbeiter 'Lokale Ökonomie' Ehemaliger Stadtplaner / Vahrenheide	1	6 1 1 1 1 1 1	X X X X	 X X	
Sozialverwaltung (Dez. D) Stellv. Amtsleiterin	1	1 1		X	
Amt für Wirtschaftsförderung Mitarbeiter 'Beschäftigungsförderung'	1	1 1	X		
Koordinierungsrunde 'Soziale Stadt'		... (10-14)		X	X
Stadtpolitik Ratsherren / Bauausschuss Politikzirkel der GRÜNEN / Wohnungspolitik Treffen SPD/ev. Kirche / Wohnungspolitik Städt. Sozialforum / Wohnungspolitik		2 2 ... (10) ... (50) ... (20)	 X X	X X	
Land Niedersachsen Referatsleiter (Städtebaurecht u.- förderung) Mitarbeiter 'Soziale Stadt'	1	2 1 1	X X		
Sonstige Bürgerbüro Stadtentwicklung Quartiermanagement Mittelfeld Planungsbüro 'Lindener Baukontor' LAG 'Soziale Brennpunkt' Tagung 'Bewohneraktivitäten in Vahrenheide' (Difu, agis, IGS Vahrenheide-Sahlkamp) Bilanz- und Perspektivgespräch 'Soziale Stadt' (Stadtverwaltung, Land, Sanierungskoordinator, agis)	4	5 ... (8) 2 1 2 ... (50) ... (10)	X X 	 X X	
Insgesamt	54	103			8

Übersicht: Projekte zur Förderung der lokalen Ökonomie in Vahrenheide

Das Themenfeld 'Lokale Ökonomie' lässt sich in drei Dimensionen unterteilen, die mit entsprechenden Handlungsfeldern verbunden sind (vgl. Cramer 2001, S. 2-7 und Rommelspacher, S. 11-18):

- a) Marktvermittelte Wirtschaft: Lokale Wirtschaftsentwicklung- und Existenzgründerförderung
- b) Beschäftigung und Qualifizierung: Ausbildung, vorübergehende Beschäftigung und gezielte Vermittlung
- c) Der dritte Sektor: Förderung der sozialen und der informellen Ökonomie.

a) Lokale Wirtschaftsentwicklung- und Existenzgründerförderung				
Name	Beteiligte	Finanzierung/ Kosten	Mitarbeiter/ Teilnehmende	Bemerkungen
Gewerberunde Vahrenheider Markt	Initiiert durch Stadtverwaltung, beteiligt sind Einzelhändler, Eigentümer, Anlieger und interessierte Bewohner	keine	etwa 20	seit 1999 Treffen in unregelmäßigen Abständen
Umbau Vahrenheider Markt	Gewerbetreibende, Bewohner, Union-Boden, Tiefbauamt, Amt für Wirtschaftsf., Stadtplanungsamt/Sanierung	Städtebaufördermittel und Eigenmittel der Stadt, insg. 1.240.000 DM		
Reaktivierung Ladenzeile Plauener Straße	Bewohner, GBH, Amt für Wirtschaftsf., Grünflächenamt, Stadtplanungsamt/Sanierung	Städtebaufördermittel und Eigenmittel der Stadt, insg. 1.900.000 DM		rein bauliche Maßnahme
Reaktivierung Ladenzeile Leipziger Straße	Stadtplanungsamt/Sanierung, Sanierungsbüro, Grünflächenamt			in Vorbereitung

b) Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen

Name	Beteiligte	Finanzierung/ Kosten	Mitarbeiter/ Teilnehmende	Bemerkungen
Lift	AWO, Arbeitsamt, Stadt Hannover/ Amt für Wirtschaftsf., MFAS	ABM-Mittel, EU-Mittel (Programm FIFA), Landesmittel und kommunale Zuwendungen	18 Frauen in der Schreibwerkstatt, Beratungen in der Jobbörse erreichten etwa 100 Jugendliche im letzten halben Jahr, 37 Jugendliche konnten dabei vermittelt werden	besteht seit 1998, immer nur jährliche Finanzierungsabsicherung möglich
Pro Beruf	Soziale Gruppeninitiative (Träger), Arbeitsamt, Schulen	Mittel des BMFSFJ, EU-Mittel	im Zeitraum von 2 ½ Jahren haben etwa 300 Jugendliche teilgenommen, davon ca. 60 aus Vahrenheide	Projekt läuft aus, Weiterführung ungewiss
Jugendwerkstatt	Soziale Gruppeninitiative (Träger)		24 Plätze in einjährigem Kurs, etwa 1/3 aus Vahrenheide	
Werkstatt-Treff Vahrenheide	Soziale Gruppeninitiative (Träger), AA,	AA (ABM und SAM),	16 Jugendliche	
Montage-Bau	Soziale Gruppeninitiative (Träger), AA	AA (ABM und SAM),	2 Fachanleiter, 8 Jugendliche	
Hauptschulkurse	Volkshochschule, Kulturtreff e.V.			
GBH-Mieterservice	GBH, AA, Amt für Wirtschaftsf., Sanierungsbüro, Stadtplanungsamt/Sanierung	Instandhaltungsrücklagen der GBH und Eingliederungszuschüssen des AA	2 Meister, 16 MitarbeiterInnen	seit 1999 tätig, soll sich ab 2002 selber tragen.
Grünpflege Vahrenheide e.V.	GWA, Sanierungsbüro, Amt für Wirtschaftsf., Stadtplanungsamt/Sanierung	A- und Sozialamt (ABM und BSHG), GBH zahlt für geleistete Arbeiten und stellt Räume zur Verfügung	Grünflächenprojekt: 2 Projektleiter, 8 Langzeitarbeitslose; Pro Sauber: 2 Projektleiter; Grüne Boten: 2 Projektleiter	
Büro für Arbeit und Ökonomie	FLAIS (Träger), Amt für Wirtschaftsf., AA, Stadtplanungsamt/Sanierung	ab 2002 112.000 DM jährlich (Städtebauförderung, LHH, AA)	1 Ökonom	in Vorbereitung

c) Soziale und informelle Ökonomie

Name	Beteiligte	Finanzierung/ Kosten	Mitarbeiter/ Teilnehmende	Bemerkungen
Pförtnerloge	Bewohner, GBH, Sanierungsbüro, AA, Land Niedersachsen	Landesmittel, Quartiersfond, GBH-Eigenmittel, AA-Mittel, für 2000-2002 insg. 391.700 DM	4 MitarbeiterInnen	bis 14.5.2002 bewilligt
Tauschring	FLAIS, Sanierungsbüro, Amt für Wirtschaftsf., AA, Stadtplanungsamt/Sanierung	ABM/SAM-Mittel und Städtebaufördermittel, für 2000-2001 insg. 155.370 DM	1 Projektleiter	
Bürger-Service	Sanierungsbüro, FLAIS, AA, Amt für Wirtschaftsf.,	Arbeitsamt und Sozialdezernat (ABM, BSHG), Beihilfen der Stadt Hannover, Mittel des Programms 'Soziale Stadt'	1 Projektleiter, 4 ABM- und 1 BSHG-Kraft	
Nachbarschaftsinitiative e.V.	Nachbarschaftsinitiative, Sanierungsbüro, Stadtplanungsamt/Sanierung, GBH	Städtebaufördermittel und Eigenmittel der Stadt, bis 2001 insg. 142.000 DM	1 Soz.päd., Ehrenamtliche	Stelle der Soz.päd früher von GBH bezahlt, jetzt bis 2/2002 aus Städtebaufördermitteln, städtische Übernahme geplant.
Nutzungskonzept für den Personaltrakt im Emmy-Lanzke-Haus	Sanierungsbüro, FLAIS, Nachbarschaftsinitiative, Stadtplanungsamt/Sanierung, Sozialdezernat, Amt für Jugend und Familie, Amt für Wirtschaftsf.,	Städtebaufördermittel und Eigenmittel der Stadt, von 2002-2003 insg. 540.000 DM vorgesehen		in Vorbereitung
FLAIS	Sanierungsbüro, Bürger-Service, Tauschring, Fundgrube, Amt für Wirtschaftsf., AA, Stadtplanungsamt/Sanierung			Trägerverein